

DEUTSCHLAND & EUROPA



Demokratie in der Krise?

Heft 79-2020, 1. Quartal, 37. Jahrgang

»Deutschland & Europa« wird von der
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg herausgegeben.

Chefredaktion

Jürgen Kalb, j.kalb@t-online.de
Ralf Engel, ralf.engel@lpb.bwl.de

Redaktionsassistentz

Sylvia Rösch
sylvia.roesch@lpb.bwl.de

Beirat

Günter Gerstberger, im Ruhestand,
Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart
Renzo Costantino, Ministerialrat,
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Prof. Dr. emer. Lothar Burchardt,
Universität Konstanz

Dietrich Rolbetzki, Oberstudienrat i. R.,
Filderstadt

Lothar Schaechterle, Professor i. R.,
Staatliches Seminar für Didaktik
und Lehrerbildung Esslingen

Dr. Beate Rosenzweig, Universität Freiburg
und Studienhaus Wiesneck

Dr. Georg Weinmann, Studiendirektor,
Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Wertheim

Lothar Frick, Direktor der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg

Jürgen Kalb, Studiendirektor i.R.,
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Anschrift der Redaktion

Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-45
Fax: 07 11/16 40 99-77

Gestaltung Titel

VH-7 Medienküche GmbH, Stuttgart / Jürgen
Kalb

Gestaltung Innenteil

Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon: 07 11/44 06-0, Fax: 07 11/44 06-1 79

Druck

Neue Süddeutsche Verlagsdruckerei, Ulm
89079 Ulm

»Deutschland & Europa« erscheint
zweimal im Jahr.

Preis der Einzelnummer: 3,00 EUR
Jahresbezugspreis: 6,00 EUR

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
die Meinung des Herausgebers und der Redak-
tion wieder. Für unaufgefordert eingesandte
Manuskripte übernimmt die Redaktion keine
Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elek-
tronischen Datenträgern sowie Einspeisung
in Datennetze nur mit Genehmigung der
Redaktion.

Titelfoto: dpa, picture alliance, 2017

Auflage dieses Heftes: 16.000 Exemplare

Redaktionsschluss: 18.4.2020

ISSN 1864-2942

DEUTSCHLAND &
EUROPA

**Thema im Folgeheft
(November 2020)**

Das Corona-Virus
und die Folgen



Dunkle Wolken über der gläsernen Kuppel des Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude in Berlin, 8.10.2017 © picture alliance/Süddeutsche Zeitung



Das komplette Heft finden Sie zum Downloaden als PDF-Datei unter
www.deutschlandundeuropa.de

Demokratie in der Krise?

Vorwort des Herausgebers	2
Geleitwort der Kultusministerin	2
1. Die Pandemie »Covid-19« (das Corona-Virus) als Herausforderung für freiheitliche Gesellschaften Jürgen Kalb	3
2. Herausforderung oder Krise: Wie gefährdet sind die liberalen Demokratien? Wolfgang Merkel	8
3. Westliche Demokratien zwischen Partizipation und Wohlstand Herfried Münkler	16
4. Demokratien und Autokratien: Ein vergleichender Überblick Manfred G. Schmidt	26
5. Die Gefährdung der Demokratie in Deutschland: Krise oder Alarmismus? Eckhard Jesse	36
6. Populismus – vom Verdammnis zum Verstehen Dirk Jörke/ Veith Selk	46
7. Soziale Bewegungen von rechts und links Karin Priester	56
8. Politisch motivierte Gewalt: Gefahrenpotentiale, Wechselwirkungen und Interaktionen Uwe Backes	66
9. Verlorene Mitte? (Anti-)demokratische und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland Beate Küpper / Andreas Zick	78

DEUTSCHLAND & EUROPA INTERN

D&E-Autorinnen und Autoren – Heft 79	88
--------------------------------------	----

Vorwort des Herausgebers

Die Corona-Pandemie dominiert seit März 2020 nahezu die gesamte Berichterstattung: Grenzschießungen, Versammlungsverbote, Ausgangsbeschränkungen, Verkaufs- und Öffnungsverbote – die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger wurden in den letzten Wochen in fast allen westlichen Demokratien so massiv eingeschränkt wie nach keinem Terroranschlag, wie überhaupt noch nie in Friedenszeiten. Die Krise ist die Stunde der Exekutive, des Staates: Schutz, Sicherheit, Seuchenbekämpfung – das sind seine klassischen Aufgaben, das ist der Kern seiner Legitimation.

Umfragen zeigen, dass die getroffenen Maßnahmen samt der Grundrechtseinschränkungen von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung für richtig empfunden werden. Disziplin und Solidarität machen sich breit, auch und gerade in liberalen Demokratien. Aber es regt sich auch Widerstand.

Dabei werden nach einigen Wochen bereits die mittel- und langfristigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme überdeutlich. Wie schnell kann das wirtschaftliche Leben, das die Existenz von Millionen Menschen sichert, wieder in Gang kommen? Wie hoch sind die gesundheitlichen Risiken? Wie soll die Refinanzierung der Hilfsprogramme aussehen?

Im Unterschied zu autokratischen Regimen erwägen in liberalen Demokratien die tragenden politischen Kräfte keineswegs, die Verantwortung der gewählten Parlamente und Regierungen oder gar die der Gerichte infrage zu stellen. Debatten und Diskussionen sind aktuell mehr gefordert und erwünscht denn je. Es sollte die Stunde der Zivilgesellschaft sein. Andererseits äußern sich in freien Gesellschaften stets auch Stimmen, die vor allem Angst, Verschwörungstheorien und »Fake News« verbreiten.

Die zehn Autorinnen und Autoren der aktuellen Ausgabe von D&E, die sich hier mit der Frage »Demokratie in der Krise?« auseinandersetzen, verfassten zwar ihre Beiträge, bevor es Mitte März 2020 zu den massiven globalen Grundrechtseinschränkungen kam. Ihre weitsichtigen Analysen muten dennoch ungemein aktuell an.

Politische Bildung und Demokratiebildung erweisen sich gerade in solchen Krisenzeiten zur Legitimierung liberaler Demokratien als unverzichtbar.



Lothar Frick
Direktor
der Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg



Jürgen Kalb
LpB Baden-Württemberg,
Chefredakteur von
»Deutschland & Europa«

Geleitwort der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

In Zeiten der globalen Bedrohung durch die aktuelle Corona-Pandemie stehen die liberalen Demokratien vor besonderen Herausforderungen. Staaten wie die Volksrepublik China reklamieren bereits für sich, die Pandemie effektiver bekämpfen zu können.

Seit Mitte März 2020 haben die Bundesregierung und die Regierungen der Länder sowie die Parlamente rasch – und mit zum Teil erheblichen Einschränkungen der Grundrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger – zum Schutz vor der Ausbreitung der Pandemie in Deutschland agiert. Der überwiegende Teil der Bevölkerung hat die bisher getroffenen Maßnahmen befürwortet und in einem Akt der Solidarität bereitwillig und konsequent umgesetzt, obwohl damit gravierende Einschnitte in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben verbunden waren und sind.

Gerade in solchen Notsituationen zeigen sich deutliche Unterschiede zu autokratischen Systemen. Die sachliche und offene Diskussion über die gesundheitlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Risiken bleibt dabei in Demokratien die zentrale Aufgabe der gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertretern und der Zivilgesellschaft, notfalls auch der Gerichte bzw. des Bundesverfassungsgerichts. Nur so kann sich auf Dauer die Legitimität einer politischen Ordnung beweisen.

Angesichts der aktuellen Situation, aber auch durch die Diskussion um die politische Bildung und mögliche Defizite in dieser staatsbürgerlich wichtigen Debatte insgesamt, kommt der Demokratiebildung an Schulen eine noch bedeutendere Rolle zu. Zur Stärkung der Demokratiebildung hat das Kultusministerium Baden-Württemberg deshalb einen »Leitfaden Demokratiebildung« entwickelt, der Schulen eine verlässliche Orientierung hierfür darstellt und verbindlich ab dem Schuljahr 2019/2020 umzusetzen ist.

Die hier aktuell vorliegende Ausgabe von D&E enthält zahlreiche Beiträge und Unterrichtsmaterialien zu Bedrohungen der liberalen Demokratien und diskutiert kontrovers Wege zur Erhaltung und Festigung demokratischer Partizipation und der Garantie von Menschen- und Bürgerrechten. Die sachliche Diskussion über den richtigen und verantwortungsvollen Weg aus der Krise ist dabei wesentlicher Teil schulischer Demokratiebildung.



Dr. Susanne Eisenmann
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport
des Landes Baden-Württemberg

1. Die Pandemie »Covid-19« (das Corona-Virus) als Herausforderung für freiheitliche Gesellschaften

JÜRGEN KALB

Der renommierte Berliner Historiker Paul Nolte sprach Ende März 2020 bereits davon, die Corona-Pandemie bedeute eine »historische Zäsur«. Die Folgen würden dramatischer sein als wir uns das heute ausmalen könnten. Gleichzeitig gab er sich sicher, dass das liberal-demokratische System in Deutschland nicht ernsthaft gefährdet sei. Dazu brauche es aber zur Rettung der Demokratie einer »lebendigen und kritischen Zivilgesellschaft«, die nicht in Gehorsam erstarre oder gar konformistisch werde. Das Ausmaß der Corona-Pandemie war bei Redaktionsschluss Mitte April 2020 den in dieser Ausgabe von D&E schreibenden Autorinnen und Autoren noch nicht bekannt. Anfang Mai 2020 haben sich die Ereignisse jedoch bereits dramatisch entwickelt: Weltweit hohe Infektionszahlen und Mortalitätsraten, Schulen und Hochschulen wurden weltweit geschlossen, Ausgangsbeschränkungen und -verbote, Versammlungs- und Demonstrationsverbote brachten das gesellschaftlich-kulturelle, aber auch das wirtschaftliche Leben weitgehend zum Erstarren. Dagegen zeigte die Politik durchaus ihre Handlungsfähigkeit, wenn auch in den einzelnen Nationalstaaten und politischen Ordnungen durchaus unterschiedlich. Das Thema dieser Ausgabe von D&E »Demokratie in der Krise?« gewinnt dabei an enormer Brisanz. Welches politische System kann besser mit dieser Pandemie umgehen? Sind die liberalen Demokratien in der Lage, ihre Überlegenheit gegenüber autokratischen Systemen zu beweisen? Es sind die auch für die Zukunft zentralen Fragen nach der Effektivität und Legitimation der liberalen Demokratien gegenüber ihren autokratischen Herausforderungen.

■ »Die Corona-Pandemie«

Das neuartige Corona-Virus trägt die offizielle Bezeichnung »SARS-CoV-2«. Es ruft die Krankheit mit dem offiziellen Namen »Covid-19« hervor. Ab Januar 2020 hatte sich das Virus von der Stadt Wuhan in der chinesischen Provinz Hubei her ausgebreitet – inzwischen weltweit. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat die Ausbreitung des Corona-Virus schließlich am 11. März 2020 zur »Pandemie« erklärt, also zu einer weltweiten Epidemie. Bei dieser Pandemie überträgt sich das neuartige Virus vor allem von Mensch zu Mensch. In Schätzungen des Robert-Koch-Instituts



Abb. 1 »Freiheit oder Gesundheit?«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Kostas Koufogiorgos, 2020

heißt es, bis zu 70 Prozent der Bevölkerung in Deutschland könnten mit dem Corona-Virus infiziert werden. Es sei allerdings unklar, über welchen Zeitraum dies geschehen werde. Da es bislang keine spezifischen Medikamente und keine Impfungen gegen das Corona-Virus gibt, führt die Pandemie bisweilen weltweit zu einer hohen Zahl an teils schweren Erkrankungen und Toten. Dies kann rasch zu einer Überlastung des Gesundheitssystems führen, da es insbesondere Intensivstationen mit komplexen Beatmungssystemen für schwer Erkrankte bedarf, wie es beispielsweise bereits in Italien, Spanien, Großbritannien und den USA zu beobachten ist. Deshalb ist derzeit primär das Ziel, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, damit nicht zu viele Menschen gleichzeitig schwer erkranken.

Seit dem 22. März 2020 haben sich die Bundesregierung und die Landesregierungen auf weitreichende Beschränkungen sozialer Kontakte geeinigt. Politisch ist diese Krisensituation zunächst die Stunde der Exekutiven (Vgl. Wolfgang Merkel und Michael Zürn). Dabei werden derzeit die einschneidenden und auch die Grundrechte beschränkenden Maßnahmen von den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur akzeptiert und eingehalten, sondern auch, wie Umfragen zeigen, zum übergroßen Teil gutgeheißen.

Aktuelle Fallzahlen zum Corona-Virus in Deutschland veröffentlicht täglich das Robert-Koch-Institut (RKI). Internationale Zahlen bereitet unter anderem die Weltgesundheitsorganisation WHO in einer interaktiven Grafik auf. Die renommierte US-amerikanische Johns-Hopkins-University stellt ihre Recherchen stets aktualisiert auf einer interaktiven Karte im Internet dar.

Das rasch durch den Bundestag modifizierte »Infektionsschutzgesetz« (IfSG) gilt bundesweit einheitlich und bisher richten sich die Maßnahmen der Behörden insbesondere nach diesem Gesetz. Die Katastrophenschutzgesetze der Länder sind erst dann anwendbar, sofern sich die Lage zur Katastrophe zuspitzen sollte. Die Bundeswehr kann im Rahmen der Amtshilfe heute schon tätig werden, etwa im Sanitätsbereich oder zur logistischen Unterstützung. Im Extremfall kann sie auch im Inland und gemeinsam mit der Polizei eingesetzt werden, um die öffentliche Ordnung zu bewahren oder wiederherzustellen, etwa wenn geplündert wird oder Krankenhäuser belagert werden. In den »Notstandsgesetzen«, die bei ihrem Entstehen 1968 noch heftig umstritten waren, ist das geregelt. Dazu zählen die GG-Artikel 35, 87a und 91.

Gleichzeitig kursieren insbesondere in den sozialen Medien zahlreiche Gerüchte, Falschmeldungen und Verschwörungstheorien über das Corona-Virus. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat deshalb in englischer Sprache eine eigene Seite zur Aufklärung von Mythen über das Corona-Virus veröffentlicht. (www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019/advice-for-public/myth-busters) Zu den häufigsten Fragen hat das Robert-Koch-Institut ein FAQ bereit gestellt: www.rki.de/SharedDocs/FAQ/NCOV2019/gesamt.html

■ Chinesische Lösungsansätze

Obwohl das Corona-Virus seinen Ausgangspunkt in China hatte, scheint die Pandemie inzwischen in China eingedämmt zu sein. Nicht wenige Beobachter aus Europa oder den USA hegen jedoch Zweifel an den dort veröffentlichten Zahlen. Überhaupt: Könnte und sollte China ein Vorbild in der Seuchenbekämpfung sein? Die Volksrepublik China ist unbestritten eine unnachgiebige Diktatur, die Menschen verfolgt, nur weil sie anderer Meinung sind, die ihr Volk überwacht und mit einem »Social-Scoring-System« kontrolliert. Journalisten, die unabhängig recherchieren wollen, werden des Landes verwiesen oder inhaftiert. Die chinesische Informationspolitik dient in erster Linie der Legitimation der Herrschenden. Aber auch in anderen autoritären Regimen Eurasiens steht die Legitimation der starken Männer im Fokus, deren Machtanspruch sich aus dem zentralen Versprechen »Ich beschütze euch« speist. Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping hat das verstanden und geht ohne Rücksicht mit drastischen Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus und die freie Berichterstattung darüber vor. Seine Amtskollegen in Thailand und auf den Philippinen hatten die Pandemie zunächst verharmlost, reagieren aktuell aber umso unnachgiebiger gegenüber Kritikern. Ist dieses Modell auch unsere Zukunft? Soll China zu unserem Vorbild werden, weil es angeblich die Corona-Krise erfolgreich, weil totalitär gemeistert hat?

■ Nachahmer in »illiberalen« Demokratien in Ungarn und Polen

Das ungarische Parlament hat im März 2020 ein Gesetz beschlossen, das es dem Regierungschef Viktor Orbán erlaubt, fortan mit



Abb. 2 »China außer Kontrolle«

© Gerhard Mester, 2020

Notstandsverordnungen zu regieren, weitgehend ohne parlamentarische Kontrolle, ohne zeitliche Begrenzung, dafür mit der Garantie, dass bis auf Weiteres keine Nachwahl mehr die knappe Zwei-Drittel-Mehrheit der Regierungskoalition gefährdet. Das alles, natürlich, um die Corona-Epidemie zu bekämpfen. Viktor Orbán hat schon lange vor dem Ausbruch der Corona-Epidemie von einer »illiberalen Demokratie« geträumt. Er hat keine Gelegenheit ausgelassen, die EU zu verhöhnen und die autoritären Herrscher in Peking oder Moskau zu hofieren. Auch jetzt preist er die Hilfe, die sein Land aus China erhalte, und attackiert die »Querulanten« aus Brüssel: Es sei nicht die Zeit, juristische Fragen zu erörtern. Orbán weist dabei ebenso wie die polnischen Regierungsvertreter von der PIS jede Kritik an seiner Selbstermächtigung mit dem Hinweis zurück, ähnliche Maßnahmen seien auch in Deutschland oder Frankreich ergriffen worden. Spannend bleibt, wie sich die Europäische Union zu diesen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten auf Dauer verhalten wird.

■ Die Entwicklung in Deutschland

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik sind so flächendeckend, so umfassend und so radikal die verbrieften Grundrechte, die das Grundgesetz in den Artikeln 1–19 garantiert, einge-



Abb. 3 »Reine Vorsichtsmaßnahme! Ansteckungsgefahr!«

© Gerhard Mester, 2020

schränkt worden. Diese Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger werden zudem auf vorerst unabsehbare Zeit in bisher unvorstellbarer Weise beschnitten und aufgehoben. Anlässlich des siebzigsten Geburtstags im Jahre 2019 hätte das kaum jemand für möglich gehalten. Die amtlich verordnete Aussetzung von Menschen- und Bürgerrechten gilt als Preis für die Rettung von Menschenleben. Und in der Tat gibt es aktuell eine große Bereitschaft der Menschen in Deutschland, durch das Ertragen dieser Maßnahmen Solidarität zu zeigen mit den Risikogruppen. Heribert Prantl hat diese Situation in der Süddeutschen Zeitung mit drastischen Worten beschrieben: »Die Schulen, die Kirchen, die Theater, die Kinos, Museen, die Säle und Stadien, die Kaufhäuser, Kindergärten, die Gasthäuser und Sportstudios, die Kultur- und die Einkaufszentren sind leergeräumt, die Volkshochschulen und die Veranstaltungskalender auch. Die Bewegungsfreiheit der Menschen wurde massiv eingeschränkt, die Gewerbefreiheit ist ausgesetzt, das Recht auf Eigentum ist suspendiert, Freizügigkeit gibt es nicht mehr, es gibt deutschlandweit Kontaktverbote und Kommunikationssperren, Hausarrest für die Bevölkerung. Das soziale und das wirtschaftliche Leben ist schwer erschüttert. Und es gibt kaum Protest dagegen und keine Demonstrationen; letztere sind ja heute verboten. Die Grundrechtseingriffe im Corona-Jahr 2020 sind extremer, als man es in den sechziger Jahren befürchtete, als gegen die Notstandsgesetze demonstriert wurde.«

Wolfgang Merkel hat in einem Interview mit der »Frankenpost« diesbezüglich auf den unscheinbaren dritten Satz in GG Artikel 2, Absatz 2 verwiesen, der jedem das »Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit« zubilligt. Und weiter heißt es: »Die Freiheit der Person ist unverletzt. In diese Rechte darf nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden.« Wolfgang Merkel leitet daraus ab, dass die Grundrechtseingriffe in der gegenwärtigen Katastrophensituation nicht nur »legitimierbar, sondern sogar geboten« seien. Allerdings müssten mit Fortdauer der Maßnahmen sowohl die Parlamente als auch eventuell das Bundesverfassungsgericht damit befasst werden. Merckels Fazit: »Als kritische Bürger müssen wir aber genau darauf achten, ob die Exekutive ihre erweiterte Macht nach der Krise wieder zurückfährt. Momentan sind wir Untertanen, die aus legalen und legitimen Gründen dem Handeln der Regierung folgen. Wir müssen aus demokratischer Sicht aber auf den Moment achten, in dem diese Krise wieder abgeklungen ist. Dann müssen wir aus dem Untertanen-Status herauskommen« und mehr denn je zu »Citoyens« werden, d. h. offensiv die Rolle aktiver und kritischer Bürger und Bürgerinnen in der Zivilgesellschaft wahrnehmen.



Abb. 5 »Corona-Hilfspakete«

© Gerhard Mester, 2020

■ Ökonomische Folgen

Nicht nur politisch und gesellschaftlich entstehen durch die Pandemie enorme Folgeprobleme. Der IWF prognostiziert bereits weltweit eine wesentlich tiefere Rezession als in der Weltwirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009. Plötzlich brechen nationale und internationale Absatzmärkte weg, was für eine exportabhängige Ökonomie wie die deutsche eine existenzielle Bedrohung darstellen könnte.

Hatten sich die Staaten nach den Normen des Neoliberalismus einst noch weitgehend bei ökonomischen Interventionen zurückgehalten, so ist derzeit der Ruf nach staatlichen Hilfspaketen von allen Seiten zu hören. Kaum ein Unternehmen ruft jetzt nicht nach Konjunkturpaketen. Keynesianische Förderprogramme erleben geradezu einen neuen Hype.

In den USA schnellen bereits die Arbeitslosenzahlen sprunghaft in die Höhe, während in Deutschland und vielen EU-Mitgliedstaaten Entlassungen einstweilen noch durch das Instrument der Kurzarbeit abgefedert werden. Aber irgendwann müssen die Staatsschulden auch wieder refinanziert werden. Spannend bleibt die Frage, wer für die Kosten aufkommen wird. Defizite in den Gesundheits- und Bildungssystemen zeigen sich dabei insbesondere in jenen Staaten des europäischen Südens, die in Folge der sogenannten Eurokrise zu einschneidenden Sparmaßnahmen, zur sog. Austeritätspolitik, gedrängt worden waren.

Dazu treten die Defizite bei der Digitalisierung, insbesondere im Bildungsbereich, immer offener zutage. Dabei offenbaren sich gleichzeitig die in den Boom-Jahren immer stärker ausgeprägten

sozialen Gräben, die mit »Unterschieden« eher euphemistisch beschrieben werden. Zu Homeoffice und Fernunterricht ist längst nicht jede Familie in der Lage. Bereits auf mittlere Sicht wird sich zeigen, ob mit den bestehenden Konzepten ein Legitimationsverlust und eine Krise der liberalen Demokratie noch aufzuhalten ist. Im Moment scheint es immerhin noch so auszusehen, als dass die einfachen Dualismen der Populisten an Attraktivität verlören. Auch beim Medienkonsum melden die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten wieder verstärkten Zulauf. Seriosität scheint einstweilen wieder gefragt.



Abb. 4 »Infektion und Rezession!«

© Gerhard Mester, 2020

■ Und die Europäische Union?

Als die ersten alarmierenden Signale Europa erreichten, wurde schnell klar: Jeder Nationalstaat entscheidet allein. Grenzen wurden rasch im Alleingang geschlossen, Maßnahmen fast nie EU-weit koordiniert. Die EU fand in der Corona-Krise fast nicht statt. Erst seit April ist die Rede von europaweiten Hilfsprogrammen, von einem Marshallplan, wobei sich insbesondere die nördlichen Mitgliedstaaten vehement gegen weitergehende Forderungen des Südens nach sogenannten Corona-Bonds wehren. Bis dato war von der Europäischen Kommission kaum etwas zu hören. Korrespondenten in Italien und Spanien melden bereits wieder Aggressionen gegenüber dem wirtschaftlich bislang so erfolgreichen Norden, insbesondere gegenüber Deutschland und den in der Großen Koalition dominierenden Christdemokraten. Dabei befindet sich die EU spätestens seit der Migrations- bzw. »Flüchtlingskrise« von 2015 in einer Solidaritäts- und Effizienzkrise. Die Nationalstaatserei feiert fröhliche Urstände. Wer hilft Italien, Griechenland und Spanien? Die EU? Fehlanzeige. »Die Desintegration der EU könnte einen weiteren Schub bekommen oder aber sie erkennt nun die Chance, aus der Krise zu lernen, was sie 2015 versäumt hatte.« (Wolfgang Merkel)

■ Der didaktische Ansatz von D&E

In der vorliegenden Ausgabe von D&E mit dem Titel »Demokratie in der Krise?« untersuchen insgesamt 10 Autorinnen und Autoren die Leitfrage des Heftes, angereichert von illustrierenden, vor allem aber auch provozierenden Materialien wie Leitartikeln, Karikaturen, Fotos und Statistiken, die im Wesentlichen vom Redakteur der Zeitschrift recherchiert, ausgewählt und in Absprache mit dem jeweiligen Autor/-in hier dokumentiert werden. Ziel ist eine kontroverse Diskussion im Unterricht an Schulen und Hochschulen, die es den Lernenden ermöglicht, eine eigene Beurteilung und Bewertung des jeweiligen Sachverhalts vorzunehmen. Für die Sachbeiträge zeichnen dabei die jeweiligen Autorinnen und Autoren selbst verantwortlich. D&E folgt bei den Arbeitsmaterialien dabei dem Doppelseitenprinzip mit der Annahme, dass



Abb. 7 »Irgendwelche Vorerkrankungen, Europäische Union?«

© Gerhard Mester, 2020

sich die Materialien einer oder von zwei Doppelseiten, gemeinsam oder arbeitsteilig erarbeitet, zur kontroversen Diskussion und Urteilsbildung im Unterricht eignen. Für Referate und Präsentationen können einerseits die Beiträge, aber auch die Materialien sowie die wenigen weiterführenden Literaturhinweise, die, wenn möglich, auch direkt zu Quellen im Internet hinführen, verwendet werden.

■ Die Einzeluntersuchungen

Zunächst untersucht der Berliner Professor **Wolfgang Merkel** in seinem Beitrag: »Herausforderung oder Krise: Wie gefährdet sind die liberalen Demokratien?« die Krisensymptome liberaler Demokratien. Merkel stellt neben einem schleichenden Bedeutungszuwachs der Exekutiven, einer wachsenden Kompetenzverlagerung auf transnationale Gremien, die dem Konzept der »Postdemokratie« ähneln, eine Erosion von Grundrechten und fehlende Partizipation in vielen Demokratien fest. Sein Konzept des »Demokratie-Barometers« entwirft dazu Kriterien, die die empirische Differenzierung und Beurteilung von Demokratieformen erlauben.

Im Anschluss daran dokumentiert der ebenfalls in Berlin tätige Professor **Herfried Münkler** in seinem Beitrag »Westliche Demokratien zwischen Partizipation und Wohlstand« in einem historischen und ideengeschichtlichen Rückblick den Zusammenhang zwischen dem Freiheits-, Wohlstands- und Demokratieversprechen westlicher Demokratien und dessen Wandel. Besonders im Bereich der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger erkennt Münkler dabei Defizite in westlichen Demokratien. Der Chemnitzer Politikprofessor **Eckhard Jesse** vergleicht im Anschluss daran in seinem Beitrag: »Die Gefährdung der Demokratie in Deutschland: Krise oder Alarmsimus?« die Berliner Republik mit der von Weimar (1918–1933), wobei er zu dem entschiedenen Urteil kommt, dass Berlin längst nicht Weimar sei, wenn auch er die Gefahren des Rechtspopulismus erkennt und beschreibt. Zudem sieht er allerdings die politische Debatte in Berlin durch eine Scheu



Abb. 6 »Planet Europa«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Paolo Calleri

vor kontroverser Debatte bedroht.

Die Darmstädter Politologen Professor Dirk Jörke und Veith Selk analysieren in ihrem Beitrag: »Populismus – vom Verdammten zum Verstehen« die unterschiedlichen Ansätze zur Erklärung des Rechtspopulismus und kommen zu dem Schluss, dass weder die rein ökonomische Erklärung als Globalisierungsverlierer noch die eher kulturelle Erklärung, es handle sich um eine Ablehnung kosmopolitisch orientierter liberaler Eliten, ausreichend seien. Demgegenüber sehen sie im Abstieg des alten Mittelstands und im Entstehen einer neuen prekären Unterklasse Entwicklungen, die erst durch die Einschränkung von Privilegien der ökonomischen Eliten und einem neuen kulturellen Pluralismus gelöst werden könnten.

Professorin Karin Priester aus Münster widmet sich in ihrer Untersuchung »Soziale Bewegungen von rechts und links« insbesondere dreier Bewegungen in Italien und Frankreich, die die liberalen Demokratien durch Initiativen von unten und jenseits von Parlamentswahlen bedrohten. Es handelt sich dabei um die italienische »Fünf-Sterne-Bewegung« sowie die französischen »Gelben« und schließlich die italienische neofaschistische »CasaPound«.

Der Dresdner Politologe Uwe Backes stellt sodann in seinem Beitrag »Politisch motivierte Gewalt: Gefahrenpotentiale, Wechselwirkungen und Interaktionen« Gewalt von rechts, links und dem Islamismus anhand der Auswertung von Statistiken und Beispielen dar. Trotz der wachsenden Gefahr durch Rechtsterrorismus plädiert Backes allerdings für ein besonnenes Reagieren der Mehrheitsgesellschaft auf die Herausforderungen, da er Deutschland im internationalen Vergleich einen hohen Konsolidierungsstand zubilligt.

Zum Abschluss stellen Professorin Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein und der Bielefelder Professor Andreas Zick in ihrem Beitrag »Verlorene Mitte? (Anti-)demokratische und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland« Auszüge aus ihrer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Werten und Einstellungen von Deutschen vor, die zwar insgesamt auf eine hohe Akzeptanz der liberalen Demokratie in Deutschland hindeuten, jedoch durchaus auch alarmierende Ergebnisse zeitigen. So werden zahlreiche Elemente typisch rechtsextremistischen Gedankengutes von einem nicht unerheblichen Teil der bundesrepublikanischen Bevölkerung geteilt. Die Sorge der Autoren gilt dabei dem Umstand, diese Einstellungen könnten von Rechtspopulisten instrumentalisiert werden.

Fazit

Die Demokratie scheint in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt im Moment keineswegs in einer Krise, jedenfalls verglichen mit historischen Beispielen auf deutschem Boden. Andererseits zeigen nicht nur Ereignisse wie die aktuelle Corona-Pandemie, sondern auch schon längerfristige Entwicklungen wie nachlassende Partizipation und das Anwachsen populistischer Bewegungen, dass demokratische Normen und Einstellungen sich keines-

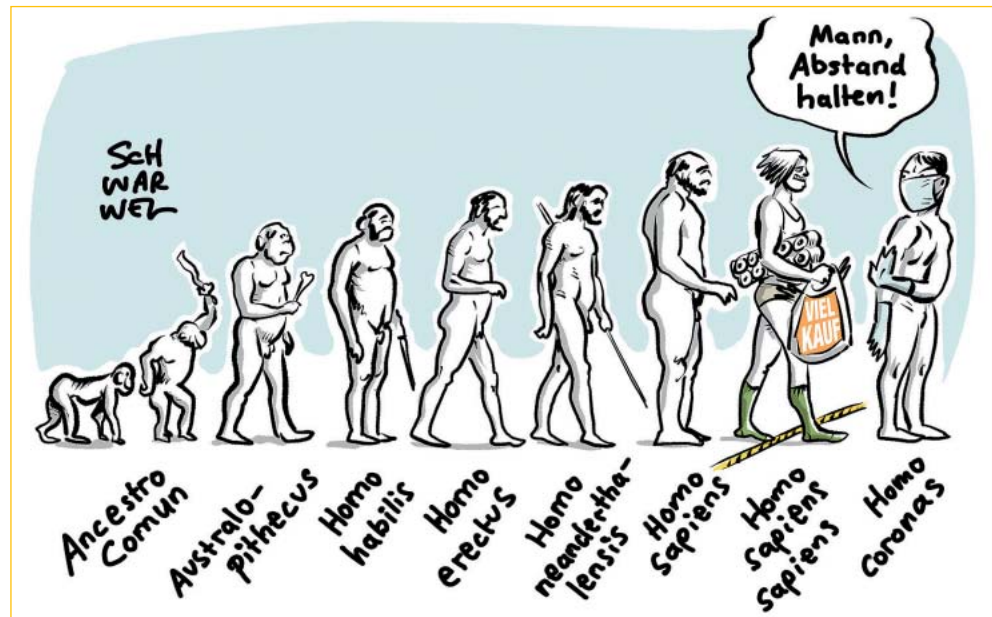


Abb. 8 »Homo Corona«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Schwarzel

falls von allein einstellen, diese stets erarbeitet werden müssen und damit politische Bildung zu einer Kernaufgabe demokratischer Gesellschaften gehören muss. Mit dieser müsste sie zur nachhaltigen Legitimierung und Stabilität liberaler Demokratien führen.

Literaturhinweise

Beyer, Susanne (21.3.2020): »Entschlossen, aber nicht allmächtig«, Der Spiegel, www.spiegel.de/politik/ausland/entschlossen-aber-nicht-allmaechtig-a-73d2ebab-56b6-475a-94c2-92d801948d0a

Döpfner, Mathias (23.3.2020): »Ich habe Zweifel«, Die Welt, www.welt.de/debatte/kommentare/article206754791/Corona-Krise-Ich-habe-Zweifel.html

Enderlein, Henrik (14.4.2020): »Jeder stirbt für sich allein«, Der Spiegel, www.spiegel.de/wirtschaft/europa-in-der-corona-kris-uer-sich-allein-a-00000000-0002-0001-0000-000170435647

Flügge, Erik (17.3.2020): »Freiheit und Pandemie«, www.erikfluegge.de/wp-content/uploads/2020/03/EF-Freiheit-und-Pandemie-Digital-k1.pdf

Gutschker, Thomas / Löwenstein, Stephan (25.3.2020): »Wird bei der Corona-Bekämpfung die Rechtsstaatlichkeit ausgehebelt?«, FAZ, www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bruessel-mahnt-ungarn-die-rechtsstaatlichkeit-zu-wahren-16696348.html

Merkel, Wolfgang (17.3.2020): »Demokratie in Corona-Zeiten: Parlament muss mitreden«, in: Vorwärts, www.vorwaerts.de/artikel/demokratie-corona-zeiten-parlament-mitreden

Merkel, Wolfgang (20.3.2020): »Die Stunde der Exekutive«, Frankenpost, www.frankenpost.de/region/oberfranken/laenderspiegel/Die-Stunde-der-Exekutive;art2388,7185805

Nolte, Paul (29.3.2020): »Widerwille und Trotz werden zunehmen – Corona als Gefahr für die Demokratie?« Frankfurter Rundschau, www.fr.de/politik/corona-krise-gefahr-demokratie-interview-historiker-paul-nolte-13631157.html

Prantl, Heribert (5.4.2020): »Wie lange noch?«, Süddeutsche Zeitung, www.sueddeutsche.de/politik/prantls-blick-coronavirus-grundrechte-1.4868817-0#seite-2

Zürn, Michael (14.4.2020): »Es ist die Stunde der Exekutive«, Tageszeitung, <https://taz.de/Politologe-ueber-autoritaeren-Populismus!/5675920/>

2. Herausforderung oder Krise: Wie gefährdet sind die liberalen Demokratien?

WOLFGANG MERKEL

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der Krise. Wissenschaftler und Publizisten dies- und jenseits des Atlantiks haben einen gemeinsamen Chorus gefunden, der vom »Niedergang«, der »Existenzkrise«, dem »Zerfall«, »Ende« oder von »Leben und Tod« der Demokratie kündigt. Die erneute Prominenz des Krisenverdiktis wurde zunehmend nach dem Jahre 2000 sichtbar, als die Stimmen des optimistischen »End of History«-Chors (Fukuyama) dünner wurden, bis sie endgültig verhallten. Die diagnostischen Beweise für eine Krise der Demokratie waren schnell geliefert: Viktor Orbáns Aufstieg zum autoritär regierenden Dauer-Ministerpräsidenten Ungarns; Jarosław Kaczyński als nichtgewählter Dominator einer reaktionären illiberalen Koalition um die Regierungspartei PiS; osteuropäische Staaten wie Tschechien, die Slowakei, Rumänien und Bulgarien, die sich in einer Dekonsolidierungsphase ihrer Demokratie befinden; der unaufhaltsam erscheinende Aufstieg der rechtspopulistischen Parteien in ganz Europa, der sie in rund einem Dutzend europäischer Länder in die Regierungsverantwortung geführt hat; dann Donald Trump, Recep Tayyip Erdoğan, Wladimir Putin, Jair Bolsonaro und Nicolás Maduro. Die Beweise sind anscheinend erdrückend: Die westlichen Demokratien erleben einen Qualitätsverfall ihrer Systeme, in Osteuropa grassiert der Illiberalismus, in der Türkei, Russland und Venezuela haben sich voll ausgeprägte autoritär-repressive Regime etabliert.

Synchron zu diesen globalen Ereignissen erschienen in der westlichen Welt vor allem theoretische, danach zunehmend auch empirische Analysen, die sich zu einer herrschenden Meinung in der Demokratieforschung verdichteten. Einige Beispiele sollen das mit ihren jeweiligen Kernargumenten verdeutlichen. Colin Crouch (2004), Jacques Rancière (2006) und Sheldon Wolin (2008) schrieben von der »Postdemokratie«, Bernard Manin (1997) über die »Zuschauer-« und Wolfgang Streeck (2013) über die »Fassaden-demokratie«; Merkel und Kollegen (2004) konzipierten den Typ der »defekten Demokratie«; Ingolf Blühdorn (2013) spricht von der »simulativen Demokratie«; John Keane (2009) historisiert »Life and Death of Democracy«; David Runciman (2018), einer der populärsten britischen Politikwissenschaftler, analysierte den schleichenden Verfall der demokratischen Institutionen und fragte danach, was es wohl für das 21. Jahrhundert bedeute, falls die Demokratien scheitern; ähnlich, wenn auch weniger spekulativ, argumentieren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt (2018), wenn sie die unterschiedlichen Pfade beschreiben, »How Democracies Die«; schließlich sieht Yascha Mounk (2018) eine Paradoxie in manchen der gegenwärtigen Demokratien, in denen sich das populistisch mobilisierte Volk gegen die liberal-rechtsstaatliche Dimension der Demokratie wendet (»The People vs. Democracy«).



Abb. 1 »G20-Gipfel am 28.6.2019 in Osaka, Japan: Die G20 (Abkürzung für Gruppe der 20 oder Gruppe der Zwanzig) ist ein seit 1999 bestehender informeller Zusammenschluss aus 19 Staaten und der Europäischen Union. Sie repräsentiert die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer.«

© picture alliance / Pool / POOL The Yomiuri Shimbun / dpa

All diese Schriften liefern wichtige Einsichten in die reifen Demokratien der OECD-Welt. Problematisch erscheint in manchen dieser Analysen jedoch, dass sie von singulären Einsichten in einzelnen Ländern oder Teilbereichen des politischen Systems auf gesamtsystemische Krisen der Demokratie schließen. Positive Entwicklungen und demokratische Resilienz- bzw. Widerstandspotenziale werden meist ausgeblendet. Es entsteht das Bild eines gleichzeitigen Abwärtstrends der Demokratien, der die Sicht auf die Ungleichzeitigkeit der demokratischen Entwicklungen versperrt. Positive Entwicklungen werden kaum thematisiert, während den negativen Erscheinungen die ganze Aufmerksamkeit gewidmet wird. Ob es sich bei den Krisenphänomenen um eine evolutionsnotwendige Anpassung der Demokratien als dynamische Systeme handelt, wird ebenso wenig reflektiert wie die Frage, ob die jeweiligen normativen Bezugsrahmen nicht überzogen sind (Merkel 2015). Aus diesem Grund will ich aus einer stärker empirisch-nüchternen Perspektive auf die bisweilen überbordenden theoretischen Krisenvermutungen blicken.

■ Der empirische Blick

Für eine empirische Krisendiagnose real existierender Demokratien lassen sich drei Ebenen denken:

- erstens die Einschätzung und **Meinung des Demos**: Was denken die Bürger über »ihre« Demokratie?;
- zweitens die **Einschätzung von Experten**: Was können uns Demokratieindizes sagen, die über viele Indikatoren und Experteneinschätzungen die Qualität der Demokratien Land für Land abbilden (z. B. democracy barometer, Freedom House, Polity IV, Varieties of Democracy);

– drittens **Partialanalysen einzelner Teilregime** der Demokratie sowie ihrer Kerninstitutionen und relevanten Akteure.

■ Das Demokratieurteil des Demos

Demokratie bedeutet semantisch schlicht »Herrschaft des Volkes«. Es sollen zunächst also die Bürger als Herrschaftsautoren und Herrschaftsadressaten befragt werden. Der »Demos« soll als legitimierte Instanz direkt Auskunft geben, was er von »seiner« Demokratie hält. Das gebietet der Begriff der Demokratie als Herrschaft des Volkes mit logischer Stringenz. Das »Urteil« des Volkes wird methodisch-empirisch typischerweise über standardisierte Umfragen erforscht. So erlauben die Umfragedaten von Eurobarometer den Qualitätsvergleich aller 28 (27) EU-Mitgliedstaaten. Laut diesen Daten zeigt sich über die vergangenen vierzig Jahre kein Rückgang der Zufriedenheit der Bürger der jeweiligen EG-/EU-Mitgliedstaaten – von 9 (1973) bis 28 (2013) – mit ihrer Demokratie. Im Jahr 2018 lag die Zustimmung sogar leicht über jener von 1973, dem Beginn der Eurobarometer-Umfragen. Um die Jahrtausendwende erreichte die Zufriedenheit ihre höchsten Werte, um danach langsam zurückzugehen. Der Rückgang ist statistisch auf die neuen Mitgliedstaaten Osteuropas zurückzuführen, weil deren Bevölkerungen deutlich unzufriedener mit den Pflichten und insbesondere Leistungen der Demokratie sind. Zumindest für die hier untersuchten fünfundvierzig Jahre (1973–2018) lässt sich ein Vertrauensverfall oder gar eine Vertrauenskrise der EU-Bürger gegenüber ihren demokratischen Systemen nicht feststellen (vgl. auch Merkel und Krause 2015). Was zu beobachten ist, sind »trendless fluctuations«.

Solche behaviouralistischen Analysen subjektiver Demokratiebeurteilung durch die Bürger sind notwendig, aber längst nicht hinreichend. Die Tatsache, dass ein Volk »mit seiner Demokratie zufrieden« ist, könnte auch auf einem eigenwilligen Verständnis von Demokratie beruhen. So wissen wir etwa aus dem Asian Barometer, dass die Chinesen ihre »Demokratie« besser beurteilen als Japaner die ihre.

Aus nationalen Umfragen erfahren wir, dass auch die Bürger im Russland Putins mehrheitlich »ihre Demokratie« schätzen. Das Gleiche gilt für die Türkei Erdogans, das Ungarn Viktor Orbáns, das gegenwärtige Polen und Italien. Das Volk allein kann also nicht über die Frage Krise oder Nicht-Krise befinden. Dies gilt insbesondere für Länder, in denen die Bevölkerung ihr politisches System als Demokratie begreifen, Demokratieexperten dort aber nicht einmal ein »demokratisches Minimum« diagnostizieren, wie das etwa in der Volksrepublik China heute der Fall ist.

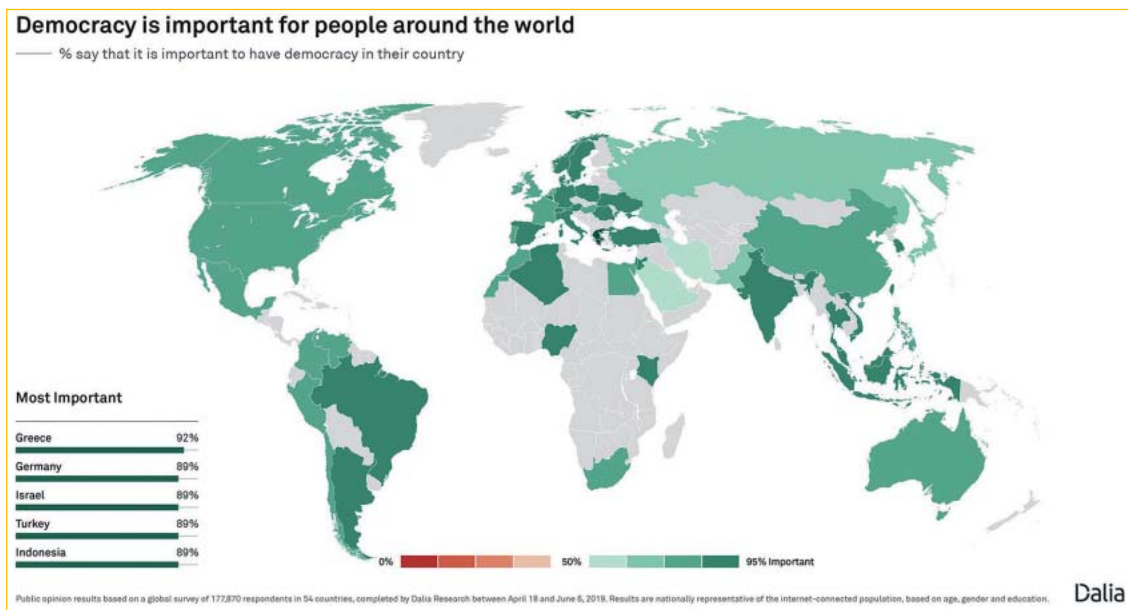
■ Das Demokratieurteil der Experten

Um nicht einem behaviouralistischen Fehlschluss in der Demokratiediagnose zu erliegen, empfiehlt sich zusätzlich eine Expertenanalyse, die die Qualität der Demokratie im Zeitverlauf misst. Sind deutliche Qualitätsverluste einer Demokratie zu beobachten, könnte dies Anzeichen einer (sich nähernden) Demokratiekrise sein. Ob dies für die »30 besten Demokratien« weltweit der Fall ist, soll exemplarisch am Demokratiebarometer (*democracy.org*) gezeigt werden. Das Demokratiebarometer präsentiert Analysen von über 70 Demokratien seit 1990 (Bühlmann, Merkel et al. 2012). Zieht man die »objektiven« Analysen der Demokratieforscher des **Demokratiebarometers** heran, ergibt sich ein ähnliches Bild. Die mit über 100 Indikatoren gemessene Demokratiequalität der weltweit 30 besten Demokratien lag 2016 sogar höher als am Ausgangspunkt der Untersuchungen im Jahr 1990. Von einem kollektiven Qualitätsverlust der entwickelten Demokratien kann also ebenfalls nicht die Rede sein. Empirische Demokratieforscher scheinen vorsichtiger mit dem Krisenurteil zu sein als Demokratietheoretiker, die empirie-entlastet rascher zu einem Krisenverdikt gelangen. Allerdings soll nicht verhehlt werden, dass die Experten des einflussreichen *Varieties of Democracy* (V-Dem) für fast alle entwickelten Industriestaaten eine Trendwende zu erkennen glauben. Der Qualitätsgraph führt nicht mehr nach oben, sondern zeigt seit 2014 nach unten. Im Jahr 2019 konstatieren die überwiegend skandinavischen Forscher einen sichtbaren Rückgang fast aller demokratischen Systeme in Europa und Nordamerika.

■ Teilanalysen

Nicht zu Unrecht kann man einwenden, dass sowohl die subjektive (»demos«) wie die objektive (»Demokratieforscher«) Einschätzung auf hoch aggregierten Daten und Indizes beruhen, innerhalb derer sich brisante Demokratiegefährdungen mit weniger wichtigen positiven Entwicklungen wechselseitig nivellieren können. Diese spiegeln stärker die Oberfläche wider als Teilstudien, die tiefer auf Details, Symptome und Ursachen möglicher singulärer Krisenentwicklungen eingehen können. Und hier ergibt sich in der Tat ein eher gemischtes Bild, das deutliche Schwächen unserer Demokratien enthüllt. Blickt man auf die fünf Teilregime der »eingebetteten Demokratie« (Merkel 2004), lässt sich feststellen, dass vier von ihnen mit erheblichen Herausforderungen zu kämpfen haben. Dies gilt für die **Ebene der Wahlen** wie jene der **politischen Partizipation** im Allgemeinen wie etwa auch für die der

Abb. 2 »Weltweite Umfrage von Dalia-Research 2019: »Ist Ihnen die Demokratie in Ihrem Land wichtig?«
© <https://daliaresearch.com/democracy/>



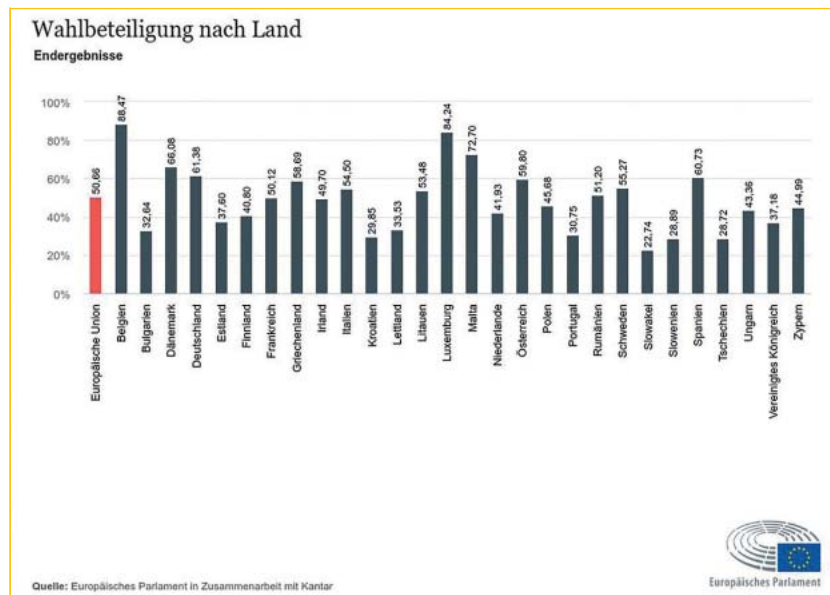


Abb. 3 »Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 2019«

© Europäisches Parlament 2019

zunehmenden **Schiefte** zugunsten der **Exekutive** gegenüber den Legislativen im Besonderen. Es trifft vor allem zu auf die **Abwanderung von Kompetenzen** des demokratischen Nationalstaats in **globalisierte Märkte** und **supranationale Regime**. Allein das **Teilregime der Bürgerrechte** ist heute in den meisten entwickelten Demokratien extensiver und intensiver ausgebaut als vor drei oder vier Jahrzehnten. Dies betrifft insbesondere die Geschlechtergleichheit, den Schutz ethnischer und religiöser Rechte wie die rechtliche Gleichstellung hetero-, homo- und divers sexueller Präferenzen. Jene nun verbrieften und weitgehend auch realpolitisch wie gesellschaftlich durchgesetzten Bürgerrechte stellen eine enorm wichtige »Demokratisierung der Demokratie« dar, die sich erst in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat. Anders als bei dieser kulturellen Modernisierung des Rechtsstaats sieht es bei der politischen Beteiligung aus. Die Wahlbeteiligung ging in der OECD-Welt sichtbar zurück, während die soziale Selektivität der politischen Partizipation zugenommen hat. Soziale Selektivität beschreibt hier die Tatsache, dass es vor allem das untere soziale Drittel unserer Gesellschaften ist, welches sich politisch nicht mehr beteiligt. Dies ist ein problematischer Befund für jede einzelne Demokratie, weil faktisch der Gleichheitsgrundsatz verletzt wird. Überspitzt ließe sich formulieren, Deutschland und die Länder Westeuropas seien relativ gut funktionierende Zweidrittel-Demokratien. Das untere Drittel unserer Gesellschaften ist aus jedweder demokratischer Partizipation weitgehend ausgestiegen.

In Westeuropa ist die Wahlbeteiligung in den letzten vier Jahrzehnten nur moderat gesunken; seit etwa fünf Jahren ist sogar eine geringe Zunahme zu beobachten. Sie kann auf die stärkere Polarisierung unserer politischen Diskurse und Konflikte zurückgeführt werden. Insbesondere der wachsende Zulauf von Wählern zu rechtspopulistischen Parteien und die mobilisierte Gegenreaktion von Antipopulisten haben zur höheren Wahlbeteiligung beigetragen. In Osteuropa allerdings ist der Rückgang der Wahlbeteiligung dramatisch. Von fast 80 Prozent zu Beginn der 1990er Jahre ist sie auf ca. 55 Prozent im Jahr 2018 gefallen.

Dies ist bei der Beteiligung an allgemeinen Wahlen zu beobachten, findet sich jedoch noch stärker ausgeprägt in Referenden (Merkel und Ritz 2017) oder gar den viel gelobten »demokratischen Innovationen« wie Bürgerräten, Bürgerhaushalten, deliberativen Mini-Publics oder digitalen Beteiligungsplattformen. Es sind vor allem die mittleren und oberen (Bildungs-)Schichten, die sich beteiligen. Man könnte das fatalistisch als eine fast unvermeidliche Elitisierung der Politik in Zeiten der Komplexität abtun. Die Igno-

ranz könnte aber aufhören, wenn die bildungsferneren Schichten stärker von rechtspopulistischen Parteien mobilisiert werden können, wie dies schon im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts völlig evident geworden ist (Spittler 2018).

Ein frühes Warnzeichen von Demokratiekrise ist die schleichende Verschiebung der Entscheidungskompetenzen von der Legislative zur Exekutive. Erstaunlicherweise fehlen hier systematisch vergleichende Studien. Evident erscheint aber der Machtverlust nationaler Parlamente gegenüber den Institutionen der EU, in denen wiederum die exekutiven Institutionen Europäischer Rat, Ministerräte und Kommission dominieren. Das Mehrebenengeflecht politischer Entscheidungen prämiert die Exekutiven, während sich legislative Kompetenzen wie parlamentarische Kontrolle, Verantwortlichkeit und Transparenz ausdünnen. Nicht umsonst gibt es für die supranationale Sphäre schon länger eine Governance-Debatte über technokratische Legitimationsäquivalenzen, die die Auszehrung traditioneller demokratischer Güter wie

Bürgerbeteiligung, Zentralität von Parlamenten in der Normsetzung, Kontrolle der Exekutive und »accountability« (Rechenschaftspflicht) zu kompensieren suchen. Auch wenn das demokratietheoretisch wenig überzeugende Versuche sind, spiegeln sie möglicherweise einen stabilen Trend wider, der sich unter globalen ökonomischen und politischen Eliten ebenso verbreitet hat wie in Teilen der politikwissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Beziehungen (De Wilde et al. 2019).

Ein noch größerer Angriff auf die normative Suprematie demokratischer Entscheidungen stellt das Problem globaler deregulierter Märkte dar. Formal souveräne demokratische Staaten haben in bestimmten Bereichen der politischen Gestaltung willentlich oder fahrlässig Kompetenzen an Märkte, Banken und global agierende Pensions- und Hedgefonds abgegeben. Dieser Prozess begann zu Beginn der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts, fand einen Höhepunkt 1990 im sogenannten *Washington Consensus* und wurde selbst nach der großen Finanzkrise 2008 nicht sichtbar gestoppt (Merkel 2014). Es waren allerdings nicht »unsichtbare Hände«, sondern demokratische Entscheidungen, die in einem erheblichen Maße die Märkte und Großinvestoren aus dem Bereich demokratischer Entscheidungen entließen. Getrieben vom angelsächsischen Kapitalismus, insbesondere der Führungsmacht USA, aber auch dem aufstrebenden Staatskapitalismus Chinas, fürchteten die anderen OECD-Staaten um ihre Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Wettlauf um Investitionen oder den Absatz ihrer eigenen Güter. Paradoxerweise haben sich dabei die Demokratien durch demokratische Entscheidungen in der Vergangenheit um weitere demokratische Steuerungsmöglichkeiten in der Zukunft gebracht. Ein deregulierter globaler Kapitalismus ist jedoch nur bedingt mit den Geboten demokratischen Regierens vereinbar. Die Mitsprache der Vielen (Bürger/-innen) wird durch die Entscheidungsgewalt Weniger (Investoren/-innen) suspendiert.

Dies sind erhebliche Herausforderungen und bisweilen auch gebrochene Versprechungen der Demokratie. Dazu gehört nicht zuletzt die Indifferenz der politischen Eliten und beachtlicher Teile der bessergestellten Bevölkerung gegenüber gravierenden sozioökonomischen Ungleichheiten von Einkommen, Vermögen, Lebens- und politischen Partizipationschancen. Gleichzeitig hat aber auch die kulturelle Sensibilität gegenüber Minderheiten unterschiedlicher Provenienz zugenommen. Die liberale Dimension ist heute in den entwickelten Demokratien weit demokratischer als noch in den 1950er, 60er und 70er Jahren.

Die Demokratie steckt allerdings in ihren Teilbereichen wie insgesamt keineswegs in der Krise.

– Erstens gibt es nicht »die« Demokratie, sondern unterschiedliche Varianten der Demokratie mit unterschiedlicher demokratischer Qualität. Dies gilt auch für die EU-Staaten oder für die 36 Mitgliedstaaten der OECD-Welt. Die Bandbreite reicht von den Musterdemokratien Skandinaviens bis hin zu den »defekten Demokratien« Ungarns und Polens sowie dem autoritären Regime der Türkei unter Erdogan.

– Zweitens ist die demokratische Entwicklung der reiferen Demokratien von Ungleichheit gezeichnet. Erheblichen Demokratiegewinnen hinsichtlich Transparenz und Minderheits- wie Individualrechten stehen signifikante Demokratieverluste in der Dimension der Gleichheit oder der Dimension der effektiven Regierungsgewalt der nationalstaatlichen Demokratien entgegen.

Wird der Begriff Krise in seiner ursprünglichen dramatischen Bedeutung als akute Existenzfrage des Seins oder Nicht-Seins der Demokratie verwendet, passt er auf die allerwenigsten Staaten der EU und verkennt die Resilienz- und Anpassungspotenziale entwickelter Demokratien. Verwendet man den Begriff der Krise in seiner Latenz-Bedeutung, werden viele Probleme und uneingelöste Versprechen der Demokratie sichtbar. Nur ist das in aller Regel keine Existenzfrage des demokratischen Systems; der Krisenbegriff erscheint überzogen. Nicht jede ungelöste Herausforderung der Demokratie kann und sollte als Systemkrise dramatisiert und verkannt werden.

Ausblick

Die Krise der Demokratien der entwickelten Welt ist in ihrer Pauschalität eine Erfindung empirieferner Theoretiker. Es gibt unterschiedliche Länder und unterschiedliche Bereiche der Demokratie, die besonders resilient oder vulnerabel sind. Dänemark ist nicht Bulgarien und das Geschlechterverhältnis gleicher Rechte und Chancen ist heute demokratischer verrechtlicht und verwirklicht, als das in den ersten drei Jahrzehnten der Nachkriegszeit der Fall war. Dennoch zeigt sich heute mit den negativen Auswirkungen der Globalisierung auf die demokratische Selbstbestimmung die anwachsende Ungleichheit. Mit dem Aufstieg semiloyaler Parteien wie den Rechtspopulisten wachsen die Herausforderungen an die Demokratie, für die diese noch keine effektiven Gegengifte gefunden hat. Die Demokratisierung der Demokratie, die noch die ersten Nachkriegsjahrzehnte geprägt hat, scheint aber vorläufig gestoppt. Ob diese Stagnation in eine krisenhafte Regression auch in Westeuropa mündet, wie das manche Demokratietheoretiker schon länger postulieren, lässt sich empirisch nicht solide prognostizieren. Es wird manches davon abhängen, wie die politischen Eliten mit den neuen und alten Konflikten in unseren entwickelten Gesellschaften umgehen. Stagnation und Krisen sind systemisch riskant, aber sie bieten immer auch die Chance für Reformen. Diese zu erkennen sind die institutionellen Arrangements der Demokratie mit ihrer engen Verflechtung von Regierenden und Regierten immer noch besser geeignet als jedes andere politische System.

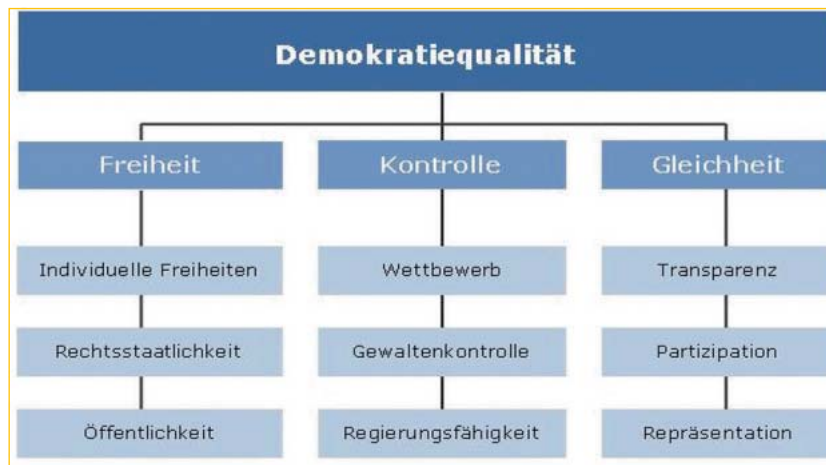


Abb. 4 »Demokratiebarometer – ein Instrument zur Messung von Demokratiequalität«

© www.democracybarometer.org/index_de.html

Literaturhinweise

- Blühdorn, Ingolf (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Frankfurt am Main: edition suhrkamp.
- Bühlmann, Marc/Wolfgang Merkel et al. (2012): The Democracy Barometer. A New Instrument to Measure the Quality of Democracy and Its Potential for Comparative Research. *European Political Science* 11: 519–536.
- Crouch, Colin (2004): Post-Democracy. Cambridge: Polity Press.
- De Wilde, Pieter/Ruud Koopmans/Wolfgang Merkel/Oliver Strijbis/Michael Zürn (Hrsg. 2019): The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism. Cambridge: Cambridge University Press.
- Keane, John (2009): Life and Death of Democracy. New York.
- Levitsky, Steven/Daniel Ziblatt (2018): How Democracies Die. New York.
- Manin, Bernard (1997): The Principles of Representative Government. Cambridge: Cambridge University Press.
- Merkel, Wolfgang (2004): Embedded and Defective Democracies, In: Special Issue of Democratization: Consolidated or Defective Democracy? Problems of Regime Change, hrsg. Aurel Croissant und Wolfgang Merkel 11 (5): 33–58.
- Merkel, Wolfgang (2014): Is capitalism compatible with democracy? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 8 (2): 109–128.
- Merkel, Wolfgang (Hrsg. 2015): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang/Werner Krause (2015): Krise der Demokratie? Ansichten von Experten und Bürgern, in: Merkel (Hrsg.), Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden. 45–66.
- Merkel, Wolfgang/Claudia Ritzi (Hrsg. 2017): Die Legitimität direkter Demokratie. Wie demokratisch sind Volksabstimmungen? Wiesbaden.
- Mounk, Yascha (2018): The People vs. Democracy: Why Our Freedom is in Danger and How to Save It. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Rancière, Jacques (2006): Hatred of Democracy. London: Verso.
- Runciman, David (2018): How Democracy Ends. London: Profile Books.
- Spittler, Marcus (2018): Are Right-Wing Populist Parties a Threat to Democracy? In: Wolfgang Merkel and Sascha Kneip (eds.): Democracy and Crisis. Challenges in Turbulent Times. Cham: Springer International: 97–121.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Wolin, Sheldon (2008): Democracy Incorporated: Managed Democracy and the Specter of Inverted Totalitarianism. Princeton: Princeton University Press.

MATERIALIEN

M 1 Moritz Döbler (2019):
 »An den Grenzen des Systems«,
 Der Tagesspiegel, 4.1.2019

Weltweit diffamieren Autokraten und Populisten freiheitliche Werte. Was muss sich ändern, damit die Demokratie sich dagegen behaupten kann? Um die Demokratie zu retten, bedarf es mehr als guter Intentionen und eindringlicher Appelle. Denn sie ist weltweit bedroht, und das zeigt sich am Ende des Jahres 2018 deutlich. Donald Trump, Wladimir Putin, Viktor Orban oder Recep Tayyip Erdogan stellen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit infrage. In Frankreich rütteln die Gelbwesten an der politischen Legitimität der Regierung. Auch in Deutschland macht sich ein Hass auf Eliten breit, besonders auch auf die gewählten Vertreter des Staates. Eine offen anti-parlamentarische Partei stellt bereits die stärkste Oppositionsfraktion im Bundestag und ist in allen Landesparlamenten vertreten.

Die Demokratie bröckelt in vielen Staaten. Vom Ende der Geschichte, das den Sieg dieses politischen Systems beinhaltet, ist längst keine Rede mehr. Denn es bringt auch offenkundige Pannen hervor. Oder wie soll man es sonst nennen, wenn ein Volk wie im Fall des Brexit eine demokratische Entscheidung trifft, die seinen eigenen Interessen völlig zuwiderläuft? Was soll man von einem US-Präsidenten halten, der die Mehrheit der Stimmen knapp verfehlte, aber dank eines komplizierten Wahlrechts trotzdem an die Macht kam und nun demokratische Werte verächtlich macht? Solche Phänomene lassen sich nicht als Kollateralschäden eines ansonsten funktionierenden Systems entschuldigen. Demokratien müssen lernen, sich zu reformieren – sonst gehen sie tatsächlich unter. Ohnehin ist die geordnete Mehrheitsentscheidung historisch gesehen eine exotische Angelegenheit. In der 300.000-jährigen Geschichte des Menschen nimmt sie keinen breiten Raum ein. Selbst wer nur die sogenannte Neuzeit der jüngsten 500 Jahre betrachtet, wird vielfältige politische Systeme finden, in denen Demokratie aber selten eine Rolle spielte. Wenn sie unterginge, bliebe sie eine kurze Episode der Geschichte.

An Appellen, die Demokratie zu schützen, fehlt es nicht. Aber die Begründungen bleiben seltsam vage. Von Freiheit ist dann die Rede, aber viele Menschen empfinden sich nicht als frei, obwohl sie in demokratischen Systemen leben. »Wir sind das Volk«, hieß es vor fast 30 Jahren auf Massendemonstrationen in der wenig später untergegangenen DDR. Die Losung galt als Ruf nach Freiheit und Demokratie. Doch heute, da sich ein freiheitliches und demokratisches System an der Stelle des Staatssozialismus etabliert hat, ist es vielen Menschen auch nicht recht. Die Freiheit scheint ihnen nicht ihre Freiheit zu sein – und so ihren Reiz verloren zu haben.

Im Westen Deutschlands stand die Überlegenheit – vor allem die moralische – der Demokratie nie infrage. Sie galt in ihrer bundesrepublikanischen Ausprägung als das Gute, als die quasi evolutionäre Konsequenz aus der Herrschaft der Barbarei in den NS-Jahren. Und als wirtschaftliches System, das untrennbar mit der Demokratie verbunden sei, galt die Marktwirtschaft. Beide Vorstellungen sind, aus heutiger Sicht betrachtet, mindestens naiv. Weder setzt Demokratie sich zwangsläufig durch, denn die Geschichte hat kein Ende, noch ist Marktwirtschaft nicht auch in Verbindung mit anderen politischen Systemen denkbar. Das zeigt sich nirgendwo deutlicher als in China.

Nach einer Konferenz mit dem Titel »Deutsch-Chinesischer Mediendialog«, zu der das Auswärtige Amt im vergangenen Jahr nach



M 2 »Den Finanzkapitalismus in seinem Lauf ...«

© Gerhard Mester, 2013

Peking eingeladen hatte, saßen die deutschen Journalisten, zu denen auch der Autor dieses Essays zählte, verdattert beisammen. Mit im Raum standen die unausgesprochenen Fragen der chinesischen Gastgeber. Fragen wie: Welchen Nutzen hat denn eure Demokratie? Oder: Wie schnell hättet ihr mit eurem politischen System wohl den Wohlstand geschaffen, der das heutige China prägt?

Nun lässt sich mühelos umfassende Kritik am Modell China formulieren, angefangen bei der systematischen Verletzung der Menschenrechte, aber trotzdem sind diese Fragen mit dem Blick von außen auf Deutschland und Europa und im Kontext der Geschichte legitim. Ganz unabhängig von China: Welchen Nutzen hat die Demokratie jenseits der gefühlten moralischen Überlegenheit? Oder, noch schärfer, worin liegt ihre Rendite?

Schwerfällig ist sie auf jeden Fall. In der Theorie sollten demokratische Entscheidungen stets die besseren sein, weil hinter ihnen die Mehrheit im Sinne einer Schwarmintelligenz steht. Selbst wenn vielleicht nicht sofort die richtige Richtung eingeschlagen wird, am Ende hat der Schwarm immer recht, das ist die Theorie. Aber die Praxis des Brexit spricht eine andere Sprache. Und auch die Beweglichkeit, die im Bild des Fischeschwarms zum Ausdruck kommt, zeigt sich in der Realität demokratischer Systeme kaum. So flink, geschlossen und klug, wie der im Meer Gefahren ausweicht, präsentiert sich wohl keine einzige Demokratie auf der Welt. (...)

Die quälende Langsamkeit, demokratisch legitimiert, bringt immer wieder neue, enorme Risiken hervor, vor allem für die südlichen, weniger wohlhabenden Staaten der Gemeinschaft. Dass der Klimawandel die Menschheit bedroht, lässt sich nicht übersehen, aber die Effekte selbst der schärfsten Emissionsvorgaben in Europa greifen offensichtlich zu kurz. (...)

Die Demokratie muss sich besser organisieren, wenn sie überleben soll. Es wäre eine Katastrophe für die Menschheit, wenn ihre Feinde triumphierten. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit dürfen nicht untergehen.

© www.tagesspiegel.de/politik/krise-der-demokratie-an-den-grenzen-des-systems/23813360-all.html

Ob Eurokrise, Elitenherrschaft oder Rechtspopulismus: Überall in Europa lassen sich politische Verfallserscheinungen beobachten. Sind wir schon in der Postdemokratie angekommen?

Es war ein demokratischer Offenbarungseid: Vor mehr als zehn Jahren sagte der damalige Außenminister Joschka Fischer, man könne »nicht gegen die internationalen Finanzmärkte regieren«. Der Satz hätte auch heute gesagt werden können.

Die sogenannte Eurokrise mit all ihren Not- und vermeintlichen Rettungsmaßnahmen, die wir gegenwärtig erleben, zeigt in aller Deutlichkeit nicht nur die realen Machtverhältnisse eines globalen Finanzkapitalismus, sondern auch den Feigenblattcharakter demokratischer Institutionen. Denn diese werden, sofern es »die Märkte« verlangen, schnell umgangen, etwa indem mal wieder ein neuer Rettungsschirm durch den Bundestag gepeitscht wird.

Oder sie werden den Erwartungen der Finanzmärkte gänzlich geopfert, wie bei der Einsetzung vermeintlich überparteilicher Expertenregierungen in Griechenland und Italien. Die jüngste Forderung der deutschen Bundesregierung, einen von der Europäischen Union bestellten Sparkommissar nach Athen zu schicken und damit die Haushaltsouveränität des griechischen Parlamentes aufzuheben, ist daher nur das gegenwärtig letzte Glied einer langen Kette von Entdemokratisierungsprozessen.

All das gibt Anlass, im Anschluss an Colin Crouch von »postdemokratischen Verhältnissen« zu sprechen. Crouch zufolge sind die Institutionen der parlamentarischen Demokratie – periodische Wahlen, Wahlkämpfe, Parteienkonkurrenz, Gewaltenteilung – formal gesehen völlig intakt; und eben dadurch unterscheidet sich postdemokratische grundlegend von prädemokratischen Herrschaftsformen. Allerdings stimme die Legitimation politischen Handelns durch die Partizipation des Volkes nicht mehr mit den realen Gegebenheiten überein. Crouch bezeichnet den öffentlichen Wahlkampf als ein Spektakel, kontrolliert von rivalisierenden Teams professioneller Spindoctors. Im Rücken dieser Inszenierung des »Wahlspiels« fände demgegenüber der tatsächliche politische Prozess statt – und zwar zwischen den Regierungen und den Eliten, die größtenteils die Interessen wirtschaftlich starker Akteure vertreten. Der Prozess ähnele damit eher einer privatisierten Interaktion denn einer demokratischen Mehrheitsfindung.

Es fällt schwer, dieser Diagnose von Crouch zu widersprechen. Das liberal-demokratische Modell, demzufolge die Bürgerinnen und Bürger mittels Wahlen die gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen, befindet sich seit mehr als zwei Jahrzehnten in einem Prozess der Erosion. Ursächlich hierfür ist neben dem Bedeutungszuwachs der Finanzmärkte auch die Verlagerung der faktischen Entscheidungsgewalt in internationale Gremien. Zu nennen sind hier vor allem die Organe der Europäischen Union wie Kommission, EZB und Europäischer Gerichtshof.

Aber auch die Welthandelsorganisation und die Weltfinanzinstitutionen (Weltbank, IWF) haben bei der politischen Gestaltung gegenüber nationalstaatlichen Regierungen und Parlamenten in den vergangenen Jahrzehnten erheblich an Einfluss gewonnen. Darüber hinaus hat sich eine Vielzahl von Organisationen und Expertenkommissionen, etwa im Bereich des Bankenwesens oder des internationalen Handels, immer mehr Regelungskompetenzen angeeignet. Kurzum, es haben sich neue Formen des Regierens herausgebildet, die einer demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen sind.



M 4 »Demo-Kratie«

© Oliver Schopf, 2013

Schließlich haben auch die Krise der öffentlichen Haushalte und das daraus resultierende »Spardiktat« den Spielraum demokratischen Handelns beschränkt. Und das in zweifacher Weise. Zum einen wurden und werden die Sozialkürzungen und Verlängerungen der Lebensarbeitszeit als »alternativlos« bezeichnet. Wo es aber keine politische Alternative gibt, existiert auch keine Demokratie. Zum anderen fehlt es an finanziellen Mitteln zur Umsetzung demokratisch gewollter Entscheidungen, etwa für die Einführung einer flächendeckenden Kinderbetreuung oder die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur.

Und wie reagieren die Bürgerinnen und Bürger? In den meisten Staaten Westeuropas geht seit gut 20 Jahren die Unterstützung grundlegender politischer Institutionen und ihrer Repräsentanten sichtbar zurück. Am deutlichsten schlägt sich das in Phänomenen wie der mangelnden Bereitschaft zur Mitarbeit in Parteien und dem Rückgang der Wahlbeteiligung nieder. Dieser Vertrauensverlust liberal-demokratischer Institutionen wird von einem Bedeutungszuwachs nicht nur populistischer Politikstile wie der Personalisierung der Wahlkämpfe, sondern auch populistischer Parteien begleitet, wie etwa Timo Soinis *Perussuomalaiset* in Finnland oder Geert Wilders »Partij voor de Vrijheid« in Holland.

In vielen Ländern Osteuropas sieht die Lage noch besorgniserregender aus. Nicht nur in Ungarn sind rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch. Die Unzufriedenheit mit den politischen Eliten ist dort noch stärker ausgeprägt als in Westeuropa und auch fremdenfeindliche Einstellungen sind weit verbreitet. Die demokratischen Hoffnungen nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime sind in Zynismus umgeschlagen, demokratische Institutionen werden von immer mehr Menschen abgelehnt. (...) Wenn die Konsolidierungspolitik wirklich derartig alternativlos ist, wie immer wieder behauptet wird, dann wäre es um die Zukunft der Demokratie tatsächlich geschehen. Doch ist es zu einfach, die Politik und deren Eliten lediglich als Helfershelfer globaler Finanzströme zu betrachten. Sowohl die Einführung der gemeinsamen Währung als auch die Erleichterungen für den internationalen Finanzmarktkapitalismus und in der Folge der Bedeutungszuwachs der jetzt so stark kritisierten Ratingagenturen waren politische Entscheidungen.

In Europa sind die Weichen in Richtung Postdemokratie längst gestellt. Es fehlt der Mut, diese Weichenstellungen wieder rückgängig zu machen.

© www.cicero.de/aussenpolitik/die-weichen-sind-auf-postdemokratie-gestellt/48233

M 5 Deutschlandfunkkultur, Stephanie Rode (11.8.2019): »Was stimmt nicht mit unserer Demokratie?«, Ein Gespräch mit dem Philosophen Robin Celikates und dem Soziologen Klaus Dörre.

Populismus, Politikverdrossenheit, Stagnation: Es kriselt merklich in den Demokratien. Liegt das an unserem Wirtschaftssystem? Das diskutieren der Philosoph Robin Celikates und der Soziologe Klaus Dörre. Ist der Kapitalismus schuld am desolaten Zustand der Demokratie? Diese These vertritt der Jenaer Wirtschaftssoziologe Klaus Dörre: Kapitalismus und Demokratie stünden in einem Spannungsverhältnis und das werde angesichts sinkender Wachstumsraten nun verstärkt auch im globalen Norden spürbar, da die sozialen Verwerfungen nicht mehr durch Wohlstandsgewinne befriedet werden könnten. Von einer Krise der demokratischen Idee mag Dörre dagegen nicht sprechen: »Ich glaube, dass demokratische Institutionen – Parlamentarismus, Mehrheitsprinzip, eingebettet in Menschen- und Völkerrecht – nach wie vor eine große Ausstrahlung haben.« Der Sozialphilosoph Robin Celikates (...) sieht dagegen die Institutionen der Demokratie in der Krise und die politische Kultur, auf die sie sich stützt. Er stellt fest, dass demokratische Verfahren, »auf die wir uns verlassen haben, nicht mehr so gut funktionieren« und dass die »Akzeptanz von Pluralität, Toleranz, wechselseitige Anerkennung« nicht mehr selbstverständlich unterstellt werden könnten. Zwar sieht auch Celikates ein »Widerspruchsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie«, glaubt aber nicht, »dass man die Komplexität der Krise der Demokratie nur mit Bezug auf die Entwicklung des Kapitalismus erklären kann«. Dörre diagnostiziert eine »ökonomisch-ökologische Zangenkrise« der kapitalistischen Demokratien: »Ökonomisches Wachstum war immer die Voraussetzung für die Pazifizierung des industriellen Klassenkonflikts, wie das Habermas genannt hat, und es ist immer unterstellt worden, dass das so weitergeht.« Inzwischen aber habe das Wachstum auf Basis fossiler Energien einen Schwellenwert erreicht, der das Ökosystem unumkehrbar destabilisiere, was sich inzwischen auch in den wohlhabenden Ländern bemerkbar mache.

Ressourcenintensives Wachstum – das wichtigste Mittel, um Wirtschaftskrisen und gesellschaftliche Spaltungen im Kapitalismus zu überwinden – treibe zugleich die Zerstörung der Umwelt und unserer Lebensgrundlagen voran. Das Bemühen um wirtschaftliche Stabilität münde so in ökologische und soziale Destabilisierung. Damit stünden die demokratischen Gesellschaften vor einem Dilemma, das sich nur durch eine »dramatische Veränderung ihrer Produktionssysteme und ihrer Lebensweisen« lösen lasse, meint Dörre und führt weiter aus: »Diese Entscheidungssituation führt dazu, dass die Eliten geradezu ratlos sind und dass die Einmischung der Vielen – das bedeutet ja Demokratie – zum Problem wird, weil es schwieriger wird, politisches Handeln zu legitimieren.«

Celikates stimmt dieser Diagnose im Wesentlichen zu und ergänzt: »Was wir jetzt als Krise erfahren, war an anderen Orten, zu anderen Zeiten für viele Menschen auf der Erde Realität – die fragile Konstruktion eines zeitlich begrenzten Kompromisses zwischen Kapitalismus und Demokratie hat an vielen Orten und für viele Bevölkerungsgruppen nie auf diese Weise funktioniert.« Dennoch, hält er fest, müsse man »noch andere, politisch-kulturelle Faktoren mit in Betrachtung ziehen«.

Ein entscheidendes Problem sieht Celikates in der mangelnden Einbindung betroffener, aber marginalisierter Gruppen in den politischen Entscheidungsprozess. Deshalb plädiert er dafür, »auch jenseits der existierenden Institutionen nach neuen Verfahren und Institutionen der Demokratie [zu] suchen« – und zwar gerade auch über den Nationalstaat hinaus. »Nur so werden wir die tatsächlich Betroffenen



M 6 »Annika Rittmann, Luisa Neubauer und Greta Thunberg nehmen an der Demonstration »Fridays for Future« in Hamburg am 21. Februar 2020 teil.«
© picture alliance/xim.gs

wirksam integrieren können, weil, oft sind sie ja gar nicht mehr Teil einer Gemeinschaft der Staatsbürger, sondern entweder als irreguläre Migranten auf dem Territorium oder werden durch Entscheidungen aus einem Land in einem ganz anderen Land tangiert.«

Auch Dörre vertritt die These, »dass man Demokratie nur erhalten kann, wenn man sie ausweitet«, und zwar insbesondere auf den Bereich der Wirtschaft: »Wir müssen uns fragen, ob es unter Bedingungen der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise, wo die Entscheidungen großer Unternehmen Überlebensinteressen der Menschheit tangieren, noch angemessen ist, dass diese Entscheidungen von Wirtschaftseliten getroffen werden. Oder ob wir nicht Entscheidungsmacht in den ökonomischen Institutionen rückverteilen müssen an die Gesellschaft.«

Dabei sieht er den Ansatzpunkt dafür zunächst auf der Ebene des Nationalstaats, da es hier bereits mehr demokratische Rechte gebe, an die man anknüpfen könne. So schlägt er beispielsweise vor, bei Bundestagswahlen auch über den Einsatz gesellschaftlicher Ressourcen abstimmen zu lassen. Darüber hinaus befürwortet er es, große Unternehmen in »Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnen-Gesellschaften« umzuwandeln – also in eine neue Eigentumsform, »die nicht Staatseigentum, aber auch nicht Privatbesitz ist, sondern eine Art kollektives Selbst Eigentum, wie in genossenschaftlichen Organisationen« (...)

Wie aber sollen sich für derart umfassende Veränderungen des politischen Systems Mehrheiten finden? Hier setzen Dörre und Celikates vor allem auf soziale Bewegungen, die Ideen für eine demokratisch-ökologische Transformation aufgreifen und in die Gesellschaft hineinragen. Ein Beispiel für eine Bewegung, die aus der Mitte der Gesellschaft Druck aufbauen und Mehrheiten generieren könnte, sehen sie in »Fridays for Future« (...)

In Zukunft müsse Demokratie ohne das klassische Wohlstandsversprechen auskommen, auf dem die Stabilität der westlichen Demokratien bisher gründete, so meinen beide übereinstimmend. Allerdings müssten bei weitem nicht alle gleichermaßen verzichten, betont Dörre. So gehe ein Großteil der zusätzlichen CO₂-Emissionen seit 1990 auf die »wachsende Ungleichheit innerhalb der Staaten« zurück, weil immer mehr Reiche immer mehr konsumierten: »Mehr substantielle Gleichheit wäre auch ein Beitrag zu ökologischer Nachhaltigkeit.« Vor diesem Hintergrund brauche es ein neues Wohlfahrtsversprechen, das stärker auf die »Entfaltung der Fähigkeiten« setze statt auf einen »Luxuskonsum der Eliten«.

© www.deutschlandfunkkultur.de/gesellschaft-in-der-krise-was-stimmt-nicht-mit-unsere-2162.de.html?dram:article_id=455987

M 7 »Das Konzept des Demokratiebarometers«, www.democracybarometer.org

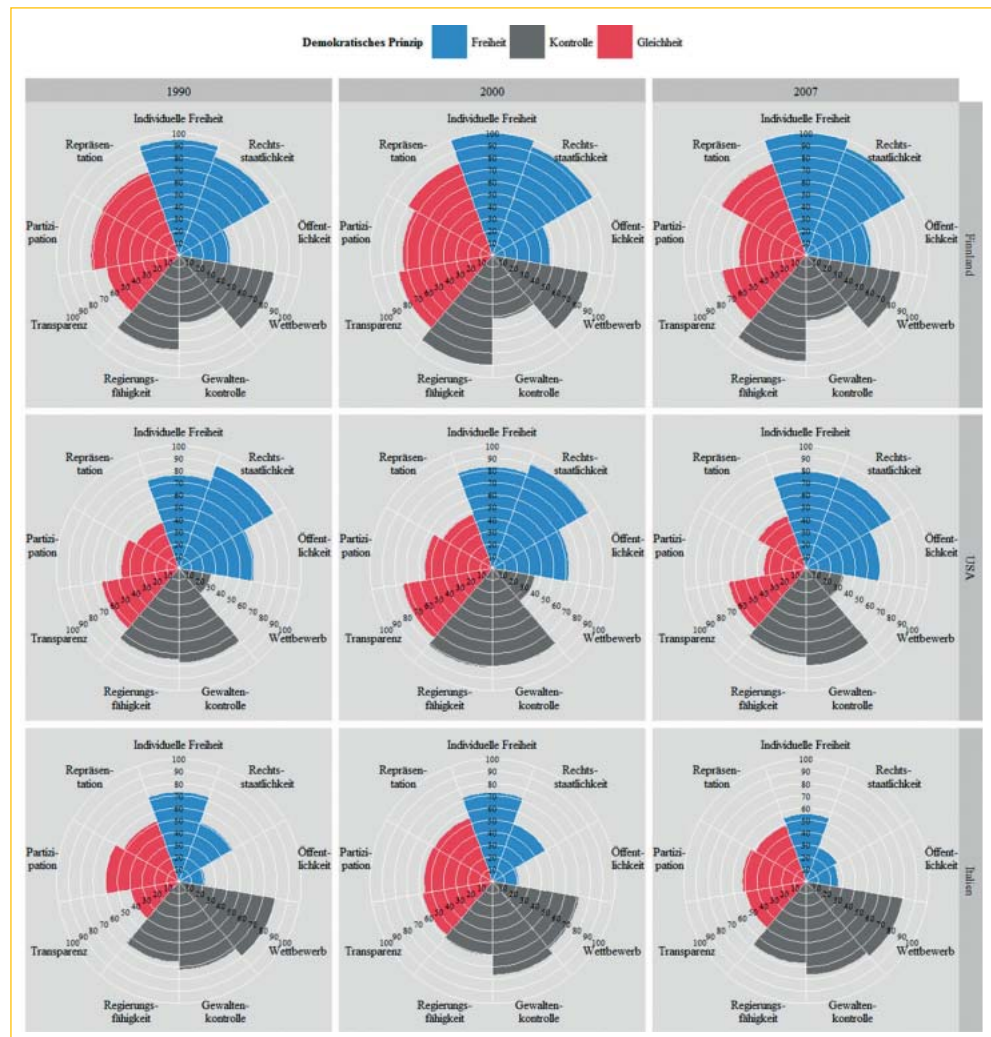
Das »Democracy Barometer« ist ein neuer Demokratieindex. Es versucht, die konzeptionellen und methodologischen Schwächen bisheriger Demokratie Maße zu überwinden, um so die feinen Unterschiede in der Qualität von etablierten Demokratien messen und analysieren zu können.

Bisherige Demokratieindizes basieren mehrheitlich auf minimalistischen Demokratieentwürfen. Damit lassen sich zwar durchaus demokratische von nicht-demokratischen Regimen unterscheiden. Für die Bestimmung feiner Unterschiede hinsichtlich der Demokratiequalität eines Landes muss das Phänomen »Demokratie« allerdings möglichst in seiner ganzen Komplexität erfasst werden. Der Democracy Barometer löst sich deshalb von rein minimalistischen Demokratievorstellungen und basiert auf einer Demokratiekonzeption mittlerer Reichweite. Er verbindet Elemente des liberalen und des partizipatorischen Modells und beleuchtet somit den Gegenstand Demokratie gleichzeitig aus unterschiedlichen Perspektiven. (...) Ausgangspunkt bildet die Prämisse, dass demokratische Systeme eine Balance zwischen den interdependenten Werten »Freiheit« und »Gleichheit« herzustellen versuchen und sich dazu eines dritten demokratieinhärenten Prinzips bedienen: Kontrolle. Diese drei demokratischen Grundprinzipien und damit die Qualität der Demokratie werden durch die Erfüllung von neun Funktionen sichergestellt. Dieser Erfüllungsgrad wird anhand verschiedener Komponenten bestimmt, die ihrerseits durch Subkomponenten und geeignete Indikatoren gemessen werden (...). Die Auswahl der Indikatoren, die Bestimmung der Messniveaus und die Art der Aggregation der Daten beruhen auf ausgewiesenen theoretischen Überlegungen und empirischen Tests (...).

© www.democracybarometer.org/concept_de.html

M 8 Wolfgang Merkel/Marc Bühlmann (2011): »Die Vermessung freier Gesellschaften. Das Demokratiebarometer bietet ein differenziertes Bild«, WZB Mitteilungen – Nr. 131/März 2011

Demokratiemessungen müssen ihr Ausgangskonzept der Demokratie normativ wie theoretisch ausweisen. Daran fehlt es etwa bei »Freedom House«, »Polity« oder dem »Economist«. Das Team des Demokratiebarometers hat sich für ein Konzept »mittlerer Reichweite« entschieden. Das bedeutet, weder den Minimalisten, die schon freie und allgemeine Wahlen als hinreichend für die Demokratie ansehen, noch den Maximalisten zu folgen, die auch



M 9 »Alexander Petring, Wolfgang Merkel, Dag Tanneberg (2013): »The Good, the Bad and the Ugly? Das Demokratiebarometer stellt sich vor.«

© <https://democracy.blog.wzb.eu/2013/10/15/the-good-the-bad-and-the-ugly-das-demokratiebarometer-stellt-sich-vor/>

Politikergebnisse wie soziale Gerechtigkeit mit in die Definition von Demokratie einschließen.

Die Demokratiedefinition, die als Grundlage des Demokratiebarometers entwickelt wurde, bezieht zwar möglichst viele Institutionen, Organisationen, Verfahren und Akteure mit ein, schließt jedoch konkrete Politikergebnisse aus. Berücksichtigt werden die formalen gesetzlichen Grundlagen, aber auch die tatsächliche demokratische Praxis. So ist es beispielsweise nicht nur relevant, dass Wahlen frei, allgemein und fair sind. Es ist auch von erheblicher demokratischer Bedeutung, wer wählt und welche sozialen Ausgrenzungsmuster gegebenenfalls zu erkennen sind. Wenn etwa untere Schichten, Frauen, ethnische oder religiöse Minderheiten sich dauerhaft weniger bei Wahlen und anderen politischen Partizipationsformen beteiligen oder stark unterproportional in Parlament und Regierung repräsentiert sind, schlägt das negativ zu Buche, weil es die politische Gleichheit effektiv beeinträchtigt. Je besser alle Bürger beteiligt werden, desto demokratischer, heißt hier die demokratische Regel – und vice versa. (...) Neun zentrale Demokratiefunktionen sind zu sehen (Demokratiequalität):

- 1.) Prinzip Freiheit mit den Funktionen: – Individuelle Freiheiten – Rechtsstaatlichkeit, – Öffentlichkeit
- 2.) Prinzip Kontrolle mit den Funktionen: – Wettbewerb, – Gewaltenteilung, – Regierungsfähigkeit
- 3.) Prinzip Gleichheit mit den Funktionen: – Transparenz, – Partizipation, – Repräsentation

© www.schattenblick.de/infopool/politik/fakten/pfbero18.html

3. Westliche Demokratien zwischen Partizipation und Wohlstand

HERFRIED MÜNKLER

In der vierzig Jahre dauernden Ost-West-Konfrontation hat sich die Vorstellung breit gemacht, die Demokratie westlichen Zuschnitts sei ein zuverlässiger Garant des Wohlstands. Komplementär dazu wurden nichtdemokratische Regierungsformen – von traditionellen Oligarchien über diverse Diktaturen bis zu totalitären Regimen – mit wirtschaftlicher Rückständigkeit und Ineffizienz, dramatischer Ungleichheit bei der Verteilung von Vermögen und Lebenschancen sowie empörender Armut bis hin zu bitterstem Elend in Verbindung gebracht. Diese sozio-politische Weltwahrnehmung hatte von den 1950er bis in die 1990er Jahre erhebliche Evidenz: Der wirtschaftliche Abstand zwischen den Ländern des Ostblocks und denen der westlichen Demokratien wurde seit den 1960er Jahren immer größer, und die Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens, wo in gewissen Abständen das Militär die Macht übernahm, waren durch tiefe soziale Gegensätze und wirtschaftliche Rückständigkeit gekennzeichnet. Im Unterschied dazu wuchs der Wohlstand in den westlichen Demokratien kontinuierlich an, und diesem Wachstum konnten auch kleinere Wirtschaftskrisen keinen Abbruch tun. Alles sprach dafür, dass der demokratische Verfassungsstaat ein zuverlässiger Wohlstands-generator war. So konnte man es in vielen Lehrbüchern lesen.



Abb. 1 »Die City von New York (Manhattan) gilt spätestens seit Mitte des 20. Jahrhunderts als Sinnbild des westlichen Wohlstands und einer funktionierenden Demokratie. Nicht zufällig wurde das »World Trade Center« in Manhattan am 11.9.2001 Zielpunkt islamistischer Terrorangriffe mit insgesamt rund 3.000 Toten.«
© picture alliance / DPR, 23.9.2018

16

Demokratie und Wohlstandsversprechen

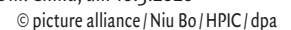
Mitunter wurde freilich auch eine umgekehrte Kausalbeziehung herausgestellt, derzufolge Wohlstand ein Garant der Demokratie sei. Das war vor allem dann der Fall, wenn auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückgeblickt wird und nach Erklärungen für das reihenweise Scheitern der Demokratien in Mittel- und Südeuropa während dieses Zeitraums gesucht wurde. Der deutsche Fall, das Scheitern der Weimarer Republik, stand wegen dessen verhängnisvollen Folgen im Zentrum der Überlegungen. Aber Deutschland war kein Einzel- und Ausnahmefall: Von den Demokratien, die nach dem Ersten Weltkrieg mit der Installierung der Pariser Friedensordnung in Mittel- und Osteuropa entstanden waren (dazu Leonhard 2018, S. 1051–1153), war im Jahre 1938 nur noch die Tschechoslowakei eine Demokratie, und auch in Südeuropa waren von Portugal und Spanien über Italien bis nach Griechenland – teilweise nach blutigen Bürgerkriegen – Diktaturen an die Stelle der Demokratie getreten. Nur im europäischen Nordwesten dominierte weiterhin der demokratische Verfassungsstaat. Eine der Erklärungen für diese Entwicklung lautete, dass es nach dem Ende des Ersten Weltkriegs nicht zu einer umfassenden Wohlstandsentwicklung in Europa gekommen war, weswegen soziale Spaltungen und politische Unzufriedenheit in Verbindung mit dem Ruf nach »starken Männern« zum Zerfall der demokratischen Ordnung geführt hätten. Die von den USA ausgehende Finanz- und Wirtschaftskrise habe dann, zumal im deutschen Fall,

ein Übriges getan. Wohlstand, so die aus diesen Beobachtungen gezogene Schlussfolgerung, sei ein unverzichtbarer Anker von Demokratien.

Die politische Lehre aus dem Blick auf die Zwischenkriegszeit lautete somit: die demokratischen Parteien hätten darauf zu achten, dass die sozialen Trennlinien nicht größer, sondern kleiner würden und ein gut ausgestatteter Wohlfahrtsstaat die sozialen Folgen von Wirtschaftskrisen abfedere. Das wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zum politischen Credo nahezu aller Parteien Westeuropas – wenn auch je nach politischer Couleur in unterschiedlicher Intensität und Dringlichkeit formuliert. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den westlichen Demokratien während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine doppelte Kausalitätsannahme zwischen demokratischer Ordnung und wirtschaftlichem Wohlstand vorherrschend wurde: die verbreitete Überzeugung, wonach Demokratie Wohlstand fördere, und der politische Imperativ, dass Wohlstand mit Hilfe sozialstaatlicher Institutionen gesichert werden müsse, damit die Demokratie dauerhaft Bestand habe. Selbst neoliberale Politiker wie die britische Premierministerin Margaret Thatcher haben dem nicht prinzipiell widersprochen; sie haben im Sozialstaat jedoch eine Wohlstandsbremse gesehen und mit dem Versprechen, durch dessen Abbau lasse sich größerer Wohlstand generieren, eine Mehrheit der Wähler hinter sich gebracht. Den Nexus zwischen Demokratie und Wohlstand haben sie jedoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Dieser »Nachkriegskonsens« der westlichen Demokratien, wesentlicher Stützpfeiler ihrer politischen Stabilität, hat seit Ende der 1990er Jahre jedoch an Evidenz verloren. Dazu hat der rasante wirtschaftliche Aufstieg Chinas, der keineswegs mit einer Demokratisierung der politischen Ordnung des »Reichs der Mitte« einherging, ebenso beigetragen wie die Enttäuschung darüber, dass die Einführung demokratischer Strukturen in den Staaten Mittel- und Osteuropas nach 1989 zunächst keineswegs sofort zu einem ökonomischen »Take off« geführt hat, und schließlich kam noch hinzu, dass weder in Lateinamerika noch in Afrika im Gefolge von Demokratisierungsschüben stabile Demokratien mit kontinuier-

Inzwischen stellt die westliche Demokratie für viele Länder nicht mehr das Vorbild bei der Gestaltung der sozio-politischen Ordnung dar; an ihre Stelle ist China getreten, weil mit seiner Ordnung weitergehende Wohlstandsversprechen verbunden sind. Der rasante wirtschaftliche Aufstieg Chinas im Verlauf der letzten vierzig Jahre, der zudem unter Bedingungen stattgefunden hat, dass man – im Unterschied zu den Europäern mit Großbritannien an der Spitze – nicht die Avantgarde der Industrialisierung in einer ansonsten noch agrarischen Welt war, sondern, wie zuvor bereits Japan und Korea, in die Front der westlichen Industriemächte einbrechen musste, hat China politisch attraktiv werden lassen, und da dieses Vorbild in erheblich geringerem Maße mit rechtlichen Normen und Regelungen verbunden ist, den jeweils Herrschenden also sehr viel größere Spielräume lässt als die westlichen Demokratien, dürfte es vorerst dabei bleiben. Die augenscheinliche Effizienz des chinesischen Wegs im Kampf gegen die Corona-Epidemie dürfte die Neidung noch verstärken.



17

1933 Errichtung bzw. entscheidendes Ereignis im Entstehungsprozess einer Diktatur oder autoritären Regimes

© bpb

Es sind zwei große Legitimationserzählungen, auf die sich bürgerpartizipative Ordnungen in der Phase ihrer Durchsetzung berufen haben: die Abwehr sexueller Gewalt, die von den Herrschenden gegen die Frauen der Untertanen ausgeübt wurde (Münkler 1989, 104ff., ders. 1992, S. 161ff.), und die rechtliche Begrenzung von Eingriffen in das Eigentum der Herrschaftsunterworfenen, als was die willkürliche Erhöhung oder Neueinführung von Steuern bzw. eine hemmungslose Verschwendung öffentlicher Gelder angesehen werden. Die Verteidigung des Eigenen bzw. des als Eigenes Reklamierten gegen die Willkür der Mächtigen führte zur Selbstermächtigung der Herrschaftsunterworfenen und schließlich zum institutionellen Neuarrangement der Machtverteilung. Von einer Mehrung des allgemeinen Wohlstands war dabei nicht die Rede, zumal die Bürgerkriege und Revolutionen, mit denen dieses Neuarrangement verbunden waren, zumindest kurzfristig, zu einer Wohlstandsminderung geführt hatten. Das Wohlstandsnarrativ kam erst ins Spiel, als die Erinnerung an die frühere Unterdrückung und Willkür allmählich in Vergessenheit geriet und sich gleichzeitig beobachten ließ, dass die demokratische Ordnung zu einer Freisetzung von Energien führte, die den Wohlstand erhöhte, und dass diese Ordnung für eine im Vergleich mit anderen Herrschaftsstrukturen relativ gleichmäßige Verteilung des Wohlstands sorgte.

Die große Herausforderung dieses demokratischen Neuarrangements bestand darin, die zeitlich begrenzte Erfahrung der Befreiung von Willkür, Gewalt und Enteignung in eine auf Dauer angelegte Ordnung der Freiheit mitsamt ihren weitreichenden Partizipationserfordernissen zu überführen. Da die Einlösung des Wohlstandsversprechens offenbar historisch kontingent ist und von der Demokratie nicht zuverlässig garantiert werden kann, hängt an der Beantwortbarkeit dieser Frage die Konkurrenzfähigkeit der Demokratie unter Bedingungen, in denen andere Ordnungen des Politischen ihrerseits Wohlstandsversprechen einlösen.

Das Freiheitsversprechen: »Liberalismus« und »Republikanismus«

Wie also steht es um das Freiheitsversprechen? Und worin besteht es, wenn die unmittelbare Befreiungserfahrung verblasst ist? Der britische Ideenhistoriker Isaiah Berlin hat zwischen einer »negativen« und einer »positiven Freiheit« unterschieden und diese Unterscheidung mit der These verbunden, die liberale Demokratie begnüge sich mit der »Freiheit wovon« und verzichte auf starke Imperative im Hinblick auf die »Freiheit wozu« (Berlin 1995, 197ff.). Starke Vorgaben im Bereich der positiven Freiheit waren in seiner Sicht eine Einbruchsstelle der Unfreiheit. Wer nämlich legte fest, wozu die Freiheit gebraucht werden sollte? Berlin hat in den beiden Freiheitsbegriffen zwei unterschiedliche, mitunter konträre Antworten auf die Frage nach der Kontinuierung eines zeitlich begrenzten Befreiungsempfindens herausgestellt, die sich – bei einer gewissen Vereinfachung – als republikanische und liberale Antwort auf diese Frage bezeichnen lassen. Der historisch ältere Republikanismus hat dabei auf eine Reihe von sozio-moralischen Ressourcen gesetzt, die in der langen und zerklüfteten Tradition



Abb. 4 »Niccolò Machiavelli, 1469–1527, Porträt von Santi di Tito« © <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=9578897>



Abb. 5 »Ralf Dahrendorf, 1929–2009, deutsch-englischer Soziologe« © picture alliance, 2002

republikanischen Denkens im Begriff der »Bürgertugend« zusammengefasst wurden (Münkler 1991). Tugend stand dabei für Tüchtigkeit und Engagementbereitschaft wie für Korruptionsresistenz im weitesten Sinn. Wenn diese Tugend zu versiegen drohte, mussten entschiedene Anstrengungen zu ihrer Revitalisierung unternommen werden. Das Dilemma des Republikanismus besteht darin, dass sich sozio-moralische Dispositionen schwerlich institutionalisieren lassen, so dass die Kontinuitätsaussicht prekär bleibt.

Der historisch jüngere Liberalismus dagegen war davon überzeugt, dass kluge institutionelle Regelungen, also Verfassungen, einen erheblichen Dispens vom Imperativ der Bürgertugend darstellen, und auf dieser Grundlage hat sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts das liberale gegen das republikanische Narrativ durchgesetzt: Es war weniger voraussetzungsreich und bot größere Chancen zur Institutionalisierung der Antwort auf die zentrale Herausforderung der Demokratie. Dabei ging der Liberalismus eine Koalition mit dem Konstitutionalismus ein, d. h. er setzte auf rechtliche Bindung der Machthaber sowie wechselseitige Kontrolle und Begrenzung der staatlichen Gewalten (»checks and balances«). Derlei ließ sich zuverlässig institutionalisieren, während bei der republikanischen Insistenz auf sozio-moralischen Dispositionen unklar blieb, wie diese Bestand haben bzw. revitalisiert werden sollten: Einige setzten auf moralische Appelle, also einer Mischung aus gutem Zureden und eindringlicher Warnung, andere auf den Krieg gegen äußere Feinde, durch den Widerstandswille und Opferbereitschaft der Bürger stimuliert werden sollten. Robespierre und seine Anhänger schließlich kamen auf die Idee, die Bürgertugend durch den Terror gegen die Feinde der Republik zu stärken – doch all das war wenig attraktiv für eine Ordnung, die dauerhaften Bestand haben sollte.

Am attraktivsten war da noch die von Niccolò Machiavelli bis Ralf Dahrendorf präferierte rechtlich gehegte Konfliktaustragung zwischen den Gruppen und Parteien im Innern eines Gemeinwesens, mit der die Bürgertugend immer wieder aufs neue stimuliert werden sollte. Die Austragung politischer Konflikte in den dafür vorgesehenen Arenen ist danach das sozio-moralische Lebenselixier der Demokratie, verbindet sich darin doch das Engagement für das Gemeinwesen mit der Entwicklung von Sachkompetenz bei den Bürgern, so dass die Austragung politischer Konflikte oben-

drein als ein Generator politischer Urteilskraft dient. Der Konflikt ist danach kein »unvermeidliches Übel« der Demokratie, sondern hat eine für deren Fortbestand unverzichtbare Funktion. Im historischen Rückblick lässt sich die Geschichte von Demokratien mit langer Lebensdauer als ein Wechselspiel liberaler und republikanischer Impulse beschreiben: Während der Liberalismus um die Verteidigung der Verfassung besorgt ist und auf deren Anpassung gegenüber veränderten sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen und politischen Herausforderungen achtet, also die Arenen der Konfliktaustragung in Ordnung hält, hat der Republikanismus die Bürger selbst im Auge und achtet auf deren Bereitschaft und Fähigkeit, an den politischen Debatten und Entscheidungen tatsächlich teilzuhaben und nicht in die randständige Position eines misstrauenden und übelgelaunten Beobachters des politischen Geschehens zu verfallen. So ergänzen sich beide, zumindest in der theoretischen Konstruktion, aufs Beste: Der Liberalismus achtet auf den verfassungsmäßigen Rahmen, und der Republikanismus sorgt dafür, dass dieser auch mit demokratischem Leben gefüllt wird. Je besser dies gelingt, desto widerstandsfähiger und zukunftsfester ist eine Demokratie auch dann, wenn sie die Wohlstandserwartungen der Bürger zeitweilig nicht einlösen kann.

Die latente Gefährdung einer jeden Demokratie: der Rückzug der Bürger aus den Arenen der politischen Partizipation

Im Unterschied zu allen anderen Ordnungen eines Gemeinwesens verlangt die Demokratie den ihr Angehörigen einiges an Engagement für das Gemeinwesen und an Bemühungen um die je eigene politische Urteilskraft ab. Das ist die Folge dessen, dass sie die Menschen aus Untertanen in Bürger verwandelt, also in Personen, die nach der Definition des Aristoteles (»Politik III,1«) gleichzeitig herrschen und beherrscht werden. In diesem Sinne ist die Demokratie eine Ordnung bürgerschaftlicher Selbstherrschaft bei freiwilliger Selbstunterwerfung eines jeden Einzelnen unter diese Herrschaft. Dass das funktioniert, ist alles andere als selbstverständlich. Nicht wenige sind nämlich durchaus bereit, Herrschaft hinzunehmen, wenn sie nicht von »Ihresgleichen« ausgeübt wird, wenn die Herrschenden also mit der Legitimität des Hervorragenden versehen sind, gleichgültig, ob diese nun auf herausragenden Leistungen und Fähigkeiten beruhen oder auf der von ihnen lancierten Behauptung, schon durch Geburt etwas Besseres und Besonderes zu sein, oder schließlich auf Werbestrategien, die sie als etwas Besonderes darstellen. Da die Demokratie infolge der Gleichheitsprätention der Bürger nur schwache Kompetenzunterschiede zwischen Herrschenden und Beherrschten kennt und dem durch die zeitliche Begrenzung von Herrschaft auch Rechnung trägt, verfügt sie über keine starke Legitimationserzählung gegenüber denen, die die Herrschaft von »Ihresgleichen« hinzunehmen haben, aber »Ihresgleichen« eigentlich nicht zur Herrschaft befähigt ansehen.

Der einzige Ausgleich, den die Demokratie für dieses Defizit anbieten hat, ist die Partizipation der politisch einander Gleichgestellten an der Ausübung der Herrschaft. Was in der klassischen Demokratie der Antike, die keine ausdifferenzierte, professionelle Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten kannte und darum, zumal in Athen, die Bürger gemäß Losentscheidung immer wieder mit »Verwaltungsaufgaben« betraute, eine reale Erfahrung war (Tarkainen 1972: 143–151), ist in der modernen Demokratie, wie sie in Westeuropa und Nordamerika im Verlauf des 17. und 18. Jahrhunderts entstanden ist, zu einer Legitimationsformel geworden, der, sieht man von kommunalpolitischen Angelegenheiten einmal ab, nur noch selten reale Partizipationserfahrungen entsprechen. Das hat zum einen historische Gründe, überformte das demokratische Prinzip in Westeuropa doch eine bürokratische Administration, die in den autokratischen Monarchien der Frühen Neuzeit entstanden war, weil der Herrscher un-

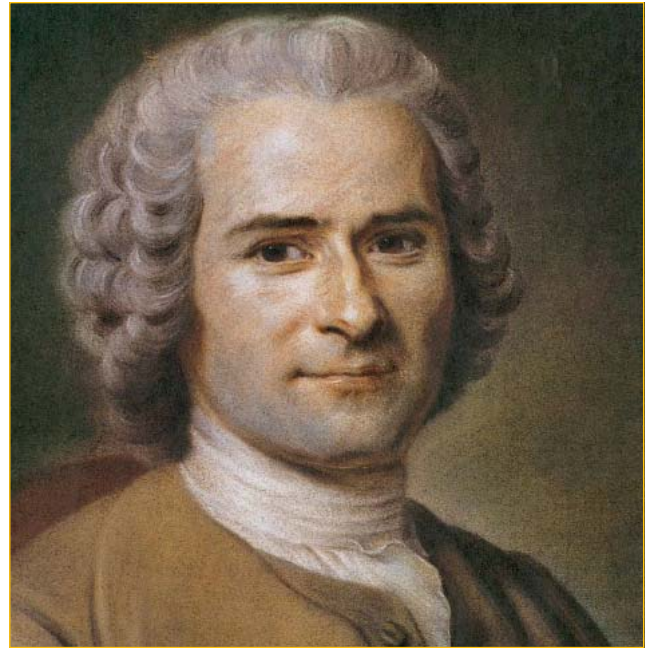


Abb. 6 »Jean-Jacques Rousseau, 1712–1778, Pastell von Maurice Quentin de La Tour, 1753« © http://iperceptive.com/topquotes/rousseau_top_quotes.html

möglich die Staatsverwaltung in eigener Person und mit einigen Vertrauten durchführen konnte und deswegen auf eine Bürokratie angewiesen war, und trat nicht an dessen Stelle. Zum anderen hatte es systematische Gründe, denn im Unterschied zu den antiken Stadtstaaten hatten die neuzeitlichen Territorialstaaten von ihrer räumlichen Ausdehnung und den Bevölkerungszahlen her eine Größe erreicht, dass sie nicht mehr von einer Dilettantenverwaltung zu administrieren, sondern auf fachlich geschulte und mit nichts anderem beschäftigte Staatsdiener angewiesen waren. Zwischen Herrschende und Beherrschte, deren Identität Aristoteles für die Demokratie postuliert hatte, schob sich eine Schicht professionellen Verwaltungspersonals, das für die Rechtsformigkeit und Regelmäßigkeit der Verwaltung unabhängig von Ort und Zeitpunkt des Handelns verantwortlich war. Administration qua bürgerschaftliche Selbstverwaltung war nur in Stadtstaaten möglich, weswegen Jean-Jacques Rousseau die Demokratie auf den Stadtstaat beschränkt hat.

Diese Zwischenschicht professioneller Administratoren entlastete die Bürgerschaft freilich von einer zeitaufwendigen und sachlich anspruchsvollen Tätigkeit, bei der, hätte man sie der Bürgerschaft nach dem Dilettantenprinzip übertragen, sogleich die Frage im Raum gestanden hätte, wer von den Bürgern neben der Sorge für seinen Lebensunterhalt dazu überhaupt in der Lage war – mit Sicherheit nur die Vermögenden, die obendrein über ein gewisses Niveau an Bildung verfügten, die also zumindest lesen, schreiben und rechnen konnten.

Die antike Demokratie beruhte darauf, dass Frauen und Sklaven für die Subsistenz derer sorgten, die sich wesentlich dem politischen Betrieb widmeten. Das hätte jedoch dem in den Anfängen sicherlich nur latenten Gleichheitsgrundsatz der neuzeitlichen Rechtsstaaten widersprochen und auf längere Sicht zur Verfestigung einer Oligarchie der Vermögenden und Gebildeten geführt, zur Herrschaft derer, die es sich von Ressourcen und Fähigkeiten her leisten konnten, einen erheblichen Teil ihrer Zeit der Verwaltung öffentlicher Belange zu widmen, ohne dies deswegen zu ihrem Beruf zu machen. Auf kommunaler Ebene ist dieser Typ von Honoratiorenverwaltung bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts anzutreffen gewesen, bis sie auch hier im Rahmen der Kommunal- und Gebietsreformen durch eine entsprechende Professionalisierung des Personals verdrängt worden ist. Diese Entwicklung hat die Effizienz der Verwaltung sicherlich erhöht, aber gleichzeitig

hat sie die Partizipationserfahrung der Bürgerschaft reduziert. Dementsprechend wird Demokratie inzwischen als eine bestimmte Form der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten begriffen, bei der die Bürgerschaft in einem gewissen zeitlichen Abstand aufgerufen ist, die verantwortliche Spitze dieser Verwaltung per Wahl zu bestätigen oder abzulösen.

Partizipationserfahrungen, die über den Gang zur Wahlurne hinausgehen, machen unter diesen Umständen nur noch wenige, nämlich diejenigen, die aktive Mitglieder einer politischen Partei sind oder sich anderweitig, in Vereinen und Verbänden, Kirchen oder Gewerkschaften, Bürgerinitiativen oder Nichtregierungsorganisationen, politisch betätigen. Anspruch und Wirklichkeit miteinander vergleichend kann man die westlichen Demokratien auch als »offene Aristokratien« bezeichnen, als Partizipationsordnungen also, an denen im Grundsatz jeder teilhaben kann, aber nur wenige willens und bereit sind, das auch tatsächlich zu tun. Von den Ergebnissen her betrachtet, ist das zunächst kein Problem für den Fortbestand der Demokratie; sehr wohl aber wird es zu einem Problem, wenn das Desinteresse an politischer Teilhabe auf den partizipativen Minimalakt der Wahlbeteiligung übergreift, die Wahlbeteiligung etwa auf die Hälfte der Wahlberechtigten absinkt, was in fast allen Demokratien westlichen Typs seit einigen Jahrzehnten zu beobachten ist. In der Folge dessen lässt sich eine allgemeine Unzufriedenheit konstatieren, die aber nur in wenigen Fällen zu erhöhtem Engagement führt, was ja der demokratischen Regel entspräche, sondern sich zu einer Ablehnung der Demokratie als bevorzugte Form politischer Ordnung verdichtet. Im Unterschied zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als die erklärten Feinde der Demokratie deren gefährlichste Bedrohung darstellten, ist in den ersten beiden Dekaden des 21. Jahrhunderts der Rückzug der Bürger aus der politischen Partizipation zur größten Gefahr für den Fortbestand der Demokratie geworden (dazu ausführlich Münkler/Münkler 2019: 257–334).

Bloße Überforderung oder »freiwillige Knechtschaft«?

Betrachtet man die regelmäßig erhobenen Freiwilligensurveys, so lässt sich daraus nicht ablesen, dass das Engagement der Deutschen im Verlauf der letzten Jahrzehnte generell zurückgegangen wäre. Was sich aber sehr wohl zeigt, ist eine Verschiebung des Engagements, weg von den Parteien, den Gewerkschaften und den Kirchen, weg von Vereinen und Verbänden und hin zu Initiativen und Bewegungen, die in der Regel ein einziges Ziel verfolgen, Umweltschutz oder Tierwohl, Menschenrechte oder Schutz politischer Gefangener, den Bau von Kitas oder die Verhinderung von Straßen oder Stromtrassen. Allgemeine Werte und spezielle Interessen sind an die Stelle der Gemeinwohlorientierung getreten, und das hat zur Folge, dass genuin politisches Engagement und damit auch die Ausbildung politischer Urteilskraft einer schleichenden Erosion ausgesetzt sind. Das Aufkommen populistischer Bewegungen, die einfache Antworten auf komplexe Probleme geben, den »gesunden Menschenverstand« also an die Stelle der politischen Urteilskraft setzen, ist eine der Folgen dieser Entwicklung. Kurzfristig mögen solche Bewegungen, etwa in Form ansteigender Wahlbeteiligung, zu einer Revitalisierung der demokratischen Konfliktkultur führen, haben jedoch auf mittlere Sicht überwiegend demokratiegefährdende Effekte, weil sie weder zur nachhaltigen Erhöhung politischer Partizipation noch zu

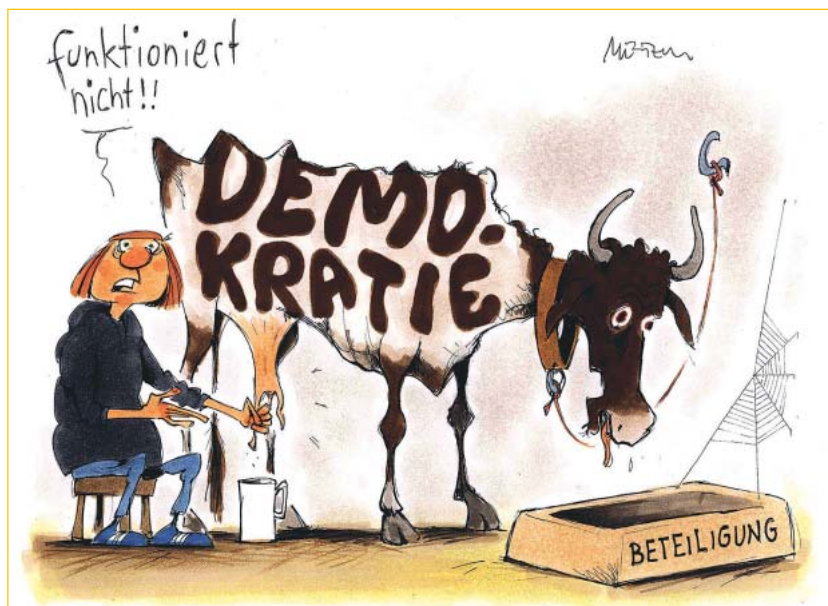


Abb. 7 »... funktioniert nicht!«

© Gerhard Mester, 2016

einer Erneuerung der politischen Urteilskraft führen, stattdessen die liberalen Bindungen des demokratischen Rechtsstaats in Frage stellen, also die Arenen demolieren, in denen die politischen Konflikte regelgebunden und zielorientiert ausgetragen werden. Obendrein wecken sie bei Teilen der Bevölkerung Wohlstandserwartungen, die dann enttäuscht werden. Die populistische Demokratierevitalisierung, wie sie von Ernesto Laclau (2005) und Chantal Mouffe (2018) ins Gespräch gebracht worden ist, hat sich bislang regelmäßig als Strohfeder erwiesen, als ein kurzfristiges Aufflackern mit baldigem Verlöschen, dem jede Nachhaltigkeit abgeht. Wenn sich überhaupt nachhaltige Effekte populistischer Bewegungen beobachten lassen, so resultieren diese aus der Reaktion von Teilen der Bevölkerung auf Populismen.

Nun gibt es zweifellos Gründe für die angesprochene Engagementverschiebung von den politischen Parteien zu moral- oder interessengetriebenen Initiativen, von umfassender Thematik zu Einzelzielen, vom Längerfristigen zum Kurzfristigen, vom gedulden Bohren harter Bretter, wie Max Weber Politik beschrieben hat, zur empörten Erregung und zur Parolenkultur. Die ausschlaggebenden Gründe sind in grundlegenden Veränderungen der Arbeitswelt und der vorherrschenden Lebensstile zu suchen. So ist die Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten räumlich mobiler geworden: Personen, die auf berufliches Fortkommen setzen, bleiben selten an demselben Ort. Ortswechsel entwertet aber das bis dahin durch Engagement aufgebaute »politische Kapital«, Vertrauen und Bekanntheit, und nur selten ist man bereit, am neuen Wohnort wieder von vorn anzufangen – zumal dann, wenn man nicht weiß, wie lange man dort bleiben wird. Außerdem verlangt der Ortswechsel erhöhtes berufliches Engagement, so dass für anderes kaum Zeit bleibt. Da es sich bei dem betreffenden Personenkreis in der Regel um Mittelschichtangehörige handelt und diese traditionell das Gros der politisch Engagierten stellen, hat die erhöhte regionale Mobilität überproportional negative Effekte für die politische Partizipation.

Ein anderer Faktor der Engagementverlagerung ist das gewandelte Rollenverständnis von Mann und Frau: Vor dreißig Jahren noch war politische Partizipation eine wesentlich Männern vorbehaltene Angelegenheit, und Frauen in Parlamenten, von der Kommune über das Land bis zum Bund, waren Ausnahmeerscheinungen. Sie mussten, wie es damals allgemein hieß, ihren Männern »den Rücken frei halten«, sich um Haushalt und Kinder kümmern, so dass die Männer Zeit für ihre politische Tätigkeit hatten. Das hat sich seitdem deutlich geändert: Dort, wo Politik als Beruf aus-

geübt wird, hat die veränderte familiäre Rollenverteilung keine wesentlichen Einschränkungen zur Folge, sehr wohl aber da, wo Politik ein Ehrenamt ist, es also im strikten Sinn um Engagement geht. Die Zahl der Männer, die dafür zur Verfügung steht, ist deutlich kleiner geworden. Und viele Frauen sind nach wie vor im Haus gebunden oder nehmen Ehrenämter im Kontext der Beschulung der Kinder wahr. Immer häufiger findet sich kaum noch die erforderliche Anzahl von Personen zur Besetzung der politischen Ämter in der Kommunalpolitik. Die demokratische Partizipation läuft Gefahr, von ihren Wurzeln her zu verdorren.

Das ist die Verwundbarkeit der Demokratie, auf die politische Extremisten abzielen, wenn sie Kommunalpolitiker mit Hassmails und Gewaltandrohungen überziehen. Das dahinter stehende Kalkül lautet: Indem die Extremisten die persönlichen Risiken politischen Engagements, das nicht in ihrem Sinne ist, erhöhen, trocknen sie politische Partizipation aus und lassen die Demokratie kollabieren. Was sich hier abzeichnet, ist eine Strategie zur Zerstörung der Demokratie, auf die bislang kein griffiges Gegenhandeln entwickelt worden ist – auch darum, weil diese Strategie offensichtlich von den zuständigen Behörden zu spät und unzulänglich erkannt worden ist. In jedem Fall aber verlangt eine »wehrhafte Demokratie« nicht nur behördliches Gegenhandeln, sondern auch eine entschlossene Reaktion der Bürgerinnen und Bürger, und die kann nur darin bestehen, dass sich vermehrt Personen für Aufgaben politischer Partizipation bereitfinden, dass sie also genau das Gegenteil dessen tun, wozu sie aus persönlichen Gründen neigen und wozu sie durch extremistische Gewaltandrohung gebracht werden sollen.

Die Geschichte der Demokratie vom 5. vorchristlichen Jahrhundert bis heute ist durchweg auch eine Geschichte des Scheiterns und Abbrechens partizipativer Ordnungen und Traditionen. Das war so beim Untergang der athenischen Demokratie, bei der Erosion der römischen Republik im Verlauf eines jahrzehntelangen Bürgerkriegs und beim Verschwinden der partizipatorischen Stadtverfassungen im Europa des 15. und 16. Jahrhunderts. Verglichen damit war das Scheitern der mitteleuropäischen Demokratien in den 1920er und 1930er Jahren nur eine kurze Unterbrechung. Etienne de La Boétie, ein französischer Autor aus der Mitte des 16. Jahrhunderts, hat mit Blick auf seine Zeit den Rückzug der Bürger aus der Politik als einen Weg in die »freiwillige Knechtschaft« bezeichnet. Er hatte eine klare Vorstellung davon, dass politische Partizipation eine aufwändige und nicht selten risikobehaftete Tätigkeit war, im Vergleich zu der autokratischen Herrschaftsstrukturen mit einem Bequemlichkeitsversprechen daherkamen. Er konnte beobachten, wie dieses Versprechen mehr und mehr Anhänger fand. Aber er ahnte auch, dass solche Bequemlichkeit Kosten hatte, die zunächst nicht absehbar, aber dann exorbitant hoch waren: politische Knechtschaft.

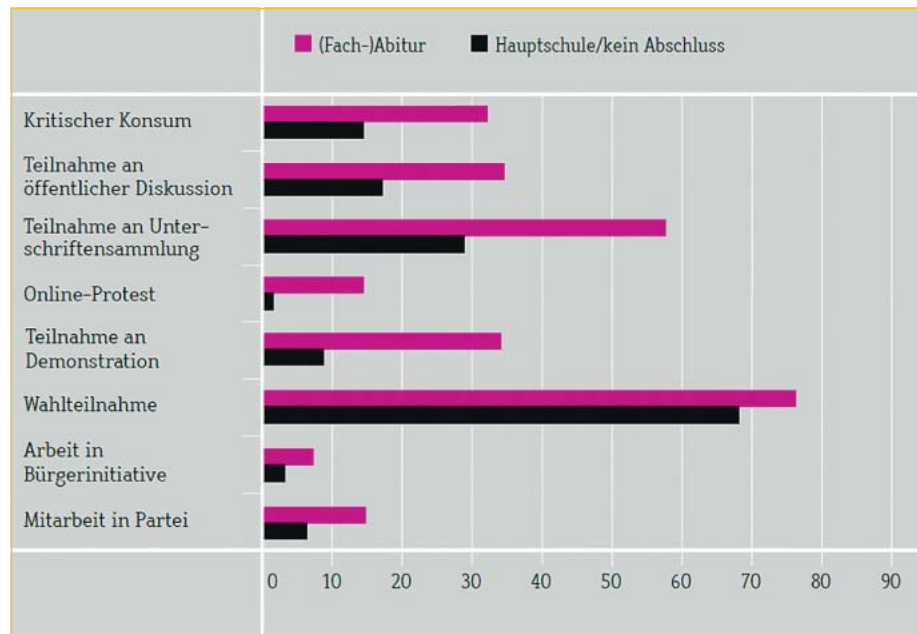


Abb. 8 »Politische Partizipation nach Schulabschluss«

© Bödecker, Sebastian (2011): Die soziale Frage der Demokratie. Einkommen und Bildung beeinflussen die Chancen politischer Teilhabe, WZB-Mitteilungen, H. 134, S. 26ff

Literaturhinweise

- Aristoteles: Politik. Übersetzt und hrsg. von Olof Gigon, München 1973.
- Berlin, Isaiah (1995): »Zwei Freiheitsbegriffe« (1958); in: ders.: Freiheit. Vier Versuche, Frankfurt am Main, S. 197–256.
- de La Boétie, Etienne (1980): Von der freiwilligen Knechtschaft, hrsg. von Horst Günther, Frankfurt am Main.
- Laclau, Ernesto (2005): On Populist Reason, London. New York.
- Leonhard, Jörn (2018): Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923, München.
- Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus, Frankfurt am Main.
- Münkler, Herfried (1989): »Von der Herrschaftsregel zum Skandal: Der Umgang der Herrschenden mit den Frauen der Untertanen«; in: Rolf Ebbinghausen / Sighard Neckel (Hrsg.): Anatomie des politischen Skandals, Frankfurt am Main, S. 104–129.
- Ders. (1991): »Die Idee der Tugend. Ein politischer Leitbegriff im vorrevolutionären Europa«; in: Archiv für Kulturgeschichte, 73. Jg., Heft 2, 1991, S. 379–403.
- Ders. (1992): »Das Weib als Beute und Besitz. Die Potenz der Potentaten, die Gewalt der Väter und Gatten und die Strategien weiblichen Widerstands bei Mozart und Verdi«, in: Udo Barmbach / Wulf Konold (Hrsg.): Gesungene Welten. Oper als Spiegel gesellschaftlicher Veränderungen, Berlin, S. 161–184.
- Ders. / Münkler, Marina (2019): Abschied vom Abstieg. Eine Agenda für Deutschland, Berlin.
- Tarkainen, Tutu (1972): Die athenische Demokratie, München.

MATERIALIEN

M 1 Daniel Eckert: »Die Rezession der Demokratie«, *Die Welt*, 17.10.2017

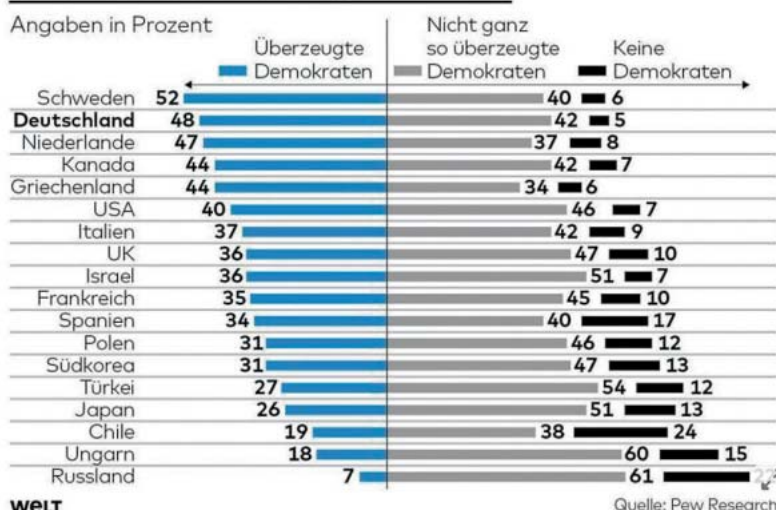
Demokratie und Marktwirtschaft waren lange ein erfolgreiches Duo. Doch rund um den Globus formiert sich eine fundamentale Opposition, wie sie lange unvorstellbar war: eine Distanzierung von Wahlen und Parlamenten. Die Finanzkrise von 2008 mündete in die Große Rezession, ein brutales Schrumpfen der weltweiten Wirtschaft. Jetzt ist in wissenschaftlichen Kreisen von einer neuen Rezession die Rede, doch diesmal ist es nicht die Industrieproduktion oder die Exportquote, die schrumpft, sondern die Zustimmung zur demokratischen Ordnung. Diese Rezession der Demokratie ist zwar noch kein Crash der Demokratie, aber eine deutliche Distanzierung von Wahlen und parlamentarischer Meinungsbildung. Sie lässt sich rund um den Globus beobachten.

Dass sich die Demokratie in den Staaten der früheren Dritten Welt schwer tut, ist bekannt. Nun zeigt sich jedoch, dass auch in wohlhabenden Ländern die Zweifel wachsen. Noch ist es nicht so, dass sich die Mehrheitsgesellschaft von der demokratischen Entscheidungsfindung entfremdet, doch scheint sich an den Rändern eine fundamentale Opposition zu formieren, wie sie vor wenigen Jahrzehnten noch unvorstellbar war. Unter den Nationen, in denen das parlamentarische System der Volksherrschaft in der Defensive ist, finden sich einige, die man dort nicht vermuten würde. Das Ausmaß der globalen Demokratie-Rezession zeigt jetzt erstmals eine aufwendige Umfrage von *Pew Research*. Das internationale Meinungsforschungsinstitut mit Sitz in Washington D.C. befragte Bürger in 38 Staaten. Den Forschern zufolge sagen im Mittel 13 Prozent der Menschen von sich, dass sie keine Demokraten sind. Dem stehen 23 Prozent jener entgegen, die sich als überzeugte Demokraten bezeichnen. Rund 47 Prozent sind nach eigenem Bekunden zwar demokratisch eingestellt, aber nicht besonders überzeugt oder engagiert. Den geringsten Anteil von eingefleischten Demokraten gibt es in Wladimir Putins Russland, wo sich nur sieben Prozent nachhaltig zum Parlamentarismus bekennen.

Während in Indien, Russland oder Mexiko überzeugte Demokraten selten sind – die meisten sehen sich selbst als halbherzige Demokraten mangels Alternative –, verfügt das parlamentarische System in den meisten Ländern Westeuropas noch über einen soliden Rückhalt. »In wohlhabenden, starken Demokratien steht die repräsentative Demokratie hoch im Kurs«, stellen die Experten von *Pew Research* fest. Doch selbst in reichen Nationen geben Menschen zunehmend an, dass sie offen sind für nicht-demokratische Optionen, und das nach Jahrzehnten des wirtschaftlichen Aufschwungs, der einen historisch einmaligen Lebensstandard erlaubt. Bei *Pew Research* ist von einer »nennenswerten Minderheit« die Rede. Doch was wäre die Alternative? Die drei meistgenannten Optionen sind: Herrschaft einer Experten-Elite, Militärregime und starker Mann.

Die Idee, von Technokraten gelenkt zu werden, findet in zahlreichen Nationen einen Zuspruch. Laut *Pew Research* können sich in Ungarn, Südkorea, Polen, Spanien, Japan, Israel und Chile jeweils mehr als die Hälfte der Menschen vorstellen, dass Fachleute, die sich nicht demokratisch legitimieren müssen, die Geschäfte führen. Für die Vorstellung von einem Staatsführer, der ohne Parlament und ohne die Intervention von Gerichten regieren kann, gibt es nicht ganz so viel Sympathie. Doch selbst für dieses Konzept, das auf ein autoritäres Regime hinauslaufen würde, kann-

So schätzten sich die Bürger selber ein

M 2 »Selbsteinschätzung der Bürgerinnen und Bürger«, *PEW-Research-Studie*, 2017

© www.welt.de/wirtschaft/article169697484/Die-Rezession-der-Demokratie.html

sich in manchen Staaten ein Viertel der Bevölkerung erwärmen: In den Vereinigten Staaten mit ihrer langen parlamentarischen Tradition würden 22 Prozent der Befragten eine politische Führerfigur präferieren.

Interessant in dem Zusammenhang: Am schwächsten ist die Zustimmung für einen autoritären Herrscher in Deutschland. Nur sechs Prozent der Bundesbürger würden ein solches Regime bevorzugen. Ähnlich äußern sich die Deutschen zu einer möglichen Militärdiktatur. Dass es die Armee besser hinbekommen würde als eine demokratisch gewählte Regierung, glauben hierzulande nur vier Prozent der Menschen. Einen ebenso niedrigen Wert maßen die *Pew-Research-Forscher* nur noch in Schweden. In hohem Ansehen steht das Militär dagegen in Chile, das von 1973 bis 1990 von dem General Augusto Pinochet regiert wurde. In dem südamerikanischen Land sympathisiert mehr als ein Viertel der Bevölkerung mit dem Gedanken, dass die Armee die Kontrolle übernimmt. Aber auch in Italien und Frankreich hat ein militärisches Regierungssystem, das auf Befehl und Gehorsam basiert, einige Fans. Selbst in den USA kommt die Herrschaft der Generäle auf 17 Prozent Zustimmung. Die vielleicht brisanteste Erkenntnis verbirgt sich quasi im Untergeschoss der *Pew-Research-Analyse*. Dort finden sich nämlich Ergebnisse, die die These von der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung untermauern. Offenbar geht Globalisierungsskepsis zunehmend auch mit einer Ablehnung der Demokratie einher. Darauf deutet folgende Beobachtung hin: Menschen, die die wirtschaftliche Lage in ihrem Land für schlecht halten, misstrauen der Demokratie zunehmend. Umgekehrt findet sich Demokratiezufriedenheit ausgeprägt bei Menschen, die die Wirtschaft als gesund ansehen. Diese Spaltung manifestiert sich nicht zuletzt im wohlhabenden Europa. Selbst im reichen Schweden meint nur ein Drittel der Wirtschaftspessimisten, dass die Demokratie in ihrem Land gut funktioniert. Bei den Wirtschaftsoptimisten sind es dafür 88 Prozent, also beachtliche 56 Punkte mehr. In Deutschland ist der Unterschied ebenfalls groß. Wer die Meinung vertritt, dass die hiesige Konjunktur brummt, hat mit 79 Prozent Wahrscheinlichkeit eine hohe Meinung vom Funktionieren der Demokratie. Unter denen, die die wirtschaftliche Lage als schlecht empfinden, loben dagegen nur 48 Prozent das demokratische Gefüge.

© www.welt.de/wirtschaft/article169697484/Die-Rezession-der-Demokratie.html

M 3 Interview mit dem Politologen Kishore Mahbubani, Singapur (2020): »Dreht um! Biegt ab, geht mit Asien auf die Reise«, Der Spiegel, 17.3.2020

SPIEGEL: Herr Professor Mahbubani, geht das **Asiatische Jahrhundert** womöglich zu Ende, bevor es richtig begonnen hat?

Mahbubani: Wegen des Coronavirus? Nein, der Weg zum **Asiatischen Jahrhundert** ist und bleibt steinig. 1997, kurz vor Beginn dieses Jahrhunderts, haben wir eine schwere Finanzkrise überstanden. Im Westen hieß es damals, Asien sei erledigt. In Wahrheit hat noch jede Krise bewiesen, wie widerstandsfähig diese Region ist und wie entschlossen ihre Menschen sind.

SPIEGEL: China geht mit rabiaten Methoden gegen das Coronavirus vor, setzt Millionenstädte unter Quarantäne und hat das Ausmaß der Seuche anfangs kleingeredet. Sie preisen das »chinesische Modell« in Ihren Büchern – aber zeigt der Umgang mit dem Virus nicht, dass autoritäre Regime mit solchen Krisen überfordert sind?

Mahbubani: Schauen Sie einmal 100 Jahre zurück. 1920 herrschten in China Hunger, Seuchen, Bürgerkrieg und Chaos, die Lebenserwartung betrug 30 Jahre, die Kindersterblichkeit 40 Prozent. Vergleichen Sie das mit dem China von heute. Dieser Aufstieg ist allerdings nicht das Ergebnis des kommunistischen Systems, sondern des Einfallsreichtums der Menschen. Die Chinesen haben ein paar Tausend Jahre lang darüber nachgedacht, wie eine gerechte und gut organisierte Gesellschaft aussieht, genauso lange wie der Westen. Sie haben andere Erkenntnisse gewonnen. Und sie haben keinen Anlass, die Erkenntnisse des Westens zu kopieren. (...)

SPIEGEL: Sie beurteilen China gern nach seinen Errungenschaften, aber den Westen nach seinen Fehlern. Und dann werfen Sie dem Westen vor, mit »ungleichen Maßstäben« zu messen.

Mahbubani: Ich will nicht, dass der Westen scheitert, ich will, dass er Erfolg hat. Ein schwacher, zerstrittener Westen ist schlecht für die Welt. Ich bin nicht anti-westlich oder anti-amerikanisch. Ich stelle einfach fest, dass es bessere Wege gibt, mit Asien und China umzugehen. Der Westen muss begreifen: Wenn sich die Geschichte in die Kurve legt, kannst du nicht weiter geradeaus fahren. Der Westen hat viele Probleme seit dem Ende des Kalten Krieges und jenem berühmten Essay von Francis Fukuyama, der damals das »Ende der Geschichte« verkündete. Das hat euch schläfrig und selbstzufrieden gemacht. Ich sage: Dreht um! Biegt ab, geht mit Asien auf die Reise, und seid optimistisch. Die Möglichkeiten, die der Aufstieg von China und Asien überhaupt bieten, sind enorm.

SPIEGEL: Nicht nur der Westen zögert, Chinas Weg zu gehen. Auch viele asiatische Länder sehen China nicht als die freundliche Supermacht, die Sie in Ihren Büchern beschreiben.

Mahbubani: Eine »freundliche Supermacht« – das wäre ein Widerspruch in sich. Supermächte erwarten, dass sich andere fügen. Das tun die USA, und das wird auch China tun, je stärker es wird. Aber es gibt Unterschiede: Man kann 2.000 Milliarden Dollar ausgeben, im Irak einmarschieren und wie Don Quijote gegen Windmühlen kämpfen. Peking wird nie so dumm sein, in ein Land einzumarschieren, dessen Kultur und Geschichte es nicht versteht. (...) Japan und Südkorea sind sehr besorgt über China, viel besorgter als ihr Europäer. Aber sie fürchten nicht, dass China ihre Demokratie unterwandert oder dergleichen. Sie fürchten, dass China die Hackordnung wieder herstellt, die mehr als tausend Jahre lang in Asien galt. Und es stimmt, dieser Prozess wird schmerzhaft sein, vor allem für die Japaner.

SPIEGEL: Wie beurteilen Sie das massive digitale Überwachungsregime, mit dem China die Welt verschreckt?



M 4 »Soldaten und Panzer sicherten am 9.6.1989 den Platz des »Himmlichen Friedens« (Tiananmen-Platz) in Peking. Am 3. und 4. Juni hatte die chinesische Führung die Proteste der Bevölkerung für mehr Demokratie und Freiheit auf dem Platz durch das Militär gewaltsam niederschlagen lassen. Bei der Niederschlagung des Aufstandes starben insgesamt bis zu 3.000 Menschen.«

© picture alliance

Mahbubani: Darüber sollten wir uns alle Gedanken machen. Im Westen glauben ja manche, das Sammeln von Daten sei in Ordnung, solange das nur private Unternehmen tun. Aber auch auf staatlicher Ebene haben die USA begonnen, jede Unterhaltung auf der Welt aufzuzeichnen, derer sie mit digitalen Mitteln habhaft werden. Das wissen wir vom ehemaligen NSA-Mitarbeiter Edward Snowden. Wer das falsch findet, sollte das durch Taten beweisen. Wir können nicht verlangen, dass die Chinesen aufhören abzufragen, solange es die NSA immer noch tut.

SPIEGEL: Das Ausmaß, in dem Peking die Mittel des Überwachungsstaats gegen das eigene Volk anwendet, ist beispiellos.

Mahbubani: Machen wir uns nichts vor, dieser Überwachungsstaat verstärkt natürlich die Fähigkeit der chinesischen Regierung, ihre Bevölkerung zu kontrollieren. Zugleich weiß die Führung: Wenn die Chinesen ihre Regierung nicht mehr wollen, dann werden ihr alle Überwachungsinstrumente der Welt nicht helfen, dann verliert sie, wie andere vor ihr, das »Mandat des Himmels«. Wenn rund 1,4 Milliarden Menschen aufstehen, werden die 90 Millionen Mitglieder der Partei dagegen machtlos sein. Deshalb kontrolliert China seine Bevölkerung nicht mit brutaler Gewalt, sondern vor allem mit Wirtschaftspolitik.

SPIEGEL: Ist es nicht brutale Gewalt, mit der Peking in der Autonomen Region Xinjiang Hunderttausende Muslime in Umerziehungslager gesteckt hat?

Mahbubani: Xinjiang und der Rest von China sind zweierlei. Wenn China ein Unterdrückungsstaat wäre, dann würden die Menschen davonlaufen. Vergangenes Jahr, bevor dieses neuartige Coronavirus ausgebrochen ist, sind 134 Millionen Chinesen ins Ausland gereist. Warum sind die alle wieder zurückgekommen?

Mahbubani gilt als Verkünder des »Asiatischen Jahrhunderts«. 1948 als Sohn einer aus Indien geflohenen Familie in Singapur geboren, stieg er zu einem einflussreichen Diplomaten auf und war als Botschafter seines Landes bei den Vereinten Nationen von 2001 bis 2002 Präsident des Welt-sicherheitsrats. Er ist Leiter der Politischen Akademie der National University of Singapore.

© www.spiegel.de/politik/ausland/corona-kishore-mahbubani-dreht-um-biegt-ab-geht-mit-asien-auf-die-reise-und-seid-optimistisch-a-00000000-0002-0001-0000-000169988532

M 5 Spiegel-Interview mit Herfried Münkler über Coronakrise und Autokratie: »Weitreichende Veränderungen der politischen Ordnung«, 23.3.2020,

SPIEGEL: Herr Münkler, wir erleben durch die Coronakrise eine Ausnahmesituation. Als 1968 die Notstandsgesetze für die Bundesrepublik verabschiedet wurden, gab es massive Proteste – und jetzt fast keine Diskussionen über die Einschränkung der Freiheitsrechte. Verwundert Sie das?

Münkler: Die Debatte über die Notstandsgesetze nach 1945 wurde wegen der noch frischen Erinnerung an 1933 so heftig geführt: In der Endphase der Weimarer Republik regierten die Reichskanzler mit Notverordnungen über das Parlament hinweg; auch Hitler etablierte mit dem »Ermächtigungsgesetz« eine Notstandsregelung, um mit außergewöhnlichen Vollmachten die parlamentarische Demokratie endgültig auszuschalten. In der jetzigen Situation wird ja gar nicht mit Gesetzen gearbeitet, schon gar nicht mit Eingriffen ins Grundgesetz. Im Moment nutzen die Regierungen vor allem administrative Möglichkeiten.

SPIEGEL: Dass Regierungen so weitreichende Entscheidungen allein treffen und die Parlamente nicht fragen, finden Sie unproblematisch?

Münkler: Bei uns sehe ich darin keine Gefahr für die Demokratie. Aber: In Staaten, in denen sehr autoritäre Regierungschefs agieren – Trump, Bolsonaro, Putin, Erdogan – muss man damit rechnen, dass die Pandemie zum Einfallstor für weitreichende Veränderungen der politischen Ordnung wird. Das kann beginnen, indem sich jemand als charismatischer Bezwingler der Krise präsentieren will, so wie es sich bei Xi Jinping in China andeutet.

SPIEGEL: Europäische Länder reagieren ganz unterschiedlich. Großbritannien und die Niederlande haben lange auf staatliche Eingriffe verzichtet, in Frankreich stellt sich Emmanuel Macron mit martialischer Rhetorik an die Spitze des »Kriegs« gegen die Krankheit. Greifen die Staaten auf historisch gewachsene Muster zurück?

Münkler: Tatsächlich werden die verschiedenartigen politischen Kulturen in Europa sehr sichtbar. In der »Etatismus«-Tradition geht man in Frankreich davon aus, dass ökonomische und soziale Herausforderungen vor allem durch staatliche Eingriffe in den Griff zu bekommen sind. Die liberale Tradition in Großbritannien und den Niederlanden hingegen setzt stark auf die Verantwortung und Einsichtsfähigkeit des Einzelnen. Die Deutschen versuchen einen Mittelweg.

SPIEGEL: Wie die Staaten in der Krise agieren, erklärt sich also auch aus der Geschichte?

Münkler: Da gibt es sicher eine Pfadabhängigkeit, wie Sozialwissenschaftler es nennen: Etablierte Muster sind in einem Land tief verankert, wurden in Rechtsformen gegossen und dominieren jetzt das unterschiedliche Vorgehen in Europa.

SPIEGEL: Gibt es historisch überhaupt etwas mit der Coronakrise Vergleichbares?

Münkler: Vielleicht die große Pestwelle Mitte des 14. Jahrhunderts. Damals kam die Seuche aus China oder Zentralasien über die Seidenstraße nach Europa – und hat das öffentliche Leben ähnlich zum Erliegen gebracht wie Corona heute. Allerdings nicht, weil ein gut organisierter Staat Ausgangssperren angeordnet hätte, sondern weil die Menschen aus ungeheurer Angst vor Ansteckung nicht mehr auf die Straße gingen. Es gibt Berichte, dass die Sterbenden auf den Straßen lagen und sich keiner fand, der sie weggetragen hat.

SPIEGEL: Ihren Anfang nahm die Katastrophe 1348 in südeuropäischen Hafenstädten, in Venedig, Genua, Marseille ...

Münkler: ... und breitete sich von dort über ganz Europa aus. In gut einem Jahrzehnt starb ungefähr ein Drittel der Bevölkerung daran. Das medizinische Wissen war weit vom heutigen entfernt,



M 6 »Intensivstation für Corona-Patienten am 23.3.2020 in Cremona, nord-östlich von Mailand.«

© picture alliance / abaca

aber dass Abstand und Quarantäne helfen könnten, ahnten die Menschen früh.

SPIEGEL: Staaten im modernen Sinne gab es noch nicht. Welche Rolle spielten die Obrigkeiten bei der Pest-Bekämpfung?

Münkler: Den mittelalterlichen Verwaltungen fehlten die Strukturen für Abwehrmaßnahmen. Selbst ein relativ gut organisiertes Gemeinwesen wie die Republik von Florenz – eine Metropole mit mehr als 100.000 Einwohnern – war nur begrenzt in der Lage durchzugreifen.

SPIEGEL: Es kam also auf den Einzelnen an, ob er sich schützen konnte oder nicht?

Münkler: Richtig. Natürlich waren die Begüterten im Vorteil. Wer konnte, zog ins Landhaus. Genau so entstanden Boccaccios berühmte Novellen: In »Decamerone« beschreibt er den Rückzug aus der Stadt und liefert Ideen gegen die Langeweile, indem man sich erotische Geschichten erzählt.

SPIEGEL: Die Pest blieb eine Dauerbedrohung für Europa. Wie reagierten die Staaten, die sich nach dem Dreißigjährigen Krieg im 17. Jahrhundert herausbildeten?

Münkler: Sie reglementierten immer stärker das Alltagsleben der Menschen, nicht zuletzt, um Katastrophen vorzubeugen. Sogenannte Policy-Ordnungen entstanden, etwa zur Ausweisung Kranker im Seuchenfall oder zur Müllbeseitigung. Der englische Philosoph Thomas Hobbes prägte die Formel: »Pro protectione ob-oedientia« – für den Schutz, den der Staat bietet, haben die Bürger Gehorsam zu leisten.

SPIEGEL: Diesen Schutz konnten die Bürger auch gegen Seuchen erwarten, nicht nur gegen äußere Feinde?

Münkler: Ja. Für die Obrigkeiten war das durchaus ein positiver Effekt, denn die Angst vor Krankheiten rechtfertigte auf ganz besondere Weise Maßnahmen, um Ordnung und Disziplin durchzusetzen. An solchen Herausforderungen wuchsen die frühneuzeitlichen Staaten und etablierten sich – die Herrschaft konnte sich legitimieren, indem sie dabei erfolgreich war.

SPIEGEL: Gilt das Prinzip bis heute?

Münkler: Das ist sicher auch heute noch so. In normalen Zeiten wird die Schutzwartung an den Staat nur nicht so explizit herangetragen, in Ausnahmezeiten muss er sich bewähren. Es ist gewissermaßen die Stunde der Exekutive. Politisch sind deshalb die regierenden Parteien gerade im Vorteil, denn sie können handeln. Wer in einer ernsten Situation nur reden, aber nichts anordnen kann, ist klar im Nachteil.

SPIEGEL: Heute haben wir eine Demokratie. Freiheitsrechte sind in der Verfassung verankert. Einige davon, etwa die Versammlungs- oder Reise-

freiheit, werden nun eingeschränkt, zugunsten des Gemeinwohls. Wie lassen sich beide Werte gegeneinander abwägen?

Münkler: In dieser Situation kann man gut mit der Kantschen Formel argumentieren, dass die Freiheit, die ich für mich in Anspruch nehme, die Freiheit eines anderen nicht einschränken oder bedrohen darf. Wenn die Einschränkungen, die wir gerade erleben, das Leben anderer zu sichern helfen, dann halte ich sie für gerechtfertigt. Entscheidend wird sein, wie lange diese Situation anhält: Ist der Ausnahmezustand zeitlich begrenzt? Oder wird er zur Einbruchsstelle für eine fundamentale Veränderung der sozio-politischen Ordnung?

SPIEGEL: Sehen Sie diese Gefahr?

Münkler: Für Westeuropa wäre ich für den Moment unbesorgt. Aber in autoritären Staaten wie China ist die Pandemie eine gute Begründung, das ohnehin schon herrschende Kontrollsystem mit Handyüberwachung und Bewegungsprofilen weiter auszubauen. Wenn man auf diese Weise die Krankheit besiegt, lässt sich einiges rechtfertigen.

SPIEGEL: In Europa sind die Grenzen geschlossen, jedes Land sucht nach eigenen Lösungen. Bedroht die Krise die europäische Idee?

Münkler: Die Pandemie verstärkt Entwicklungen, die schon seit geraumer Zeit zu beobachten sind. Nach 1989 gab es eine Tendenz zur Großräumigkeit, zur Langfristigkeit und Rationalität. Jetzt denken wir wieder verstärkt in kleinen Räumen, kurzfristig und emotional. Der Aufstieg des Populismus überall ist dafür ein deutliches Signal – und sicher bestärkt die aktuelle Krise die Erwartungen der Menschen an den Staat in diese Richtung.

SPIEGEL: Schon jetzt hört man den Vorwurf, die Grenzen seien zu spät geschlossen worden.

Münkler: Das ist absurd. Die Grenzschließungen sind reine Symbolpolitik. Nicht umsonst haben Länder, in denen Rechtspopulisten viel Einfluss haben, damit angefangen: Österreich und Dänemark. Dabei ist es gar keine richtige Grenzschließung, die



M 8 »Menschenleerer Platz vor dem Petersdom am 22.3.2020. Papst Franziskus hatte seine Botschaft über einen Videostream verkündet. In Rom herrschte Ausgangssperre.«

© picture alliance/Pacific Press Agency

Warenströme kommen weiter durch, das müssen sie ja. In unserer global vernetzten Welt können wir uns eine völlige Abschottung nicht mehr leisten. Grenzschießungen haben schon 1831 kaum funktioniert, als die Cholera über Russland nach Polen und Westeuropa kam.

SPIEGEL: Man nannte sie das »asiatische Ungeheuer«, die Angst war immens.

Münkler: Preußen und Österreich versuchten, mit einem »Cordon Sanitaire«, einem militärischen Sperrgürtel, und mit reduziertem Schiffsverkehr die Verbreitung zu stoppen – nicht sehr erfolgreich: Bis 1832 starben allein in Preußen rund 41.000 Menschen an der Cholera.

SPIEGEL: Kann das Wissen um den Umgang mit Seuchen in der Geschichte aktuell helfen?

Münkler: Schon früher verbreiteten sich ansteckende Krankheiten über Handelswege, gingen aber oft mit Kriegen einher. War die Bevölkerung geschwächt von Krieg und von Hunger, hatten die Krankheitserreger leichtes Spiel. Auch die Ausbreitung der Spanischen Grippe 1918 wurde vom Ersten Weltkrieg begünstigt. Es gab gewaltige Truppenverschiebungen, wenig Hygiene an der Front, lange Schlangen an Essensausgabestellen. Und im Dreißigjährigen Krieg starben mehr Menschen an Hunger oder Krankheiten als an Kriegshandlungen.

SPIEGEL: Die heutige Pandemie ist anders: Sie bedroht uns in Friedenszeiten.

Münkler: Und das ist ausgesprochen erschreckend. Früher sank die Ansteckungsgefahr mit dem Kriegsende. Heute profitieren die Erreger eher vom Frieden: Je friedlicher wir zusammenleben, umso mehr Touristen reisen durch die Welt, umso länger sind die Lieferketten in der Wirtschaft. Bei einer zentralen Frage hilft der Blick in die Geschichte deshalb nur wenig: Wie kann man die Verwundbarkeit durch die Globalisierung minimieren, ohne wirtschaftliche und persönliche Freiheiten auf Dauer einzuschränken?

SPIEGEL: Lassen sich die Folgen der Krise für Europa erahnen?

Münkler: Unsere Demokratien werden die Krise wohl gut überstehen, aber die neuen Erfahrungen werden unsere Zukunftserwartungen grundlegend verändern. Noch wissen wir nicht, wie stark die Wirtschaft einbrechen wird – aber wahrscheinlich kommt es zu einem sehr massiven Einschnitt. Ich halte es für möglich, dass man später von einer Epochenwende im Jahr 2020 sprechen wird.

© www.spiegel.de/geschichte/herfried-muenkler-ueber-die-coronakrise-keine-gefahr-fuer-unsere-demokratie-a-8e31ed5f-af12-4ad9-96ba-c64776f760e7



M 7 »Plakat des venezianischen Künstlers Franco Rivoli am 15.3.2020 am Hospital Johannes XXIII. in Bergamo, einem Hotspot der Corona-Pandemie in Italien.«

© picture alliance / abaca

4. Demokratien und Autokratien: Ein vergleichender Überblick

MANFRED G. SCHMIDT

Dieser Beitrag vergleicht Demokratien und Autokratien. Woran erkennt man sie? Was haben sie gemeinsam? Worin bestehen ihre Unterschiede? Sind die Demokratien wirklich die beste aller Staatsformen? Von diesen Fragen handelt dieses Essay.

Demokratie und Autokratie

»Demokratie« heißt wortwörtlich »Volksherrschaft«. Sie ist »eine Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk«, so die viel zitierten Worte Abraham Lincolns, des 16. US-amerikanischen Präsidenten, im Jahre 1863. »Autokratien« hingegen sind nicht-demokratische Staaten. Als »Diktaturen« bezeichnen sie manche. Doch »Diktatur« meint eine zeitlich befristete Herrschaft zur Behebung einer Notlage. Besser passt zu den Nicht-Demokratien der Fachbegriff »Autokratien«. Gemeint sind autoritär oder totalitär regierte Staaten. Beispiele sind ein rechtstotalitäres Regime wie im NS-Staat in Deutschland von 1933 bis 1945, eine Allzuständigkeit beanspruchende kommunistische Staatspartei wie die Sozialistische Einheitspartei (SED) in der von 1949 bis 1990 existierenden Deutschen Demokratischen Republik (DDR), ein Militärregime, wie in Chile nach dem Putsch gegen den Präsidenten Allende im Jahr 1973, oder eine Theokratie, wie im Iran seit 1979. In der Geschichte dominierte lange die Staatsform der Autokratie. Heutzutage ist das anders. Mittlerweile besteht rund die Hälfte aller souveränen Staaten aus Demokratien. Den neuesten Befunden zufolge gehören 99 Länder zum Kreis der Demokratien, so die hier verwendete Quelle des Göteborger *Varieties of Democracy-Instituts* für das Jahr 2018 (V-Dem 2019). Von diesen 99 Staaten sind 39 Demokratien mit fairen Wahlen und liberalen Grundrechten. »Liberal Democracies« heißen sie in der Göteborger Quelle. Es sind gleichsam Demokratien der »A-Klasse« – unter ihnen Deutschland und die meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Weitere 60 Länder haben ebenfalls im Wesentlichen faire Wahlen, doch laborieren sie an Mängeln meist bei den Schutz- und Abwehrrechten ihrer Bürger. Das sind sozusagen Demokratien der »B-Klasse«. »Electoral Democracies« nennen sie die Experten des *Varieties of Democracy-Instituts*. Den Zahlen des »Varieties of Democracy-Instituts« zufolge sind derzeit 80 der insgesamt 179 untersuchten Staaten Autokratien. 55 der 80 Autokratien sind sogenannte »elektorale Autokratien«. Das sind Autokratien mit Wahlen ihrer politischen Führung – »Wahlautokratien« nennen sie manche. Russland und Venezuela sind Beispiele. Die Regierungen der elektoralen Autokratien gehen aus Wahlen hervor. Doch die Regierungen unterdrücken die Presse und schikanieren die Opposition. Und die Wahlen sind meist von minderer Qualität.

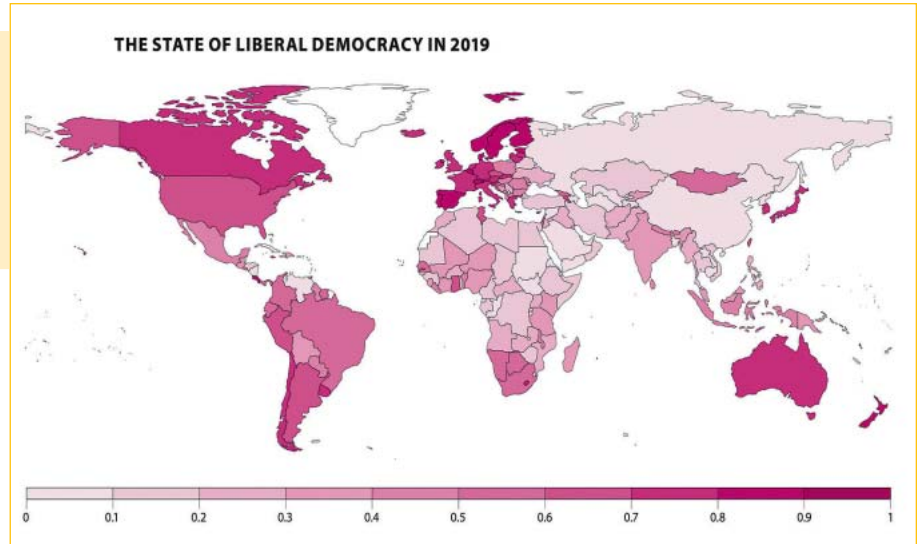


Abb. 1 »Weltkarte zum Index für »liberale Demokratien« nach dem Göteborger »Varieties of Democracy-Instituts« (2020): Je dunkler die Darstellung, desto eher entspricht das Land dem Indexindex liberaler Demokratien.«

© <https://www.v-dem.net/en/analysis/MapGraph/>

Ohne nennenswerte faire Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen existiert ein zweiter Autokratie-Typ: die »Hardliner-Autokratien«. 25 sind es heutzutage – unter ihnen Nordkorea, Saudi-Arabien, Vietnam und die Volksrepublik China.

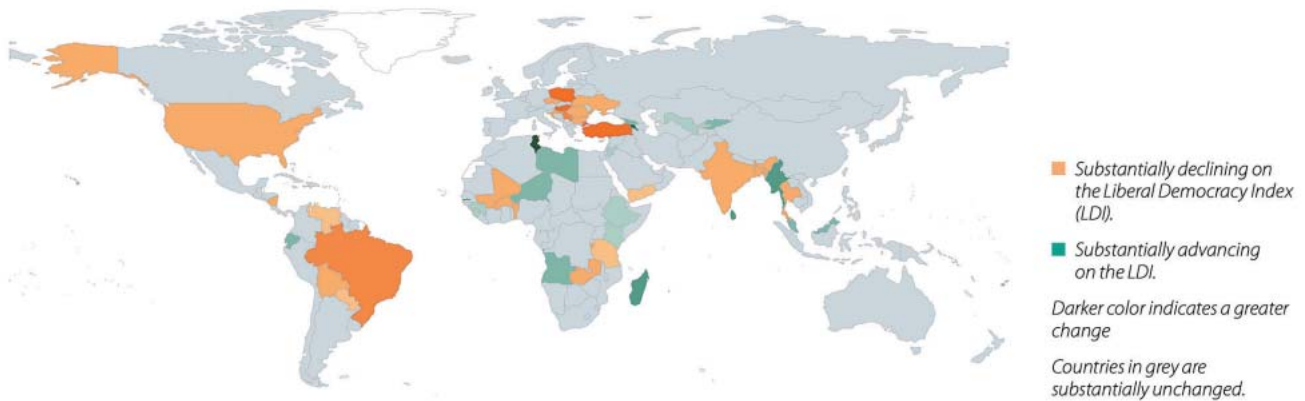
Die Zahl der Demokratien ist mittlerweile hoch – viel höher als im 20. Jahrhundert, vom 19. Jahrhundert ganz zu schweigen. Und die Zahl der Autokratien ist mittlerweile drastisch geschrumpft. Noch vor wenigen Jahrzehnten bestand die große Mehrheit der Staaten aus mehr oder minder autoritären Autokratien. Heutzutage sind die Autokratien eine starke Minderheit. Allerdings ist in ihnen fast die Hälfte der Weltbevölkerung zu Hause. Allein die Volksrepublik China hat mehr als 1,4 Milliarden Bürger.

Die hohe Zahl der Demokratien und die schrumpfende Zahl der Autokratien sind das Ergebnis von »Demokratisierungswellen«, so der von Samuel Huntington geprägte Fachausdruck. Diese Wellen haben viele Autokratien in mehr oder minder funktionierende Demokratien verwandelt. Eine der spektakulärsten Demokratisierungswellen ließ den Machtbereich der kommunistischen Sowjetunion und 1991 auch die Sowjetunion selbst zusammenbrechen. Gewiss gab und gibt es Gegenbewegungen, die »Autokratisierungswellen« in Venezuela, in Russland und in der Türkei beispielsweise (Lührmann und Lindberg 2019). Doch so stark wie die Demokratisierungswellen sind die Autokratisierungswellen nicht.

Konventioneller Demokratie-Autokratie-Vergleich: »Demokratie-Vorteil«

Die politischen Institutionen unterscheiden die Demokratien grundlegend von ihren autokratischen Gegenspielern. Markenzeichen der Demokratien sind Machtaufteilung (insbesondere zwischen gesetzgebender, vollziehender und rechtsprechender

COUNTRIES SUBSTANTIALLY DEMOCRATIZING OR AUTOCRATIZING, 2009–2019



3 The Liberal Democracy Index (LDI) aggregates V-Dem's Electoral Democracy Index (EDI) and Liberal Component Index (LCI). The first captures whether the components of Robert Dahl's "polyarchy" (1971) are present *de facto*. The latter measures whether electoral democracy is complemented by civil liberties, the rule of law and sufficient constraints on the executive by the judiciary and legislature as vital elements of liberal democracy.

4 To save space, the regional averages are illustrated without confidence intervals.

Abb. 2 »Fundamentale Veränderungen in Staaten von 2009–2019: Je dunkler die Färbung, desto größer die Veränderung.« Strittig ist bei dieser Einordnung, ob es gerechtfertigt ist, die USA in einer Kategorie mit z.B. Indien zu führen.

© <https://www.v-dem.net/en/>

Gewalt), Wahl und Abwahl der politischen Führung durch das Volk, Existenz einer Opposition und – im Fall der »Liberalen Demokratien« – ein funktionsfähiger Rechtsstaat, der die Grund- und Freiheitsrechte seiner Bürger sichern kann.

Autokratien hingegen erkennt man insbesondere an Machtkonzentration und nichtdemokratischer Führungsauslese. Diese erfolgt beispielsweise durch Erbfolge, wie in Monarchien und bislang in Nordkorea, durch nicht-öffentliche Auseinandersetzungen im Führungszirkel einer Staatspartei, durch einen Putsch, oder durch Meritokratie, also leistungsorientierte Bestenauslese, die, manchen Bewunderern der Volksrepublik China zufolge, die Rekrutierung des Spitzenpersonals in Chinas Kommunistischer Partei bestimme. Ein weiteres Markenzeichen der Autokratie ist der Status der Opposition. Diese ist entweder illegal, wie in den Hardliner-Autokratien, oder wird massiv eingeschränkt, wie in den elektoralen Autokratien. Überdies sind bürgerliche Schutz- und Freiheitsrechte bestenfalls nur ansatzweise vorhanden.

Besonders große Unterschiede bezeugt der Vergleich von etablierten Demokratien des Westens und den extremen Autokratien, den »totalitären Regimen«. So heißen sie in der Sprache der Totalitarismustheorie, die im 20. Jahrhundert am Fall des in Italien zur Macht gelangten Faschismus entwickelt und seit den 1930er Jahren erweitert wurde (Seidel und Jenkner 1974). Paradebeispiele für totalitäre Regime sind Deutschlands nationalsozialistischer Staat der Jahre von 1933 bis 1945, der Fall des »Rechtstotalitarismus« (Wehler 2009), und die Sowjetunion unter Stalin (Babrowski 2012), der Fall des »Linkstotalitarismus«. Ihre alle Lebensbereiche beherrschende Politik, ihre Gewalttätigkeit nach außen, gegenüber anderen Staaten, und nach innen, gegenüber ihren Bürgern oder Teilen der Bürgerschaft, kennzeichnet die totalitären Regime. Ihre Exekutivapparate scheuen selbst vor massenhafter Verfolgung und massenhafter Tötung nicht zurück.

Auch jenseits von Repression und Gewalt unterscheiden sich die etablierten Demokratien grundlegend von den extremen Autokratien. Die kommunistischen Länder in Mittel- und Osteuropa der Jahre von 1945 bis 1990 schlugen Wege ein, die ihre politischen Führer als »historische Errungenschaft« begriffen: Als »Errungenschaften« werteten sie wirtschaftspolitisch die Planwirtschaft, gesellschaftspolitisch die Zerschlagung gegnerischer sozialer Klassen und sozialpolitisch das Bestreben, eine Sozialpo-

litik eigener Prägung, einen »kommunistischen Wohlfahrtsstaat« mit Vollbeschäftigung, aufzubauen.

Doch was als »historische Errungenschaft« galt, entpuppte sich bei Lichte besehen oftmals nur als eine rückständige Wirtschaft, als Zerstörung von Humankapital und Ausbau einer Sozial- und Beschäftigungspolitik, welche die Wirtschaft überlastete, ihre Neuerungskraft herabsetzte und ihre Konkurrenzfähigkeit, sofern überhaupt vorhanden, untergrub.

Große Erfolge werden hingegen den Demokratien gutgeschrieben. Angeführt wird diese Lehrmeinung von der »Theorie des Demokratie-Vorteils« in der Variante von Halperin und anderen (2010). Die Demokratien überträfen alle anderen Regime allein schon bei der Förderung des Wohlstandes und der Friedenssicherung. So heißt es in dieser Theorie.

Weitere demokratiefreundliche Bewertungen haben andere Fachleute beigegeben. Die Konfliktregelung in den Demokratien beispielsweise erfolge vorwiegend durch Wettbewerb und Aushandeln, seltener durch Befehl von oben. Das mache Konflikte kalkulierbar und ermögliche, sie meist gewaltfrei zu regeln. Zudem halte das Regelwerk der Demokratie dem Verlierer einer Abstimmung zukünftige Siegeschancen offen. Diese Chancen erleichterten dem Verlierer die Hinnahme seiner Niederlage – sofern die Mehrheitsverhältnisse nicht festgezimmert seien und immer nur eine Partei, eine Klasse oder eine Volksgruppe gewinne.

Als besonderer Vorteil der Demokratien wird ihre Fähigkeit gerühmt, Fehler zu korrigieren. Dieses Lob spielt seit Alexis de Tocquevilles berühmtem Werk über die in Amerika entstehende Demokratie – »De la Démocratie en Amérique« ist der Titel dieser 1835 veröffentlichten Schrift – eine prominente Rolle in der Debatte über die besten Staatsverfassungen (Tocqueville 1835/1840). Ein lehrreiches Beispiel war für Tocqueville, dass die amerikanische Demokratie schwere Nachteile ausgleichen konnte: Einerseits wählten die Wähler oft wenig qualifizierte Volksvertreter. Andererseits konnten die Wähler unfähige Führer aufgrund der kurzen Amtsperioden alsbald abwählen und somit den Schaden beseitigen.

Warum sind die Demokratien besser in der Fehlerkorrektur? Die Antwort der modernen Demokratietheorie lautet: Die Demokratien, vor allem ihre fest verwurzelten Exemplare, sind lernfähig

als ihre autoritären oder totalitären Gegenstücke. Zugute kommen ihnen dabei ihre zahlreichen Frühwarnsysteme in der Politik und der Gesellschaft – unter ihnen Massenmedien, Wahlen, Petitionen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und Meinungsbekundungen in den sozialen Medien. Zudem wirkt das Recht mitunter wie ein Frühwarnsystem für die Politik. In den »Liberalen Demokratien« ist die Rechtsprechung so einflussreich, dass dort der Spielraum für die Politik durch das »Regieren mit Richtern« viel enger begrenzt ist als andernorts. Selbst im Lichte regimeunspezifischer Messlatten sind viele Demokratien leistungsfähiger als die Autokratien. Folgt man der Abhandlung von Edeltraut Roller zum Thema »The Performance of Democracy« (2005), hätten Demokratien Konkurrenzvorteile bei Fragen »politischer Effektivität«, wie Schutz ihrer Bürger vor innerer und äußerer Gewalt. Es lebe sich in den meisten liberalen Demokratien sicherer als anderswo. Bei der Eindämmung sozialer Ungleichheit schnitten etliche Demokratien ebenfalls besser ab als viele andere Staaten. Ferner seien viele Demokratien beim Umweltschutz engagierter und erfolgreicher als die Autokratien. Und nicht wenige Demokratien investierten mehr in Forschung und Entwicklung als die Autokratien. Einen weiteren Vorzug der Demokratie hat die »Theorie des demokratischen Friedens« aufgedeckt. Ihr zufolge könnten Demokratien militant, ja: kriegslüster sein. Doch untereinander führten sie, getrieben von den Interessen und Stimmen ihrer Bürger, keinen Krieg. Je höher deshalb der Anteil von Demokratien an der Gesamtzahl unabhängiger Staaten, desto geringer sei das Sicherheitsdilemma in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Dadurch werde die Kriegswahrscheinlichkeit verringert. Das wiederum setze Mittel für zivile Zwecke frei. Machbar werde jetzt »Handelsstaatspolitik«, sprich: Wohlstandsmehrung durch zivilwirtschaftliches, weltmarktoffenes Tun und Lassen, anstelle von »Machtstaatspolitik« durch Handelskrieg oder militärische Gewalt. Ferner spricht die größere Dauerhaftigkeit für die Demokratien, wie die Studien von Adam Przeworski und Mitarbeiter (2000) zeigen. Demokratien überleben meist länger als Autokratien. Mehr noch: Wenn die Demokratien wirtschaftlich einigermaßen wohlhabend sind, sei ihre Überlebenswahrscheinlichkeit besonders groß. Przeworski und Mitarbeitern (2002, S. 237) zufolge liege die Schwelle bei einem Pro-Kopf-Volkseinkommen in Preisen von 1990 bei rund 4.000 US-Dollar. Oberhalb dieser Schwelle breche keine Demokratie zusammen. Einige Jahre später wurde dieser Wert korrigiert: Nun lag der entscheidende Schwellenwert bei 6.055 US-Dollar pro Kopf. Oberhalb dieser Schwelle gelte laut Przeworski (2005, S. 253) hundertprozentige Überlebenssicherheit. Besonders großes Lob zollt die Lehre der »Zukunftsgüter« den Demokratien. Ihr Urheber ist Otfried Höffe, einer der führenden Philosophen in Deutschland. Höffe zufolge überträfen die meisten Demokratien die Autokratien in vielen wichtigen Angelegenheiten: Bei der Sicherung des »Rechtsfriedens im Innern« und des äußeren Friedens seien sie »ziemlich erfolgreich«. Zu ihren Vorzügen zähle laut Höffe »ein zufriedenstellendes Existenzminimum«, ein leidlicher Wohlstand, »zahlreiche Bildungsangebote«, »eine weit hin zuverlässige materielle Infrastruktur (...) und eine ziemlich gute medizinische Versorgung«. Überlegen seien die Demokratien allen anderen Regimen beim »Rechtskapital« und »Sozialkapital«. Vorteile lägen sodann bei ihrem besseren »Humanvermögen« und ihrem »Kulturkapital«. Zudem genossen vor allem die fortgeschrittenen



Abb. 3 »Wählen – wie uncool!«

© Gerhard Mester 2016

Demokratien einen »Legitimitätsvorsprung«, einen »Wissensvorsprung« und einen »Wirtschaftsvorsprung«. Obendrein könnten sie sich eines »Lernvorsprungs« rühmen: Sie seien zum Lernen befähigt. Soweit Höffes Theorie von 2009, aus der alle Zitate stammen. Ihr zufolge ist das Zukunftspotential der Demokratie hoch – und in nahezu allen wichtigen Belangen höher als das Zukunftspotential der Autokratien.

Dass die Demokratien eine bessere Politik praktiziert haben und zukunftsfähiges Regieren versprechen, wird von Höffe beschrieben, aber nicht ausführlich erklärt. Klassische Begründungen reichen nicht aus. Zu wenig haben hierfür die zuvor erwähnten Totalitarismustheorien zu bieten. Sie sind zu eng und holzschnittartig. Die Bedeutung von Führer-Masse-Beziehungen kommt in ihnen zu kurz, ebenso die genauere Analyse der Staatstätigkeit jenseits von Repression, Gewalt und Propaganda. Auch sozialwissenschaftlich breiter aufgestellte Theorien wie die vom »**Demokratie-Vorteil**« nach Halperin u.a. 2010 führen nicht allzu weit. Sie verklären die Leistungen der Demokratien. Und sie übersehen die schwarzen Schafe in den Reihen der Demokratien.

Eine zugkräftigere Begründung liefert die »**Selektoratstheorie**« von Bueno de Mesquita und anderen. Mit ihr kann der »**Demokratie-Vorteil**« wie folgt erklärt werden: Die Logik der Politik in den Demokratien gebiete die Bereitstellung vieler öffentlicher Güter für das große »**Selektorat**« dieser Länder – das ist der Teil des Elektors, der Wahlberechtigten, der zur Wahl geht – und für die große »**Gewinnerkoalition**«, von deren Unterstützung der Machterhalt der Regierung abhängt. Das sind beispielsweise die Parlamentsabgeordneten der Regierungsparteien. Im Unterschied zu den Demokratien regierten in den Autokratien meist kleine Gewinnerkoalitionen, beispielsweise der Herrscher, seine Familie und Verwandtschaft sowie seine Gefolgsleute. Diese Gruppen würden kraft Gewohnheit, privater Weichenstellungen oder kraft staatlicher Politik vorrangig mit privaten Gütern bevorzugt, durch Land- oder Kapitalbesitz etwa, Vermögen oder finanzielle Zuwendungen oder andere materielle oder immaterielle Vorteile. Allgemeininteressen und Gruppen mit großen Anhängerschaften – wie das einfache Volk – hätten in einem solchen Regime oft nur geringe Chancen. Deshalb sei das Volumen der öffentlichen Güter in den Autokratien laut Selektoratstheorie meist spürbar kleiner als in den Demokratien. Und deshalb sei die Chance, Zukunftsgüter herzustellen, in den Autokratien meist gering – in den Demokratien aber groß.

Was reine Theorie zu sein scheint, bewährt sich in der Praxis. Die Sozialpolitik beispielsweise bestätigt das Erklärungsschema der Selektoratstheorie ein ganzes Stück weit: Besonders weit ausgebaut wurde die Sozialpolitik in den meisten Demokratien der »A-Klasse«, verhaltener geschah das in den Demokratien der »B-Klasse«. Und schwächer entwickelte sich die staatliche Sozialpolitik in vielen Autokratien. So lauten die wichtigsten Ergebnisse der Studie von Schmidt (2019).

Der »Demokratie-Vorteil« auf dem Prüfstand – Fragen an die Demokratie

Die bislang erwähnten Zahlen, Befunde und Theorien sprechen für die Demokratien und ihre Zukunft. Und sie sprechen gegen die Autokratien. Die Sache scheint entschieden zu sein. Die berühmte These des ehemaligen britischen Premierministers Churchill von der letztendlichen Überlegenheit der Demokratie, wie schlecht sie auch immer sein mag, scheint insoweit bestätigt zu sein. Über die Demokratie wird mitunter gesagt, sie sei die schlechteste Staatsform – aber besser als alles andere, was bislang ausprobiert wurde: *»democracy is the worst form of Government except all those other forms that have been tried from time to time«*, so Churchill am 11. November 1947 im britischen Unterhaus.

Halten wir aber einen Moment inne. Verdient die Demokratie wirklich so viel Lob? Wird in ihr wirklich immer gut regiert oder zumindest meistens? Wählen die Wähler wirklich immer oder zumindest überwiegend fähige Führer? Und handeln die gewählten Führer immer oder in den meisten Fällen verantwortlich, sachkundig und zielsicher? Dem Lob der Demokratie widerspricht die Kritik an ihr. Die Liste der Mängel ist lang, wie die Geschichte der Demokratie und die Demokratietheorien zeigen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Sind die Wähler über Fragen der Politik gut informiert oder sind sie mehr oder minder ahnungslos? Werden wirklich begabte Repräsentanten und für höchste Staatsämter befähigte Politiker gewählt? Und was ist von den Ergebnissen der demokratischen Politik zu halten? Sind sie immer oder zumindest überwiegend sachorientiert oder werden sie von engstirnigen Sonderinteressen geprägt? Und ist die Demokratie nicht blind für Anliegen der Zukunft, was weite Teile der klimapolitischen Protestbewegungen, nicht nur Anhänger von »Fridays for Future« glauben? In der Demokratie hat man die größte Schwierigkeit, »die Leidenschaften zu beherrschen und die Bedürfnisse des Augenblicks zugunsten der Zukunft zu unterdrücken«, so hieß es schon in Tocquevilles »Über die Demokratie in Amerika«, aus dessen deutscher Übersetzung hier zitiert wird (1984, S. 258). Und warum sind viele Bürger unzufrieden mit der Demokratie in ihrem Lande? Warum sagen im Durchschnitt aller EU-Staaten rund 40 Prozent der Befragten, dass sie mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land unzufrieden sind? So liest man in älteren und neueren Befunden des Eurobarometers, einer von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Befragung. Sind zudem nicht die Nichtwähler eine besonders starke Partei, auf die allein im Durchschnitt der Mitgliedstaaten der Europäischen Union Ende der 2010er Jahre ein Drittel aller Wahlberechtigten entfallen? (Details in Schmidt 2019a: Tabelle 15). Schließlich: Wird die Demokratie nicht für Erfolge gelobt, die nicht ihr gutzuschreiben sind, sondern günstigen Rahmenbedingungen wie einem hohen Wohlstand oder tief verwurzelten rechtsstaatlichen Traditionen oder religiösen Traditionen, die das Individuum, seine Verantwortung und seinen Wert betonen?

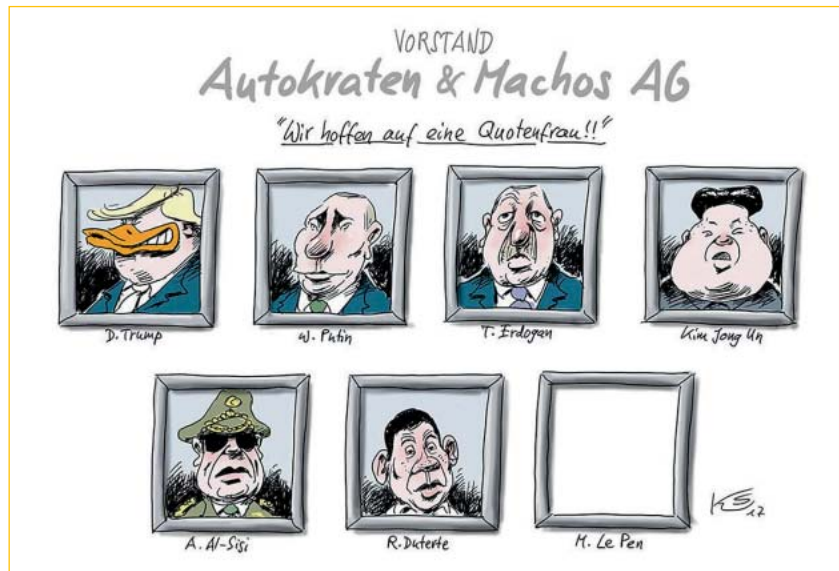


Abb. 4 »Autokraten & Machos AG ...«

© Klaus Stuttmann, 5.5.2017

Diese Frage trifft auch die oben zitierte Theorie von Höffe über den Vorrang der Demokratie bei vielen Zukunftsgütern. Höffes Lob der Demokratie passt nämlich im Wesentlichen für wirtschaftlich entwickelte, intakte, rechtsstaatlich verfasste Demokratien – aber kaum oder gar nicht für die größere Zahl der mehr oder minder mangelbehafteten »elektoralen Demokratien«.

Dauerhafte Autokratien?

Außerdem ist der Wettbewerb zwischen Demokratien und Autokratien zu bedenken. Wie steht es um die autokratischen Staaten, die dauerhaft und leistungsstark sind? Sind nicht auch sie zukunftsfähig? Drei Gesichtspunkte sind hier besonders bedenkenswert: wirtschaftlich erfolgreiche Autokratien, Autokratien mit leistungsfähiger »Staatskapazität« und Stärken der Autokratie, für die laut etlichen Beobachtern die Volksrepublik China steht.

Wirtschaftlich erfolgreiche Autokratien?

Sind die Demokratien wirklich rundum wirtschaftlich leistungsfähiger als die Autokratien, so wie das die »Theorie des Demokratievorzugs« behauptet? Wer nur den Wettbewerb zwischen dem »Westen« und dem »Osten« zu Zeiten des Kalten Krieges berücksichtigt, wird die wirtschaftliche Überlegenheit des Westens ohne Wenn und Aber bejahen. Mittlerweile ist der Sachverhalt aber komplizierter. Manchmal sind die Demokratien wirtschaftlich leistungsfähiger, manchmal die Autokratien. Lehrreiches hierzu vermittelt eine großflächige neue Studie zum Wirtschaftswachstum in demokratischen und nicht-demokratischen Staaten. Ihr Verfasser, Carl Henrik Knutsen, hat die wichtigsten Ergebnisse dieser Studie so zusammengefasst: Die Demokratien »have more stable and predictable economic growth« – die Demokratien haben stabileres und kalkulierbareres Wirtschaftswachstum. In manchen Autokratien hingegen wächst die Wirtschaft viel schneller, in anderen aber viel schwächer. Außerdem sind Autokratien anfälliger für schwere Wirtschaftskrisen. Demokratien hingegen »are less likely to experience economic crisis than autocracies« – die Wahrscheinlichkeit wirtschaftlicher Krisen ist in den Demokratien geringer als in Autokratien. Allerdings gilt auch das sogenannte »catch-up«-Gesetz: die aufholende wirtschaftliche Entwicklung eines Nachzüglers durch rasche Übernahme und innovative Weiterentwicklung der

Technologie der wirtschaftlich führenden Staaten. Durch »catch-up«-Prozesse können auch autoritäre oder totalitäre Staaten wohlhabend werden und hiermit ihre Staatsverfassung ähnlich gründlich gegen Zusammenbruchstendenzen schützen wie wohlhabende Demokratien. Die Voraussetzungen für wirtschaftlich erfolgreiche Autokratien sind insbesondere in vier bzw. fünf Schlüsselgrößen zu suchen: politische Stabilität, gesicherte Eigentumsrechte, qualifizierte Arbeitskräfte, hohe Investitionen und/oder gegebenenfalls hohe Einnahmen aus weltweit nachgefragten Rohstoffen wie Erdöl. Solche Bedingungen sind in etlichen Autokratien gegeben – manchmal mehr, manchmal weniger (Obinger 1994). Mittlerweile ist vor allem die Volksrepublik China mit ihrem seit 1977 sehr hohem Wirtschaftswachstum ein besonders auffälliger Fall, wie unter anderem der OECD Economic Survey China 2019 zeigt.

»Staatskapazität«

Die zweite Überlegung betrifft die Qualität der Regierung und Verwaltung, kurz: die »Staatskapazität«. Demokratien funktionieren insbesondere gut, wenn sie auf ein leistungsfähiges Regierungs- und Verwaltungssystem zählen können, wenn ihre »Staatskapazität« hoch ist. So lautet ein Befund einer von Pippa Norris verfassten Bilanz der Regierungs- und Verwaltungskapazität auf Basis von Daten der Weltbank und des Göteborger Quality of Government Institute. Ähnliches gilt laut Norris (2012) für Autokratien. Autokratie plus funktionsfähige Regierung und Verwaltung macht diese Länder handlungsfähiger als Autokratien ohne nennenswerte Staatskapazität. Sehr hohe »Staatskapazität« findet sich vor allem in Singapur. Mit Abstand folgen Brunei, Katar, Saudi-Arabien und die Volksrepublik China, so die in Norris (2012) berichteten Befunde.



Abb. 6 »Chinas Wirtschaftskraft ...«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Kostas Koufogiorgos, 2020

Vorzeigbare Erfolge: z. B. Volksrepublik China

China ist das Stichwort für die dritte Überlegung. Die Volksrepublik China ist eine harte Autokratie mit hohem Kontroll- und Repressionspotential, die in der Ära nach Mao Tse-Tungs Tod im Jahr 1976 durch spektakuläre Erfolge hervorgetreten ist. Das hohe Wachstum seiner Wirtschaft seit 1977 ist ein Zeichen. Dass dieses Wachstum auf einer staatskapitalistischen Wirtschaftsordnung in einem kommunistischen Parteienstaat erfolgt, ist ein zweites Zeichen. Mehr noch: Chinas hohes Wirtschaftswachstum, der Aufschwung der Technologie, der mit hohem Tempo erfolgende Ausbau seiner Infrastruktur, seine militärische Präsenz und die Verminderung absoluter Armut im Lande haben weltweit Aufsehen erregt und Anerkennung gefunden, insbesondere in anderen Autokratien. Eine weitere Stärke kommt China zugute: Es ist eine Autokratie, die sich bislang – trotz aller Repression und trotz Überzentralisierung – auf ein beachtliches Maß an Legitimität stützen kann. Die Wurzeln der Legitimität sind vor allem die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, die mit ihr verknüpfte politische Stabilität, zudem der starke Nationalismus und schließlich eine politische Kultur, in der traditionelle Pflicht- und Akzeptanzwerte die Selbstentfaltungswerte überlagern und den Ton angeben. Alle drei Überlegungen – »Wirtschaftsstärke«, »hohe Staatskapazität« und »andere vorzeigbare Erfolge« – stützen die These, dass Autokratien, die diese Voraussetzungen erfüllen, wahrscheinlich dauerhaft bleiben und je nach Nutzung ihrer Chancen zukunftsfähig sein können.

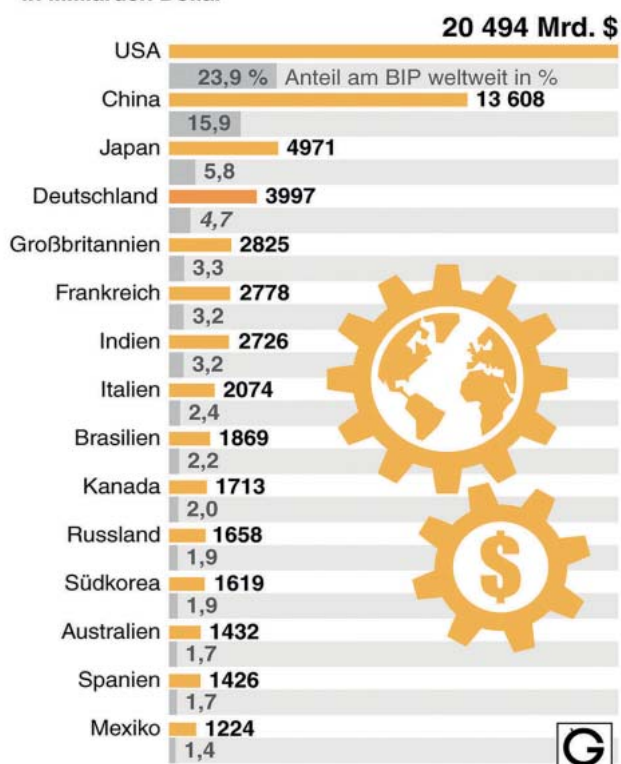
Schlussfolgerungen

Die vergleichende Betrachtung von Demokratien und Autokratien legt fünf Schlussfolgerungen nahe.

- (1) Die **erste Folgerung** lautet: Zahlreiche Befunde sprechen für eine größere Zahl von Demokratien. Insoweit dürfte das 21. Jahrhundert in größerem Maße ein Jahrhundert der Demokratie sein als sein Vorgänger. Allerdings haben selbst die besten Demokratien mit Problemen zu tun. Die Kompetenz der Wähler, die Befähigung der Politik und die Qualität des Regierens sind oft nur bedingt vorzeigbar.
- (2) **Zweitens:** Zudem ist die Spaltung der Demokratien in die »A-Klasse« und die »B-Klasse« nicht zu übersehen. Gemeint ist die Spaltung zwischen den rechtsstaatlichen Spielarten der Demokratie, den »liberalen Demokratien«, und den rechtsstaatlich meist schwächeren »elektoralen Demokratien«. Die besseren Zukunftschancen haben die »Liberalen Demokratien«, die der »A-Klasse«. Doch deren Zahl ist, wie am Anfang dieses Beitrags erwähnt wurde, kleiner als die Zahl der Demokratien der »B-Klasse«!

Wirtschaftskraft weltweit

Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt 2018
in Milliarden Dollar



Quelle: Weltbank

© Globus 13530

Abb. 5 »Wirtschaftskraft weltweit«

© picture alliance / dpa-infografik

- (3) **Drittens:** Das weit verbreitete Lob der Demokratie bedarf der Korrektur. Das Gütesiegel einer besonders bewährten Staatsform verdient sich nur ein nicht allzu großer Kreis der »Liberalen Demokratien«. Selbst das unterkühlte Lob der Demokratie in der Churchill-These – »democracy is the worst form of Government except all those other forms that have been tried from time to time« – zeichnet von ihr ein noch zu rosiges Bild.
- (4) Die **vierte Folgerung** besagt: Das 21. Jahrhundert wird weiterhin voraussichtlich ein Zeitalter mit etlichen dauerhaften, manchmal vielleicht zukunftsfähigen Autokratien sein. Ihr Überleben setzt allerdings voraus, dass sie anspruchsvolle Ziele erreichen und günstige Rahmenbedingungen beibehalten: vor allem wirtschaftliche Leistungskraft, politische Stabilität, administrative Kompetenz, gegebenenfalls Stärkung des Zusammenhalts durch aggressiven Nationalismus, schließlich Unterstützung durch eine konventionelle Politische Kultur, in der Pflicht- und Akzeptanzwerte überwiegen.
- (5) Die **fünfte Folgerung** ist diese: Vor allem dauerhafte, wirtschaftlich erfolgreiche und politisch stabile Autokratien werden im weiteren Verlauf des 21. Jahrhunderts voraussichtlich mit den Demokratien in einem heftigen Wettstreit um wirtschaftliche, politische und militärische Vorteile liegen. Das könnte auch für die erfolgreichen Demokratien eine schwere Bewährungsprobe werden.

Literaturhinweise

- Babrowski, Jörg (2012): Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt. München: C. H. Beck.
- Bueno de Mesquita, Bruce / Smith, Alastair (2011): The Dictator's Handbook. Why Bad Behavior Is Almost Always Good Politics. New York: Public Affairs.
- Bueno de Mesquita, Bruce / Alastair Smith / Randolph M. Siverson / D. Morrow (2003): The Logic of Political Survival. Cambridge, MA: The MIT Press.
- Halperin, Morton / Joe Siegle / Michael M. Weinstein (2010) (2. Aufl.): The Democracy Advantage. How Democracy promotes Prosperity and Peace. London: Routledge.
- Höffe, Otfried (2009): Ist die Demokratie zukunftsfähig? München: Beck.
- Hartmann, Jürgen (2015): Demokratie und Autokratie in der vergleichenden Demokratieforschung. Eine Kritik. Wiesbaden: Springer VS.
- Knutsen, Carl Henrik (2019): Democracy, Autocracy and Economic Development. Gothenburg: V-Dem Institute (Working Paper).
- Koopmans, Ruud (2019): Das verfallene Haus des Islam. Die religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt. München: C.H. Beck.



Abb. 7 »Die Europäische Union heute«

© Gerhard Mester, 2019



Abb. 8 »Tag der Menschenrechte«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Martin Erl

Levitsky, Steven / Daniel Ziblatt (2017): How Democracies Die. New York: Crown.

Lührmann, Anne / Staffan I. Lindberg (2019): A Third Wave of Autocratization is here. What is new about it? Democratization 26 (6): S. 1008–1015.

Merkel, Wolfgang (2012): Vergleich politischer Systeme: Demokratie und Autokratie. In: Studienbuch Politikwissenschaft, Hrsg. Manfred G. Schmidt, Frieder Wolf und Stefan Wurster. Wiesbaden: Springer VS, S. 207–236.

Norris, Pippa (2012): Making Democratic Governance Work. How Regimes Shape Prosperity, Welfare and Peace. Cambridge University Press.

Obinger, Herbert (1994): Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden: Springer VS

OECD (2019): Economic Survey China 2019. Paris: OECD.

Przeworski, Adam / Michael E. Alvarez / José Antonio Cheibub / Fernando Limongi (2000): Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World. 1950–1990. Cambridge University Press.

Przeworski, Adam (2005): Democracy as an equilibrium. Public Choice 123 (2): S. 253–273.

Roller, Edeltraud (2005): The Performance of Democracies. Political Institutions and Public Policy. Oxford: Oxford University Press.

Seidel, Bruno / Siegfried Jenkner (Hg.) (1974): Wege der Totalitarismusforschung. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Schmidt, Manfred G. (2019a) (6. Aufl.): Demokratietheorien. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.

Schmidt, Manfred G. (2019b): Sozialpolitik in Demokratien und Autokratien. Befunde des internationalen Vergleichs, in: Obinger, Herbert / Schmidt, Manfred G. (Hg.), Handbuch Sozialpolitik, Wiesbaden, Springer VS. S. 235–254.

Tocqueville, Alexis de. (1984) (Erstausgabe Paris 1835/1840): Über die Demokratie in Amerika. München: dtv.

V-Dem. (2019): Democracy Facing Global Challenges. V-DEM ANNUAL DEMOCRACY REPORT 2019. Universität Göteborg: V-Dem Institute.

Wehler, Hans-Ulrich (2009): Der Nationalsozialismus. Bewegung – Führerherrschaft – Verbrechen. München: C. H. Beck.

Welzel, Christian (2013): Freedom Rising. Human Empowerment and the Quest for Emancipation. Cambridge: Cambridge University Press.

MATERIALIEN

M 1 Deutsche Welle (2019):
»Demokratieindex:
Demokratie weltweit
weiter unter Druck,
 Deutsche Welle, 19.1.2019

Wie ist es weltweit um die Demokratie bestellt? Die politische Partizipation nimmt wieder zu, ebenso der Anteil von Frauen in der Politik, so der Demokratieindex. Doch die Liste der unvollständigen Demokratien ist lang. »Weltweit sehen wir eine echte Verbesserung in der politischen Teilhabe von Frauen, nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft«, sagt Fiona Mackie von der britischen Analysefirma »Economist Intelligence Unit« (EIU). Sie ist Chefredakteurin des Demokratieindex der EIU und Leiterin der Analyseabteilung für Lateinamerika und der Karibik. Doch trotz Frauenquote und mehr weiblichen Abgeordneten in vielen Parlamenten weltweit sind Frauen weiterhin in der Minderheit und weit von einem 50-Prozent-Anteil entfernt. »Leider ist es so, dass eine Frauenbeteiligung von 20 Prozent ausreicht, um ein Parlament als vergleichsweise gleichberechtigt zu bezeichnen«, betont Mackie. Der Demokratieindex des britischen »Economist Intelligence Unit« bewertet jährlich die demokratischen Zustände in 167 Ländern.

Um jeweils den Grad der Demokratie zu messen und ein Land in einen von vier Regimetypen einzuordnen, werden Punkte in fünf Kategorien vergeben: Wahlverfahren und Pluralismus, Arbeitsweise der Regierung, politische Teilhabe, politische Kultur und Bürgerrechte. Je nach erlangter Punktezahl gilt ein Land demnach als vollständige oder unvollständige Demokratie, als eine Mischform aus Autokratie und Demokratie oder als autoritäres Regime.

Die Liste der »unvollständigen« Demokratien ist die größte Gruppe im EIU-Index: 55 Länder, in denen insgesamt gut 43 Prozent der Weltbevölkerung leben, zählen dazu. Die USA stehen in der Rangliste dieser Gruppe noch hinter Südkorea, Japan, Chile und Estland und nur kurz vor dem afrikanischen Inselstaat Kap Verde und Portugal.

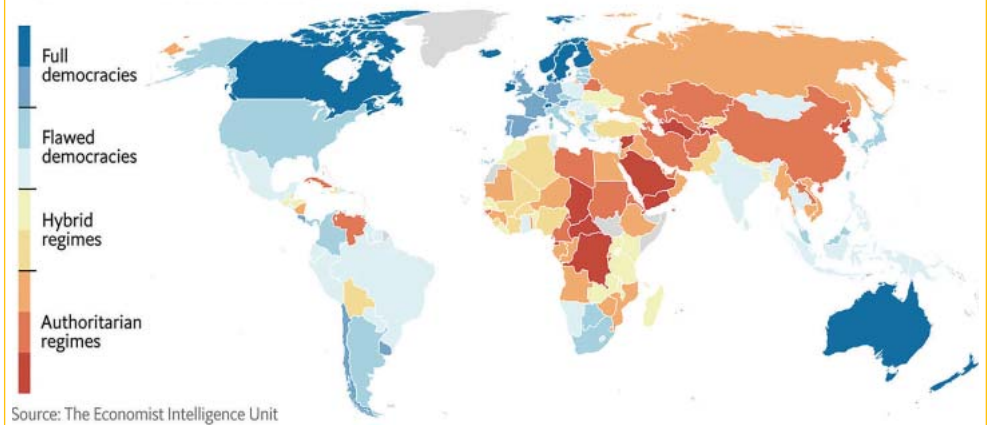
Seit 2016 wird im EIU-Index die USA als »unvollständige Demokratie« bezeichnet – nicht zuletzt weil die Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit in der Bevölkerung wächst und das Vertrauen in öffentliche Institutionen schrumpft. Die Polarisierung der Gesellschaft sowie die Außen- und Innenpolitik von US-Präsident Donald Trump hat in der Bewertung der politischen Kultur für Minuspunkte gesorgt. Als positiv dagegen wird im Index der höhere Anteil von Frauen im US-Kongress nach den neuesten Wahlen bewertet. Das wirkt sich wiederum positiv auf die Kategorie »politische Beteiligung« aus.

Auch die Demokratien vieler europäischer Länder wie Frankreich, Belgien und Italien wurden als »unvollständig« eingestuft. Obwohl die Index-Werte in Westeuropa zum dritten Mal in Folge leicht gefallen sind, »gebe es noch keinen Grund die Demokratie in Europa für tot zu erklären«, meint Index-Chefredakteurin Mackie. Immerhin sind sieben westeuropäische Länder unter den ersten zehn in der Rangliste der demokratischen Entwicklung.

»Ja, es gibt ein Problem mit der Demokratie, das haben wir über die letzten Jahre gesehen. Aber es gibt auch positive Zeichen, zum Beispiel die wachsende politische Teilnahme«, so Mackie. Damit sei nicht nur die Wahlbeteiligung gemeint, sondern auch politisches Engagement

The Economist Intelligence Unit's 2019 Democracy Index

167 countries scored on a scale of 0 to 10 based on 60 indicators



M 2 »Demokratieindex der EIU«

© The Economist Intelligence Unit, 2020

in der Bevölkerung, sei es in politischen Parteien, in zivilgesellschaftlichen Organisationen oder bei Protesten auf der Straße, sagt Mackie und verweist auf die differenzierte Erfassung von Daten, die in den Demokratieindex einfließen.

Auch global gesehen registriert der EIU-Index eine wachsende politische Beteiligung in der Bevölkerung. »Wir haben neue Beteiligungsformen gesehen, auch über Soziale Medien, und eine breite Aktionsbewegung, die sich legaler Mittel bedient. Das hat stärker zugenommen als das Engagement innerhalb der traditionellen politischen Systeme«, so Mackie.

Politikforscherin Julia Leininger bewertet das wachsende Engagement der Zivilgesellschaft ebenfalls als positiven Trend. Sie leitet das Programm »Transformation politischer (Un-)Ordnung« des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, DIE, in Bonn.

Protestbewegungen gebe es zum Beispiel in den USA und in Hongkong, wo Menschen gegen die Regierungen demonstrieren, aber auch in vielen anderen Teilen der Welt. »Das sehen wir vor allem auch in Afrika, wo es sehr viele lokale Proteste gibt. Dort hat das nochmal eine andere Dimension, weil es wenige Institutionen gibt, an die sich die Menschen wenden können.«

Die positiven Trends – eine stärkere Zivilgesellschaft und die gewachsene Beteiligung von Frauen in der Politik – können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass insgesamt nur 20 Länder das Prädikat »vollständige Demokratie« erhielten. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Diktaturen oder in Ländern mit einer Mischung aus Autokratie und Demokratie.

Außerdem bedenklich: Je mehr Möglichkeiten es gibt, sich zum Beispiel im Internet und über Soziale Medien kritisch zu äußern, desto ausgeklügelter werden auch die digitalen Kontrollmöglichkeiten autoritärer Regimes. (...)

Insgesamt und global gesehen gebe es keinen Anlass zur Entwarnung, so Mackie von der EIU. »Wir wären gerne froh über das wachsende politische Engagement und über die Tatsache, dass die globalen Demokratiewerte zum ersten Mal seit drei Jahren nicht mehr gefallen sind«, sagt Mackie. »Wir sind jedoch insgesamt besorgt und sehen die Trends nicht als Anfang vom Ende des globalen Rückgangs der Demokratie, sondern lediglich als Pause.«

© www.dw.com/de/demokratieindex-economist-demokratie-weltweit-weiter-unter-druck-a-47105207/a-47105207

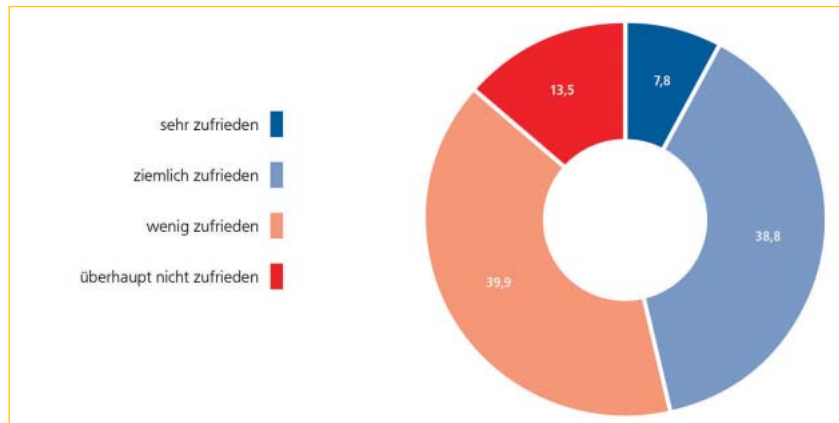
M 3 Frank Decker, Volker Best, Sandra Fischer, Anne Küppers (2020): »Vertrauen in Demokratie«, 2018–2020, FES Bonn 2020

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie: Nur noch eine Minderheit zeigt sich mit der Art und Weise zufrieden, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. 70 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes hat die Demokratie(un)zufriedenheit ein Level erreicht, das zu denken geben sollte: Nur noch eine Minderheit von 46,6 Prozent der Befragten zeigt sich mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem sehr oder ziemlich zufrieden, während eine Mehrheit von 53,4 Prozent angibt, mit dem Funktionieren der Demokratie weniger oder überhaupt nicht zufrieden zu sein. Dabei sind die Gruppen der moderat Zufriedenen und der moderat Unzufriedenen mit 38,8 bzw. 39,9 Prozent fast gleich groß; während sich aber nur etwa jede/r Dreizehnte (7,8 Prozent) sehr zufrieden äußert, ist mehr als jede/r Achte (13,5 Prozent) überhaupt nicht zufrieden (IM 41). Unter den niedrig Gebildeten, den sich selbst der Unter- oder Arbeiterschicht Zurechnenden und den Nichterwerbstätigen erklärt sich sogar jede/r Vierte als mit dem Funktionieren der Demokratie überhaupt nicht zufrieden, unter den Befragten mit dem niedrigsten Haushaltsnettoeinkommen immerhin jede/r Fünfte. Insgesamt zu einem negativen Urteil bezüglich des Demokratiefunktionierens kommen bei den niedrigen bis mittleren Bildungsgraden rund 60 Prozent, unter den Nichterwerbstätigen 65,3 Prozent, unter den Einkommensschwachen 67,1 Prozent und in der Unter- und Arbeiterschicht sogar 70 Prozent.

Demgegenüber weisen die Einkommensstärksten (54 Prozent), Angehörigen der oberen Mittel- oder Oberschicht (57,5 Prozent), Hochgebildeten (58,8 Prozent) und die in Ausbildung Befindlichen (62,3 Prozent) jeweils eine deutlich überdurchschnittliche Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie auf. Die Mittelschicht zeigt sich ebenfalls leicht überdurchschnittlich zufrieden (52,1 Prozent), während die mittlere Einkommensklasse (2.000 bis 4.000 Euro) nahe beim durchschnittlichen Wert für alle Befragten liegt. Gleiches gilt für die Erwerbstätigen sowie die Rentner/-innen und Pensionäre/-innen.

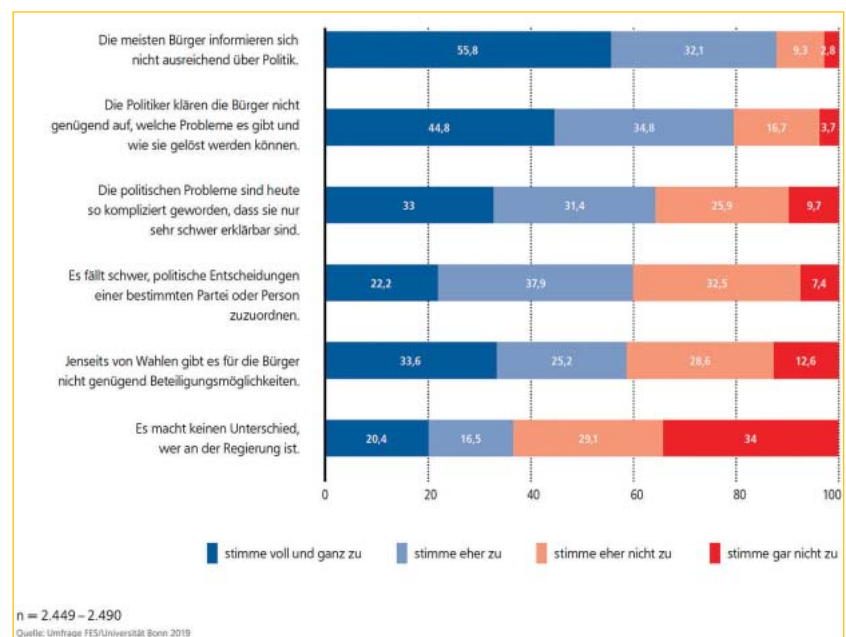
Aufgeschlüsselt nach Altersklassen folgt die Demokratiezufriedenheit einem U-förmigen Verlauf, wobei die ganz Jungen und die über 65-Jährigen mit dem Funktionieren der Demokratie merklich zufriedener sind als die mittleren Altersgruppen (35 bis 64 Jahre). Besonders hoch ist der Anteil der Unzufriedenen mit insgesamt 58,9 Prozent in der Altersklasse der 50- bis 64-Jährigen; ähnlich sieht es bei den 35- bis 49-Jährigen aus (57,2 Prozent). Bei den Befragten der höchsten Altersstufe liegen die Unzufriedenen mit 51,6 Prozent nur leicht vor den Zufriedenen, bei den Jüngsten überwiegen die Zufriedenen mit 54,7 Prozent. Bei Personen mit Migrationshintergrund liegt der Anteil der Unzufriedenen um 9,4 Prozentpunkte höher als bei Personen ohne Migrationshintergrund (61,5 gegenüber 52,1 Prozent). (...)

Eine große Mehrheit der Befragten beklagt die fehlende Responsivität des politischen Systems (externe Effektivität). Fast 80 Pro-



M 4 »Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie«

© Decker u.a. (2020): Vertrauen..., S. 30



M 5 »Politische Selbstwirksamkeit«

© Decker u.a. (2020): Vertrauen..., S. 34

zent (79,6 Prozent) sind der Meinung, dass die Politiker/-innen die Bürger/-innen nicht genügend darüber aufklären, welche Probleme es gibt und wie diese gelöst werden können; diese Aussage findet sogar mehrheitlich volle Zustimmung (44,8 Prozent; 34,8 Prozent stimmen eher zu). Dagegen stimmen nur 16,7 Prozent eher nicht und 3,7 Prozent überhaupt nicht zu. Dass es keinen Unterschied macht, wer an der Regierung ist, sehen 36,9 der Befragten so und 63,1 Prozent nicht so. Dabei fällt der Widerspruch besonders deutlich aus: 34 Prozent können der Aussage überhaupt nicht zustimmen, 29,1 Prozent stimmen eher nicht zu. Auch bei denjenigen, die der Aussage zustimmen, sind mehr Befragte in der extremen Antwortkategorie (20,4 Prozent) als bei der moderaten Zustimmung (16,4 Prozent) zu verorten (s. Abb. 8).

© Frank Decker, Volker Best, Sandra Fischer, Anne Küppers (2020): »Vertrauen in Demokratie, 2018–2020«, FES Bonn 2020, <https://library.fes.de/pdf-files/fes/15621-20190822.pdf>

M 6 Sonja Zekri (2018):
»War's das mit der Demokratie?«,
Süddeutsche Zeitung, 4.8.2018

Der Demokratie wird angesichts des Aufstiegs von autokratischen Politikern weltweit gegenwärtig von vielen Beobachtern die Zukunftsfähigkeit abgesprochen. Doch die Zahl der Staaten, die in den vergangenen Jahrzehnten demokratisch wurden, ist um ein Vielfaches größer als jener, die von einer Demokratie in eine Diktatur abgeglitten sind. Sie mag kein Wunscherfüllungsapparat sein, aber gegenüber Autokratien hat die Demokratie entscheidende Vorteile.

Der Arabische Frühling hatte seine beste Zeit hinter sich, und der politische Spielraum verengte sich täglich, aber noch wurden Visionen straffrei verbreitet. Während sich auf dem Tahrir-Platz in Kairo die Masse heiser schrie, verstieg sich daneben im achten Stock eines Hotels einer der führenden Salafisten Ägyptens zu einer bemerkenswerten Forderung. Er wünsche sich für sein Land Demokratie, und zwar nicht irgendeine Demokratie, sondern ein demokratisches System wie in Frankreich. Frankreich, das Mutterland der Revolution, das kurz zuvor ein Verbot des Niqab, des Gesichtsschleiers, ausgesprochen hatte? Wirklich? Der Salafist, kurz aus dem Konzept gebracht, rettete sich in die große Dimension: Jawohl, und warum nicht gleich ein modernes Kalifat schaffen, eine Gemeinschaft der Gläubigen – nach dem Vorbild der Europäischen Union?

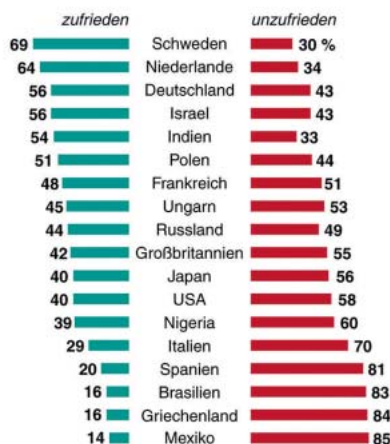
Sieben Jahre später wirkt die Szene erstaunlich: durch die unhinterfragte, inzwischen fast nostalgische Strahlkraft der Begriffe »Europäische Union« und »Demokratie«, aber auch, weil die Demokratieforderung des Bärtigen ein grundlegendes, und hochaktuelles Missverständnis darüber verrät, was dieser Begriff wohl bedeutet. Nach einem Bonmot unter Nahost-Experten erschöpft sich die islamistische Demokratievorstellung in einem Machtgewinnungsmechanismus aus wenigen Worten: »One man, one vote, one time«. Hätten die Islamisten einmal die Macht durch Wahlen errungen, so die Vermutung, würden sie sie einzig dazu nutzen, um die Demokratie abzuschaffen. Und so war Demokratie natürlich nicht gemeint.

Inzwischen hat dieser Irrtum allerdings seinen Widerhall in der europäischen Gegenwart gefunden. Dass die Falschen demokratische Mittel missbrauchen, um die Demokratie zu deformieren oder sogar abzuschaffen, ist eines der Bedrohungsszenarien in der allmählich doch sehr reichhaltigen Demokratiedämmerungsliteratur. (...) Der unschlagbare Magnetismus des demokratischen Modells wurde vom Aufstieg der Rechten, Populisten und Autokraten längst performativ widerlegt. Wenn China wirtschaftlich so übermächtig und Russland außenpolitisch so aggressiv sein darf, wenn in Ungarn, Polen, Österreich Rechtspopulisten Wahlen gewinnen, ist es Zeit für eine schonungslose Selbstprüfung: Waren die Minderheiten in ihren Ansprüchen zu maßlos? Die »Eliten« zu gierig? Das »Establishment« zu arrogant? Die Medien zu selbstbezogen? Die Geschwindigkeit, mit der dabei der universelle Anspruch der Demokratie preisgegeben wird, ist atemberaubend. Handlungsleitende Grundannahmen von gestern, hat der brillante bulgarische Soziologe Ivan Krastev konstatiert, »wirken inzwischen nicht nur veraltet, sondern geradezu unverständlich«. Differenzierte, weit gereiste Zeitgenossen fragen ohne zu blinzeln, ob die Demokratie noch das beste Modell für Deutschland ist. Sieht so das Ende aus? (...) Wenn China Amerika wirtschaftlich überflügelt, ist dies ein Beweis für die Überlegenheit chinesischer Unternehmen, nicht des Einparteiensystems. Ein Völkerrechtsbruch

(Un-)zufrieden mit der Demokratie

„Sind Sie zufrieden oder unzufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie im eigenen Land?“

Zustimmung in Prozent



ausgewählte Länder

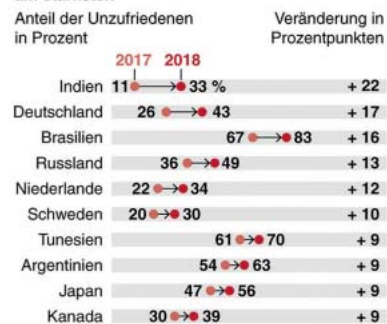
rundungsbedingte Differenz; Rest zu 100: weiß nicht

Umfrage unter 30 133 Menschen aus 27 Staaten zwischen dem 14. Mai und dem 12. August 2018

Quelle: Pew Research Center



In diesen Ländern stieg die Unzufriedenheit am stärksten



© Globus 13201

M 7 »(Un-)Zufriedenheit mit der Demokratie«

© picture-alliance/ dpa-infografik

wie die Annexion der Krim entkräftet nicht das Freiheitsbedürfnis der Ukrainer, es bleibt ein Völkerrechtsbruch.

Im Idealfall gewährleistet die Demokratie den zivilen, gewaltfreien Interessenausgleich, auch für Minderheiten, wenn auch nicht für alle Partikularinteressen. Diese Fähigkeit zum Konsens macht der Demokratie keiner nach, und sie unterscheidet sich grundlegend von der Umverteilung von Privilegien, politischer Erpressung oder einem schlichten Elitenwechsel, mit denen Autokratien Warlords, Palastfraktionen oder Geheimdienstzweige bei Laune halten. Wer Autokratien von innen gesehen hat, der weiß, dass sie sich gerade nicht durch jene stahlharte, effektive Exekutive oder Verwaltung auszeichnen, die ihnen demokratieverwöhnte Europäer manchmal andichten, sondern durch eine hirnerweichende Bürokratie, Korruption und Klüngel. (...)

1941, so hat der »Economist« vorgerechnet, waren gerade ein Dutzend Staaten demokratisch, im Jahr 2000 aber hatten weltweit bis auf acht Länder alle Staaten mindestens einmal wählen lassen. Und auch wenn dazu Schein-, Halb-, Viertel- und Garnicht-Demokratien gehören, ist die Zahl der Staaten, die in den vergangenen Jahrzehnten den Schritt zur Demokratie geschafft haben, um ein Vielfaches größer als jener, die von einer Demokratie in eine Diktatur abgeglitten sind. Zu den jüngsten Diktaturaussteigern zählen Äthiopien und – praktisch unbeachtet – der jahrzehntelange Folterstaat Usbekistan. (...)

Auch früher sei die Demokratie gelegentlich in Bedrängnis geraten, gibt der Politologe Yascha Mounk zu bedenken, doch habe sie sich immer wieder erholt. Es gibt sehr vernünftige Gründe, die Attraktivität des Modells nicht aus dem Blick zu verlieren. Unübertroffen ist die Demokratie beispielsweise in allen Angelegenheiten des Machtwechsels. In jeder Autokratie ist dies ein krisenhafter, sogar systemgefährdender Moment. Stirbt der Despot, fallen ähnlich üble Prätexten übereinander her. Einen Herrscher zu Lebzeiten abzulösen ist nicht leichter. Da ein politischer Neustart nach ein paar Jahren ausgeschlossen ist, und der Gefallene die politische oder juristische Rache der Rivalen fürchten muss, bleibt ein freiwilliger Machtverzicht Selbstmord – mit der Folge schier unendlicher, immer verbissener verteidigter Regentschaften.

© www.sueddeutsche.de/kultur/politische-systeme-war-s-das-mit-der-demokratie-1.4080564

M 8 Interview mit Nic Cheeseman (2019):
»Im Durchschnitt sind Demokratien
deutlich erfolgreicher als Autokra-
tien«, Neue Zürcher Zeitung, 30.11.2019

NZZ: Herr Cheeseman, Äthiopien macht unter dem Reformpräsidenten Abiy Ahmed gerade erste Schritte in Richtung Demokratie. Rwanda hat laut Experten seine Armutsstatistiken massiv geschönt. Taugen die beiden Länder überhaupt noch als Modell für den autoritären Entwicklungsstaat?

Cheeseman: Äthiopien fällt als Modell tatsächlich weg. Die Führung der Regierungspartei hat begriffen, dass sie mit Repression allein die Stabilität des Landes nicht länger aufrechterhalten kann. Abiy soll nun den Öffnungsprozess umsetzen. Doch das Risiko besteht, dass in dem multiethnischen Staat eine Dynamik eingesetzt hat, die nicht mehr zu stoppen ist. Die Analogie zum Zusammenbruch der Sowjetunion liegt nahe. Abiy könnte noch als Gorbatschow Äthiopiens in die Geschichte eingehen.

NZZ: Und Rwanda?

Cheeseman: Ich bin kein Experte, was die Armutsstatistiken anbetrifft. Bei Autokratien muss man aber auf jeden Fall sehr skeptisch gegenüber den offiziellen Zahlen sein. Sehr wahrscheinlich hat Rwanda in den letzten Jahren deutlich weniger grosse Fortschritte gemacht als angegeben.

NZZ: Trotzdem wird Rwanda von manchen weiterhin als Erfolgsgeschichte hochgehalten.

Cheeseman: Nun, das Land hat seit dem Genozid von 1994 erstaunliche Fortschritte gemacht – hohes Wirtschaftswachstum, deutliche Reduktion von Armut und Ungleichheit, kaum noch Kriminalität und Korruption. Diese Erfolge sind unbestritten.

NZZ: Rwanda ist mit seinem autoritären Regime also doch ganz gut gefahren. Schließlich agiert es nach dem Vorbild erfolgreicher asiatischer Staaten wie Taiwan, Südkorea oder Singapur, die auch zuerst die Entwicklung vorangetrieben hatten, bevor sie an Demokratie dachten.

Cheeseman: Tatsächlich kommt Rwanda diesen asiatischen »Tigerstaaten« in institutioneller Hinsicht ziemlich nahe. Doch selbst wenn man die Rückschläge der letzten Jahre ignoriert oder die immer schlimmer werdende Repression des Regimes: Für andere Staaten Afrikas taugt der autoritäre Entwicklungsstaat keinesfalls als Modell.

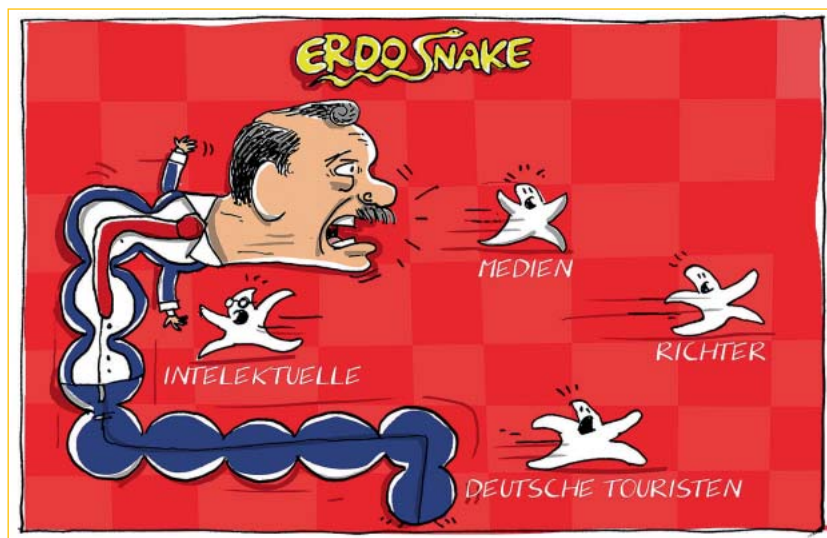
NZZ: Weshalb?

Cheeseman: Weil das Modell auch in Asien nur unter spezifischen Bedingungen funktionieren konnte. Es braucht vor allem ein äußerst starkes, von der Gesellschaft unabhängiges Regime, das nicht zuletzt die vorhandene Korruption in produktive Bahnen lenken kann und das fähig ist, eine kluge Wirtschaftsplanung womöglich gegen den Widerstand der Arbeiterschaft durchzudrücken. Paul Kagame hat solche Bedingungen in Rwanda reproduziert. Aber nirgendwo sonst in Afrika scheint das möglich – auch Äthiopien konnte das Modell nicht lange aufrechterhalten. (...)

NZZ: Demokratien stehen im Ruf, keine rasche Entwicklung zu ermöglichen.

Cheeseman: Das ist ein riesiges Missverständnis. Man schaut immer nur auf die paar wenigen Autokratien mit herausragendem Wirtschaftswachstum. Ignoriert wird dabei, dass die allermeisten undemokratischen Systeme die Armut sogar noch steigern. Was ist mit Kongo-Kinshasa oder Simbabwe? Im Durchschnitt sind Demokratien deutlich erfolgreicher als Autokratien – und je länger es bereits politischen Wettbewerb gibt, desto schneller wächst die Wirtschaft und reduziert sich die Armut. Das sieht man in Botswana und Mauritius.

© www.nzz.ch/international/afrika-im-durchschnitt-sind-demokratien-deutlich-erfolgreicher-ld.1523707



M 9 »Erdosnake«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Leopold Maurer

M 10 Thorsten Benner (2017): »Autokraten auf dem Vor-
marsch. Wie Demokratien auf illiberale Einflussnahme
reagieren sollten.« Internationale Politik, 1.11.2017

Autoritäre Staaten versuchen verstärkt, auf liberale Demokratien Einfluss zu nehmen. Dabei profitieren sie von willigen Helfern in Unternehmen, Finanzdienstleistern, PR- und Lobbyfirmen sowie der Zivilgesellschaft. Offene Gesellschaften sollten voneinander lernen, wie man Einflusskanäle beschränken kann, ohne die eigenen Werte zu verraten. In den ersten 20 Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges war internationale Einflussnahme eine Einbahnstraße: Sie ging von liberalen Demokratien aus, die ihr Regierungsmodell weltweit zu verbreiten suchten. Dank dieser Demokratieförderung, so die Annahme, würden autoritäre Systeme auf dem Müllhaufen der Geschichte landen. Seit einigen Jahren erleben wir eine Schubumkehr. Nicht nur haben sich autoritäre Systeme als widerstandsfähig erwiesen; sie versuchen inzwischen in immer größerem Maße, ihrerseits auf westliche Demokratien Einfluss zu nehmen. Damit wollten sie das eigene Regime stärken, die Anziehungskraft liberaler Staaten schwächen und die Welt in eine illiberalere Richtung drängen. Russlands kühner Versuch, die Präsidentschaftswahlen 2016 in den Vereinigten Staaten zu manipulieren, passt in dieses Muster. Autoritäre Einflussnahme geht aber nicht nur von Russland aus, sondern auch von China, der Türkei und anderen Staaten in Asien, Afrika und dem Mittleren Osten. Viele westliche Demokratien waren schon Ziel solcher Aktivitäten. Dabei geht es nicht nur um Einmischung in politische Fragen und um Propaganda-Programme, sondern auch um Einflussnahme mithilfe von politischen Parteien, Nicht-Regierungsorganisationen und Unternehmen.

Manche Methoden erinnern an die Zeit des Kalten Krieges – wie »Kompromat«, die Veröffentlichung von kompromittierendem und möglicherweise gefälschtem Material. Doch heute verfügen autoritäre Staaten über weitaus mehr Instrumente, da ihre Eliten und Institutionen eng mit westlichen Volkswirtschaften verknüpft sind. Zur Verbreitung ihrer Inhalte können sie an den etablierten westlichen Medien vorbei digitale Mechanismen nutzen. Die politischen Schwächen demokratischer Systeme, ihre Offenheit für ausländische Ideen und Gelder und die Gier, mit der manche Vertreter der wirtschaftlichen Elite von illiberalen Kunden profitieren, ebnen autoritären Regimen dabei den Weg.

© <https://internationalepolitik.de/de/autokraten-auf-dem-vormarsch>

Editorische Notiz: Die Abbildungen und die Zusatzmaterialien wurden von der Redaktion ausgewählt. Sie dienen der kontroversen Diskussion.

5. Die Gefährdung der Demokratie in Deutschland: Krise oder Alarmismus?

ECKHARD JESSE

Die Bundesrepublik Deutschland gilt mehr als 70 Jahre nach ihrer Gründung als eine stabile Demokratie. Wie der Vergleich zur Weimarer Republik belegt, ist heutzutage die Demokratie weit von Weimarer Verhältnissen entfernt. Gleichwohl gibt es zahlreiche Herausforderungen. Zum einen sind dies solche, die von populistischen und vor allem von extremistischen Strömungen ausgehen. So lässt sich eine Schwächung der deutschen Demokratie herbeiführen. Zum andern, und das wird oft verkannt, tragen etablierte Kräfte durch ihr Verhalten, z. B. bei der Debattenkultur, dazu bei, den demokratischen Verfassungsstaat zu delegitimieren. Wer auf die Weimarer Republik und ihre Schwächen fixiert ist, übersieht leicht andere Gefahren. Gleichwohl gilt: Wer von einer Systemkrise redet, argumentiert alarmistisch. Und wer für Wachsamkeit plädiert, ist es nicht.



Abb. 1 »Abgeordnete der Nationalversammlung in Weimar im Jahre 1919. Der Präsident der Nationalversammlung, Dr. David, verkündete die Wahl des Volksbeauftragten Friedrich Ebert (SPD) zum Reichspräsidenten. Ebert sitzt in der vorderen Bank ganz rechts. Nach Philipp Scheidemann (SPD) war Gustav Bauer (SPD) der erste Politiker, der nach Annahme der Weimarer Reichsverfassung 1919 Regierungschef wurde und wieder den Titel Reichskanzler führte. Scheidemann stand einer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP vor, weigerte sich allerdings, den Versailler Friedensvertrag zu unterschreiben und trat deshalb zurück. Die sog. »Weimarer Koalition«, die die Republik unterstützte, hatte bereits seit den Reichstagswahlen 1920 keine Mehrheit mehr im Reichstag.«
©dpa - Bildarchiv

36

■ Beginn der Weimarer Republik

Die zweite deutsche Demokratie zählt schon fast so viele Jahre wie das Kaiserreich, die Weimarer Republik und das Dritte Reich zusammengenommen. Deutschland hat im 20. Jahrhundert vier Systemwechsel erfahren (vgl. Jesse 2010). Am 9. November 1918 musste Kaiser Wilhelm II. am Ende des verlorenen Krieges abdanken – damit war die autoritäre Monarchie des Kaiserreiches überwunden. Es folgte die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik. Von schweren innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Krisen heimgesucht, scheiterte sie nach 14 Jahren. Das Dritte Reich war entgegen dem der Hybris geschuldeten Anspruch der Nationalsozialisten kein »Tausendjähriges Reich«, doch allein seine zwölf Jahre wirken durch die monströsen Verbrechen und Verheerungen bis heute nach. Zwar ist das Wort von der »Lehre aus der Vergangenheit« allgegenwärtig, aber die allseitige Formel »Wehret den Anfängen« fällt im Ergebnis unterschiedlich aus. Die einen befürworten schärferes Vorgehen, um jeder populistischen oder antidemokratischen Kraft den Boden zu entziehen, die anderen lehnen es ab, weil gerade dies einem autoritären Staat den Weg ebnet. Diese Fixierung auf die Vergangenheit übersieht häufig aktuelle Bedrohungen. Bei der Erörterung des Gefahrenpotentials für den demokratischen Verfassungsstaat ist zwischen der sozialen Gefahr (für Individuen) und der politischen Gefahr (für den Staat) zu unterscheiden (vgl. Jesse 2015). Was den letzten Aspekt betrifft, spielt nicht nur die Frage der extremistischen Intensität eine Rolle, sondern auch eine Reihe weiterer Faktoren wie etwa der Erfolg bei Wahlen, die Mitgliederstärke einer Partei, das intellektuelle Potential, die Akzeptanz bei Eliten, die Infiltration in die Mehrheitskultur, die Kampagnenfähigkeit. Die Frage nach der Gefahr für den demo-

kratischen Verfassungsstaat liegt mithin auf einer anderen Ebene als die Frage nach der extremistischen Intensität einer Organisation oder eines subkulturellen Phänomens. Wenn das Bundesverfassungsgericht die durch und durch antidemokratische NPD im Jahr 2017 nicht verboten hat, dann deshalb, weil sie ungeachtet ihrer vollmundigen Rhetorik keine ernsthafte Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat bedeute.

Der folgende Beitrag vergleicht die Gefährdung in der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, mit der in der Bundesrepublik Deutschland, vornehmlich am Beispiel der Parteien, die für die politische Willensbildung eine zentrale Bedeutung haben. Danach wird untersucht, von wem heute eine Gefahr für die Demokratie ausgeht: einerseits von extremistischen Kräften, andererseits von etablierten demokratischen. Das Resümee arbeitet klar heraus, dass bei allen Problemen die Parallelen zur Weimarer Republik eher vordergründig sind.

■ Gefährdung der Demokratie in der Weimarer Republik

Die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, währte nur 14 Jahre. Sie war vielen Belastungen ausgesetzt, innen- und außenpolitischen, kulturellen und wirtschaftlichen, auch

verfassungsrechtlichen. Eine Reihe von destabilisierenden Faktoren – eine monokausale Sichtweise ist unangebracht – trug zum Untergang bei. Um diese Defizite anhand des Parteiengefüges zu belegen: Die nicht einmal in der Verfassung erwähnten Parteien wurden bei der Regierungsbildung benötigt, waren für diese Aufgabe angesichts des »Konstitutionalismus« darauf aber wenig vorbereitet. Die »Weimarer Koalition«, bestehend aus der SPD, dem Zentrum und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei, hatte schon bei der ersten Reichstagswahl 1920 ihre Mehrheit verloren und konnte sie niemals wieder erlangen. Die Folge: beständige Instabilität, die schließlich zu verheerenden Konsequenzen führte. Kein Parlament überstand die volle Legislaturperiode. Parteien drängten nicht zur politischen Verantwortung, da sie dafür abgestraft wurden.

Die drei praktizierten Koalitionsvarianten (Bürgerblock – Große Koalition – Bürgerliche Minderheitsregierung, toleriert durch die SPD) funktionierten mehr schlecht als recht. Zum einen fehlte es an Homogenität unter den beteiligten Kräften, zum anderen an einem angemessenen Verständnis für die Mechanismen eines parlamentarischen Systems. »Die Scheu, als Partei Regierungsverantwortung zu tragen, Kompromisse einzugehen und dadurch eventuell



Abb. 3 »Zum Festakt anlässlich der Reichstagseröffnung am 21.3.1933 vor der Potsdamer Garnisonkirche verneigt sich Reichskanzler Adolf Hitler (l) vor dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und gibt ihm die Hand. Hindenburg hatte Hitler bereits am 30.1.1933 im Rahmen eines Präsidialkabinetts zum Reichskanzler ernannt. Nach der Reichstagsbrandverordnung, die die Grundrechte einschränkte, verliefen die Märzahlen 1933 bereits alles andere als fair und frei.« © dpa



Abb. 2 »Wahlplakate 1930–1932: SPD – Zentrum – KPD – NSDAP«
© picture-alliance / akg

die eigene Klientel zu enttäuschen, war meist stärker als die Bereitschaft, auch um den Preis erheblicher Abstriche an den eigenen Programmforderungen stabile Mehrheiten zusammenzubringen« (Kolb 1993, S. 73f.). Diese »stabilen Mehrheiten« fehlten in der ersten Demokratie. So gewann der vom Volk gewählte Reichspräsident als Kriseninstanz eine tragende Rolle. Im Gegensatz zum ersten Reichspräsidenten, dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert, nahm Paul von Hindenburg, der dem Kaiserreich nachtrauerte, diese Funktion zumal in der Spätphase nicht immer im Interesse der Demokratie wahr. Die Weimarer Republik, nicht nur eine »unvollendete Demokratie« (Horst Möller), sondern auch ein »unvollendeter Parteienstaat« (Michael Stürmer), befand sich in ihrer Phase als Präsidialsystem ab dem Jahr 1930 in einem desolaten Zustand. »Die Konsequenz der präsidialen Lösung beruhte auf nichtparlamentarischen Entscheidungen, auf einer Ausklammerung des parteidemokratischen Weges; eine Alternative wurde seit 1930 gar nicht mehr versucht. Der Zwang zur Koalitionsbildung entfiel; die Flucht aus einer Verantwortung, die unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise allen Parteien schwerfallen musste, hat der ständig mögliche Ausweg in die Präsidialregierung erleichtert. So wurde schließlich zwingend, scheinbar unausweichlich, was noch 1930 nur eine mögliche Option war: das autoritäre Experiment nach dem Wunsch des Reichspräsidenten und seiner Umgebung« (Bracher 1980, S. 121f.). Karl Dietrich Bracher stellt mit dieser These stark auf die Verantwortlichkeiten (und Verantwortungslosigkeiten) der politisch Handelnden ab – zu Recht. Zugleich muss freilich der mangelnde Spielraum der Parteien betont werden. Sie sahen nicht die Notwendigkeit für einen antiextremistischen Konsensus, weil es ihnen an Kompromisswilligkeit mangelte (vgl. Möller 2018). In der Endphase, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, hatten NSDAP und KPD bei den beiden Reichstagswahlen 1932 eine »negative Mehrheit«. Der NSDAP gelang nicht nur ein Einbruch in die Wählerschaft des Mittelstandes, sondern auch in die der Arbeiterschaft (vgl. Falter 1991). Die beiden Parteien waren sich einig in dem, was sie nicht wollten (eine parlamentarische Demokratie), aber nicht einig in dem, was sie wollten. Paul von Hindenburg ernannte am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler und besiegelte damit den Untergang der von ihm ohnehin nicht geliebten Weimarer Republik.

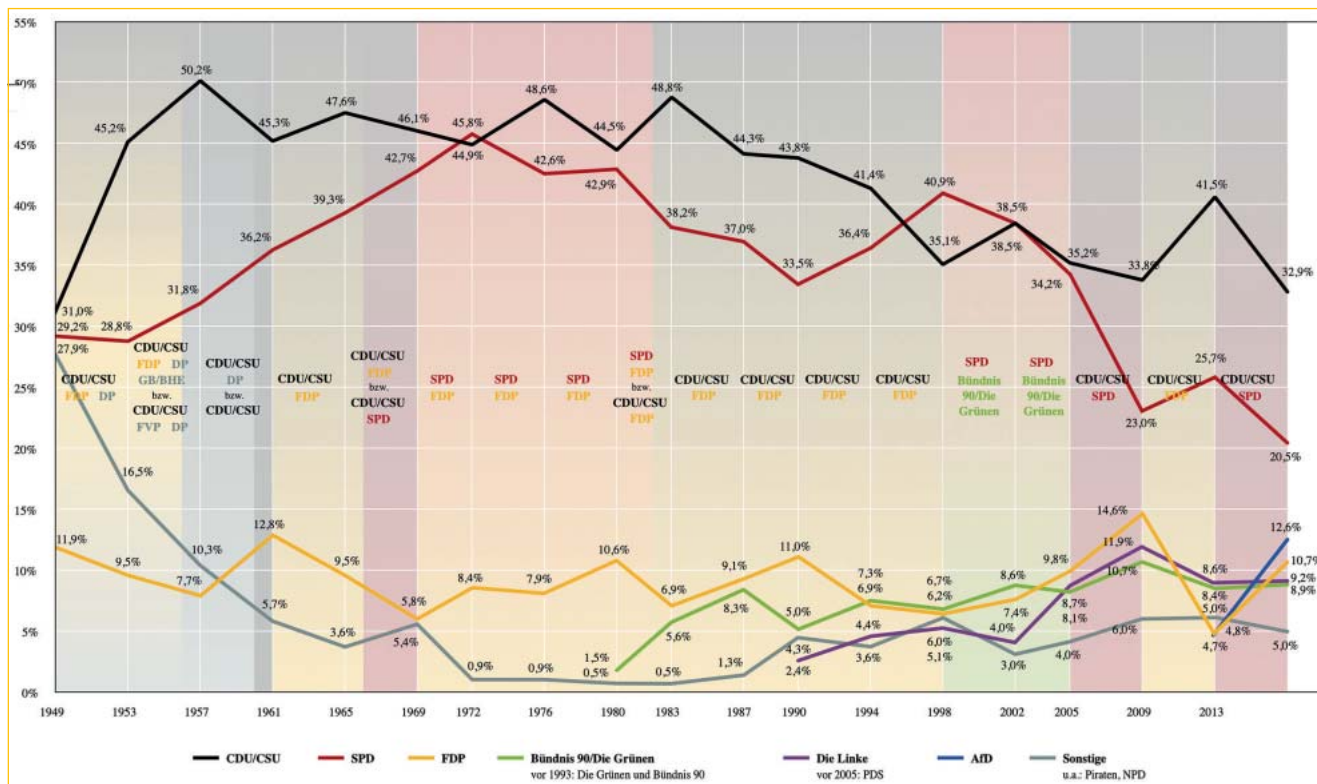


Abb. 4 »Bundestagswahlergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2017 und eine Übersicht über die anschließend gebildeten Regierungskoalitionen«

© Flone - German parliamentary elections diagram, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=7963529>

Gefährdung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland

Schon auf den ersten Blick ist, was das Parteiengefüge betrifft, der krasse Unterschied zur Weimarer Republik offenkundig. Ähnlich wie 1933 bedeutete das Jahr 1945 für die Parteien – und nicht nur für sie – eine tiefe Zäsur. Man kann in der Tat gewissermaßen von einer »Stunde Null« sprechen, wiewohl es etwa durch Kooperation im Widerstand Überlegungen für die Zukunft gab. Verschwand die NSDAP nach 1945 gleichsam vom Erdboden, so musste die radikale Ausschaltung der anderen Parteien im Jahre 1933 zu ihrer Nichtbelastung in den folgenden Jahren führen. »Nur« der Makel der Zustimmung beim »Ermächtigungsgesetz« lastete auf den bürgerlichen Parteien, während andere Organisationen und Institutionen in mannigfache Verstrickungen geraten waren. »Es ist für die Entwicklung des Bonner Staates und seines parlamentarischen Systems von gar nicht hoch genug einzuschätzender Bedeutung, dass einzig die politischen Parteien von diesem Korruptionsprozess ausgenommen blieben. [...] Ob zu Recht oder nicht – die Parteien konnten nach 1945 den Eindruck erwecken, sie seien von Anfang an verfolgt gewesen« (Hennis 1974, S. 206). Damit mussten die Parteien nicht die Verantwortung für das Geschehene übernehmen. Insofern unterschied sich die Ausgangslage stark von der nach dem Ersten Weltkrieg. Und im Gegensatz zu damals sahen die westlichen Besatzungsmächte angesichts des Ost-West-Konflikts die Deutschen sehr bald nicht mehr als Gegner.

Die Parteien knüpften zum Teil an frühere Erfahrungen an (SPD, KPD), zum Teil gab es einen Neubeginn (Union, FDP). Die alte Fehde zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten brach wieder auf – bald herrschte zwischen ihnen offene Feindschaft. Die Liberalen vereinigten sich – im Gegensatz zur Vergangenheit – in einer Partei, zunächst unter verschiedenen Parteina-men. Erst im Dezember 1948 schlossen sich in Heppenheim die liberalen Landesverbände zur FDP zusammen, womit die traditionellen Konflikte zwischen der »national-liberalen« und der »links-liberalen« Richtung aber keineswegs aufgehoben waren. Die CDU und die CSU waren Neu-

gründungen, die freilich ältere Traditionen fortführten. Es ging den Gründungsvätern der Union um die Schaffung einer christlich-überkonfessionellen Partei. Sie wollten das Manko des ausschließlich auf den katholischen Bevölkerungsteil orientierten »Zentrums« überwinden. Die lange anhaltende Schwäche des extremistischen Parteienspektrums nach 1945 ist weithin eine Folge der NS-Diktatur und auch eine Folge der SED-Diktatur.

Schon bald kam es zu einer Konzentration des Parteiensystems, bedingt durch eine Reihe höchst unterschiedlicher Faktoren – institutioneller (z. B. die »Fünfprozenthürde«) wie außerinstitutioneller (z. B. schnelle Verbesserung der wirtschaftlichen Lage). CDU und CSU gelang es, die kleineren Parteien aufzusaugen. Nach der Union entwickelte sich ebenso die SPD mit dem Godesberger Programm von 1959, in dem (und: indem) sie marxistischen Ballast abwarf, zu einer Volkspartei. Es dauerte allerdings bis 1969, ehe sie im Bund erstmals den Kanzler stellen konnte, weil die FDP nun bereit war, eine Koalition mit ihr einzugehen. Bis dahin war das Parteiensystem mit Blick auf den Regierungswechsel im Bund asymmetrisch.

Bei der notorischen Buntscheckigkeit des deutschen Parteiensystems ließ sich dessen spätere Stabilität in der Bundesrepublik Deutschland keineswegs voraussehen. Zu unsicher war die Zukunft angesichts der Zerstörungen, der Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen, des materiellen Elends und der hohen Arbeitslosenzahl. So war die erste Bundestagswahl 1949 weiterhin stark von Weimarer Einflüssen geprägt (vgl. Falter 1981). Allerdings muss gefragt werden, ob die Feststellung Karl Dietrich Brachers aus dem Jahre 1971 heute noch so stimmt: »Auch scharfe Kritik an den Mängeln des Bonner Systems kann nicht leugnen, dass nirgends der Unterschied der zweiten deutschen Demokratie gegenüber der Weimarer Republik deutlicher hervortritt als in dem reifer und sicherer gewordenen Parteiwesen« (Bracher 1971, S. 294). Schließlich hat sich das Parteiensystem aufgefächert, und die Regierungsbildung ist nicht mehr so einfach. Da die Parteien sich vor der Wahl immer weniger auf eine bestimmte Koalition festlegen, weiß der Wähler nicht mehr, was mit seiner Stimme geschieht.

Heutige Gefahr durch »Populismus« und »Extremismus«

Auch wenn die Parallelen zur Weimarer Republik nicht haltbar sind, kann nicht so getan werden, als sei die deutsche Demokratie ein für allemal gefestigt. Als Gefahr für die Demokratie gilt vielfach der »Faschismus«. So hält z. B. Madeleine Albright, die frühere amerikanische Außenministerin, an dem Terminus fest (vgl. Albright 2018). Eine Bewegung sei wegen ihrer antidemokratischen Mittel faschistisch, nicht wegen ihrer Ziele. Unter den Begriff des Faschismus fällt bei ihr nicht nur das politische System Mussolinis und Hitlers, sondern auch das Stalins. Hätte sie vom Aufkommen autokratischer Herrschaft gesprochen, wäre dies überzeugender gewesen. Albright hält nichts davon, für die kritisierten Phänomene den Begriff des »Populismus« zu verwenden. Er sei unpräzise, inhaltsleer und missbraucht worden, aber gilt das nicht erst recht für »Faschismus«? Und die SPD hat am Berliner Willy-Brandt-Haus folgendes Plakat hängen: »Für uns gilt seit 156 Jahren: kein Fußbreit dem Faschismus«. Die faschistische Bewegung Mussolinis wurde jedoch erst 1919 gegründet. Und der Faschismus, keineswegs auf Judenvernichtung fixiert, wies nicht annähernd die totalitäre Dynamik wie der Nationalsozialismus auf. Wer also dem »Faschismus« den Kampf ansagt, macht sich auf der einen Seite eine Verharmlosung des Rechtsextremismus zu eigen, auf der anderen Seite sitzt er der kommunistischen Propaganda auf, die »Faschismus« als eine Form der bürgerlichen Herrschaft ansieht.

Es ist vielmehr sinnvoll, für antidemokratische Varianten, die sich gegen Pluralismus, gegen Gewaltenteilung und gegen die Menschenrechte wenden, den Begriff des »Extremismus« zu gebrauchen. Die vergleichende Extremismusforschung wendet sich gegen die Position, lediglich eine spezifische Richtung lehne den demokratischen Verfassungsstaat ab. Die »freiheitliche demokratische Grundordnung« soll vor jeder Form des Extremismus schützen. Das war und ist eine Lehre aus der Geschichte. Bloßer »Antifaschismus«, der mitunter selbst extremistische Züge trägt, erfasst nur eine Seite des politischen Spektrums.

Lässt man kleine antidemokratische Gruppierungen sowie alle Formen des Islamismus außer acht, so sind vor allem zwei Gruppierungen zu nennen, die jedenfalls teilweise mit den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates auf Kriegsfuß stehen. Das gilt für die Partei »Die Linke«, die aus der SED hervorgegangen ist, und für die 2013 ins Leben gerufene »Alternative für Deutschland«. Einzelne Strukturen dieser Parteien beobachten die Verfassungsschutzbehörden, bei der Partei »Die Linke« u. a. die »Kommunistische Plattform«, die »Sozialistische Linke« sowie die »Antikapitalistische Linke«, bei der AfD den »Flügel«.

Die Linke tut sich zum Beispiel schwer, die kommunistische Vergangenheit aufzuarbeiten, die AfD meldet massive Vorbehalte gegenüber Migranten/-innen an. Beide Parteien eint Sympathie für das Russland Putins. Sie weisen auch sonst Affinitäten auf:

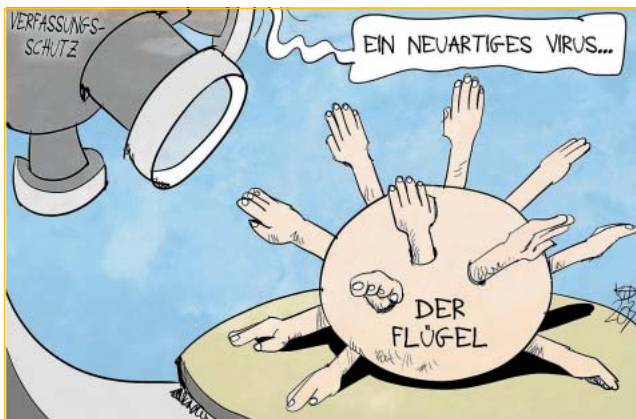


Abb. 5 »Neuartiges Virus: Der Flügel der AfD unter Beobachtung des Verfassungsschutzes«
© picture alliance / dieKLEINERT.de / Kostas Koufogiorgos



Abb. 6 »Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), gab auf einer Pressekonferenz zum Stand der Bekämpfung des Rechtsextremismus am 12.3.2020 bekannt, dass das BfV in Zukunft den sog. »Flügel« der AfD und seine Anführer unter Beobachtung stellen werde.«

© picture alliance / Kay Nietfeld / dpa

etwa mit der Kritik am Kapitalismus und mit der Art und Weise, in der sie soziale Wohltaten versprechen. Die Linke und vor allem die AfD gelten deswegen häufig auch als populistisch. Damit sind Kräfte gemeint, die das (oft als homogen betrachtete) Volk gegen die (politische) Elite ausspielen. Populismus kann extremistisch sein, muss es aber nicht. Die Kraft des Populismus, der sich im Westen und im Osten Europas mit seiner Kritik an der EU, an der Flüchtlingspolitik, am Islamismus, an der Globalisierung und am Neoliberalismus verbreitet hat, fußt nicht nur auf wirtschaftlichen, sondern auch (und vor allem) auf kulturellen Ursachen.

»Populismus« ist allerdings ein diffuser, weitaus weniger klarer Begriff als der des Extremismus. Daher eignet er sich auch dazu, missliebige politische Kräfte zu stigmatisieren. Davon sollte ebenso Abstand genommen werden wie von einem jakobinischen Vorgehen gegen extremistische Bestrebungen. Wer gegen sie rigoros vorgeht, kann unter Umständen die Demokratie beschädigen.

Heutige Gefahr durch etablierte Kräfte

Demokratien sind allerdings nicht nur durch Gegner der Demokratie gefährdet, sondern auch durch etablierte Kräfte. Das klingt zwar paradox, hat aber einen wahren Kern. Diese Schwächen der Demokratie lassen sich an vielen Beispielen zeigen, z. B. Korruption. An dieser Stelle sei nur auf die hiesige Debattenkultur eingegangen. Sie lässt aufgrund der Bequemlichkeit des »juste milieu« zu wünschen übrig. Brisante Themen, die in der Bevölkerung rumoren, kommen zwar öffentlich zur Sprache, aber nicht immer in angemessener Form; oft ist die Diskussion durch bräsigen Konsensdenken ebenso gekennzeichnet wie durch ein polarisierendes Schwarz-Weiß-Denken. Der Geist der Liberalität bleibt auf der Strecke. Um jeden Preis bemühter Konsens blockt anregende Diskussionen ab, Polarisierung lässt sie erst gar nicht aufkommen. Deutschland benötigt ernsthafte Diskussionen über Herausforderungen, die Bürger bewegen. Verschwörungstheorien ist so leichter der Boden zu entziehen. Eine einschüchternde Kultur des Ver-

dachts kehrt Probleme unter den Tisch, ohne dass sie deswegen verschwinden. Mehr Konflikte, sofern sie nicht Ressentiments schüren, nützen der Demokratie.

Man muss weder die harsche Konfliktposition der »Postmarxistin« Chantal Mouffe noch ihr Plädoyer für linken Populismus teilen (vgl. Mouffe 2018), aber mit ihrer Kritik am grassierenden Konsensdenken nicht nur in Deutschland trifft sie im Kern einen wunden Punkt. Wer eine nicht dem Mainstream entsprechende Position einnimmt, erfährt häufig ein abschätziges Urteil. Und wer den konfrontativen Charakter von Politik erhöhen möchte, schürt deswegen noch kein Freund-Feind-Denken.

Der Journalist Ralf Schuler attackiert nicht nur die Grünen, sondern auch die Union. »Gerade in der Union hat sich in den zurückliegenden Jahren eine Form von Duckmäusertum breitgemacht, ein Mangel an Bekenntern und Konsequenz im Verfolgen der eigenen Überzeugungen, der analog zur Migrationspolitik einer eingehenden Aufarbeitung bedürfte.

Wer für die freiheitliche Demokratie eintritt, kann und darf sich im Streitfall nicht erst dann aus der Deckung wagen, wenn die amtierende Kanzlerin ihren Parteivorsitz abgegeben hat« (Schüler 2019, S. 30f.).

Ähnlich pointiert heißt es jüngst bei dem bekannten Hallenser Psychotherapeuten Hans-Joachim Maaz: »Da es über die aktuellen Themen der Gesellschaftskrise, insbesondere die ungelöste Migrationsproblematik und die europäische Geldpolitik, keinen überzeugenden demokratischen Diskurs mehr gibt, wird eine Partei gewählt, die von vielen Wählern gar nicht an die Macht gewünscht wird, die aber wenigstens den Unmut in die Länderparlamente und in den Bundestag bringt« (Maaz 2020, S. 9.).

Für die Politikwissenschaftlerin Andrea Römmele ist der Streit Kern des demokratischen Verfassungsstaates: Debatten bilden Meinungen, Debatten inspirieren, Debatten verbinden. So sollte es sein, aber in der Praxis sieht das oft anders aus. Die Autorin selber meint, aufgrund der »antipluralistischen Haltung der Populisten« sei die »inhaltliche Auseinandersetzung« mit ihnen »aussichtslos« (Römmele 2019, S. 26). Dabei heißt es bei ihr überzeugend. »Wir müssen Streit nicht nur aushalten, sondern sogar fördern, um neue Ideen zu entwickeln und unsere Demokratie mit Leben zu erfüllen« (Römmele 2019, S. 37). Sie moniert die »Erregungsindustrie« (Römmele 2019, S. 77) und betont zu Recht, es führe nicht weiter, bestimmte Themen zu tabuisieren, weil dieses Verhalten Populisten zuträglich sei. Die rein strategische Begründung hingegen überzeugt nicht: »So treiben wir den Antidemokratien die Leute ungewollt in die Arme« (Römmele 2019, S. 130). Im Umkehrschluss bedeutet dies: Wäre dies anders, ließen sich spezifische Themen aus dem Diskurs heraushalten. Das kann aber doch nicht gewünscht sein.

Was hingegen gewünscht ist, ist einer Polarisierungsfalle ebenso zu entgehen wie einer Konsensfalle. Die Positionen zwischen Eliten und der Masse der Bevölkerung, meint die Publizistin Ulrike Ackermann, klafften immer weiter auseinander, wachse doch die Zahl der sich über politische Tabus bei heiklen Themen Echauffierenden. Viele wagten angesichts eines Moralisierungsdrucks nicht mehr offen ihre Meinung zu sagen. Die Autorin, die antiwestliche Ressentiments beim Namen nennt, auch antikapitalistische, folgt keiner alarmistischen Sichtweise. Besonders aufs Korn nimmt sie die »Identitätspolitik« von rechts und links, die spezifische Zugehörigkeiten ins Zentrum rücke. Kollektivismus überlagere damit den Individualismus. Propagiertere Diversität laufe nicht immer auf praktizierte Diversität hinaus. Wer Kritiker des politischen Islam als »islamophob« bezeichne, wolle diese mundtot machen. Ihre aufschlussreiche, vielleicht etwas überzogene Parallele: Wie einst



Abb. 7 »31. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15.5.2018, Thema: Allgemeine Finanzdebatte. Redner: Peter Boehringer, AfD, MdB« © Deutscher Bundestag, Thomas Köhler/photothek.net

Dissidenten im Ostblock als Störenfriede der Entspannungspolitik galten, so firmierten heute islamische Dissidenten wie Necla Kelek als Störenfriede des Dialogs zwischen den Islamverbänden und den staatlichen Institutionen (vgl. Ackermann 2020).

In diesem Zusammenhang ist folgendes Phänomen erwähnenswert. Den Sichtweisen der »Somewheres« (der »Dagebliebenen«), um mit dem britischen Publizisten David Goodhart zu reden, stehen die der »Anywheres« (der »Nirgendwos«) gegenüber. Die eine Seite propagierte Globalisierung, die andere hätte Angst davor. Aufgrund grassierende Echokammern komme der Austausch zwischen den Positionen zu kurz. Man kann hier auch vom Gegensatz zwischen »Kosmopolitismus« und »Kommunitarismus« reden (vgl. Merkel 2017).

Heute geht in Deutschland die größere Gefahr für den Bestand des demokratischen Verfassungsstaates vielleicht weniger von extremistischen Strömungen aus, sondern mehr von der politischen Mehrheitskultur, die bei einigen Themen ihr Koordinatensystem zu verlieren droht. So stellt die Fundamentalkritik am normativ fundierten vergleichenden Extremismusbegriff ein Menetekel dar. Eine Revitalisierung und Neufundierung des antiextremistischen Gründerkonsenses der zweiten deutschen Demokratie tut not. Das gilt für Teile der Politik, der Publizistik und der Wissenschaft gleichermaßen.

Resümee

Wer mit Blick auf die Frage ein Fazit zieht, ob die hiesige Demokratie gefährdet ist, kommt zu einem insgesamt positiven Ergebnis. Die deutsche Demokratie ist ungeachtet anfangs widriger Umstände nach der Einheit, ungeachtet anhaltender Spannungen zwischen Ost und West durch die Vereinigung nicht destabilisiert worden. Seitherige Vorgänge, die Krisensymptome erkennen lassen, fußen vor allem auf gesamtgesellschaftlichen Ursachen wie Individualisierung (man denke an das erodierende Parteiegefüge, an den starken Rückgang der Zahl der Parteimitglieder), weniger auf spezifischen Vereinigungsfehlern. Mancher Pole, Tscheche, Slowake oder Ungar wäre gerne mit den viele Härten abfordernden sozialstaatlichen Leistungen Deutschlands gesegnet.

»Krise« ist ein großes Wort, mit dem oft – aus unterschiedlicher Sicht – Missbrauch getrieben wird (vgl. Merkel 2015). Von Krise sprechen schwarzmalende Kritiker, ohne dass eine solche vorliegt. Und umgekehrt leugnet Gesundbeterei offenkundige Schwächen. Nicht jeder Wandel muss ein Krisensymptom sein. Allerdings begünstigt die grassierende Mittigkeit Repräsentati-

onslücken im Parteiensystem (vgl. Patzelt 2015). Die etablierte Demokratie kann einerseits durch ein überzogenes Konfliktdenken gefährdet sein, andererseits durch ein überzogenes Konsensdenken, das gesellschaftliches Brodeln nicht ernst nimmt. Wer für mehr Pluralismus im Diskurs plädiert, statt auf Ächtung zu setzen, übernimmt deswegen keineswegs populistische Positionen. Sie schleifen sich in Diskussionen, sofern diese nicht auf Entlarvung zielen, ohnehin ab. Angesichts der tiefen, im kollektiven (Unter-)bewusstsein verankerten Brüche wundert das deutsche Sicherheitsbedürfnis nicht (vgl. Conze 2009). »German Angst« ist im Ausland zum Begriff geworden (vgl. Biess 2019). Als nach den jüngsten Vorgängen in Thüringen der frühere Innenminister Gerhart Baum von der FDP den Satz »Ein Hauch von Weimar liegt über dem Land« verlauten ließ, stimmten ihm viele zu. Doch Urteilskraft verbietet jede Parallelisierung zur Weimarer Republik. Deren Nieder- und Untergang dient bisweilen als Hintergrundfolie. Gleich in dreifacher Hinsicht fallen die Unterschiede krass aus:

- Die erste deutsche Demokratie war durch politisch und wirtschaftlich turbulente Krisenzeiten gekennzeichnet: Systematisch eingesetzte politische Gewalt und Massenarbeitslosigkeit, die seinerzeit das Klima aufheizten, fehlen heute, ungeachtet der schlimmen Vorgänge in Halle und Hanau;
- zweitens standen die etablierten Kräfte, anders als gegenwärtig, allenfalls halbherzig zum ungeliebten »System«;
- drittens verfügen Parteien wie Die Linke und die AfD nicht annähernd über das antidemokratische Potenzial von KPD und NSDAP. Deren parlamentarische Existenz kann einerseits die Demokratie beleben und das Spektrum der Positionen verbreitern, andererseits Zeichen einer gewissen Akzeptanzkrise sein.

Wer die Universalität der Menschenrechte gestärkt, die Identitätspolitik sowie den Kulturrelativismus geschwächt sehen möchte, trägt zur Stärkung der Demokratie bei. Und wer nicht die gleichen Maßstäbe bei der Bewertung des rechten, des linken und des fundamentalistischen Extremismus zugrunde legt, schwächt sie. Die Ausrichtung am Konzept des Antiextremismus ist für den demokratischen Verfassungsstaat unabdingbar. Ein besonderes Defizit ist daher das zum Teil fehlende Äquidistanzgebot. Gesellschaftliche Kräfte spielen öfter die Existenz linksextremistischer Bestrebungen herunter. Doppelstandards, vertreten etwa von Antifaschisten, sind unglaublich. Bonn war nicht Weimar, Berlin ist es ebenso nicht. Schon deshalb, weil heute die schiere Anzahl an damals begangenen Fehlern vor Augen steht: Extremisten zu unterschätzen; mit ihnen zu paktieren; den demokratischen Konsens aufzukündigen; außenpolitisch einen Zick-Zack-Kurs zu fahren. Wer die Parallelen gegenüber Weimar daher als wenig plausibel ansieht, darf deswegen aber andere Gefährdungen nicht ignorieren.

Literaturhinweise

- Ackermann, Ulrike (2020): Das Schweigen der Mitte. Wege aus der Polarisierungsfalle, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Albright, Madeleine (2018): Faschismus. Eine Warnung, München: Dumont.
- Biess, Frank (2019): Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Bracher, Karl Dietrich (1980): Demokratie und Machtvakuum, in: Erdmann, u. a. (Hrsg.): Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Düsseldorf, 109–134.



Abb. 8 »Stürmische Zeiten«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Paolo Calleri

Conze, Eckart (2009): Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München: Siedler.

Falter, Jürgen W. (1981): Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949, in: Politische Vierteljahresschrift 22:3, S. 236–263.

Falter, Jürgen W. (1991): Hitlers Wähler, München: Beck.

Goodhart, David (2017): The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics, London: C. Hurst & Co.

Hennis, Wilhelm (1974): Die Rolle des Parlaments und die Parteiendemokratie, in: Richard Löwenthal / Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik, Stuttgart: Seewald, 203–243.

Jesse, Eckhard (2010): Systemwechsel in Deutschland. 1918/19–1933–1945/49–1989/90, Köln u. a.: Böhlau.

Jesse, Eckhard (2015): Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremisten, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Baden-Baden: Nomos, 7–33.

Kolb, Eberhard (1993): Die Weimarer Republik, München: Oldenbourg.

Maaz, Hans-Joachim (2020): Das gesplittene Land, München: C.H. Beck.

Merkel, Wolfgang (Hrsg.) (2015): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie, Wiesbaden: Springer VS.

Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus, in: Philipp Harfst, u. a. (Hrsg.): Parties, Governments and Elites, Wiesbaden: 9–23.

Möller, Horst (2018): Zwischen Feinden und Freunden. Probleme des Parteiensystems, in: Wirsching, Andreas u. a. (Hrsg.): Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie, Ditzingen: Reclam, 37–49.

Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp.

Patzelt, Werner J. (2015): »Repräsentationslücken« im politischen System Deutschlands? Der Fall PEGIDA, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 13:1, 99–126.

Römmle, Andrea (2019): Zur Sache! Für eine neue Streitkultur in Politik und Gesellschaft. Berlin: Aufbau Verlag.

Schuler, Ralf (2019): Lasst uns Populisten sein. Zehn Thesen für eine neue Streitkultur. Freiburg / Brsg. u. a.: Herder.

Wirsching, Andreas / Berthold Kohler / Ulrich Wilhelm (Hrsg.) (2018): Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie, Ditzingen: Reclam.

MATERIALIEN

M 1 Dominik Peters:
»Was Weimar für den Umgang mit der AfD lehrt. – Gespräch mit dem Historiker Heinrich August Winkler«, Spiegel online, 6.2.2019

Spiegel online: Ist es gerechtfertigt, heute vor »Weimarer Verhältnissen« zu warnen?

Winkler: Nein, denn es gibt fundamentale Unterschiede. In Weimar gab es zuletzt eine breite Mehrheit gegen die Demokratie und die bestehende Verfassung. Im Reichstag verfügten Nationalsozialisten und Kommunisten ab 1932 über mehr als die Hälfte der Stimmen. Es gab bewaffnete Parteiarmeen, blutige Straßenschlachten, Massenarbeitslosigkeit und Massenelend. Von alledem kann heute keine Rede sein. In Deutschland gibt es heute einen verbreiteten Verfassungspatriotismus.

Spiegel online: Also alles gut?

Winkler: So einfach ist es wiederum auch nicht. Eine Demokratie wird nicht erst herausgefordert von einer Partei, wie es die NSDAP war. Es reicht, wenn eine Partei versucht, das Erbe der Deutschnationalen der Weimarer Republik anzutreten. Das kann man der AfD sehr wohl vorhalten. Das macht sie auch mit Recht zu einem Prüffall für den Verfassungsschutz.

Spiegel online: Die AfD ist kein deutscher Sonderfall, überall in Europa sind ja die Rechtspopulisten auf dem Vormarsch. Teilen Sie diese Annahme neuer Normalität?

Winkler: Es stimmt, der deutsche Nationalpopulismus in Form der AfD fällt nicht aus dem europäischen Rahmen. Aber wir Deutschen müssen, sensibilisiert durch unsere Geschichte, stets besonders die Gefahr des illiberal und antiwestlich auftretenden Nationalismus im Blick haben. Wir müssen vor allem in der politischen Bildungsarbeit das Erbe der politischen Aufklärung, die Grundideen der beiden atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts – 1776 in den USA, 1789 in Frankreich – ins Bewusstsein rücken. Und immer wieder deutlich machen, was eine gewaltenteilige, pluralistische Demokratie ausmacht und was unveräußerliche Menschenrechte bedeuten. Diese Aufgabe ist nie abschließend erfüllt.

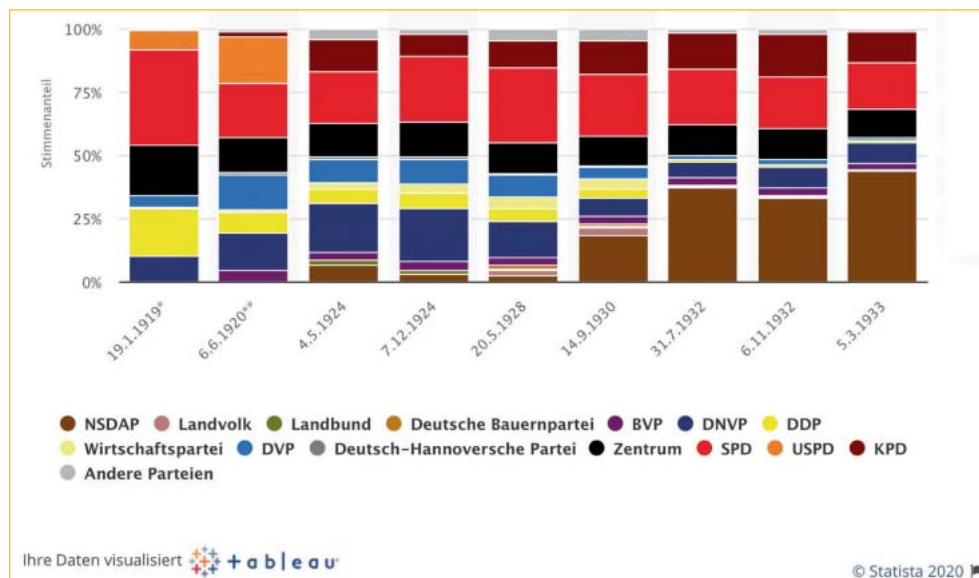
Spiegel online: Und wie sollte die Politik mit der AfD in den Parlamenten umgehen?

Winkler: Die Partei muss mit den skandalösen Aussagen ihrer Funktionäre konfrontiert, sie muss punktgenau gestellt und systematisch widerlegt werden.

Spiegel online: Was meinen Sie mit »punktgenau stellen«?

Winkler: Man muss die AfD mit ihren ganz konkreten, höchst widersprüchlichen und verblasenen Forderungen konfrontieren. Auch in Bereichen wie Ökologie und soziale Sicherheit. Die »etablierten« Parteien sollten sich zudem fragen, ob sie nicht durch das Beschweigen oder Schönreden von Problemen, etwa auf dem Gebiet der Migration und Integration, Wasser auf die Mühlen der AfD geleitet haben.

Spiegel online: Die Weimarer Republik war durch ein Vielparteiensystem gekennzeichnet, Deutschland bewegt sich trotz Fünfprozenthürde ebenfalls in diese Richtung. Ein Grund zur Sorge?



M 2 »Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1919–1933, wobei die Wahlen im März 1933 unter dem vom Reichspräsidenten Hindenburg eingesetzten Präsidialkanzler Adolf Hitler keine freien Wahlen mehr waren.« © Statista 2020, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/275954/umfrage/ergebnisse-der-reichstagswahlen-in-der-weimarer-republik-1919-1933/>

Winkler: Nicht zwangsläufig. Die Weimarer Republik ist nicht an der Zersplitterung des Parteiwesens gescheitert. Wir sollten aus Weimar auch nicht die falsche Lehre ziehen und vermehrt auf Große Koalitionen setzen. Denn diese verlieren mit der Zeit ihre Mehrheit – ein Beispiel dafür ist die Entwicklung in Österreich. Wenn Große Koalitionen ein Dauerzustand werden, sind sie ein Unterpfand für weiteres Wachstum an der politischen Peripherie, vor allem am rechten Rand.

Spiegel online: Was schlagen Sie vor?

Winkler: Solange die Verfassungsfreunde über eine breite parlamentarische Mehrheit verfügen, sollte das Regieren mit wechselnden Mehrheiten nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Spiegel online: In den vergangenen Jahren wurde immer wieder der Ruf nach mehr direkter Wählerbeteiligung laut, die es in der Weimarer Republik gab. Ist das ein probates Mittel gegen Politikverdrossenheit? Oder hatte der erste Bundespräsident Theodor Heuss recht, der Volksentscheide als »eine Prämie für jeden Demagogen« bezeichnete?

Winkler: Heuss hatte recht. Gleichwohl: Man darf den Faktor Plebiszite beim Scheitern der Weimarer Republik nicht überstrapazieren. Es gab auf Reichsebene nur zwei Volksentscheide – beide sind gescheitert. Bei Plebisziten bilden sich häufig Negativallianzen von ganz rechts bis ganz links. Auch dafür gibt es ein Beispiel aus der Weimarer Republik. In Preußen, dem größten deutschen Staat, taten sich 1931 Nationalsozialisten und Kommunisten, wenn auch erfolglos, zusammen, um die demokratische Regierung durch einen Volksentscheid zu stürzen. Und was die Gegenwart betrifft: Ich denke, es wäre eine Illusion, Plebisziten in jedem Fall eine friedensstiftende Wirkung zuzuschreiben. Denken Sie nur an das Brexit-Referendum in Großbritannien. Dieser Volksentscheid wirkt extrem polarisierend. Die Folgen sind noch kaum absehbar.

© www.spiegel.de/politik/deutschland/heinrich-august-winkler-ueber-die-weimarer-verfassung-a-1251483.html

M 3 Marc Reichwein im Gespräch mit dem Historiker Andreas Wirsching: »Auswirkungen einer kulturellen Identitätskrise«, Die Welt, 6.2.2020,

Seitdem Thomas Kemmerich (FDP) mit AfD- und CDU-Unterstützung zum Ministerpräsidenten in Thüringen gewählt wurde, tobt ein rhetorischer Wettstreit um die härteste historische Analogie. Wo aber stehen wir wirklich? »Sündenfall«, »politisches Erdbeben«, »Dammbruch«. Die erste Wahl eines deutschen Ministerpräsidenten mithilfe von AfD-Stimmen wurde als historische Zäsur kommentiert. Andreas Wirsching, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, sorgte zuletzt mit seinem Buch »Weimarer Verhältnisse« für Diskussionsstoff. (...)

Die Welt: Ist der Vorgang wirklich »historisch« – oder schlicht »Demokratie«, wie die Neue Zürcher Zeitung schrieb?

Wirsching: Der Vorgang in Thüringen ist signifikant und in der Geschichte der Bundesrepublik bisher einmalig. Er deckt das Gefährdungspotential auf, das darin liegen kann, dass durch rechtsextremistische Kräfte der Parlamentarismus als Herz der repräsentativen Demokratie gelähmt werden kann. In dem Maße, in dem es der äußeren Rechten gelingt, die demokratisch-parlamentarische Willensbildung zu beeinflussen oder zu beeinträchtigen, droht die Entstehung eines Vakuums. Und dann wächst auch ihre Chance, ihre eigene Agenda zu platzieren und gerade konservative Parteien vor sich her zu treiben.

Die Welt: Thüringen war 1930 schon einmal Vorreiter deutscher Verhältnisse. Kann man das vergleichen?

Wirsching: Es ist eine Ironie der Geschichte, dass der heutige Tabubruch in Thüringen liegt, wo in der Weimarer Republik die NSDAP erstmals in eine Koalitionsregierung eintrat. Einfach vergleichen lässt sich das nicht, aber die Geschichte von 1930 macht deutlich, dass den Feinden der Demokratie kein Zipfel exekutiver Macht überlassen werden sollte. Wilhelm Frick, der spätere Reichsinnenminister, nutzte seine Position als thüringischer Innenminister sofort, um autoritäre Kulturpolitik zu machen, etwa durch das Verbot des als »undeutsch« diffamierten Jazz.



M 4 »Björn Höcke, AfD Thüringen (rechts), gratuliert am 5.2.2020 dem neuen Ministerpräsidenten Thomas L. Kemmerich (FDP). Zuvor war Kemmerich im dritten Wahlgang mit den Stimmen von FDP, CDU und AfD sensationell zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Wenige Tage später trat er wieder zurück. Wochen danach wurde Bodo Ramelow, Die Linke, erneut zum Ministerpräsidenten gewählt.«

© picture alliance/Bodo Schackow/dpa-Zentralbild/dpa



M 5 »Bundesdeutsche Parteienlandschaft«

© Gerhard Mester, 2019

Die Welt: »Ein Hauch von Weimar« (Gerhart Baum): Halten Sie solche historischen Analogien angebracht?

Wirsching: Manches, was uns heute begegnet, wie das geschlossene nationalistische Weltbild, die Reduzierung der komplexen Politik auf Freund-Feind-Beziehungen, der Verbalradikalismus, die Vergiftung der politischen Atmosphäre durch Nötigung und Bedrohung und leider auch eine zunehmende Tendenz zur politischen Gewalt von rechts sind alte Bekannte, die man an der Geschichte Weimars studieren kann. Andererseits, und das ist ein entscheidender Unterschied, sind heute die politischen Eliten in Regierung und Verwaltung, in der Justiz und in den Medien, aber auch in Kultur und Wissenschaft in ihrer überwältigenden Mehrheit demokratisch gesinnt und stehen hinter der Verfassung. Das ist ein essentieller Unterschied zu »Weimarer Verhältnissen«.

Die Welt: Ist die Erosion der bürgerlichen Mitte-Parteien fortgeschritten wie 1930?

Wirsching: Die politische Kultur der Weimarer Republik war – dies ein Erbe aus dem Kaiserreich – von Beginn an wesentlich stärker fragmentiert und zerrissen, als dies im heutigen Deutschland der Fall ist. Im Grunde befand sich die Weimarer Demokratie in einem Zustand des kulturellen Bürgerkriegs mit ähnlich starken Lagern. Das betrifft auch und gerade die bürgerliche Mitte. Heute ist zwar ein neuer »Extremismus der Mitte«, wie ihn die AfD verkörpert, klar erkennbar. Die von ihm ausgehende Gefahr ist nicht zu unterschätzen, gerade weil es sich nicht um ein Phänomen der Abgehängten handelt, sondern sehr viel mehr um die Auswirkungen einer kulturellen Identitätskrise. Andererseits sind aber die demokratische Homogenität und Kohäsionskraft der übrigen politischen Kräfte sehr viel größer als in Weimar.

Die Welt: Kann man den Rechtspopulismus entzaubern, indem man ihn einbindet (siehe Italien)?

Wirsching: Ich würde davor warnen. Italien ist zwar ein gegenwärtig ermutigendes Zeichen, aber es gibt zu viele andere Beispiele, die zeigen, wie jeder Zipfel exekutiver Macht von Radikalen genutzt wird, um an den verfassungsmäßigen Institutionen und Organen zu drehen (etwa der Justiz), um ihre Ziele zu erreichen. Die Weimarer Republik hat jedenfalls gezeigt, wie brutal der Versuch des Konservatismus, sich rechts anzubiedern, scheitern kann: Man versuchte Hitler vor den Karren der eigenen Zwecke zu spannen. Am Ende wurde der Konservatismus von Hitler instrumentalisiert, desavouiert und zu Boden getreten.

© www.welt.de/205664529

M 6 Dieter Schnaas (2018): »Fünf Gründe für die Krise der Demokratie«, Wirtschaftswoche, 10.11.2018

Vor 100 Jahren rief Philipp Scheidemann die erste deutsche Republik aus. Ihr Ende ist bekannt. Heute fordern Rechtspopulisten die Demokratie heraus – auch weil die globale Wirtschaftselite versagt. Der Nationalismus ist zurück, der Rechtspopulismus, ein instabiles Vielparteiensystem. Heißt es. Aber was 100 Jahre nach der Gründung der Weimarer Republik tatsächlich zurück ist, ist der windschiefe historische Vergleich, eine geschichtsblinde Angstgruselstimmung, mit der oberflächenphänomenal nach »Weimarer Verhältnissen« in der Berliner Republik gefahndet wird, um sich das Nachdenken über die Gegenwart zu ersparen.

Die Weimarer Republik war von Anfang an (...) vierfach belastet: vom Misstrauen der europäischen Nachbarn und von wirtschaftlicher Unfreiheit (»Versailler Vertrag«), von einer zersetzenden Basislüge (»Dolchstoßlegende«) – und von der Feindseligkeit, mit der Monarchisten, Militärs, Beamte, Kommunisten sie bekämpften. Viele Stützen der Gesellschaft trugen damals die Buchstaben der Republik, nicht ihren Geist. Die drei Verfassungsparteien – SPD, Zentrum und DDP-Demokraten – büßten bereits im Juni 1920 mehr als ein Viertel ihrer Stimmanteile ein und waren seither auf die Feinde der Republik angewiesen, um Mehrheitsregierungen zu bilden.

Die Berliner Republik dagegen blickt in Westdeutschland auf bald 75 Jahre Demokratie zurück. Sie wurzelt tief in der Europäischen Union und prosperiert auf dem Fundament der sozialen Marktwirtschaft. Ihr Selbstverständnis basiert auf der mahnenden Erinnerung an Naziterror und Holocaust. Sie wird erfreulich stolzarm von zivilen Militärs und vorschriftstreu repräsentiert. Und zur politischen Willensbildung tragen vor allem sieben Parteien bei (einschließlich der CSU), von denen sechs staatstragend sind. Es ist daher völlig unangemessen, »Weimarer Verhältnisse« herbeizuraunen (...). Man banalisiert die Tiefe der ideologischen, konfessionellen, politischen und sozialen Gräben 1918ff., die Gewaltbereitschaft der Straße und die Re-Revolutionärsbereitschaft der konservativ-bürgerlichen Elite, die existenzielle Wucht der Modernisierungsschübe und soziokulturellen Brüche, wenn man Weimar mit den materiellen Sorgen, wutbürgerlichen Verlustängsten und leitkulturellen Orientierungsschwierigkeiten vieler Menschen in liberalen Wohlfahrtsstaaten vergleicht.

Was tatsächlich an Weimar erinnert und uns besorgen muss, ist der breite Erfolg der AfD – ihre schamlose Ausbeutung von Statusunsicherheit und Elitenkritik, ihre schicksalsschwangere Rhetorik, ihr binäres Freund-Feind-Denken, ihr Hang zu Postfaktizität und Legendenbildung, ihre Denunziation der »Altparteien« und der »Systempresse«, ihr humanitätszersetzender Fremden- und Linkenhass. Doch selbst in diesem Punkt fördert eine Analogie mehr Unterschiede als Ähnlichkeiten zutage. Der moderne Rechtspopulismus blüht ja nicht mehr je national, sondern weltweit, nicht mehr primär auf dem Boden rein staatspolitisch adressierbarer Problemlagen, sondern auf dem Boden globalpolitisch schwer regierbarer Interessen und Kulturkonflikte: Migration, globale Arbeitsteilung, Terrorismus und Kapitalkonzentration, auch die Ortsgebundenheit der Arbeiter und Angestellten, die in krassem Gegensatz zur (steuer-)flüchtigen Exterritorialität der Konzerne und Superreichen steht.

Die empirische Basis des demokratischen Wohlstandsversprechens verblasst daher gegenüber der behaupteten Wohlstandsverteidigung der Rechtspopulisten. Zumal es weder Donald Trump noch Alexander Gauland um einen Staatsstreich geht, son-



M 7 »Veränderte Debattenkultur, seitdem die AfD im Bundestag sitzt: Empörte Reaktionen der AfD-Fraktion angesichts der Debatte um den Haushalt der Bundesregierung des Jahres 2019«

© picture alliance/Michael Kappeler/dpa, 2018

dern darum, auf der offenen Bühne der Demokratie am inkrementellen Abbau ihrer Voraussetzungen zu arbeiten.

Vor allem fünf Entwicklungen im Weltinnenraum der Marktdemokratien verschärfen ihre gegenwärtige Existenzkrise:

Erstens: Ökonomische Freiheit und politische Freiheit sind keine Zwillinge mehr. Wenn Investitionen bevorzugt dorthin gehen, wo die Steuersätze oder die Löhne oder die Sozialstandards oder die Umweltauflagen niedrig sind, dann akzeptiert der Markt die Bedingungen, die er vorfindet. (...)

Wenn zweitens Kapitaleinkommen höher rentieren als Lohn Einkommen, Mittelschichten erodieren und die Ungleichheit wächst, stellt sich Bürgern die Frage: Was ist noch dran an der schmeichelnden Selbsterzählung des Westens? (...)

Drittens: Apologeten des Fortschritts haben das Internet als Gewinn an Rückkopplung und informationeller Selbstbestimmung gefeiert, als technologische Durchsetzung eines herrschaftsfreien Diskurses. Es gibt keine Türwächter von Nachrichten mehr, keine Kuratoren, die darüber befinden, was relevant ist und was nicht. Zu den Kehrseiten der Entwicklung gehört die Zerstörung eines geteilten öffentlichen Raumes, in dem Argumente geprüft und gewogen werden, Meinungen sich bewähren und gegen Widerspruch durchsetzen müssen. Der völkisch gesinnte Dorffaschist, der beim Sonntagsfrühstücken vor 30 Jahren noch ganz allein an der Theke saß, um sein Ressentiment ins sechste Pils zu rülpfen, darf sich heute der Anerkennung aller Dorffaschisten erfreuen, die sich mit ihm auf Facebook zum Club der Dorffaschisten verbünden. (...)

Es fällt außerdem nicht schwer, so unterschiedliche Phänomene wie Standortverlagerung, Steuervermeidung und internationalen Kongress-Tourismus als Realitäts-Flucht-Bewegungen lose vernetzter Luftwurzelswesen zu begreifen, die von Hotspot zu Hotspot jetten, um der analogen Restwelt mit ihren realen Menschen und Problemen glücklich entkommen zu sein. (...)

(Es) ... besteht, fünftens, die Chance, dass Eliten und Bürger nicht länger behaupten, sie seien der Übermacht anonymer Kräfte (»der Kapitalismus«), Systemzwängen (»die Märkte«), Alternativlosigkeiten (»die Bankenrettung«), Technologien (»der Algorithmus«) oder herrschenden Verhältnissen (»Die da oben«) ausgeliefert (...) Menschen in einer Demokratie handeln verantwortlich. Sie besitzen, mit Hannah Arendt gesprochen, die Freiheit, frei zu sein. Sie haben, solange die Demokratie Bestand hat, immer eine Wahl.

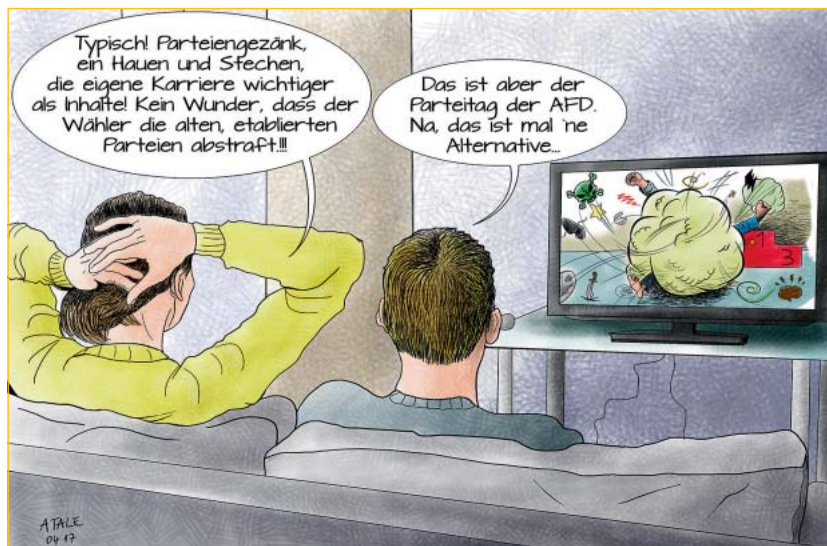
© www.wiwo.de/politik/deutschland/tauchsieder-fuenf-gruende-fuer-die-krise-der-demokratie/23591932-all.html

Es kam, wie es viele vorausgesagt hatten: Seit die Alternative für Deutschland mit mehr als 90 Abgeordneten im Deutschen Bundestag sitzt, hat sich die Debattenkultur dort erheblich verändert. Damit ist nicht nur die inhaltliche Auseinandersetzung gemeint. Es geht ganz banal um den Umgang miteinander, um die Worte, die sich Abgeordnete gegenseitig an den Kopf werfen. Vorbei sind die Zeiten, in denen die sozialdemokratische Oppositionspolitikerin Andrea Nahles – es war im Jahre 2013 – die Bundesregierung zwar in ihrem freundlichen Eifel-Idiom als »Gurkentruppe« bezeichnete, aber dann hinter dem Rednerpult das Pippi-Langstrumpf-Lied anstimmte von einer Welt, die die Bundesregierung sich mache, »wie sie mir gefällt«. Das war ein mittelharder Wurf mit dem Wattebausch.

In der jetzigen Legislaturperiode wird anderes Geschütz aufgeföhren. Dabei richten sich die Kanonenrohre der Parteien, die schon in der Vergangenheit im Bundestag vertreten waren, vor allem gegen die neue Konkurrenz am rechten Rand. Vieles, was von dort gerufen wird, dringt gar nicht bis zum Sitzungspräsidenten vor, bis zu den Bänken für Gäste und Journalisten, die über dem Plenum angeordnet sind, schon gar nicht. Abgeordnete – etwa von FDP und Grünen – berichten über die kleine Beschimpfung zwischendurch: Lügner, Heuchler oder Ähnliches komme immer wieder von rechts angefliegen. Mancher schildert gar ein geradezu körperliches Unwohlsein angesichts der Worte aus den AfD-Reihen.

Doch so einfach ist das mit den Schuldzuweisungen nicht. Denn der Rest des Parlaments ist inzwischen wach geworden und hat die Handschuhe ausgezogen. Vor allem Grünen-Politiker, die bisher nicht als Rüpel-Redner galten, ziehen vom Leder. Bekanntestes Beispiel ist der einstige Parteivorsitzende Cem Özdemir, der bei einem Gelingen der Jamaika-Verhandlungen mit Union und FDP gute Aussichten gehabt hätte, inzwischen auf der Regierungsbank oder im Regierungsflugzeug zu sitzen. Vor gut einer Woche hatte er am Rednerpult in einer Debatte über die Arbeit des gerade aus der Haft in der Türkei entlassenen Journalisten Deniz Yücel kaum die Begrüßungsworte »Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen« gesprochen, als ihm der AfD-Abgeordnete Stephan Brandner ein »Herr Außenminister!« entgegenschleuderte. Das dürfte in hämischer Absicht gemeint gewesen sein, weil Özdemir den ersehnten Posten nicht bekam. Der Grüne, der die von der AfD beantragte Debatte gar nicht wollte, zeigte sich von Anfang an in Geberlaune und keilte zurück. Der Bundestag benote nicht die Arbeit von Journalisten, sei keine Zensurbehörde. Dann zur AfD gewandt: »So etwas gibt es nur in den Ländern, die Sie bewundern. Deutschland gehört nicht dazu.« Özdemir warf der AfD vor, deren Mitglieder träumten nachts »von Gleichschaltung«, unterstellte, sie wollten ihm, dem Grünen, am liebsten das Mikrofon abstellen, was zum Glück in Deutschland nicht möglich sei und auch nicht gelingen werde. Dann gipfelte das Ganze in dem Satz: »Denn mittlerweile sitzen Abgeordnete in diesem Haus, die ich nicht anders als Rassisten bezeichnen kann.« Geleitet wurde die Sitzung von Vizepräsidentin Petra Pau von der Linkspartei. Die schwieg zu Özdemirs Wortwahl. Das wiederum brachte die AfD-Leute auf die Palme, die sich ungerecht behandelt fühlten.

Es sind vor allem die Begriffe »Nazis« und »Rassisten«, gegen die sich die AfD wehrt. Bernd Baumann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion, sagte dieser Zeitung: »Wenn man als Rassist beschimpft wird, dann ist eine Grenze überschritten.« Es könne nicht sein, dass die politische Auseinandersetzung, wie sie auf der Straße geführt werde, »in dieser vulgären, verletzenden Form



M 9 »AfD-Parteitag«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Agostino Natale

zum Standard im Bundestag wird«. Baumann will, dass solche Äußerungen demnächst mit Ordnungsrufen belegt werden. Und hat es deshalb (...) im Ältestenrat angesprochen. Dort musste das Thema allerdings aus Zeitgründen (...) vertagt werden.

Wie sehr die AfD und die anderen Fraktionen sich mit provokanten Aussagen und Zwischenrufen gegenseitig hochschaukeln, konnte man vor einer Woche in der Aktuellen Stunde des Bundestags zum Thema »Demokratie und Erinnerungskultur angesichts rechts-extremistischer Angriffe« sehen, die von den Grünen beantragt worden war. Der grüne Abgeordnete Konstantin von Notz warf der AfD vor, »fast täglich Nazivokabular« zu benutzen und »im Wahlkampf NPD-Parolen« zu plakatierten. Dies geschehe bewusst, »da ist niemand von der Maus abgerutscht«, rief er der Abgeordneten Beatrix von Storch zu, die einmal eine Äußerung auf Facebook, Schusswaffeneinsatz an der Grenze sei gegebenenfalls auch gegen Frauen und Kinder zulässig, mit diesem angeblichen Malheur zu rechtfertigen suchte. Storch rief nun Notz zu: »Sie haben eine Macke!« Der Sitzungsleiter, Vizepräsident Wolfgang Kubicki von der FDP, ahndete das nicht mit einem Ordnungsruf, rügte nach dem Ende der Rede den Zuruf aber als »unparlamentarisch«. Für einen der insgesamt 16 Zwischenrufe aus der AfD-Fraktion, die das Sitzungsprotokoll während der knapp fünfminütigen Rede des grünen Abgeordneten vermerkt, erteilte Kubicki allerdings dann doch einen Ordnungsruf. Es war der erste in dieser Legislaturperiode und galt dem AfD-Abgeordneten Thomas Seitz. Als Notz darauf hinwies, dass AfD-Abgeordnete kürzlich einer Auschwitz-Überlebenden den Beifall im Bundestag verweigert hätten und stattdessen »vom Schuld kult, von einer Erinnerungsdiktatur, von einem Denkmal der Schande« faseln würden, hatte Seitz »Richtig!« gerufen. Das fand Kubicki mit Blick auf das Mahnmal für die ermordeten Juden eines Ordnungsrufs für würdig, wohl auch mit Blick darauf, dass der thüringische AfD-Landeschef Björn Höcke vor gut einem Jahr mit einer entsprechenden Äußerung Aufsehen erregt hatte. (...) Doch der Ordnungsruf ist ein zweischneidiges Schwert. Einer der erfahrensten Präsidenten, den der Bundestag hatte, hat in seinen zwölf Amtsjahren keine einzige Strafe dieser Art erlassen. Der CDU-Mann Norbert Lammert erklärte das kürzlich damit, dass sich Abgeordnete einen Ordnungsruf im ungünstigsten Fall »wie eine Tapferkeitsmedaille« ans Revers heften würden. Ein bis heute bekannter Beleg für diese These stammt aus dem Jahre 1984. Da wandte der junge Grünen-Abgeordnete Joschka Fischer sich an den Präsidenten Richard Stücklen mit dem seither immer wieder zitierten Satz: »Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch.«

© www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-und-die-gruene...debatten-15475773.html?printPagelArticle=true#pagelIndex_2

6. Populismus – vom Verdammen zum Verstehen

DIRK JÖRKE / VEITH SELK

Die Wahl von Donald Trump, die Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen, der Aufstieg der AfD in Deutschland, die inzwischen beendeten Koalitionen aus »Lega« und »Movimento Cinque Stelle« in Italien und aus FPÖ und ÖVP in Österreich sowie nicht zuletzt die Etablierung nationalpopulistischer Regime in Ungarn und Polen haben eine intensive Debatte über den Populismus entfacht. Dieser erhitzt nicht nur in der politischen Öffentlichkeit die Gemüter, er sorgt auch in Sozialwissenschaft und Demokratietheorie für Aufregung. Strittig ist insbesondere, wie das Phänomen Populismus zu bewerten ist. In diesem Streit ist eine liberale Kritik vorherrschend, die den Populismus als undemokratisch und antipluralistisch verurteilt und ihm ein idealisiertes Bild der liberalen Demokratie entgegenhält.



Abb. 1 »Wir sind das Volk!«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Martin Erl, 2018

■ Der »Antipopulismus«

Der liberale Antipopulismus formuliert hohe moralische Ansprüche. Dadurch spielt er jenen Populisten in die Hände, die einen Gegensatz zwischen den »abgehobenen Eliten« und den »einfachen Bürgern« behaupten, und trägt zu einer Verfestigung jener gesellschaftlicher Spaltungen bei, die die populistische Revolte bedingen. Doch nicht nur dies, seine Fokussierung auf normative Standards hat sowohl in der sozialwissenschaftlichen Diskussion als auch in der öffentlichen Debatte dazu geführt, dass die Frage nach den Ursachen der populistischen Revolte allzu schnell beantwortet worden ist. Es scheint, als hätten es sich viele mit der These bequem gemacht, die Wähler populistischer Parteien seien überwiegend von undemokratischen Ressentiments und rassistischen Motiven geprägt. Natürlich wird auch über andere Ursachen des Populismus gesprochen, doch das geschieht zumeist vor dem Hintergrund unreflektierter liberaldemokratischer Annahmen. Diese selbst werden nicht hinterfragt, und in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus sind sie geradezu zum Dogma geworden. Das führt zu einer Reproduktion jener Verhältnisse, Denk- und Handlungsweisen, die die populistische Revolte bedingen.

Wir wollen diese Thesen im Folgenden in drei Schritten entfalten. Zunächst möchten wir die Grundzüge der liberalen Kritik des Populismus skizzieren. In einem zweiten Schritt werden wir dann deren blinde Flecken und realpolitische Implikationen aufzeigen. Abschließend formulieren wir eine alternative Deutung der gegenwärtigen Welle des Populismus. Wir interpretieren Populismus nicht allein als ein zu bekämpfendes Übel, sondern auch als ein Symptom einer gesellschaftlich-politischen Transformation.

■ Die liberale Kritik des Populismus

»Populismus« ist ein umkämpfter Begriff, der stark normativ konnotiert ist. Er wird häufig polemisch verwendet, mit dem Ziel, den »populistischen« Gegner als einen »Volksverführer« zu diskreditieren – oder aber um sich selbst eine besondere »Volksverbundenheit« zuzuschreiben. In Deutschland überwiegt die abwertende Begriffsverwendung, die positive Selbstbeschreibung als »Populist« findet sich selten. Auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur ist die negative Konnotation vorherrschend. Dies führt in der wissenschaftlichen Praxis zu einem Changieren zwischen wissenschaftlicher Analyse und normativer Selbstvergewisserung, ein »guter Demokrat« zu sein und auf der richtigen Seite zu stehen.

Bereits das Wort Populismus löst affektive Reaktionen aus. Eine gleichsam nüchterne Begriffsverwendung scheint dadurch fast unmöglich zu sein. Dabei besitzt der Begriff einen analytischen Mehrwert, den man nicht verschenken sollte. Er kann helfen, ein Phänomen zu beschreiben, das aus der Realität moderner Demokratien nicht mehr wegzudenken ist und das auf Legitimationsprobleme in den Gegenwartsdemokratien verweist. Populismus ist nicht nur selbst ein normatives Problem, er ist auch ein Problemindikator.

Populismus ist eine dünne Ideologie. Im Unterschied zu den »dicken« politischen Ideologien des Sozialismus, Liberalismus und Konservatismus stellt er selbst keine politische Programmatik dar. Er artikuliert kein spezifisches politisches Projekt, vielmehr stellt er eine bestimmte Form der Auseinandersetzung dar, die auf eine dualistische Strukturierung des politischen Raums abzielt. Aus diesem Grund muss Populismus in der Praxis mit programmatischen Inhalten angereichert werden. Andernfalls ist er nicht als

politische Kraft identifizierbar, entfaltet keine Wirkung und findet keine Unterstützer. Diese Inhalte sind immer kulturell geprägt und beziehen sich auf konkrete Milieus, sie sind kontextuell variabel und entstammen allen Seiten des politischen Spektrums. Deshalb kann es sowohl einen Links- wie Rechtspopulismus als auch einen Populismus der Mitte geben. In Europa ist gegenwärtig freilich der Rechtspopulismus auf dem Vormarsch – und dies aus Gründen, auf die wir in Abschnitt drei eingehen werden.

Populisten beschreiben den politischen Raum dualistisch. Sie berufen sich auf »das einfache Volk« beziehungsweise auf den »common sense« der »ordinary people« und inszenieren sich als deren Sprachrohr. Zugleich grenzen sie sich polemisch von »der Elite« und »dem Establishment« ab. Die Unterscheidung zwischen Volk und Elite wird im Populismus moralistisch aufgeladen und mit einer Bedrohungsrhetorik versehen. Die Kernbotschaft lautet: Die böse Elite bedroht das gute Volk. Populistische Politiker und Parteien inszenieren sich als Sprachrohr des guten Volkes und sie sagen der Elite symbolisch den Kampf an.

Dieser »Kampf« richtet sich zuweilen auch gegen die intermediären Institutionen der repräsentativen Demokratie, vor allem gegen die Parteien und die Medien. Rhetorisch setzen sich populistische Akteure häufig für eine unmittelbare Beteiligung des Demos ein, praktisch weisen sie dieselben, zumeist sogar verstärkt, elitären Züge politischer Führung auf, die sie den etablierten politischen Kräften zum Vorwurf machen. Aus diesem Grunde ist der Populismus durch eine Spannung zwischen der Forderung nach direkten Formen der Demokratie auf der einen Seite und der Bedeutsamkeit von Führung, hierarchischer Organisation und der Missachtung demokratischer Verfahren auf der anderen Seite gekennzeichnet. Diese Spannung suchen populistische Politiker oftmals durch ihre Berufung auf eine plebiszitäre Legitimität aufzulösen. Für den Rechtspopulismus, der gegenwärtig in West- und Osteuropa vorherrschend ist, sind zudem ein antipluralistisches Verständnis von Demokratie und ein starker kultureller oder ethnischer Nationalismus charakteristisch. Letzterer führt dazu, dass der Übergang vom Rechtspopulismus hin zum Rechtsradikalismus fließend ist. Aus einem Populismus in der Demokratie kann ein Populismus gegen die Demokratie werden.

Auch wenn diese Verbindung zwischen Populismus und Rechtsradikalismus in Deutschland gegenwärtig offenkundig wird und wir uns im Folgenden mit einer liberalen Kritik am Populismus beschäftigen wollen, sollte beachtet werden, dass der Populismus von einem im weiten Sinne liberalen politischen Standpunkt aus betrachtet nicht notwendigerweise als etwas Negatives erscheinen muss. Tatsächlich haben viele populistische Parteien und Politiker bisweilen Programmatiken formuliert und Ziele verfolgt, die liberal sind. Hierzu zählten etwa die Kritik des Wachstums der staatlichen Bürokratie, die Forderung nach einer Begrenzung des Wohlfahrtsstaats und der Besteuerung der Bürgerinnen und Bürger.

Dennoch besteht kein Zweifel, dass der gegenwärtige Rechtspopulismus von vielen seiner Kritiker als eine anti-liberale politische Kraft gesehen wird. Man wirft ihm vor, er richte sich gegen das Leitbild der »offenen Gesellschaft«, da er die Liberalität westlicher Demokratien einschränken oder rückgängig machen wolle – etwa mit Blick auf die Einwanderung, die Rechte religiöser, vor allem muslimischer, Minderheiten oder die Anerkennung früher als abweichend bewerteter, heute indes stärker akzeptierter, alternativer Lebensstile und sexueller Orientierungen. Betrachtet man die Forderungen rechtspopulistischer Parteien und Politiker,



Abb. 2 »Demonstration der AfD und ihrer Sympathisanten am 27.5.2018 vor dem Berliner Hauptbahnhof. Auf den Transparenten war unter anderem zu lesen: »Asylbetrug beenden!« sowie »Kein Islam in Deutschland!«
© picture alliance/AP Photo

kommt man schnell zu dem Ergebnis, dass der Rechtspopulismus illiberale und antipluralistische Züge aufweist.

Liberalen meinen, durch die Verbindung von Repräsentation mit politischem Wettbewerb, Wahlen und einer pluralistischen Öffentlichkeit, könnten die heterogenen Meinungen, Interessen, Ansprüche und Gruppen der Bürgerschaft am besten zur Geltung kommen. Ein Vorzug der liberalen Demokratie bestehe zudem darin, dass die Regierenden immer wieder ausgetauscht werden könnten. Der offene politische Wettbewerb stelle sicher, dass es Konkurrenz – eine Opposition im Sinne einer Alternative – gebe und jeder seine politische Position äußern, in den Prozess der Willensbildung einspeisen und durch Repräsentanten vertreten lassen könne. Dadurch werde die Heterogenität und Pluralität der Gesellschaft erhalten und politisch sichtbar gemacht. Deshalb dürfe sich keine Gruppe oder Partei als das »wahre Volk« ausgeben und ihre Position als die alleingültige darstellen oder gar durchzusetzen trachten. In Anlehnung an die Demokratietheorie Claude Leforts (Claude Lefort, *Die Frage der Demokratie*, in: Rödel, Ulrich (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1990, S. 281–297) verstehen sie das Offenhalten des Zugangs zum politischen Entscheidungszentrum als besonders wichtig. Kein Teil der Bürgerschaft, etwa eine bestimmte soziale Schicht oder die Vertreter einer religiös fundierten Weltanschauung, dürfe sich anmaßen, das Ganze zu repräsentieren.

Die liberalen Kritiker/-innen des Populismus sehen wohl, dass in den real existierenden Demokratien die Bürgerinnen und Bürger nicht die gleichen Chancen haben, Zugang zu diesem Zentrum zu erhalten. Die politische Freiheit ist, so konzedieren sie, auch in liberalen Demokratien ungleich verteilt. Aber die Demokratien stellten die Mittel zur Behebung dieses Übels bereit und könnten sich dem Ideal der gleichen Freiheit immer weiter annähern.

Diese optimistische Einschätzung hängt nicht zuletzt mit dem Politikverständnis des Liberalismus zusammen, der Lernfähigkeit, wechselseitige Überzeugungsbereitschaft, Offenheit für neue Sichtweisen und Argumente, Empathie und Rationalität in das Zentrum der Politik stellt. Er deutet Politik primär als eine Sphäre oder einen Handlungsmodus, in dem mindestens strategisch motivierte Kompromisse, wenn nicht sogar vernünftige Einverständnisse erzielt werden könnten.

Am Populismus kritisieren liberale Kritiker deshalb, dass er einen polarisierenden, unvernünftigen und kompromisslosen Handlungsmodus in die Politik einführe, der dort nicht hingehöre. In der Demokratie habe dies insofern schädliche Folgen, als es ihren machtbegrenzenden Charakter unterminiere und sowohl strategische Kompromisse als auch vernünftig motivierte Einverständnisse unmöglich mache. Vor allem aber wird aus einer liberalen Perspektive der antippluralistische Charakter des Rechtspopulismus verurteilt. Er beachte Minderheitenrechte nicht, oder zumindest nicht genügend, und schließe ganze Bevölkerungsgruppen als nicht zum »echten Volk« zugehörig aus. Zudem bediene er sich einer ausgrenzenden Rhetorik, die ein menschenverachtendes öffentliches Klima erzeuge und dadurch Gewalt provoziere.

Die populismusverstärkenden Folgen der liberalen Kritik

Warum ist diese liberale Kritik aus unserer Sicht unzulänglich? Sind die soeben skizzierten liberalen Einwände gegenüber dem Rechtspopulismus nicht allesamt zutreffend? Wo liegt das Problem? Die meisten Beobachter stimmen darin überein, dass der Populismus mit einer vereinfachenden Gut-Böse-Unterscheidung operiert und die Gesellschaft dichotomisch spaltet: Hier die einfachen ehrlichen Bürger und dort die korrupten Eliten, hier das »reine Volk«, dort die Migranten/-innen oder »der Islam«. Die Botschaft lautet: Wir sind die Guten, ihr seid die Bösen. Cas Mudde spricht in diesem Zusammenhang von einem manichäischen Weltbild. Diese Beobachtung ist größtenteils zutreffend (Cas Mudde, *The Populist Zeitgeist*, in: *Government and Opposition* 39 (2004), S. 541–563).

Doch diese binäre Logik findet sich auch bei denjenigen liberalen Kritikern des Populismus, die sich selbst als die guten Demokraten beschreiben (»Alle Demokraten müssen nun gemeinsam ...«) und ein »demokratisches Wir« gegen ein »die bösen Populisten« in Stellung bringen. In der Konsequenz wird dadurch die populistische Gut-gegen-Böse-Logik reproduziert. Damit ist der liberalen Demokratietheorie, aber auch der medialen Auseinandersetzung mit dem Populismus, selbst eine dichotomische Rhetorik eingeschrieben, die der populistischen zumindest in dieser Hinsicht ähnelt. Das ist problematisch, weil dadurch populistische Reaktionsweisen provoziert und gestärkt werden. Wer sich unter Berufung auf liberale Werte in die Schmutzdecke gestellt sieht und als undemokratisch, schlecht, rassistisch oder primitiv beschrieben wird, den dürfte dies in seinem Hass auf die liberale Demokratie und deren Repräsentanten eher bestärken – und ihn oder sie gerade nicht zum Nach- oder Umdenken motivieren.

Auch viele Sozialwissenschaftler/-innen sind, nicht zuletzt aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Lage und ihrer zumeist linksliberalen politischen Sozialisation, vehemente Gegner des Populismus. Sie stimmen darin überein, dass rechtspopulistische Revolten die liberalen Errungenschaften etablierter Demokratien bedrohen. Doch mit der moralischen Verurteilung des Rechtspopulismus und einer Flucht in das Reich idealer Theorie sind die Probleme – beispielsweise Xenophobie, Antigenderismus und Europafeindlichkeit – nicht aus der Welt geschafft. Tatsächlich gehen aber viele sozialwissenschaftliche Kritiker des Populismus häufig von einem Idealmodell der liberalen Demokratie aus und spielen in der Kon-



Abb. 3 »Hier stand einmal eine Mauer!«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Agostino Natale

sequenz die, auch in unseren Gesellschaften existierenden, ökonomischen, kulturellen und politischen Spaltungslinien herunter. Die liberale Demokratie weise massive politische Ungleichheiten auf, doch in Zukunft werde sich dies wieder zum Guten wenden: Nicht wenige Menschen vermag diese liberaldemokratische Fortschrittserzählung nicht mehr zu überzeugen. Das ist das Hauptproblem der liberalen Kritik am Populismus.

Hinzu kommt, dass sozialwissenschaftliche Deutungen die politische Wirklichkeit prägen. Versehen sie die allgegenwärtige Verurteilung des Populismus mit einer wissenschaftlichen Autorität, tragen sie mit dazu bei, dass jene politische Wirklichkeit bestätigt und verfestigt wird, die den populistischen Moment erzeugt. Und dazu gehört auf Seiten der Anhänger des Populismus die Wahrnehmung, in der politischen Wirklichkeit abgehobenen Deutungs-, Verdienst- und Entscheidungseliten gegenüberzustehen. Die liberale Kritik des Populismus spielt eine Melodie, die den Populismus ungewollt bestätigt und zusätzlich befördert. Um eine räumliche Metapher zu benutzen: Rechtspopulismus und liberale Kritik haben sich ineinander verkeilt.

Was die liberale Kritik nicht sieht oder nicht sehen will, und daher handelt es sich bei ihr um eine Art Flucht in das Reich idealer Theorie, ist, dass die gesellschaftlichen Voraussetzungen eines pluralistischen und demokratischen Miteinanders abhandengekommen sind. Moderne westliche Demokratien sind gespalten und das nicht nur in einem engeren ökonomischen, kulturellen oder regionalen Sinne, sondern auch mit Blick auf das, was man als das soziomoralische Zusammenleben und den demokratischen Gemeinssinn bezeichnen kann.

Eine andere Deutung des Populismus

Die gegenwärtige Welle des Rechtspopulismus bedroht liberale und demokratische Institutionen. Gerade deshalb sollte man sich nicht mit der bloß moralischen Verurteilung des Populismus begnügen, sondern auch dessen Ursachen verstehen. Unsere bisherige Argumentation lief auf die These hinaus, dass die vorherrschende Auseinandersetzung mit dem Populismus diesem Ziel nicht dient, sondern, im Gegenteil, wie ein Brandbeschleuniger wirkt. Damit sollten wir uns nicht zufriedengeben. Im Folgenden möchten wir daher einige Bausteine für eine andere Deutung des Populismus zusammentragen. Vor allem das Verständnis der gesellschaftlich-politischen Entwicklungen, die zum Aufstieg des Populismus beigetragen haben, ist ein notwendiger Schritt, um die liberale Abwehrhaltung zu reflektieren.

Hilfreich ist hierfür zunächst eine These aus einem Buch von Richard Rorty. In »Stolz auf unser Land« beschreibt Rorty nicht nur den Wandel der US-amerikanischen Linken von einer sozialdemokratischen zu einer kulturpolitischen Position, er liefert auch eine hellsichtige Analyse. Rorty diagnostiziert dort die Herausbildung einer Allianz zwischen einer Klasse von »internationalen kosmopolitischen Superreichen« und »den gut ausgebildeten und gut gestellten kosmopolitischen Fachleuten«. Gemeinsam sei es dieser Allianz aus dem reichsten Viertel der US-Bürger gelungen, Verteilungsfragen durch die Betonung kultureller Streitfragen von der politischen Agenda zu nehmen. Ihnen komme es sehr gelegen, wenn die »unteren drei Viertel der Amerikaner und die unteren 95 % der Weltbevölkerung sich über ethnische und religiöse Fragen streiten und über Sexualmoral diskutieren« (Richard Rorty, *Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1999, S. 85). Diese Zeilen von Rorty sind rhetorisch überzogen. Rorty wollte auf diesem Wege die US-amerikanische Linke davor warnen, die soziale Frage zu verdrängen. Deren Vernachlässigung werde nämlich angesichts der Globalisierung und dem daraus resultierenden Abstieg der Arbeiterklasse zu einem Aufstieg des Rechtspopulismus führen – also genau zu dem, was wir jüngst in den USA erleben durften.

Zudem sollte man die Hinwendung vor allem von linken Parteien zu kulturellen Fragen, also zu Fragen der Identität und des Lebensstils, nicht allein verschwörungstheoretisch deuten, wie man es vielleicht bei Rorty hineinlesen könnte. Denn die Aufwertung kultureller Fragen ist auch Ergebnis eines Gesellschaftswandels. Darauf hat zuletzt Andreas Reckwitz in seinem Buch über die »Gesellschaft der Singularitäten« hingewiesen. Reckwitz unterscheidet dort zwischen der neuen Mittelklasse, zu der vorwiegend Akademiker/-innen gehören, zweitens der alten Mittelklasse, bestehend vorwiegend aus Facharbeitern, mittleren wie unteren Angestellten und nicht zuletzt aus der wachsenden Gruppe der Rentner/-innen sowie drittens der neuen Unterklasse, der prekär Beschäftigte, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger/-innen angehören. Entscheidend ist, dass Reckwitz eine zunehmende »Polarisierung von Klassen und Lebensstilen« in westlichen Demokratien feststellt: »Diese betrifft insbesondere die Relation zwischen der kulturell aufsteigenden neuen Mittelklasse auf der einen, der sozial und kulturell absteigenden neuen Unterklasse auf der anderen Seite. Während die neue Mittelklasse sich als kosmopolitische Träger der Kulturalisierungs- und Singularisierungsprozesse verstehen kann, findet eine soziale und kulturelle Entwertung der neuen Unterklasse statt.« Diese kulturelle Entwertung bezieht sich tendenziell auch auf die Angehörigen der »alten Mittelklasse«. Reckwitz spricht zwar sowohl von einer sozialen als auch einer kulturellen Entwertung, aber er betont, dass die kulturelle Entwertung im postindustriellen Kapitalismus an Relevanz zugenommen hat (Andreas Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten*, Berlin: Suhrkamp 2017, S. 109).

Kulturelle und ökonomische Entwertungsprozesse müssen nicht zwangsläufig Hand in Hand gehen, in manchen Soziallagen ist das aber durchaus der Fall, etwa bei prekär Beschäftigten; in anderen Lagen, etwa bei den Kernbelegschaften in der Automobilindustrie, ist das – bisher noch – die Ausnahme. Doch auch wenn in dieser Gruppe nicht von einer ökonomischen Benachteiligung die Rede sein kann, erfahren sie Reckwitz zufolge kulturelle Entwertungsprozesse. Was sie essen, ist nicht ökologisch korrekt. Sie fahren nicht nur Dieselaufos, sondern stellen diese sogar her. Und ihr Verständnis der Geschlechterrollen ist von vorgestern.



Abb. 4 »Teilnehmer/-innen einer Demonstration des islam- und fremdenfeindlichen Bündnisses »Pegida« gegen den Migrationspakt der UNO am 1.12.2018 vor dem Brandenburger Tor«

© picture alliance / Christoph Soeder / dpa

Natürlich handelt es sich hierbei um eine Karikatur, die weder der »neuen Unterklasse« noch der »alten Mittelklasse« gerecht wird. Aber es handelt sich um ein medial wirkmächtiges Stereotyp. Gleiches gilt für die Rede von den »alten weißen Männern«, die sich gerade in vermeintlich linken Zusammenhängen einer großen Beliebtheit erfreut. Sie wertet auf stereotype Weise ab. Wer sich derart »identitätspolitisch« im öffentlichen Diskurs repräsentiert sieht, wird sich nicht reumütig dem Antisexismus fügen, sondern sich in seinem Weltbild bestätigt sehen.

Die Wähler und Wählerinnen rechtspopulistischer Parteien sind, und das gilt zunehmend auch für Deutschland, größtenteils jene, die zu den ökonomischen und/oder kulturellen Verlierern des postindustriellen Kapitalismus zählen. Mit Reckwitz gesprochen gehören sie zur alten Mittel- und neuen Unterklasse. Das zeigt sich besonders deutlich, wenn man sich die Verteilung der Wählerstimmen zwischen Stadt und Land und in den größeren Städten zwischen den einzelnen Vierteln anschaut. Die Wähler/-innen der AfD gehören, und hier besteht eine starke Übereinstimmung zu denen anderer rechtspopulistischer Parteien in Europa, größtenteils zu den ökonomischen und/oder kulturellen Verlierer/-innen des gegenwärtigen Kapitalismus.

Der Verweis auf die Wandlungsprozesse des Kapitalismus und die sozialstrukturelle Zusammensetzung des Elektorats rechtspopulistischer Parteien soll deren Wahl nicht entschuldigen und schon gar nicht als einen heroischen Akt des Widerstands verklären. Es soll aber darauf verweisen, dass die liberale Populismuskritik in der gegenwärtigen Situation eine Verschleiерungs- und Stabilisierungsfunktion besitzt, solange sie die Wandlungsprozesse des globalen Kapitalismus und deren ökonomische, kulturelle und soziomoralische Verteilungseffekte nicht berücksichtigt.

Wer den Rechtspopulismus verstehen will, muss noch einen weiteren Aspekt der Veränderung westlicher Demokratien beachten. In diesen hat sich in jüngerer Zeit eine neue Konfliktlinie zwischen »Öffnung« und »Schließung« herausgebildet, die hergebrachte Konfliktlinien (»Kapital« gegen »Arbeit«, »Stadt« gegen »Land«, usw.) ergänzt und überlagert. Infolge der politisch gewollten, wachsenden Interdependenz der politischen Ordnungen in der Globalisierung, der Zunahme grenzüberschreitender Kommunikation, der Liberalisierung der Kultur und Ökonomie und aufgrund der erhöhten Mobilität haben sich Veränderungsprozesse vollzogen, die Gegenreaktionen und damit einen Konflikt zwi-

schen Befürwortern von weiterer »Öffnung« auf der einen und Befürwortern von »Schließung« auf der anderen Seite auslösen. Obwohl viele regierende Parteien durchaus »Schließungspolitik« betrieben haben und betreiben, wird dieser Konflikt aufgrund der Vorherrschaft des liberalen Diskurses in der Öffentlichkeit (»Weltoffenheit statt Abschottung«) und im Parteienwettbewerb symbolisch nicht hinreichend repräsentiert. Die dadurch entstehende Repräsentationslücke wird gegenwärtig von rechtspopulistischen Parteien genutzt, die sich durch ihre Programmatik, aber vor allem auch mittels der Verwendung von »Schließungsparolen« (»Build a wall!«) als Parteien der Schließung positionieren. Damit können sie ein Alleinstellungsmerkmal als Repräsentanten der Befürworter von »Schließung« beanspruchen.

Man kann diese Konstellation als das Ergebnis einer umfassenden, seit den 1970er Jahren einsetzenden »Modernisierung« begreifen, wie sie von Reckwitz beschrieben und von Rorty kritisiert wird. Sie ist, und darin stimmen Reckwitz und Rorty überein, durch politische, ökonomische und kulturelle Liberalisierungsprozesse gekennzeichnet, die, wie alle Prozesse sozialen Wandels, »Gewinner« und »Verlierer« hervorbringt. Individuen, Gruppen, Klassen und Milieus sind unterschiedlich von diesen Liberalisierungsprozessen in Politik, Wirtschaft und Kultur betroffen und interpretieren die Bedeutung dieser Prozesse unterschiedlich. Während die Liberalisierung in den Augen mancher einen Gewinn darstellt (und ihnen mehr Freiheit, Geld, Ansehen, Selbstverwirklichungschancen und den Bedeutungszuwachs von ihnen geschätzter Werte und Ideen einbringt), befürchten andere einen entsprechenden Verlust. Die Rechtspopulisten beanspruchen die Repräsentation dieser »Verlierer« beziehungsweise derjenigen, die sich dafür halten. Dies korrespondiert mit der Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien, die tendenziell eher älter, männlich und nicht akademisch geprägt ist.

Schluss

Der Rechtspopulismus artikuliert ein gesellschaftliches Unbehagen an einer ökonomischen, politischen und kulturellen Liberalisierung und bedient sich dabei der elektoralen Demokratie. Er ist ein Indiz für das Ende der liberalen Hegemonie. Insgesamt mehrten sich die Zeichen, dass das liberale Zeitalter seinem Ende entgegengehen könnte. Die drei Bestandteile der liberalen Ordnung, kapitalistische Freiheit, kultureller Pluralismus und politische Gleichheit lassen sich offensichtlich nicht gleichermaßen maximieren; ab einer bestimmten Schwelle stehen sie sich wechselseitig im Weg. Und diese Schwelle scheint mittlerweile überschritten worden zu sein.

Die liberale Demokratie war so lange eine stabile Ordnung, wie sie es ermöglicht hat, die in unserer Gesellschaftsform unvermeidbaren wirtschaftlichen, kulturellen und sozio-moralischen Umschichtungen zu verarbeiten und die mit ihnen einhergehenden Konflikte im Rahmen »gleichfreier«, Legitimität erzeugender politischer Verfahren und Institutionen auszutragen.

Insbesondere die Maximierung wirtschaftlicher Freiheit für Kapitaleigentümer, die auch einigen, die nicht davon profitieren, durch kulturelle Liberalisierung schmackhaft gemacht werden konnte, hat zur Schwächung politischer Gleichheit beigetragen und dadurch den Aufstieg des Rechtspopulismus befördert. Dieser bedroht nun alle liberalen Errungenschaften. Daraus folgt, dass es vor allem darum gehen müsste, wirtschaftliche Freiheiten ökonomischer Eliten einzuschränken, um die gesellschaftlichen



Abb. 5 »Wir erneuern nur die maroden Fundamente«

© Gerhard Mester, 2018

Voraussetzungen von politischer »Gleichfreiheit« und kulturellem Pluralismus herzustellen.

Literaturhinweise

Iversen, Torben / David Soskice (2019): *Democracy and Prosperity: Reinventing Capitalism in a Turbulent Century*, Oxford: Oxford University Press 2019, insbes. Kapitel 5.

Lefort, Claude (1990): *Die Frage der Demokratie*, in: Rödel, Ulrich (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1990, S. 281–297.

Mudde, Cas (2004): *The Populist Zeitgeist*, in: *Government and Opposition* 39 (2004), S. 541–563.

Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten*, Berlin: Suhrkamp 2017, S. 109.

ders., (2019): *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin: Suhrkamp 2019

Rorty, Richard (1999): *Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1999, S. 85.

MATERIALIEN

M 1 Thomas Steinfeld (2019): »Das Volk, das Volk, das hat immer recht«, Süddeutsche Zeitung, 16.6.2019

(...) Das »Volk« hat, wie auch die »Elite«, in den vergangenen Jahren eine steile Karriere durchlaufen: in der »Alternative für Deutschland«, vor allem in deren straßentauglichen Varianten, bei den »Gelben Westen« in Frankreich, bei den italienischen Ligisten. Schon lange entspricht dieses »Volk« nicht mehr dem »Volk«, das in den Straßen von Leipzig demonstrierte, einzig dadurch, dass es sich selbst als »Volk« bezeichnete, die in der DDR stets behauptete Einheit von Volk und Führung bestritt und der Regierung auf diese Weise einen Dissens eröffnete, der bald nicht mehr zu überbrücken war. »Wir sind **das** Volk«, hieß die Parole damals, mit der Betonung auf dem bestimmten Artikel, also im Sinne der »plebs«, die sich gegen die Herrschenden erhebt. Später hieß es dann: »Wir sind **ein** Volk«, wiederum mit der Betonung auf dem Artikel, dieses Mal aber dem unbestimmten. Er verwandelte sich dadurch in ein Zahlwort. Das »Volk« begriff sich in dieser Variante der Parole als »populus«, also nicht in der Differenz zur Macht, sondern in der Differenz zu anderen Völkern.

In den populistischen Bewegungen, die gegenwärtig die im herkömmlichen Sinne demokratischen Politiker vor sich hertreiben, werden »das Volk« und »ein Volk«, »plebs« und »populus«, in eins gesetzt. Auf diese Weise entsteht ein »Volk«, das sich, gleichgültig, was ihm gerade widerfährt oder was es zu verhandeln gibt, grundsätzlich im Recht glaubt, sich aber um die Verwirklichung dieses Rechts betrogen sieht: von böartigen Eindringlingen aus dem Ausland einerseits sowie von einer »Elite« (wahlweise einer Bande von »elitären Hipstern«, Jens Spahn) andererseits, die das »Volk« verrät, indem sie dessen Reichtum an angebliche Flüchtlinge verschleudert, indem sie sich ausländischen Konzernen und einheimischen Spekulanten an den Hals wirft, indem sie eine Kaste von Bürokraten, Funktionären und Halsabschneidern ernährt, die nichts Besseres zu tun haben, als sich die eigenen Taschen zu füllen und das »Volk« um die eigentlich ihm zustehenden Erträge seiner Arbeit zu bringen.

Oft schon sind die Fiktionen offengelegt worden, die einem solchen Begriff von »Volk« zugrunde liegen. Das »Volk«, im vereinten, emphatischen Sinn verstanden, ist eine Abstraktion, die von keiner »Wirklichkeit« gedeckt wird, sei diese nun ethnischen, sprachlichen oder kulturellen Charakters. Ein »Volk« ist, nüchtern betrachtet, nichts anderes als das Ensemble von Menschen, die ein Staat als seine Bürger betrachtet. Aber wer will das wissen? In der Fantasie der Empörten erscheint der Staat vielmehr als eine Institution, die in erster Linie und überhaupt für das Wohlergehen seines und nur seines »Volks« zu sorgen hat. Erfüllt der Staat, oder genauer: erfüllen die Politiker diese Ansprüche nicht, machen sie sich, in den Augen des »Volks«, an ihren Bürgern schuldig. Mit dem Gefühl aber, man habe etwas Besseres verdient als die Behandlung, die einem von Staats wegen zugemutet wird, wie mit der Ehre, von der Hegel sagt, sie sei das »schlechthin Verletzliche«. Es kennt keinen objektiven Maßstab. Es empört sich, wer sich empören will – worüber er sich empören will und in dem Grad, in dem er sich empören will.

Diese Empörung ist negativ bestimmt und will nicht zwischen eingebildeten und realen Anlässen unterscheiden. Sie besteht in der Wahrnehmung von Zumutungen, und die Zurschaustellung der entsprechenden »Wut« bildet den Kern des öffentlichen Engagements, was zur Folge hat, dass sich mit dem schlichten Faktum



M 2 »ICH bin das Volk!«

© Gerhard Mester, 2016

des Empörtseins (...) auch der Anspruch auf öffentliches Gehör zu verbinden scheint. (...) Dass »es« irgendwie reicht, ist dagegen immer schon ausgemacht. Geistfeindlichkeit gilt hier als Befreiung, und jeder noch so begründete Hinweis auf die Empirie erscheint als Versuch, dem »Volk der Wirklichkeit« die ihm rechtlich zustehende Berücksichtigung zu entziehen. (...) Vor ein, zwei Jahren hätte man noch gedacht, dass die sogenannten rechtspopulistischen Bewegungen der Demokratie irgendwann den Garaus machen. Mittlerweile stellen sich die Verhältnisse anders dar: als eine Übernahme der Demokratie zugunsten eines »Volks der Wirklichkeit«, das sich um seinen fiktiven Charakter nicht schert. In dieser Radikalisierung gibt sich ein Grundwiderspruch des Demokratischen zu erkennen: Es hat nur Bestand, wenn sich eine deutliche Mehrheit des Wahlvolks in den wesentlichen Anliegen einig ist. Ist es mit der Wertegemeinschaft vorbei, wird offenbar, dass es keine inhaltliche Bestimmung der Demokratie gibt und ihr vielmehr rein mathematische Verhältnisse zugrunde liegen. Anders formuliert: Die Demokratie, im herkömmlichen Sinn begriffen, kann sich nicht verteidigen, wenn der lange Zeit bestehende »Common Sense« von einer großen Wählergruppe in Zweifel gezogen oder gar bekämpft wird. Sie kann, weil sie sich über den Willen des »Volkes« definiert, nur mitmachen. In der Folge bewegen sich die meisten europäischen Parteien, und nicht zuletzt die sozialdemokratischen, in die Richtung, die von den populistischen Bewegungen vorgegeben wurde, und zwar in einem Maß, das noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen wäre. (...) Die »Elite« (noch vor fünfzehn Jahren eine Lieblingsparole der Bildungspolitik) ist nunmehr ein hässliches Phantom, das seine Gestalt wechseln kann, solange sie nur irgendwie als etwas diffus Höheres und Feindliches identifizierbar bleibt: Sie erscheint politisch als Erhöhung der Kraftstoffsteuern zugunsten der Energiewende, sie erscheint ökonomisch als das internationale Kapital, sie erscheint kulturell als die heimat- und gewissenlose Klasse, die aus der Globalisierung persönlichen Gewinn zieht. Sie kann auch als das liberale Bürgertum erscheinen, weil dessen Öffentlichkeit einen gewissen Grad von Bildung voraussetzt, zumindest in Gestalt der Fähigkeit, Argumente zu bilden und zu verstehen, also auf der Objektivität von Urteilen zu bestehen. (...) Das Bewusstsein, dass rechtschaffene Bürger nicht nur einen Anspruch auf staatliche Fürsorge besitzen, sondern auch bevorzugt behandelt werden müssen, teilen die Empörten außerdem nicht nur mit der Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch mit großen Teilen der medialen Öffentlichkeit. (...)«

© www.sueddeutsche.de/kultur/populismus-demokratie-afd-emmanuel-macron-1.4482355

M 3 Michael Zürn (2018): »Gründe für den Populismus: Liberale Eliten als Hassobjekt«, Tagesspiegel Causa, 21.10.2018

Entscheidungen werden oft von europäischen oder internationalen Institutionen beeinflusst, über deren Spitzenkräfte die Bevölkerung wenig weiß. Das erzeugt bei vielen das befremdliche Gefühl, von ihnen zwar dominiert, aber nicht repräsentiert zu werden. Der Parteivorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD) hat kürzlich in einem Beitrag in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« den Populismus als eine Bewegung beschrieben, die sich gegen die »globalisierte Klasse«, gegen »deren Heimatverbundenheit und ökonomische Zumutungen« stellt. Dabei betont er nachdrücklich, dass sich die AfD dem politischen Wettbewerb in Wahlen stelle. Tatsächlich wurden die Populisten, dort, wo sie derzeit die Regierung stellen oder an ihr beteiligt sind, immer gewählt – nicht nur Trump und Salvini, auch Kaczynski, Orban, Strache, Modi und selbst Putin. Auch die Populisten, die sich in der Opposition befinden, haben fast überall erstaunliche Wahlerfolge aufzuweisen. Ist es also richtig, dass die Populisten als Gegenbewegung zur Dominanz der globalisierten Klasse gewählt werden? Was genau erklärt den Aufstieg der Populisten?

Es gibt zwei dominante Erklärungsansätze für das flächendeckende Aufkommen des Populismus. Am ersten Stelle ist eine ökonomische Erklärung zu nennen, die unmittelbar an die Verteilungseffekte der Globalisierung anschließt. Es sind demnach vor allem die ökonomischen Verlierer, die aus ihrer sozialen Unsicherheit heraus Populisten wählen. Im Mittelpunkt steht dabei die wachsende materielle Ungleichheit, die innerhalb der meisten etablierten Demokratien deutlich zugenommen hat. So wäre weder der Brexit noch die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA erfolgt, wenn sie nicht auf die Unterstützung der Wähler in strukturschwachen Regionen mit veralteten Industrien hätten zählen können.

Allerdings bleibt bei dieser Erklärung unklar, wieso sich Globalisierungsverlierer an den autoritären Populismus (nicht selten mit superreichen und moralisch verkommenen Leitfiguren) und nicht etwa an linkspopulistische Parteien wenden, die unmittelbar mehr sozialen Schutz versprechen. Zudem kann die ökonomische Erklärung kaum verständlich machen, warum sich insbesondere in Ländern, die ökonomisch besonders stark von der Globalisierung profitiert haben, autoritäre politische Kräfte durchgesetzt haben und die Regierung bilden: Die Türkei, Ungarn, Polen und auch Indien sind Beispiele hierfür.

Viele erachten daher eine kulturelle Erklärung für wichtiger. Demnach sind parallel zur Globalisierung der kulturelle Liberalismus und universelle Werte in westlichen Gesellschaften so dominant geworden, dass sie einen kulturellen »Backlash« der eher traditionalistisch eingestellten Bevölkerung provoziert hat. Die soziale Differenzierung zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse wird durch eine Trennung in »schick« und »piefig« ersetzt, die gleichzeitig eine kulturelle Herabsetzung »heimatverbundener« Einstellungen beinhaltet. Dieser Gegensatz spiegelt sich im unterschiedlichen Wahlverhalten in Städten und in ländlichen Regionen wider. Aber auch hier bleiben offene Fragen. So bleibt aus der kulturellen Perspektive etwa unerklärlich, warum sich die populistische Wut nicht auch gegen internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation richtet, die wohl kaum als Speerspitze des Postmaterialismus oder des Feminismus gesehen werden können.

Besser greift eine politische Erklärung. Sie verweist auf eine gesunkene Responsivität des politischen Systems gegenüber den



M 4 »Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD in Thüringen, nahm am 17.2.2020 an einer Demonstration des islam- und ausländerfeindlichen Bündnisses Pegida teil mit dem Titel »200. Dresdner Abendspaziergang«. Das Moto lautete »Stoppt die Islamisierung!«

© picture alliance/Robert Michael/dpa-Zentralbild/dpa

Wünschen und Interessen der bildungsschwächeren und stärker heimatverbundenen Gesellschaftsschichten. Paradoxerweise beginnt diese Erklärung mit der Befriedung des Klassenkonflikts. Grundlegend dafür war eine Art erweiterter Gesellschaftsvertrag, in welchem dem Kapital offene Grenzen zugesagt wurden und im Gegenzug der moderne Wohlfahrtsstaat aufgebaut werden konnte.

Das Wohlstandsversprechen des Kapitalismus schuf Raum für die Demokratie. Erst mit diesem historischen Kompromiss konsolidierten sich die Demokratie in weiten Teilen Europas. Erst mit ihm begannen sich Volksparteien zu entwickeln. Er führte aber auch zu einer tiefgreifenden Änderung des Verhältnisses zwischen Parteien und Bevölkerung. Es lohnt sich, die über 50 Jahre alten Ausführungen des US-Politikwissenschaftlers Robert Dahl anzuschauen, die die weiteren Entwicklungen punktgenau erfassten. Politik muss Kompromisse finden, dafür braucht sie Experten – das führt bereits zur Distanz zu den Bürgern. Demnach müssen Volksparteien eine Politik der Kompromisse und des Verhandels betreiben; eine Politik, die von Experten und Parteispitzen mit geringer Bindung an die Basis bestimmt wird und betont moderierend daherkommt. Im Ergebnis steht ein politischer Prozess, der halb pragmatisch und halb technokratisch ist. Dahl führte weiter aus: Viele Bürgerinnen und Bürger werden diese Politik als zu distanziert und bürokratisiert, als ein Instrument der politischen Eliten und Experten ansehen. Der zunehmende Pragmatismus und die Professionalisierung der Parteipolitik haben also zu einer Entfremdung zwischen Wählern und Parteipräsentanten geführt. Die Vertrauenswerte in Parteien und Parlamente sanken in allen konsolidierten Demokratien seit den 1960er Jahren immer weiter ab. Demgegenüber genossen nicht-majoritäre Institutionen, die ihre Entscheidungen nicht mit dem Mehrheitsprinzip, sondern zumeist technokratisch mit Expertise rechtfertigen, lange Zeit fast überall deutlich höhere Vertrauenswerte. Das Vertrauen der Deutschen etwa in ihre Zentralbank und ihr Verfassungsgericht ist legendär. Im Ergebnis haben seit den 1980er Jahren solche nicht-majoritären Institutionen überall an Bedeutung und Macht innerhalb demokratischer Systeme gewonnen.

Internationale Institutionen sind immer liberal-kosmopolitisch ausgerichtet. Das widerspricht den »Heimatverbundenen«. Die nicht-majoritären Institutionen sind nicht nur als neutrale Expertengremien zur Förderung des Gemeinwohls zu sehen; sie stehen auch für eine liberal-kosmopolitische Überzeugung. Demgegenüber ist die kommunitaristische Gegenposition innerhalb von na-

tionalen Parlamenten und Parteien stärker vertreten. Insofern entsteht bei vielen heimatverbundenen Menschen der Eindruck, sie werden von nicht-majoritären Institutionen zwar dominiert, aber nicht repräsentiert. Wenn die politische Erklärung des autoritären Populismus zutrifft, dann werden die gegenwärtig zu beobachtenden Spannungen und Polarisierungen in demokratischen Gesellschaften anhalten. Sie können nicht allein durch ein paar sozialpolitische Wundpflaster oder das Ablegen der kulturellen Arroganz der »Progressiven« ausgeräumt werden. Auch der verzweifelt anmutende Versuch, den politischen Raum rechts der CDU wieder kleiner zu machen, ist dann zum Scheitern verurteilt, wie gerade in Bayern zu beobachten war. Er beruht auf der Vorstellung eines eindimensionalen Parteiensystems, das es nicht mehr gibt.

Hat Gauland also recht mit seinen Thesen? Die Herausbildung einer neuen Konfliktlinie zwischen liberalen Kosmopoliten und »heimatverbundenen« Kommunitaristen lässt sich in der Tat vielerorts beobachten, wie die Sozialwissenschaften lange schon vor dem Aufstieg der AfD gezeigt haben.

Auch die Kritik einer Form des Kosmopolitismus, der ökonomisch unausgewogen ist, zur kulturellen Arroganz neigt und sich dem politischen Wettbewerb verschließt, lässt sich nicht von der Hand weisen. Aber die rückwärtsgewandte Antwort der Populisten ist falsch. Sie ist defizitär und demokratiegefährdend. Sie ist defizitär, da die Orientierung an der Heimat in keiner Weise die zentralen Probleme unserer Zeit wie die Klimaerwärmung, die unterregulierten Finanzmärkte und den transnationalen Terrorismus löst. Und sie ist demokratiegefährdend, weil die politischen Rezepte der Populisten anti-liberal, anti-pluralistisch und anti-multilateral sind.

Der autoritäre Populismus ist anti-liberal, weil er die Mehrheitskultur und Mehrheitsmeinung über die Individual- und Minderheitenrechte stellt. Es ist kein Zufall, dass die polnische und die ungarische Regierung ihre institutionellen Abrissarbeiten bei den Verfassungsgerichten begannen. Er ist anti-pluralistisch, weil der in Anschlag gebrachte Mehrheitsbegriff vereinnahmend ist. Wenn die FPÖ in Österreich etwa ihren Spitzenkandidaten Heinz-Christian Strache auf Wahlplakate druckt und dazuschreibt: »Er will, was wir wollen«, dann heißt das: Alle Leute wollen dasselbe, und wir brauchen auch keine Verfahren, um den Mehrheitswillen aus der Vielfalt der Meinungen zu ermitteln. Der autoritäre Populismus ist anti-multilateral, weil er die nationale Souveränität auch dann über internationale Institutionen stellt, wenn nationale Politiken offensichtliche Schäden in anderen Ländern der Welt produzieren. Ein Beispiel ist die Entscheidung der Trump-Administration, das Pariser Klimaabkommen zu verlassen.

Diese drei Komponenten des autoritären Populismus werden durch die Gegenüberstellung der »einfachen und heimatbezogenen Leute« und einer »korrupten kosmopolitischen Elite« zusammengehalten. Der liberale Kosmopolitismus ist aber weit mehr als das Projekt einer sich selbst bereichernden Kaste. Nicht alle der mehr als 200.000 Menschen, die an der #unteilbar-Demonstration in Berlin teilgenommen haben, gehören der Elite an. Der liberale Kosmopolitismus ist das gesellschaftliche Projekt, das nach dem Zweiten Weltkrieg Freiheit, Frieden und Wohlstand mit sich gebracht hat. Es ist diese Reduktion eines gesellschaftlichen Projekts auf eine »globalisierte Klasse«, die ungute Erinnerungen an die dunkelsten Seiten deutscher Geschichte hervorruft.

Zwar ist allein die Wahl von autoritären Figuren als solche nicht undemokratisch. Wenn aber autoritäre Populisten an der Macht im Namen einer imaginierten Mehrheit die Grundrechte und die dritte Gewalt einschränken, wie wir es gerade in Polen und Un-



M 5 »Landtags-Wahlplakate der AfD am 30.8.2019 in Königs Wusterhausen. Der AfD-Parteivorsitzende von Brandenburg, Andreas Kalbitz, wird zukünftig ebenso wie Björn Höcke und der gesamte sogenannte »Flügel« der AfD vom Verfassungsschutz beobachtet.« © picture alliance/ZUMA Press

garn erleben, dann geraten auch etablierte liberale Demokratien ins Wanken. Wenn solche Regierungen den regionalen Integrationsverbund nicht nur verbal infrage stellen, sondern auch in der Praxis dem Trittbrettfahrertum huldigen – erneut Ungarn, aber auch Großbritannien sind Beispiele dafür –, dann droht ein supranationales Institutionensystem wie die EU aus den Fugen zu geraten. Und wenn dann noch auf internationaler Ebene, wie etwa explizit von Donald Trump, gar das Vorhandensein von globalen öffentlichen Gütern generell in Abrede gestellt wird, dann steht die liberale Weltordnung am Abgrund. Diese drei Gefahren verstärken sich gegenseitig. Ein auf bedingungslosen Wettbewerb ausgerichtetes Staatensystem stärkt den Nationalismus. Der Nationalismus schwächt die EU. Und ohne eine starke EU gerät die multilaterale Ordnung noch mehr unter Druck.

Diejenigen, die für eine offene und demokratische Gesellschaft eintreten, stehen vor einer enorm schwierigen Aufgabe. Sie müssen Kritik am Status quo üben, ohne »das System« zu desavouieren. Sie müssen für Reformen und Veränderungen kämpfen, um die Grundwerte der politischen Ordnung verteidigen zu können. Es gibt nur einen erfolgversprechenden Weg: für die Demokratisierung der europäischen und internationalen Institutionen eintreten, den politischen Wettbewerb auf internationaler Ebene ermöglichen und diese Institutionen mit regulatorischer Kraft auch zur Verhinderung von neoliberalen Auswüchsen ausstatten. Die beiden anderen Optionen führen zum Fall des liberal-kosmopolitischen Projekts. Ein Festhalten am technokratischen »Weiter so« birgt die Gefahr, den autoritären Populisten vollends zu erliegen. Eine Bekämpfung der autoritären Populisten durch eine präventive Renationalisierung gleicht dem Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

© <https://causa.tagesspiegel.de/gesellschaft/populismus-und-die-werte-der-anderen/liberale-eliten-als-hassobjekt.html>

M 6 Wilhelm Heitmeyer (2019): »Warum der Begriff »Rechtspopulismus« verharmlosend ist«, Der Spiegel, 24.8.2019

»Rechtspopulismus« ist ein verführerisch einfacher Begriff. Tatsächlich setzt er unterschiedliche politische Phänomene gleich und verdeckt so ihre Gefahren. Um ihnen begegnen zu können, müssen wir sie genauer benennen. In Deutschland stehen richtungsweisende Landtagswahlen im Osten an, in denen die AfD mit weitreichenden Gewinnen rechnen kann, die ihre parlamentarische Einflussmacht vergrößern und das gesellschaftliche Klima weiter negativ beeinflussen werden. Wird die bisherige Entwicklung mit differenzierten Begriffen beschrieben? Meine These lautet: Nein.

Seit einigen Jahren macht ein Begriff zur Kennzeichnung der Entwicklung von rechten Parteien und Bewegungen eine atemberaubende Karriere, die alle anderen Benennungen verkümmern lässt. Es ist die Rede vom »Rechtspopulismus«. Ein glattpolierter Begriff, dessen Attraktivität dadurch besticht, dass den Rezipienten der »eingemeindende« Eindruck vermittelt wird, damit seien jetzt alle gleichermaßen informiert und übereinstimmend wissend, um was es geht. Gerade diese weitgehend einvernehmliche und kritiklose Verwendung muss Kritik hervorrufen: Ist eine rundgeschliffene, ohne Ecken und Kanten aufscheinende Formel angemessen, um die widersprüchlichen, sperrigen, vielschichtig bedrohlichen Entwicklungen angemessen »einzufangen«?

Genau dies ist ein gefährlicher politischer Trugschluss. Mit dieser allseitigen Verwendung in Medien, Politik und selbst in der Wissenschaft lechzen die Akteure nach Kurzformeln – und bedienen eine Entdifferenzierung politischer und gesellschaftlicher Zustände, die nach Differenzierung schreien. Die Verwendung der Kurzformel ist kurzichtig. Sie dient nicht der Aufklärung dessen, um was es inzwischen geht.

Jeder nachdenkliche Blick auf die politischen Landschaften von den USA über Brasilien bis in die vielfältigen europäischen Gesellschaften zeigt doch, dass der Einheitsbegriff des Rechtspopulismus als »Catch-All-Term« den sperrigen Realitäten in diesen Ländern mit ihren historischen und kulturellen Traditionen und neueren Entwicklungen im Zeitalter eines rabiaten Kapitalismus in keiner Weise gerecht wird. Nun ist hier kein Platz für die ganzen Differenzierungen im weltweiten Maßstab. Deshalb soll die Problematik auf die neuere deutsche Debatte begrenzt werden. Jene Medien, Politik und Wissenschaft, die mit diesem Einheitsbegriff arbeiten, bedienen daher – nicht unbedingt strategisch, sondern aus Nachlässigkeit – eher Vernebelungstaktiken der politischen Akteure und Bewegungen, ohne die genauen ideologischen Komponenten benennen zu können. Genau das wäre aber die zentrale Voraussetzung, um aus deren spezifischen Kennzeichnungen dann Gegengifte zu entwickeln. Sie haben den Vorteil, die Verhältnisse zum Beispiel in Deutschland mit der relativ jungen Entwicklung der seit 2015 rechtsgewendeten AfD genauer beschreiben zu können. Ebenso die Zustände in Österreich mit dem fast



M 7 »Schmeißt ihn raus! Sonst ...« (Der Vorschlag des Parteivorsitzenden Jörg Meuthen vom April 2020, die AfD möge sich von ihrem »Flügel« trennen, stieß parteiintern auf heftige Kritik und wurde von Meuthen wieder zurückgezogen.)

© Gerhard Mester, 2020

20-jährigen »Vorsprung« seit dem Einstieg von Jörg Haider mit seinen verschiedenen ideologischen Wendungen und wechselnden sozialen Adressatengruppen – je nach Machtkalkül zur Mehrheitsbeschaffung. Und die Vorgänge in den osteuropäischen Transformationsgesellschaften mit den autoritären Folgewirkungen unter anderem in Polen und Ungarn verdienen ebenfalls charakterisierende Begrifflichkeiten statt des vereinheitlichenden Etiketts des Rechtspopulismus.

Worin könnte die Differenzierung im inzwischen breiten rechten politischen Spektrum bestehen, um die spezifische Gefährlichkeit für liberale Demokratien und offene Gesellschaften zu benennen?

Der Vorschlag unterscheidet drei Varianten: erstens die Kategorie des Rechtspopulismus; zweitens alle jene Varianten, die als »Autoritärer Nationalradikalismus« bezeichnet werden können; und drittens den gewalttätigen Rechtsextremismus, einschließlich neonazistischer Versionen. Anhand dieser Differenzierung kann die Gefährlichkeit für die offene Gesellschaft und liberale Demokratie unterschieden werden. Dazu sollen die Platzierungen in diesem Spektrum differenziert werden.

Rechtspopulistische Bewegungen und Parteien gibt es zweifellos, die mit flacher Ideologie und »One-Issue-Alarmismus« zum Beispiel die Islam- oder Muslimfeindlichkeit in ihrer jeweiligen Gesellschaft vorantreiben. Dazu werden öffentliche Erregungszustände über traditionelle Massenmedien oder die (a)sozialen Netzwerke erzeugt. Dieser »One-Issue-Alarmismus«, wie ihn exemplarisch Geert Wilders mit seiner Ein-Mann-Partei in den Niederlanden repräsentiert, ist verhallend, weil die dramatisierte Konfliktlinie »Volk-gegen-Elite« vom breiten Publikum inzwischen durchschaut wird und keine politisch-institutionellen Folgen hat, die systemrelevant sind.

Die gewalttätige Variante im rechten Spektrum stellt der traditionelle partei- und bewegungsförmige Rechtsextremismus dar. Dazu gehören in Deutschland die Parteien wie »Die Rechte«, »Der Dritte Weg« oder auch die Reste der NPD. Dann sind es die neonazistischen Kameradschaften mit ihrer Gewaltverherrlichung und der Nähe zu terroristischen Zellen. Diesen Akteursgruppen geht es um die Verbreitung von Schrecken im öffentlichen Raum, also

um Raumgewinne auf Straßen und Plätzen. Dazwischen ist nun eine Partei mit einer eigenen Erfolgsspur platziert, die weder bloß nur schlichte und flache Ideologien vertritt noch den brutalen Auftritt im öffentlichen Raum zelebriert. Es ist die AfD als »Autoritärer Nationalradikalismus«.

Autoritär, weil sie Gesellschaftsvorstellungen vertritt, die eine auf Homogenität ausgerichtete Volksgemeinschaft mit entsprechenden Ausgrenzungen sowie einem auf Hierarchien basierenden Kontrollparadigma beinhalten. National im Sinne von nationalistisch, weil die Überlegenheit des deutschen Volkes herausgestellt wird in Kombination mit einer Ideologie der Ungleichwertigkeit gegenüber Anderen. Hinzu kommen die Propagierungen einer Neudeutung deutscher Geschichte. Radikalismus im Hinblick auf die strategischen Grenzüberschreitungen zur Verletzung psychischer und physischer Unversehrtheit von Andersdenkenden und Menschen anderer Herkunft im Sinne gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Diese Formation hat eine Zielrichtung, die sich sowohl von rechtspopulistischen als auch von gewalttätigen rechtsextremistischen Varianten dadurch unterscheidet, dass sie auf die Destabilisierung von gesellschaftlichen und politischen Institutionen zielt, um einen Systemwechsel zu erreichen. Systemwechsel heißt nicht Diktatur, sondern im Rahmen bisheriger legaler Verfahren die Umstellung auf eine geschlossene Gesellschaft und eine illiberale Demokratie. Hier lagern die Ansätze für autoritäre Versuchungen. In der Zielrichtung zur Destabilisierung zentraler Institutionen ist das lärmende, zum Teil pöbelnde Auftreten in Parlamenten sowohl mediale Aufmerksamkeit heischendes als auch ablenkendes Beiwerk. Denn es geht vor allem um das Eindringen in die Institutionen, also Justiz, Polizei, Medien, Schulen, Kulturbereich, politische Bildung, Gedenkstätten, Sport, Bundeswehr, Gewerkschaften, Theater und, und, und. Vor diesem Hintergrund bewegt sich die Verwendung von Kurzformeln wie »Rechtspopulismus« als alle notwendigen Differenzierungen negierende Kategorie im Feld der Verharmlosung und politischen Kurzsichtigkeit, weil die unterschiedlichen Gefährlichkeiten dieser Erfolgsvariante im rechten Spektrum nicht angemessen zur Kenntnis des Publikums gebracht werden.

Dies gilt insbesondere für die Mechanismen, die zum Tragen kommen: dichotomische Weltbilder zur Realitätsreduktion, um Feindbilder zu produzieren; das Kontrollparadigma als Machtstrategie; die Emotionalisierung gesellschaftlicher Probleme als Kontrollverluste; der eskalative Mobilisierungsstil als Versprechen der Wiederherstellung von Kontrolle; »Deutschsein« als letzter Identitätsanker vor dem Untergang. Schließlich die »Gewaltmembrane«, also Trennendes wie Durchlässiges des Spiels mit gewaltlegitimierenden Begriffen, die Gewaltakteure aufgreifen und umsetzen – und den Begriffsakteuren nicht zuzurechnen sind. Angesichts dieser Mechanismen, die zudem immer mehr mit historisch tiefreichenden Ideologien des sich ausdifferenzierenden rechtsintellektuellen Milieus unterlegt und angeheizt werden, muss überall dort, wo mit dem entdifferenzierenden und verharmlosenden Begriff des Rechtspopulismus hantiert wird, Kritik angemeldet werden, weil diese Verwendung jedes Aufklärungsinteresse und jede Erklärungsambitionen sträflich vernachlässigt. Die Berichterstattungen über effekthaschende Rabulistik in Parlamenten erscheinen dann vielfach fälschlicherweise als tiefreichende Hintergrundberichte. Dann geht die semantische Stilistik vor argumentative Differenzierung. Die rundgeschliffene mediale Verkaufsförmel Rechtspopulismus schlägt gewöhnungsbedürftig



M 8 »Teilnehmer einer Demonstration von AfD und dem ausländerfeindlichen Bündnis »Pegida« sowie der rechtspopulistischen Bürgerbewegung »Pro Chemnitz« vom 1.9.2018. Zuvor war ein Mann mit deutschem Pass von einem Asylbewerber ermordet worden. Die Demonstranten trugen u.a. eine Fahne mit der Aufschrift »Unsere Heimat unsere Zukunft« mit sich.«

© picture alliance/Ralf Hirschberger/dpa

tige und sperrige, aber kriterien- und theoriegefestigte Differenzierung und Identifizierung der gefährlichen Akteure des Autoritären Nationalradikalismus.

Die Fokussierung auf den Autoritären Nationalradikalismus à la AfD darf nicht den Blick verstellen auf das existierende Eskalationskontinuum im gesamten rechten Spektrum. Es lässt sich als »Zwiebelmuster« denken. Die äußere Schale bilden die Einstellungsmuster der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Teilen der Bevölkerung. Sie liefern Legitimationen für das Agieren des Autoritären Nationalradikalismus in Parlamenten und Institutionen, diese wiederum liefern weitere Legitimationen für das schon gewalttätige Agieren der systemfeindlichen Milieus wie die Autonomen Nationalisten. Die Legitimationsspirale geht dann weiter in Richtung der neonazistischen Kameradschaften wie »Blood & Honour«, die wiederum die Verbindungen zu terroristischen Einzeltätern oder Zellen herstellen.

Wie sich dieses Eskalationskontinuum realisiert, konnte im August 2018 bei Straßendemonstrationen in Chemnitz besichtigt werden, wo es erstmals zu einer breiten Verbrüderung von »roher Bürgerlichkeit«, Protagonisten des »Autoritären Nationalradikalismus« mit rechtsextremen und neonazistischen Akteuren und selbst einzelnen Angehörigen des terroristischen Milieus kam. Und wie das Eskalationskontinuum zu terroristischen Taten führen kann, wird durch den Mord am Regierungspräsidenten Lübcke im Juni 2019 sichtbar. Deshalb sind die Differenzierungen und die Auswirkungen auf die Dynamiken so wichtig.

Greift das Argument gegen die hier geübte Kritik der Entdifferenzierung, dass Differenzierung unnötig sei, weil sich in den Bildern beim jüngsten Treffen der nationalistischen Zerstörungselite von Wilders, Le Pen, Salvini, Meuthen etc. in Rom die paradoxe »Internationale« vereint im Geiste jubelnd präsentierte? Nein, die Strategien des Zerstörungswillens offener Gesellschaften und liberaler Demokratien sind zu unterschiedlich, sodass sie nicht über die flutschige Einheitsformel Rechtspopulismus verharmlosend eingegeben werden dürfen. Deshalb ist die Entdifferenzierung durch die allgegenwärtige Verwendung des Begriffes Rechtspopulismus gefährlich.

© www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/wilhelm-heitmeyer-warum-der-begriff-rechtspopulismus-verharmlosend-ist-a-1283003.html

7. Soziale Bewegungen von rechts und links

KARIN PRIESTER

Das Jahr 2011 war das Jahr der globalen Empörung und der transnationalen Protestbewegungen, von denen »Occupy Wallstreet« vermutlich die größte Verbreitung fand. Ob die »Fridays for Future«-Bewegung in ihre Fußstapfen treten kann oder will, ist nicht absehbar. Transnational war und ist auch der Adressat des Protests: der global agierende Finanzkapitalismus, autokratische Herrschaft in den Ländern des »arabischen Frühlings« und heute die Verursacher des Klimawandels mit seinen weltweiten Auswirkungen. Neben diesem transnationalen Kampf um Menschheitsbelange treten länderspezifische Bewegungen im Kampf um Bürgerbelange mit pragmatischeren Forderungen auf. Es geht um die Rücknahme von Steuererhöhungen, um bezahlbaren Wohnraum, um Transparenz und Ehrlichkeit in der Politik. Während die transnationalen Bewegungen um 2011 grob gesprochen »linksliberal« waren, zeichnen sich die hier vorzustellenden Bewegungen durch Ambivalenz und Hybridisierung von rechts und links aus. Vorgestellt werden die italienische populistische »Fünf-Sterne-Bewegung (M5S)«, die neofaschistisch-nationalrevolutionäre Bewegung »CasaPound Italia (CPI)« und die Bewegung der französischen »Gelbwesten«. Dabei möchte ich drei Bereichen nachgehen: der sozialen Basis, dem Problem der Institutionalisierung von Bewegungen zu Parteien sowie der Rolle von Gemeinschaft als politisches Ziel und alltagspraktisches Erlebnis. Der liberale Individualismus wird als philosophisch-politische Zielvorgabe ebenso in Frage gestellt wie die auf individueller Selbstverwirklichung und Selbstoptimierung beruhende, vielen auch aufgezwungene Lebensweise.



Abb. 1 »Fünf-Sterne«-Spitzenkandidat Luigi Di Maio, rechts, und Parteigründer Beppe Grillo auf einer Wahlkampfveranstaltung am 2.3.2018 in Rom.

© picture alliance/AP Photo

■ Soziale Bewegungen

Die Akteure der »Occupy-Bewegung« waren junge, gut ausgebildete Mittelschichtangehörige, die in einem urbanen Umfeld zum »Aufbruch der Ausgebildeten« (Kraushaar 2012) aufriefen. Dagegen rekrutieren sich die Anhänger der drei hier behandelten Protestbewegungen mehrheitlich aus den unteren Sozialschichten. Teilweise, wie bei den französischen Gelbwesten, liegt ihr Epizentrum im ländlich-kleinstädtisch geprägten Raum.

■ Die »Fünf-Sterne-Bewegung« (M5S)

Anders als der rechtsnationalistischen »Lega« geht es ihr nicht primär um die Bewahrung und Verteidigung von nationaler Identität und staatlicher Souveränität. Islamophobie und rassistisch motivierte Ausländerfeindlichkeit spielen bei ihr keine nennenswerte Rolle, wohl aber die sozialen Probleme, die sich sowohl für

Italiener als auch für Migranten/-innen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt ergeben. Der Entstehungshintergrund von M5S ist eine lange angestaute allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik der Mainstream-Parteien, ausgelöst durch Korruption, durch schwerfällige, ineffiziente Bürokratie, durch Vergeudung öffentlicher Mittel, Klientelismus, Verstrickung der Politik in die organisierte Kriminalität und die Missachtung elementarer Bürgerbelange. Dies sind die Einfallstore für genuinen, transversalen Populismus jenseits von rechts und links. In der deutschen medialen Berichterstattung tut man sich schwer mit der Einordnung dieser Bewegung und bezeichnet sie entweder als links- oder als rechtspopulistisch. Dabei handelt es sich beim M5S um reinen Populismus, der die Ambivalenz zwischen rechts und links bereits in sich birgt.

Als Protestbewegung, die sich nur widerwillig als Partei konstituierte, lebt M5S von der Kritik an den Parteien und einer abgeschotteten politischen »Kaste«, die sich gegenüber dem normalen Bürger verselbstständigt habe. Auf transnationaler Ebene kommt eine Kritik an Banken, Ratingagenturen und Börsenspekulanten hinzu. Am Pranger steht das italienische politische Establishment, aber auch die EU mit ihrer technokratischen Politik zu Lasten von Mitbestimmung und politischer Partizipation. In einer Zeit des neoliberalen Individualismus fehle es an nationaler Gemeinschaft und Solidarität. Der Initiator von M5S, Beppe Grillo, erklärte auf seinem Blog: »Italien muss vor allem eine Gemeinschaft (»comunità«) sein. Zu den wichtigsten Werten in einer Gemeinschaft gehört der Sinn für Solidarität.« (Grillo Blog, 30.01.2013) Gemeinschaftstiftend sei heute vor allem das Internet. Es definiere das Verhältnis von Bürger und Staat neu. »Bürger werden der Staat.« (Casaleggio / Grillo 2011, S. 188)

Im 20-Punkte Katalog des M5S von 2013 sind die fünf ersten Punkte grundlegend. (1.) Einführung eines Bürgerschaftseinkommens, (2.) Sofortmaßnahmen zur Wiederbelebung kleiner und mittlerer Unternehmen, (3.) Antikorruptionsgesetz, (4.) Informa-

tisierung und Vereinfachung der Staatstätigkeit, (5.) Abschaffung der öffentlichen Parteienfinanzierung (Grillo 2013).

M5S versteht sich als Bürgerpartei und wurde 2009 auf der Basis zahlreicher »meet ups« von unten« gegründet. Das Medium der Willensbekundung und der Parteiarbeit ist das Internet. Über seinen Blog erklärte Grillo, das M5S wolle keine Partei im traditionellen Sinne sein, sondern ein Debattierforum und eine Bewegung für eine horizontale Demokratie. »Die Zeit der Ideologien ist vorbei. Die 5-Sterne-Bewegung ist nicht faschistisch, sie ist weder rechts noch links. [...] Sie steht auf der Seite der Bürger.« (Grillo Blog, 11.01.2013) Grillo war nicht nur der Initiator, sondern bis zu seinem Rückzug aus der aktiven Politik auch der unangefochtene Anführer der Bewegung, die paradoxerweise aber eine Ideologie der Führungslosigkeit propagiert (Priester 2018). M5S mobilisiert virtuell und real die »piazza« gegen die politische Führung im »palazzo«, d.h. die Straße gegen den abgeschotteten Regierungssitz. Institutionell tritt sie für direkte Demokratie und für Referenden ein; ihre Kritik richtet sich gegen die repräsentative Demokratie und die »Parteiherrschaft«. Oft spielt Grillo verschwörungstheoretisch auf »dunkle Mächte« wie die »Bilderberger« und die »Trilaterale Kommission« an. Sie übten einen verhängnisvollen Einfluss auf die Politik der Staaten aus (Tarchi 2014). Gegen das globalisierte Kapital macht sich M5S stark für den heimischen Mittelstand (»ceto medio«) als Rückgrat der nationalen Gemeinschaft. Unter Mittelstand werden hier, im Unterschied zu Angestellten, kleine Selbstständige verstanden. Dieses Bild vom selbstständigen Mittelstand als »Rückgrat der Nation« hatte schon einer der ersten Populisten der Nachkriegszeit, der Franzose Pierre Poujade, in den 1950er Jahren gebraucht. Die Kleinen stünden gegen die Großen und würden von ihnen missachtet, vom Staat bevormundet und steuerlich ausgeblutet. Dieser Topos von den Kleinen und den Großen zieht sich von Beginn an wie ein roter Faden durch alle genuin populistischen Bewegungen in den USA und Europa.

Genuiner Populismus ist immer ambivalent, d.h. er kombiniert linke und rechte Forderungen und Argumentationsmuster. So versuchte der vermeintliche Linkspopulist Grillo zusammen mit der britischen UKIP unter Nigel Farage eine gemeinsame Fraktion im EU-Parlament aufzubauen. Sein Nachfolger Luigi Di Maio statete den französischen »Gelbwesten«, darunter einem ihrer selbsternannten Führer, dem rechtsextremen Christophe Chalon, einen Besuch ab. In den USA gehörte der Konsumkritiker Kalle Lasn 2011 zu den Initiatoren der Besetzung des Zuccotti-Parks in New York, der Keimzelle der »Occupy Wall Street« – Bewegung. Für kurze Zeit erlangte sie weltweite Resonanz als antikapitalistischer Hoffnungsträger. Zugleich bekundete Lasn seine Sympathie für die rechte, libertäre »Tea Party«. Sein Ziel war die Gründung einer dritten Partei in den USA, in der auch Mitglieder der »Tea Party« willkommen wären (Piper 2012; Priester 2012, S. 189–206). Grillo, Jahrgang 1948, hat sich aus Altersgründen aus der operativen Politik zurückgezogen, versteht sich aber nach wie vor als »Garant« der Bewegung. Sein inzwischen verstorbener Mentor und Berater, der Medienunternehmer Gianroberto Casaleggio, galt als graue Eminenz der Fünf Sterne und trieb vor allem über die Internet-Plattform »Rousseau« die Dynamik der Bewegung voran. M5S ist in allen Landesteilen vertreten mit Schwerpunkt in Süditalien und auf den Inseln. In sozialer Hinsicht ist M5S am stärksten im unteren Drittel der Gesellschaft vertreten, mit süditalienischen Besonderheiten. Mit großem Abstand vor allen anderen Parteien mobilisiert sie die sogenannten »lavoratori autonomi«. Darunter werden kleine Selbstständige (Handwerker, kleine La-



Abb. 2 »Die Koalitionsregierung der »Fünf-Sterne-Bewegung« mit der rechtsradikalen »Lega« hielt sich von Juni 2018 bis August 2019. Seither regiert die M5S zusammen mit der sozialistischen »Partido Democratico«.
© Gerhard Mester, 2018

denbesitzer, Kleinstunternehmer und Ich-AGs) verstanden. Sozial sind diese Menschen so gut wie nicht abgesichert. Bei Krankheit fallen sie buchstäblich ins Nichts. Private Krankenversicherungen können sich viele nicht leisten und in Italien nicht einmal von der Steuer absetzen. Ihr Verdienst liegt häufig unter der Armuts- grenze; oft kommen sie nur durch Selbstaussbeutung über die Runden.

Die zweitstärkste Gruppe sind Arbeiter (»operai«) und Arbeitslose (»Atlante Politico«). In Süditalien kommen überdurchschnittlich viele Studenten hinzu, die von Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt bedroht sind. Das ist einer der Gründe, warum M5S vor allem junge Menschen unter 35 Jahren anspricht. Hohe Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse erklären aber auch, dass mehr als die Hälfte der M5S Anhänger glauben, Immigranten hätten Privilegien und würden ihnen gegenüber bevorzugt (Gilioli 2014).

Die Immigrationskritik wird aber bei den Fünf Sternen anders begründet als bei der »Lega«, nicht identitär, sondern sozialkritisch. 2006 schrieb Grillo auf seinem Blog: »Das Wort Immigration ist ein Tabu. Etwas, über das man nur politisch korrekt sprechen darf, um nicht als Rassist zu gelten.« (Grillo Blog 20.8.2006)

2010 wurde er deutlicher: »Wir brauchen keine neuen Sklaven, davon haben wir genug eigene. [...] Wir müssen den Mut haben zu sagen, dass die Immigranten vor allem ausgebeutete Arbeitskräfte sind, eine Ware für skrupellose Unternehmer, für Politiker und Journalisten [...], die von vergifteten Brunnen fasseln.« (Grillo Blog 8.1.2010) Es finde ein mitunter explosiver Krieg zwischen den Armen statt: zwischen Immigranten und unterprivilegierten italienischen Bürgern, die beide »verarscht« würden.

Prognosen über die Zukunft von M5S lassen sich nicht abgeben. Derzeit ist ihr Erfolg stark rückläufig. In der kurzen Koalition zwischen 2018 und 2019 mit der rechtsextremistischen Lega gelang es ihr nicht, ihr Profil zu schärfen. Bei Umfragen hat sich das Stimmenverhältnis zwischen M5S (von 33 Prozent bei den Parlamentswahlen 2018 auf 17 Prozent) und der Lega (von 17 Prozent auf 30 Prozent) umgekehrt. Im Januar 2020 trat der erfolglose Luigi Di Maio vom Parteivorsitz zurück, will aber weiter Außenminister bleiben. Wie bei allen Anti-Bewegungen, die von der Artikulation von Protest leben, besteht die Gefahr, dass die Gunst ihrer Anhänger schwindet, sobald sie sich als Partei konstituieren und an Regierungen beteiligen.

Die »Gelbwesten« (»Gilets Jaunes«)

Für die französischen »Gelbwesten« ist der Staat ein Instrument der Unterdrückung und zugleich Schutzherr der »kleinen Leute«. Das unterscheidet sie von der libertären amerikanischen »Tea Party«. Sie fordern nicht weniger Staat, sondern die Rückkehr des Staates zu seinen sozialstaatlichen Kernaufgaben: dem Schutz der sozial Schwachen und der Garantie öffentlicher Dienste (Verkehr, Gesundheit, Verwaltung, Bildung) in jenen Gebieten, die im Zuge des neoliberalen Staatsabbaus »abgehängt« wurden.

Steuerproteste waren auch früher schon Auslöser für populistische, meist nur kurz aufflackernde Bewegungen, etwa der französische Poujadismus in den 1950er Jahren oder der dänische Steuerrebell Mogens Glistrup in den 1970er Jahren. In jüngerer Zeit wurden in Frankreich antifiskalistische Bewegungen im Verkehrssektor von den Gewerkschaften getragen. Die Gelbwesten sind dagegen außerhalb jeder politischen oder berufsständischen Organisation entstanden. Nicht zuletzt dank der neuen sozialen Medien haben sie rasch in ganz Frankreich Fuß gefasst. Die meisten ihrer Anhänger stehen der Politik fern und haben oft schon seit Jahren nicht mehr gewählt. Im Auftrag der liberalen Denkfabrik »Institut Montaigne« hat das Meinungsforschungsinstitut »Elabe« zwischen Dezember 2018 und Januar 2019 auf der Basis von über 10.000 Befragungen ein »Roboterporträt« der Gelbwesten erstellt. Auffallend hoch ist der Anteil von Frauen, die mit 47 Prozent fast die Hälfte der Aktivistinnen ausmachen. Überdurchschnittlich viele Gelbwesten stammen aus den »Volksklassen« (*»classes populaires«*): 26 Prozent Arbeiter, zu denen auch Handwerker (Tischler, Elektriker, Bäcker u. a.) gerechnet wurden, 21 Prozent Angestellte im Niedriglohnsektor und 17 Prozent Rentner. Ihre sozioökographischen Schwerpunkte liegen in ländlichen Gemeinden oder in Kleinstädten mit weniger als 20.000 Einwohnern. Unterdurchschnittlich ist dagegen ihr monatliches Einkommen von 1.486 Euro (im Landesdurchschnitt 1.777 Euro). 65 Prozent geben an, dass sie damit kaum bis zum Monatsende auskämen. Sieben von zehn Gelbwesten verzichteten im Krankheitsfall aus finanziellen Gründen sogar auf ärztliche Behandlung (Vernet / de Saint Sauveur 2019).

Bei der Präsidentschaftswahl von 2017 haben im ersten Wahlgang 29 Prozent der befragten Gelbwesten (im Landesdurchschnitt 21,3) für Marine Le Pen vom rechten »Rassemblement National« gestimmt, 17 Prozent (im Landesdurchschnitt 19,6) für den Linken Jean-Luc Mélenchon. Auffallend hoch war die Gruppe der Nichtwähler (Wahlenthaltungen, Abgabe von ungültigen Stimmzetteln, fehlende Einschreibung auf Wählerlisten). 61 Prozent der Gelbwesten sind davon überzeugt, dass Frankreichs Zugehörigkeit zur EU mehr Nachteile als Vorteile gebracht habe (Vernet / de Saint Sauveur 2019). Die Gelbwesten sind 2018 als akephale Bewegung (herrschaftsfreie Gesellschaft) ohne offizielles Sprachrohr oder Führungsgremium entstanden und vorerst auch geblieben. Ihr Misstrauen gegenüber Organisationsstrukturen oder dem Versuch von Einzelpersonen, in ihrem Namen zu sprechen, ist so groß, dass sich viele ihrer medial prominenten, selbsternannten Sprachrohre resigniert zurückgezogen haben und sich teilweise untereinander erbittert bekämpfen. Neben Gemäßigten wie der Hilfskrankenschwester Ingrid Levausseau profiliert sich ein radikaler Flügel um den rechtsextremen Schmied Christophe Chalençon, der für einen starken Führer plädiert oder um den Ex-Sympathisanten des ehemaligen Front National, Maxime Nicolle, der als Cyberaktivist in Erscheinung tritt. Die Minimalforderung der Gelbwesten ist eine Volksinitiative für ein Referendum (RIC, *Référendum d'initiative citoyenne*). Darin soll über eine Rückkehr zur Vermö-



Abb. 3 »Gewalttätige Auseinandersetzung bei einer Demonstration der »Gilets Jaunes« (»Gelbwesten«) gegen die Pläne des französischen Präsidenten Macron zur Kürzung sozialstaatlicher Leistungen und der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf den Champs Élysées in Paris am 16.3.2019.«

© picture alliance / Julien Mattia / Le Pictorium / MAXPPP / dpa

genssteuer abgestimmt werden, die Präsident Macron fast völlig abgeschafft hat. Es gibt aber auch weitergehende Stimmen, die die gesamte V. Republik in Frage stellen und eine neue Verfassung anstreben. Protest kann sich zu Aufruhr steigern, Unmut zu Empörung, »die in eine Auflehnung gegen den Staat münden kann.« (Kraushaar 2012, S. 13f)

Seit Beginn der Bewegung im Herbst 2018, ausgelöst von der Internet-Händlerin für Kosmetikartikel, Priscillia Ludosky, durch eine Online-Petition gegen höhere Steuern auf Dieselfuel, kam es zu staatlicher Repression, darunter fast 2.000 Verurteilungen und Präventivfestnahmen. Mehrere Demonstrationsteilnehmer verloren durch den polizeilichen Einsatz von Hartgummigeschossen ein Auge. Der Hintergrund waren gewaltsame Ausschreitungen, Plünderungen und Brandstiftung. Etliche vermummte anarchistische oder rechtsextreme Kräfte hatten sich in Schwarzen Blöcken unter die protestierenden Gelbwesten gemischt, um Gewalt zu entfachen oder einfach nur zu plündern. Regierungsvertreter scheuten sich nicht, die Gelbwesten undifferenziert dem rechts-extremen Lager zuzuschlagen und sprachen von der »braunen Pest« und von »Aufständischen«, die von Rechtsextremen ferngesteuert würden.

Präsident Macron versuchte, die Bewegung zu spalten, und brachte zudem »ausländische Einmischung« aus Italien ins Spiel, wo sich führende Vertreter der Lega und der Fünf-Sterne-Bewegung mit Sympathiebekundungen für die Gelbwesten zu Wort gemeldet hatten (Huyghe / Desmaison / Licia 2019). Um am rechten Rand Gelände zu gewinnen, plädiert Macron überdies »im Namen der Volksklassen« für eine restriktivere Immigrationspolitik, vor allem für mehr und schnellere Abschiebungen.

Das Misstrauen der Gelbwesten gegen Institutionalisierung und transparente Leitungsstrukturen könnte bewirken, dass sie ein soziales und politisches Ferment bleiben und ins Magnetfeld linker oder rechter Parteien geraten. Der Elan der Anfangszeit hat nachgelassen; viele haben sich aus der Politik wieder zurückgezogen. Etliche bekunden aber auch, dass sie bei den Zusammenkünften an Verkehrskreisel mit wärmenden Feuern in ausrangierten Ölkannistern zum ersten Mal aus ihrer Vereinzelung hätten heraustreten können und Gemeinschaft, Solidarität und eine gewisse Lagerfeuerromantik unter Gleichgesinnten erlebt hätten. Über die Occupy-Bewegung schreibt Oliver Nachtwey: »Für viele Aktivistinnen ist die Form des Protestes – die hierarchiefreie, parteiferne, solidarische Diskussion – bereits die Miniatur der anderen Welt.« (Nachtwey 2014, S. 10) Das ließe sich auch über viele Gelbwesten sagen. Die Erfahrung von zwischenmenschlicher Gemeinschaft kann zum Auslöser politischen Handelns werden, ist selbst aber eher unpolitisch.

Die italienische neofaschistische Bewegung »CasaPound Italia« (CPI) zeigt, dass auch im nationalistisch-identitären Lager neue Handlungsfelder erschlossen und neue Protestformen entwickelt wurden, um die kulturelle Hegemonie zu erringen. 2003 als ultrarechte Protestbewegung gegründet, konstituierte sich CPI 2008 als Partei, erzielte aber nur verschwindend geringe Wahlergebnisse. Im Unterschied zu anderen europäischen populistischen Parteien und Bewegungen spielt die wirtschaftliche Lage (Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, steigende Lebenshaltungskosten) eine herausragende Rolle, wenig dagegen der Islam und islamistischer Extremismus. »The fact that economic issues rank comparatively highly and Islamic extremism so lowly among the concerns of CasaPound supporters distinguishes them from the supporters of similar parties across Western Europe.« (Bartlett / Birdwell / Froio 2012, S. 35) »CasaPound« versteht sich als metapolitisch, aber nicht als reine Denkfabrik einer konservativ-revolutionären Intelligentsia, sondern als soziales Aktionsforum, das aus der römischen Hausbesetzerszene hervorgegangen ist. Hausbesetzungen gehören nicht zu den bevorzugten Aktivitäten populistischer Parteien oder Bewegungen und waren eher im links-alternativen Milieu verbreitet. CPI nahm sich nicht nur der sozialen Frage an, sondern adaptierte auch linke Handlungsmuster und hat keine Berührungspunkte mit linken Ikonen wie Che Guevara.

Rasch entwickelte sie sich zu einem landesweiten kulturellen und sozialpolitischen Netzwerk, auch mit florierenden kommerziellen Unternehmen im Musikalienhandel, einem eigenen Modelabel und etlichen Gastronomiebetrieben. Auf ideologischer Ebene sagt sie zwar dem Konsumfetischismus in der ubiquitären kapitalistischen Warengesellschaft den Kampf an, fördert aber auf ökonomischer Ebene gerade das Konsumverhalten ihrer Anhänger, um Geld in die eigene Kasse zu lenken.

Ihre Mitglieder werden auf 4.000 bis 5.000 geschätzt. Der »Faschismus des 21. Jahrhunderts« müsse in der Musikszene, in der Literatur, im Sport und in den Protestformen »nonkonformistische« Positionen vertreten. Dazu gehören nicht nur strategische Anleihen bei der außerparlamentarischen Linken, sondern auch die Adaptation »nonkonformistischer«, meist angelsächsischer Literatur und Musik. Gianluca Iannone, Jahrgang 1973, der Präsident von CPI, hat politisch und beruflich einen bewegten Lebenslauf und sich in vielen Bereichen, in der Gastronomie ebenso wie im Journalismus und der Musikszene, erprobt. Unter anderem gründete er die Punkband »ZetaZeroAlfa«.

Als Partei war CPI vor allem in vernachlässigten, heruntergekommenen Vorstädten erfolgreich, an der Peripherie der toskanischen Kleinstadt Lucca ebenso wie in Ostia, einer Vorstadt Roms. Dort konnte sie bis zu 10 Prozent der Stimmen erringen. In Lucca trat sie als Kümmererpartei auf. Präsenz vor Ort und im Alltag, Aktivismus der Tat etwa durch eigenhändige Reparaturarbeiten im Infrastrukturbereich trugen ihr Wähler zu. Ostia ist dagegen seit Jahren im Niedergang; es herrschen Gesetzlosigkeit, Drogenhandel, Kriminalität und Gewalt zwischen der Mafia und Sinti-Clans. Wo sich der Staat zurückzieht, bestimmen Clans das Gesetz des Handelns. CPI konnte in Ostia auch deshalb so erfolgreich auftreten, weil sie von einem bekannt-berühmten Sinti-Clan unterstützt wurde und bedürftige Italiener mit Lebensmittelpaketen für sich gewann. Staatsversagen und Abwesenheit anderer Parteien auf lokaler Ebene hat CPI zu ihrem Vorteil nutzen können. Im Juni 2019 verkündete Giannone überraschend, aber nachvollziehbar die Auflösung von CPI als Partei. Nach dem rasanten Erfolg der Lega unter Matteo Salvini, mit dem sie vorübergehend



Abb. 4 »Demonstration von Aktivisten der rechtsradikalen »CasaPound« am 4.10.2017 in Rom gegen Immigration, Wohnungsnot und städtischen Verfall sowie für die Schließung von Moscheen im multi-ethnischen Stadtteil »Esquilino« in Rom.«
© picture alliance / NurPhoto / Giuseppe Ciccia

paktiert hatte, blieb sie eine erfolglose Kleinpartei. In parlamentarischen Grabenkämpfen oder Ausschüssen hätten sich ihre Abgeordneten unnütz verausgabt und durch Kompromisse ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt. Nach Abwägung von Vor- und Nachteilen trat der seltene Fall ein, dass eine Partei wieder zu ihren Ursprüngen als außerparlamentarische Bewegung zurückkehrte. Die Wahl- und Parteitätigkeit sei beendet; der Primat gebühre wieder der Militanz. »CasaPound wird noch mehr Politik betreiben und will wieder die Avantgarde sein, die dem italienischen Souveränismus die Themen und Parolen diktiert.« (zit. nach Koch 2019).

CPI spricht vor allem junge Männer an, darunter viele Oberschüler und Studenten, die sich seit 2006 im Blocco Studentesco organisieren. Unter den Unterstützern von CPI auf Facebook sind 87 Prozent männlich, 62 Prozent sind zwischen 16 und 30 Jahren alt. Die soziale Frage steht für sie im Vordergrund, wobei auch die Immigration als soziales Problem, nicht als ethnisch-kulturelle »Überfremdung« wahrgenommen wird. Als Globalisierungsgegner sehen sie Immigration als Folge eines weltweiten Verteilungskampfes. Die Logik des Marktes habe sich global durchgesetzt, gewachsene Gemeinschaften zerstört und die nationale Souveränität zunehmend untergraben.

Das Markenzeichen von CPI war von jeher der Kampf für bezahlbaren Wohnraum angesichts steigender Lebenshaltungskosten. Ihr ungewöhnliches Logo zeigt eine Schildkröte, die ihr Haus auf dem Rücken trägt und damit das Recht auf Wohnung symbolisiert. Unter Berufung auf die Spätphase des historischen Faschismus in der »Republik von Salò« (1943–1945) und das Manifest von Verona (1943) tritt CPI für Staatsinterventionismus und Nationalisierungen in den Bereichen Kommunikation, Transport, Gesundheit und Energieversorgung ein (Bartlett / Birdwell / Froio 2012, S. 23). In der Wohnungspolitik verfolgt sie das Projekt eines Sozialkredits (»mutuo sociale«), um benachteiligten Italienern den Erwerb von Wohnungseigentum zu ermöglichen und deren »Zwangsproletarisierung« zu verhindern. Das Projekt sieht vor, dass regionale, staatliche Institutionen Häuser oder ganze Stadtviertel mit öffentlichen Mitteln bauen und damit Banken als Kreditgeber ausschalten. Die Wohnungen sollen zum Selbstkostenpreis auf der Basis eines zinslosen Darlehens an sozial Schwache verkauft werden. Die Tilgungsraten dürfen ein Fünftel der Familieneinkünfte nicht überschreiten und werden bei Arbeitslosigkeit ausgesetzt (CasaPound Italia, o.J.; Di Nunzio / Toscano 2011, S. 54–58). Durch dieses deficit spending sollen die vorgestreckten Mittel langfristig wieder in den öffentlichen Haushalt zurückfließen. Ob dieses Modell einer sozialstaatlichen Volksgemeinschaft eine Zukunft hat, bleibt abzuwarten.

Italien hat eine der niedrigsten Geburtenraten Europas. Auch in der Familienpolitik fordert CPI daher Reformen für erwerbstätige Mütter mit Kindern bis zum sechsten Lebensjahr, propagiert aber nicht deren Rückkehr an den heimischen Herd. Ihre tägliche Arbeitszeit soll von acht auf sechs Stunden bei gleichbleibendem Lohn reduziert werden. Im Vergleich zu anderen rechtsextremen Bewegungen ist die Frauenquote mit 21 Prozent unter den Exponenten von CPI relativ hoch, auch wenn Frauen meist als Tochter, Ehefrau oder Freundin eines politisch relevanteren Mannes in Erscheinung treten. Als Rollenmodell gilt Iannones Ehefrau Maria Bambina Crognale. Sie ist nicht nur Mutter, sondern examinierte Politikwissenschaftlerin mit einem Zusatzstudium der Kommunikationswissenschaft, Chefredakteurin des CPI-Organis Occidentale und gründete 2008 eine eigene Frauenorganisation, die aber wieder aufgelöst wurde.

Soziale Solidarität und Gemeinschaft rangieren ganz oben auf der Werteskala von CPI. Sie engagiert sich mit Suppenküchen für Erdbebenopfer, mit Kleiderkammern für sozial Benachteiligte, mit medizinischer Beratung für Menschen, die sich keinen Arztbesuch leisten können. Ihren meist jungen Mitgliedern vermittelt sie mit Konzerten und Sportangeboten einen antibürgerlichen, kämpferischen Lebensstil.

Wie schon im historischen Faschismus ist die Zahl der Oberschüler und Universitätsstudenten im Vergleich zu anderen westeuropäischen rechten Parteien oder Bewegungen überdurchschnittlich hoch, allerdings auch die Akademikerarbeitslosigkeit. Fraglos ist CPI ein wichtiger mobilisierender Faktor in der italie-



Abb. 6 »Demonstration von Tausenden Mitgliedern und Sympathisanten der rechtsradikalen »CasaPound« am 24.6.2017 in Rom gegen das »Ius Soli«, das in Italien all jenen, die in Italien geboren sind, die italienische Staatsbürgerschaft gewährt. Das Logo der Bewegung zeigt eine Schildkröte als ein Tier, das immer ein Dach über dem Kopf hat. Nach deutlichen Wahlmissserfolgen beteiligt sich CasaPound seit 2019 nicht mehr an Wahlen.«
© picture alliance / NurPhoto / Giuseppe Ciccia

nischen Gesellschaft, auch wenn sich dies nicht in Wahlergebnissen niederschlägt. Mit ihren weit gestreuten Aktivitäten, ihren Netzwerken und ihrer Medienpräsenz mit eigenem Radiosender und Youtube-Kanal beansprucht CPI, den »Faschismus des 21. Jahrhunderts« zu repräsentieren, auch wenn sie derzeit im Windschatten des erfolgreichen Matteo Salvini und seiner Lega segelt.

Ausblick

Genuin populistische Parteien oder Bewegungen zeichnen sich durch drei Merkmale aus:

- **Erstens** durch ihre Transversalität, ihre Ambivalenz und ihre Hybridisierung von linken und rechten Elementen,
- **zweitens** durch ihren transitorischen Charakter als Bewegung, die an Schwungkraft verliert, sobald sie sich institutionalisiert und sich, wie im Falle von CPI, zu einer Bewegung rückbilden kann,
- **drittens** durch ihre breite soziale Streuung, aber mit protestaustösendem Schwerpunkt in den unteren »Volksklassen«. In Italien gehören dazu auch formal höher Gebildete, wenn sie von Akademikerarbeitslosigkeit betroffen sind und in Call Centern oder als Kellner aus einer vorübergehenden Tätigkeit einen Dauererwerb machen müssen.

Unabhängig von länderspezifischen Hintergründen sagen sie dem liberalen Individualismus den Kampf an. Protestbewegungen wie die »Gelbwesten« oder die »Occupy-Bewegung« bleiben wegen ihrer Institutionenfeindlichkeit ein Ferment und überleben sich als eigenständiger Faktor. Oder sie entfalten, wie »CasaPound«, Aktivitäten als soziale und kulturelle Bewegung mit dem Ziel, kulturelle Hegemonie auf anderen Wegen als der Teilnahme an Wahlen zu erreichen.



Abb. 5 »Türsteher« (im Bild Matteo Salvini, Vorsitzender der »Lega«, ehemaliger Innenminister Italiens (2018–2019))
© picture alliance / dieKLEINERT.de / Martin Erl

Atlante Politico (2017): Umfrageergebnisse des Wahlforschungsinstituts der Universität Urbino La Polis. www.demos.it/a01396.php.

Bartlett, Jamie / Birdwell, Jonathan / Froio, Caterina (2012): Populism in Europe: Casapound, London.

Casaleggio, Gianroberto / Grillo, Beppe (2011): Siamo in Guerra, Mailand.

Casapound Italia, Il Progetto Mutuo Sociale, o. J.: www.mutuosociale.org/progetto.html.

Gilioli, Alessandro (30.1.2014): Chi sono gli elettori del Movimento 5 Stelle e di Beppe Grillo. In: L'Espresso.

Grillo, Beppe (2013): 20 punti per uscire dal buio. Nessuno deve rimanere indietro!, [20 Punkte, um aus dem Dunkel herauszutreten. Niemand darf zurückgelassen werden!] <https://s3-eu-west-1.amazonaws.com/materiali-bg/volantinoA4.pdf>.

Grillo, Beppe: Blog www.beppegrillo.it.

Grunberg, Gérard (2019): Les gilets jaunes et la crise de la démocratie représentative. In: Le Débat 2 (204), S. 95–103.

Huyghe, François-Bernard / Desmaison, Xavier / Liccia, Damien (2019): Dans la tête des gilets jaunes, Versailles.

Kitzler, Jan-Christoph (24.3.2014): Italien: CasaPound – Faschismus für das 3. Jahrtausend? In: Bundeszentrale für Politische Bildung, Dossier Rechtsextremismus. www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus.

Koch, Heiko (2013): CasaPound Italia, Münster.



Abb. 8 »Demonstration von Anwohnern mit Unterstützung der rechtsradikalen »CasaPound-Bewegung« zur Verhinderung der Einweisung von 70 Roma / Sinti in ein nahe gelegenes Flüchtlingslager im römischen Vorort »Torre Maura« am 6.4.2019«
© picture alliance / Pacific Press Agency / Patrizia Cortellesa

Koch, Heiko (4.7.2019): »Aus für CasaPound-Partei«, <http://antifra.blog.rosalux.de/aus-fuer-casapound-partei/>

Kraushaar, Wolfgang (2012): Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung, Hamburg.

Pagnoncelli, Nando (2018): Sondaggi elettorali 2018, gli operai (e i giovani) votano M5S. Tra i pensionati primo il Pd, bene FI. <http://www.corriere.it>.

Piper, Nikolaus (20.7.2012): »Wir müssen die Party stören.« Interview mit Occupy-Gründer Kalle Lasn. Süddeutsche Zeitung Magazin.

Priester, Karin (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt / M.

Priester, Karin (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt / M.

Priester, Karin (2018): Bewegungsparteien auf der Suche nach mehr Demokratie: La France insoumise, En marche, die Fünf-Sterne-Bewegung. In: Forschungsjournal soziale Bewegungen, 31 (1–2), S. 60–67.

Tarchi, Marco (2014): Dieci anni dopo. L'Italia populista e il caso Beppe Grillo. In: Quaderni di sociologia, 65, S. 31–49.

Toscano, Emanuele / Di Nunzio, Daniele (2011): Dentro e fuori Casapound. Capire il fascismo del terzo millennio, Rom.

Tronconi, Filippo (Hrsg.) (2016): Beppe Grillo's Five Star Movement: Organisation, Communication and Ideology, London.

Vernet, Henri / de Saint Sauveur, Charles (20.3.2019): Qui sont les Gilets Jaunes? Portrait-robot de ces Français en colère. In: Le Point.



Abb. 7 »Anti-faschistische Demonstration im römischen Vorort Torre Maura am 6.4.2019 gegen die u.a. von »CasaPound« organisierten Demonstrationen zur Verhinderung einer Einweisung von 70 Roma / Sinti ins nahe gelegene Flüchtlingslager. Schließlich brachte die römische Stadtverwaltung die 70 Roma / Sinti in einem anderen Flüchtlingslager unter.«
© picture alliance / Pacific Press Agency / Patrizia Cortellesa

MATERIALIEN

- M 1 Jörg Seisselberg (2019):**
»Fünf-Sterne-Bewegung:
Wandel einer Protestbewegung in
gewohnt drastischer Wortwahl«,
 Deutschlandfunk, 14.10.2019

In Neapel haben Mitglieder und Unterstützer der Fünf-Sterne-Bewegung zwei Tage lang den zehnten Geburtstag der politischen Formation gefeiert. Von ihren Anfängen hat sich die Partei längst emanzipiert. Wie es weitergehen soll, ist umstritten. Über 6.000 Anhänger sind nach Neapel gekommen, um Geburtstag zu feiern. Zehn Jahre haben der »Fünf-Sterne-Bewegung« gereicht, um politisch erwachsen zu werden. Radikal und kompromisslos präsentierte sich die Partei bei ihrer Geburt. Mittlerweile ist die »Fünf-Sterne-Bewegung« stärkste Regierungskraft und Koalitionen sind kein Teufelszeug mehr, sondern Mittel zum Zweck. Parteierfinder Beppe Grillo pries in seiner Geburtstagsrede die Kunst der politischen Veränderung. »Wer sind wir? Es ist unnütz zu glauben, dass wir die gleiche Identität haben, wie vor zehn Jahren. So ist es nicht. Wir sind anders, wir sind innerlich anders. Und das ist ein Moment, den ihr als großartig wahrnehmen müsst.«

Grillo selbst hatte seiner Partei vor Wochen taktische Flexibilität verordnet, als er sich dafür aussprach, Matteo Salvini von der rechten »Lega« als Koalitionspartner zu entsorgen und stattdessen ein Regierungsbündnis mit den ehemaligen Kommunisten des »Partito Democratico«, PD, einzugehen, der PD, der für Grillo und seine Fünf Sterne bis dahin der politische Hauptgegner war. Auf der Geburtstagsveranstaltung kritisierte der Übervater der »Fünf-Sterne-Bewegung« diejenigen, die sich schwerten, die politische Volte der vergangenen Wochen zu verdauen. Wie immer bei Grillo, in gewohnt drastischer Wortwahl. »Und ich will nicht, dass ihr immer dableibt und immer sagt, PD, PD, PD. Diesmal sage ich: »Leckt mich!« zu euch.« »Leckt mich«, war der Slogan mit dem Grillo vor zehn Jahren das politische Establishment in Italien angegriffen und die »Fünf-Sterne-Bewegung« aus der Taufe gehoben hatte. (...) Außenminister Di Maio, als sogenannter »Capo politico« formeller Parteichef, betonte, die »Fünf-Sterne-Bewegung« bleibe eine post-ideologische Partei, für die die Kategorien links und rechts nicht mehr gelten würden. Wie Grillo machte auch Di Maio seine neue Wertschätzung für die Demokratische Partei deutlich. (...)

Di Maio will der »Fünf-Sterne-Bewegung« taktische Beinfreiheit erhalten – und vor allem die innerparteiliche Opposition nicht vergrätzen. Der Anführer der internen Kritiker, der ehemalige Abgeordnete Alessandro Di Battista war den Geburtstagsfeierlichkeiten demonstrativ ferngeblieben.

Der aktuelle Star der »Fünf-Sterne-Bewegung« aber ist weder Grillo noch Di Maio – sondern Ministerpräsident Giuseppe Conte. Das wurde auch in Neapel deutlich, als Conte, offiziell gar nicht Mitglied der Partei, unter Jubel forderte, künftig mehr Steuerhinterzieher ins Gefängnis zu schicken. Da lag wieder etwas vom Gründergeist der Partei in der Luft. Einer Partei, die das Spiel mit populistischen Maximalforderungen nach wie vor beherrscht. Aber in den zehn Jahren ihres Bestehens auch taktische Geschmeidigkeit gelernt hat.

© www.deutschlandfunk.de/fuenf-sterne-bewegung-wandel-einer-protestbewegung-in-795.de.html?dram:article_id=460924



- M 2 »Wahlkampagne von Beppe Grillo, Gründer und Anführer der Anti-Establishment-Bewegung »Fünf-Sterne« in Rom am 23.5.2014.«**
 © picture alliance / ROPI

- M 3 Dominik Straub (2019): »Italiens größte Regierungspartei stürzt ab«, Tagesspiegel, 23.11.2019**

Die Fünf-Sterne-Bewegung hat fast alle ihre Wahlversprechen gebrochen. Die Bewegung von Beppe Grillo weiß offenbar selbst nicht mehr, wofür sie steht. Dass eine Partei an Wahlen teilnimmt und Kandidaten präsentiert, liegt irgendwie in der Natur der Sache, sollte man meinen. Bei den »Grillini« gilt dies nicht mehr: Gestern mussten die eingeschriebenen Mitglieder in einer Internetabstimmung darüber befinden, ob sich die Fünf-Sterne-Bewegung an den im Januar stattfindenden Regionalwahlen in der Emilia-Romagna und in Kalabrien überhaupt noch beteiligen soll.

Der Grund: Die Umfragewerte der »Grillini« sind in beiden Regionen derart katastrophal – bei 4 bis 5 Prozent –, dass sich die Führung der stärksten Partei in der nationalen Regierung gefragt hat, was weniger peinlich sei: eine weitere krachende Niederlage einzustecken oder gleich die weiße Fahne zu hissen.

Besonders augenfällig ist der Absturz der Fünf Sterne in der Emilia-Romagna: Dort in Bologna hatte der Genueser Komiker Beppe Grillo im Jahr 2007 seinen ersten »Vaffa-Day« organisiert, den »Leck-mich-am-Arsch-Tag«. Die Veranstaltung gehört zum bis heute beschworenen Gründungsmythos der »Grillini«: In Bologna begann der kometenhafte, von niemandem für möglich gehaltene Siegeszug der Anti-System-Bewegung.

Erst eroberte das »Movimento 5 Stelle« mittelgroße Städte wie Parma, Imola und Caltanissetta, dann Turin und Rom – und am 4. März 2018 wurde sie bei den Parlamentswahlen mit 32 Prozent der Stimmen stärkste Partei des Landes und zog mit über 300 Abgeordneten und Senatoren ins nationale Parlament ein.

Beppe Grillo war zum Messias der Politikverdrossenen in Italien aufgestiegen. Zu seinen Auftritten, bei denen er gegen die korrupten Politiker vom Leder zog und die traditionellen Parteien als »Krebsgeschwür der Demokratie« bezeichnete, strömten Hunderttausende. Vor allem im armen Süden – seit Jahrzehnten von Machtkartellen aus Alt-Parteien, dubiosen Unternehmern und der Mafia beherrscht – liefen die Wähler in Scharen zu der Protestbewegung über. In vielen Städten und Gemeinden Siziliens, Apuliens und Kalabriens erreichten die Fünf Sterne über 50 Prozent der Stimmen. Doch einmal im Amt mussten die »Grillini« feststellen, dass der Protest gegen das Bestehende als politisches Programm nicht ausreicht. Besonders eklatant ist das Versagen der »5 Stelle« in Rom, das unter der völlig überforderten Bürgermeisterin Virginia Raggi in beängstigender Weise herunterkommt.

Vielen Spitzenvertretern der Bewegung, allen voran dem derzeitigen Außenminister Luigi Di Maio, einem 33-jährigen früheren Sandwich-Verkäufer im Fußballstadion von Neapel, fehlt es an politischer und fachlicher Kompetenz. Hinzu kommt ein eklatanter Mangel an interner Demokratie: Das Sagen haben bis heute Grillo und eine Handvoll weiterer Figuren wie Davide Casaleggio, der Betreiber der Internetplattform der Bewegung. Die Protestbewegung ähnelt mehr einer Sekte als einer demokratischen Partei. Als größte Regierungspartei hat die Fünf-Sterne-Bewegung praktisch alle ihre Wahlversprechen gebrochen. (...) Bei den Europawahlen im Mai 2019 hatte sich der Stimmenanteil der Protestbewegung im Vergleich zu den Parlamentswahlen von 2018 halbiert; bei den Regionalwahlen in Umbrien vor drei Wochen kam sie noch auf 7,4 Prozent.

© www.tagesspiegel.de/politik/fuenf-sterne-bewegung-vor-dem-aus-italiens-groesste-regierungspartei-stuerzt-ab/25260428.html



M 5 »Demonstration der rechtsextremen Bewegung »CasaPound« am 6.10.2018 in Rom gegen unkontrollierte Migration und sozialen Abstieg der Italiener. Die Polizei verhinderte gewalttätige Auseinandersetzungen mit antifaschistischen Gegendemonstranten.« © picture alliance / Pacific Press Agency

M 4 Tobias Jones (2018):
»CasaPound/Rechtsradikalismus:
Tanz den Mussolini«, Der Freitag, 2.3.2018

»Il Duce« ist zurück im politischen Mainstream Italiens. Für die Neofaschisten von CasaPound ist das Erfolg und Problem zugleich. Am Abend des 27. Dezember 2003 brachen fünf Männer in ein riesiges leeres Bürogebäude unweit des Hauptbahnhofs von Rom ein. (...) »Pound« verwies auf den amerikanischen Dichter und faschistischen Evangelisten Ezra Pound. Und schwarz ist die Farbe, die mit ihrem Helden, dem Faschistenführer Benito Mussolini, assoziiert wird. Der Plan war, das Gebäude zu besetzen, um dort einen Radiosender einzurichten: »Radio Bandiera Nera« – Radio Schwarze Flagge. (...) Bis dahin hatte der italienische Mainstream faschistische Revivals als nostalgisch, unkultiviert und aggressiv angesehen. »CasaPound« war anders. Die Bewegung präsentierte sich als vorwärtsgewandt, kultiviert, ja weltoffen. In seiner Jugend hatte sich Iannone »wegen der Faszination für die Symbole« zum Faschismus hingezogen gefühlt. Jetzt mischte er kreativ Passwörter, Slogans und Symbole aus Mussolinis Ventennio, wie dessen zwanzigjährige Herrschaft bezeichnet wurde, und verwandelte sie in Liedtexte, Logos und politische Standpunkte des 21. Jahrhunderts. In einem Land, in dem Stil und Pose von großer Bedeutung sind, war CasaPound Faschismus für Hipster. Es wurde von Gewalt berichtet, aber das machte die Bewegung – für junge Männer, die sich zielloos, an den Rand gedrängt, vielleicht gar ihrer Männlichkeit beraubt fühlten – nur noch attraktiver. Zahlreich kamen sie und zahlten ihre 15 Euro, um Mitglied zu werden. (...) CasaPound entstand Ende der 90er als eine Art Trinkerklub von Mussolini-Bewunderern. Jeden Montagabend traf sich ein Dutzend Männer im »Cutty Sark« und schmiedete Pläne. Dort traf Iannone auch den Mann, der sein Stellvertreter werden sollte, Simone Di Stefano – heute der Kandidat der Partei für die Parlamentswahl. (...) »Wir waren Situationisten, die versuchten, die Leute aufzuwecken«, blickt Di Stefano zurück. (...) Dabei begann die Bewegung eine Politik zu fordern, für die die Linke jede Hoffnung aufgegeben hatte, wie etwa die Renationalisierung der italienischen Bank-, Kommunikations-, Gesundheits-, Transport- und Energiesektoren. Sie konzentrierte sich auf die progressivsten Aspekte von Mussolinis Politik, seine »sozialen Doktrinen« zu Wohnen, Gewerkschaften, Gesundheitspflege und Mindestlohn. Die Rassengesetze von 1938 (die Grundlage für Antisemitismus und Deportation) dagegen seien ein »Fehler« gewesen: CPI bezeichnete sich selbst als

»gegen jede Form der Diskriminierung aus rassistischen und religiösen Gründen oder wegen sexueller Neigung«.

CPIs Fokus auf die Wohnungsnot zog auch Wähler aus der alten Linken an. Das Logo der Partei zeigt eine Schildkröte (ein Tier, das immer ein Dach über dem Kopf hat) und Namensgeber Ezra Pound hat ein Gedicht gegen Miete, die Wucher gleichkomme, und gierige Vermieter geschrieben. Schon ganz früh hängten die CasaPound-Aktivisten Laken aus dem besetzten Gebäude, auf denen gegen Miethöhung und Mietervertreibung protestiert wird. (...) Tatsächlich sind CasaPounds Sprache und Bilder gnadenlos aggressiv. In ihrem Buchladen in Rom »Iron Head« kann man Poster kaufen, auf denen Bürgerkriegs-Rebellen mit automatischen Waffen ZZZ-T-Shirts tragen. Sie spricht von einer Eliteherrschaft derer, die im Schützengraben gedient haben. Der Schildkrötenpanzer erinnert an die Kampfformation der römischen Legionäre. All das macht die Bewegung ausgefallen und eindeutig testosterongeladen: 87 Prozent ihrer Facebook-Anhänger sind männlich und 62 Prozent zwischen 16 und 30. Die Bewegung hält eng und enig zusammen. Im Inneren des Schildkrötenpanzers ist die Verachtung der Radikalen für die Außenwelt fast Kult. (...) Aggressive Führungsstärke war das, wonach sich 2013 viele Italiener sehnten. Das Selbstvertrauen des Landes war in der Krise wie nie zuvor. 2010 lag die Jugendarbeitslosigkeit bei fast 30 Prozent und stieg bis 2015 auf über 40 Prozent. Im gleichen Jahr lebten laut nationalem Statistikamt fast fünf Millionen Italiener in »absoluter Armut«. Der heruntergekommene Zustand vieler Vororte – die fehlende Müllabfuhr war nur sichtbarstes Symptom –, zeugt davon, dass der italienische Staat mancherorts vollkommen abwesend ist.

Innerhalb von 15 Jahren ist die CasaPound so groß geworden, dass ihr anfänglicher Ehrgeiz, als Stimme in der öffentlichen Diskussion akzeptiert zu werden, kein Thema mehr ist. Stattdessen sprechen ihre Anführer davon, den Antifaschismus ganz zu vernichten. Vorbei ist die Zeit, in der man sich spielerisch gab, die Sache jetzt todernst: »Ich bleibe so lange Faschist, wie es Antifaschisten gibt«, sagt Iannone. Der Faschismus sei »die größte Revolution der Welt gewesen, die Vollendung des Risorgimento« (der italienischen nationalen »Wiedererstehung« im 19. Jahrhundert). Für Iannone war Mussolinis Regime »die schönste Zeit dieser Nation«.

© www.freitag.de/autoren/the-guardian/tanz-den-mussolini

M 6 Suzanne Krause / Jürgen König (2019):
»Ein Jahr Gelbwesten-Bewegung:
Vom Kreisverkehr auf die Barri-
kaden«, Deutschlandfunk, 13.11.2019

Vor einem Jahr begannen in Frankreich die Proteste der »Gelbwesten« – gegen den Reformkurs der Regierung, gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Proteste, die auch in Gewalt umschlugen. Gegen die Politik von Präsident Macron gehen weiter Menschen auf die Straßen.

Abends um halb sechs an der Place Paul Verlaine, im Pariser Süden. Gerade haben drei Frauen, allesamt Mitte 50, einen Klapptisch aufgebaut, auf den sie nun Gebäck neben einen Stapel Flugblätter stellen. Die Frauen tragen gelbe Signalwesten, Erkennungszeichen der Gilets Jaunes, der Gelbwesten-Bewegung. Die drei Mitbegründerinnen der Ortsgruppe Paris Sud kommen seit einem guten halben Jahr jeden Freitag, um zu demonstrieren. Véronique, die ihren Nachnamen nicht preisgeben möchte, klammert Poster an einer zwischen zwei Bäumen gespannten Wäscheleine fest: Fotos der Sprüche, mit denen Gilets-Jaunes-Aktivist:innen landauf landab ihre Westen verzieren. Stolz zitiert sie ihre Lieblingssprüche.

»Nehmt die Banker aus und nicht die Arbeiter! Alle gemeinsam verlangen wir die Neuverteilung aller Reichtümer! Monatsende oder Ende der Welt – derselbe Kampf!« Was die Gelbwesten-Bewegung grundsätzlich fordert, hat sich bei den ersten Kundgebungen gegen die Anhebung der Abgaben auf Diesel und Benzin bald herausgeschält und gilt bis heute: mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie: Véronique: »Unser Präsidialsystem lässt es nicht zu, dass das Volk sich zu Wort meldet. Alle fünf Jahre werden wir bei den Wahlen um unsere Stimme gebeten, aber davon abgesehen werden wir, wird das Volk, kaum je erhört. Haben Sie den jüngsten Spruch von Premierminister Édouard Philippe gehört? Er ließ anklingen, dass bei der nächsten Präsidentschaftswahl in jedem Fall erneut Marine Le Pen und Emmanuel Macron aufeinander treffen würden. In dieser Bemerkung schwingt mit, dass die anderen Parteien gar keine Daseinsberechtigung mehr haben. Da haben wir dann aber ein großes Problem, was die politische Pluralität, das Mehrparteiensystem betrifft.«

Nach und nach trudeln weitere Mitstreiter am Stand ein. Pierre Radier hat sich der Gelbwesten-Bewegung gleich zu Beginn angeschlossen, jeden Samstag ist er bei einer Kundgebung auf der Straße, jeden Dienstag bei der Versammlung des Ortsverbands Paris Sud. Staatspräsident Macron, gibt Radier zu, habe zwar einige Konzessionen gemacht, aber das reiche längst nicht aus. »Ja, ich denke, er hat nun auch das Tempo bei seinem Reformkurs etwas gebremst. Vor allem aber ist die französische Gesellschaft in Bewegung gekommen. Speziell die kleinen Leute – dank der Gelbwesten-Bewegung sind sie nun nicht mehr bereit, alles von oben einfach so zu ertragen. Nun reagieren sie und tauschen ihre Ideen aus, in den sozialen Netzwerken, bei Kundgebungen, in Arbeitsgruppen. Viele haben sich so politisiert und werden sich erstmals ihrer Macht bewusst. Die Leute sind etwas weniger resigniert als früher. Und die anderen Bürgerbewegungen, die nun rund um den Globus aufgekommen sind, machen uns hier viel Mut.«

Mit einem Lächeln deutet Pierre Radier auf ein Foto mit dem »Gelbwesten«-Slogan: »Die schlechten Tage werden enden«. Dafür demonstriert er seit nunmehr einem Jahr.

Rückblick: Am 17. November 2018 werden die ersten Kreisverkehre von sogenannten »Gelbwesten« besetzt. Die Proteste setzen sich landesweit fort, werden intensiver, an den Advents-Samstagen kommt es auf den Pariser Champs-Élysées mehrfach zu Gewaltausbrüchen, wie man sie so schon sehr lange nicht mehr erlebt hatte.



M 7 »Am 12.1.2019 protestierten landesweit mindestens 84.000 Gelbwesten gegen Präsident Macrons Pläne zur Kürzung sozialstaatlicher Leistungen. Zeitweise kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen wie hier in Bourges.«
 © picture alliance / MAXPPP

»Es ist das Prinzip der Revolution! Es ist das souveräne Volk! Und eine Revolution geht nicht ohne Gewalt ab, auch wenn ich da nicht mitmache. Wenn wir nichts machen, hört die Regierung einfach nicht zu!«

Staatspräsident Emmanuel Macron schweigt zu alledem – tagelang. Und als er sich am 10. Dezember zum ersten Mal äußert, hält er eine Grundsatzrede an die Nation, in der er die »Gelbwesten« mit keinem Wort erwähnt. »Unsere Nation erlebt einen historischen Augenblick. Mit Dialogbereitschaft, Respekt und gemeinsamen Anstrengungen werden wir vorankommen. Ihr Wohl ist das Wichtigste für mich. Mein gesamtes Wirken soll Ihnen zugutekommen. Unser ganzer Kampf gilt Frankreich.« Bis heute vermeiden es der Präsident und seine Regierung, den Begriff Gilets Jaunes zu verwenden; auch in den Monaten, in denen die »Gelbwesten« das Land in Atem hielten, hat sich die Regierung rückblickend nur selten geäußert und wenn, dann eher allgemein und historisch einordnend. Etwa Premierminister Édouard Philippe bei seiner Regierungserklärung am 12. Juni: »Im November vergangenen Jahres haben wir eine große Wut erlebt. Manche sagen, wir allein hätten sie hervorgerufen. Ich glaube das nicht. Aber das spielt keine Rolle: diese Wut richtete sich zuallererst auf uns, die Regierung und das Parlament. Und in gewisser Weise wurden wir an unser Versprechen erinnert, Arbeitsplätze zu schaffen, Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Wir haben daraufhin tiefgreifende Entscheidungen getroffen, um den Franzosen entgegenzukommen und sie zu beruhigen.«

Diese »tiefgreifenden Entscheidungen« waren Sofortmaßnahmen im Wert von rund zehn Milliarden Euro, darunter die Rücknahme der Ökosteuer auf Treibstoffe – ursprünglich Auslöser der Proteste –, eine staatlich finanzierte Erhöhung des Mindestlohns um 100 Euro monatlich, Steuerbefreiung für Arbeitgeberprämien und Überstunden, finanzielle Entlastungen für Rentner, die über weniger als 2.000 Euro monatlich verfügen.

»Beruhigen« konnte die Regierung die Demonstrierenden mit ihren Maßnahmen nicht. Die Forderungen der »Gelbwesten« zielten immer grundlegender auf die Aufhebung sozialer Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten.

© www.deutschlandfunk.de/ein-jahr-gelbwesten-bewegung-vom-kreisverkehr-auf-die.724.de.html?dram:article_id=463335

Wie lässt sich das Phänomen des Populismus bestimmen? In seinen vielschichtigen Formen fällt es nämlich zunehmend schwer, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Mit Sicherheit gibt es keine konsistente Ideologie – womit es eher ein Syndrom, als eine Doktrin wäre. Gleichzeitig lässt sich eine Ideologie des Antagonismus beobachten, die von einem »reinen Volk« und einer »korrupten Elite« ausgeht.

Das Ergebnis des britischen Referendums zum Austritt aus der EU (Brexit) und der Sieg des US-amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump haben dem Thema »Populismus« erneut Auftrieb gegeben. Der Begriff bezeichnet rechte oder linke Anti-Establishment-Parteien, die sich gegen die herrschende »Machtelite« (C. Wright Mills) in Wirtschaft, Politik und Kultur richten. Unter Populisten galt »Populismus« lange als stigmatisierende Fremdzuschreibung. Der populistische Gouverneur von Alabama, George C. Wallace, erklärte in den 1960er Jahren, der Begriff sei nur das hochgestochene Gewäsch von Pseudointellektuellen, die ihm schaden wollten. Erst in jüngerer Zeit haben Linkspopulisten wie Jean-Luc Mélenchon (Vorsitzender der französischen sozialistischen »Parti de Gauche«) oder Pablo Iglesias (Generalsekretär der 2014 gegründeten linkspopulistischen Partei »Podemos« in Spanien), Beppe Grillo von der italienischen »Fünf-Sterne-Bewegung« (M5S) oder der »Front National« (heute »Rassemblement National«) das Stigma in eine positiv konnotierte Selbstbezeichnung umgekehrt: Ja, sie seien Populisten und stolz darauf.

Während diese wichtigen Aspekte nach Auffassung der fragestellten Fraktion leider immer wieder vernachlässigt werden, gibt es aktuell einen primären Fokus auf die rein militärischen Maßnahmen. Diese Reduktion auf ein Thema bringt eine Reihe von Problemen und Risiken und verliert künftige Herausforderungen, wie die Auswirkungen des Klimawandels und damit weltweit zunehmendes Konfliktpotential aus dem Blick. So zeigen beispielsweise die Erfahrungen aus den Militäreinsätzen der letzten Jahrzehnte, dass Konflikte sich nicht mit militärischen Mitteln lösen lassen. Im besten Fall schaffen sie die Grundlage, um an einem Frieden arbeiten zu können, sie können aber Konflikte nicht abschließend befrieden. Eine kluge Außen- und Sicherheitspolitik nimmt deshalb vor allem nachhaltige, politische und zivile Antworten, die gezielt und effektiv die komplizierten Ursachen von Konflikten angehen, in den Blick.

Es gibt keine konsistente Ideologie mit unverwechselbaren Elementen, die ein kohärentes Ganzes bilden, sondern nur ein aus wenigen Kernelementen bestehendes Narrativ. Populismus, so Peter Wiles, sei ein Syndrom, keine Doktrin. Da aber in der Öffentlichkeit bündige Minimaldefinitionen gefragt sind, wird die Polarisierung und Moralisierung von Politik als kleinster gemeinsamer Nenner des Phänomens bestimmt. Der niederländische Politikwissenschaftler Cas Mudde definiert Populismus als »eine Ideologie, die davon ausgeht, dass die Gesellschaft in zwei homogene, antagonistische Gruppen getrennt ist, das »reine Volk« und die »korrupte Elite«, und die geltend macht, dass Politik ein Ausdruck der *volonté générale* oder des allgemeinen Volkswillens sein soll.« Ähnlich auch Jan-Werner Müller: »Populismus [...] ist eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen.« Populisten berufen sich aber nicht auf die »moralische Reinheit« des Volkes, sondern auf den gesunden Menschenverstand (»common sense«) der »guten, anständigen, patriotischen, hart arbeitenden, gesetzestreu Menschen« (Nigel Farage). (...)



M 9 »Gelbwestenprotest auf den Champs Élysées in Paris am 15.12.2018«

© picture alliance / Geisler-Fotopress

Angst vor Statusverlust, Zukunftsunsicherheit, die wachsende Kluft zwischen arm und reich oder Verteilungskonflikte auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt zwischen Autochthonen und Immigranten lassen sich nicht mehr als Gegensatz zwischen rechts und links abbilden, sondern erscheinen als Konflikt zwischen Volk und Eliten. Zentral zum Verständnis von Populismus ist daher die Frage nach dem Zugang zur Macht: Im Prinzip lehnen Populisten intermediäre Instanzen (vor allem Parteien und mediale Bildungseliten) zwischen dem Volk und der Macht ab, da diese den wahren Volkswillen verfälschten und nur ihre Sonderinteressen im Auge hätten. In der Praxis organisieren sie sich aber in Parteien und nehmen an Wahlen teil. (...)

Zeitdiagnostiker sprechen von einer neuen epochalen Trennlinie (»cleavage«) zwischen erstarkendem Nationalismus und liberaler Weltoffenheit. Näher betrachtet überlagern sich aber vier Konfliktlinien: ein Konflikt zwischen materieller und postmaterieller Werteorientierung, ein Konflikt zwischen repräsentativer und direkter Demokratie, ein Identitätskonflikt zwischen Nativismus und Kosmopolitismus sowie ein Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie. Rechtspopulisten machen auch geltend, die Diskriminierung ethnischer und sexueller Minderheiten oder Frauen stünde einseitig im Zentrum der Aufmerksamkeit, während die soziale Benachteiligung großer Teile der Bevölkerung übergangen würde.

Die soziale Ungleichheit hat unter der Hegemonie des Neoliberalismus zugenommen; die Schere zwischen arm und reich ist weit auseinandergegangen. Das »dealignment«, d. h. die Abkehr des unteren sozialen Segments (ehemalige Industriearbeiter, junge Arbeitslose, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden, kleine Selbstständige) von den Linksparteien hat zu einer Unterschichtung rechtspopulistischer Parteien geführt. Sie übernehmen die Funktion eines Fürsprechers bzw. Advokaten, die lange Zeit die Linke innehatte. Populisten richten sich aber nicht an eine bestimmte soziale Klasse oder Schicht, sondern an die Vergessenen (die »forgotten men«), die »einfachen Menschen« (plain people), die »schweigende Mehrheit«, die »ganz normalen Leute«, die nicht nur mit drohendem Statusverlust, sondern mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Missständen (aufgeblähte, aber ineffiziente Bürokratie, Korruption, mangelhafte Infrastruktur) konfrontiert sind.

© www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240833/das-syndrom-des-populismus

8. Politisch motivierte Gewalt: Gefahrenpotentiale, Wechselwirkungen und Interaktionen

UWE BACKES

Das Bundeskriminalamt erfasste im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2018 185.377 Gewaltdelikte. Der politisch motivierten Kriminalität wurden im gleichen Zeitraum insgesamt 3.366 Taten zugerechnet. Das sind weniger als zwei Prozent. Mit anderen Worten: Die Wahrscheinlichkeit, als »Durchschnittsbürger« Opfer einer Gewalttat zu werden, ist im Bereich der Allgemeinkriminalität mehr als fünfzigmal so hoch wie bei der politisch motivierten. Die hohe öffentliche Aufmerksamkeit, die politisch motivierte Gewalttaten vielfach erfahren, erklärt sich meist weniger aus ihren demokratiegefährdenden Wirkungen als aus der Angst vor unbekannten Risiken, dem Mitleid mit den Opfern und der Empörung über die damit verbundene Verletzung der demokratischen Gesellschaft und ihrer fundamentalen Werte. Fatalerweise erreichen Terroristen ihre Ziele (Destabilisierung durch Angst und Schrecken) umso eher, je höher die Wogen der Erregung schlagen. Die Bluttaten eines offenbar psychopathischen Fremdenhassers in Hanau (Februar 2020) und der islamistische Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz (Dezember 2016) forderten, so sehr sie sich in der Motivation der Täter und der Art der Tatausführung auch unterschieden, eine ähnlich hohe Zahl von Todesopfern und lösten mediale Erregungswellen aus, die bei vielen Bürgern den Eindruck erweckten, Staat und Gesellschaft seien in ihren Grundfesten erschüttert. Dabei dürfte unter professionellen Beobachtern Einigkeit darüber bestehen, dass von kalkulierten politischen Mordtaten zwar gravierende Herausforderungen für die innere Sicherheit und erhebliche Gefahren für Leib und Leben exponierter Zielgruppen ausgehen, der Konsolidierungsstand des demokratischen Verfassungsstaates durch sie unmittelbar aber weit weniger gefährdet ist als durch mögliche Überreaktionen.

Proportionen politisch motivierter Gewalt in Deutschland

Zudem wäre es unangemessen, eine Betrachtung zur politisch motivierten Gewalt auf terroristische Attentate zu beschränken. Es bedarf einer Differenzierung nach Themenfeldern, Begehungsw

Member State	Jihadist terrorism	Ethno-nationalist and separatist terrorism	Left-wing terrorism	Right-wing terrorism	Not specified	Total
Austria	35	1	-	-	-	36
Belgium	76	4	-	-	-	80
Bulgaria	1	-	-	-	-	1
Czechia	1	-	5	-	1	7
Denmark	5	-	-	-	1	6
Finland	1	-	-	-	-	1
France	123	18	-	-	-	141
Germany	38	2	-	17	-	57
Greece	-	-	33	-	-	33
Hungary	2	-	-	-	1	3
Italy	15	-	-	-	-	15
Lithuania	-	-	-	-	10	10
The Netherlands	32	-	-	5	-	37
Slovenia	1	-	-	-	-	1
Spain	68	40	8	-	4	120
Sweden	1	-	-	-	-	1
United Kingdom*	-	-	-	-	115	115
Total	399	65	46	22	132	664

* The data provided by the UK was not broken down by type of terrorism and is therefore marked as 'Not specified' and not included in the numbers below.

Abb 1 »Vollendete, fehlgeschlagene und vereitelte Terroranschläge in den EU-Staaten« (2018): in: Europol (Hrsg.) (2019): European Union Terrorism Situation and Trend Report 2019, Den Haag, S. 72 © Europol

weisen und Motiven politischer Gewalt. Was die Tatspezifik angeht, so dürfte unstrittig sein, dass von langer Hand geplante und gezielt ausgeführte Gewaltschläge ein höheres Gefährdungspotential bergen als mehr oder weniger spontane Übergriffe. Wo Deutschland im Blick auf die erstgenannte Kategorie rangiert, verrät ein Blick in den »Terrorism and Situation Trend Report« der Polizeibehörde der Europäischen Union (Europol) in Den Haag. Bezogen auf die Gesamtzahl der in Abb 1 erfassten terroristischen Anschläge (vollendet, fehlgeschlagen oder vereitelt) rangierte Deutschland im Bericht für das Jahr 2018 (wie in den Vorjahren) mit lediglich zwei Terroranschlägen im unteren Segment der Skala. An der Spitze lag Großbritannien (60), gefolgt von Frankreich (30). In beiden Ländern wurden die meisten Terroranschläge im Bereich des ethnonationalistisch-separatistischen Terrorismus registriert, der in Deutschland in der Kategorie »Ausländerextremismus« (Kurden) und in den Vorjahren eine (weitaus geringere) Rolle spielte. Anders als in früheren Berichten wurden 2018 für Deutschland im Bereich des islamistischen Terrorismus / Dschihadismus Anschläge erfasst (2), nicht jedoch auf den Feldern des Rechts- und Linksterrorismus. Dies ist wesentlich die Folge einer anspruchsvollen Terrorismusdefinition, die das Phänomen mit einer arbeitsteiligen Gruppenstruktur und strategisch-planerischem Vorgehen verknüpft. Jedoch gewänne man kein realistisches Bild, konzentrierte man sich nur auf diese »Spitze des Eisberges« unter Missachtung der großen Masse dessen, was sich »unter der Wasseroberfläche« befindet.

Rechts motivierte Gewalt

Die Gefahr des Rechtsterrorismus wurde lange unterschätzt, obwohl das Phänomen die Sicherheitsbehörden in der alten Bundesrepublik seit den 1970er Jahren (vor allem in Gestalt eines militanten »Neonationalsozialismus«) begleitete. Mit der Aufdeckung des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) im November 2011 trat eine Bedrohung ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit, die seit 9/11 vor allem mit dem islamistischen Dschihadismus verknüpft worden war. Dabei bewegte sich die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten seit der deutschen Vereinigung auf hohem Niveau. Meist handelte es sich um fremdenfeindliche Gewalttaten mit geringem organisatorisch – strategischen Vorlauf. Auch von den 1.088 (2017: 1.054) rechtsextremistischen Gewalttaten, die im Rahmen des polizeilichen Erfassungssystems »Politisch motivierte Kriminalität« im Jahr 2018 im Phänomenbereich »rechts« registriert wurden, entfielen weniger als fünf Prozent auf Sprengstoffanschläge, Raubüberfälle oder Erpressung – Delikte, die in der Regel ein höheres Maß an Planung und Vorbereitung erfordern. Die weitaus meisten Gewalttaten (etwa 86 Prozent) waren Körperverletzungen unterschiedlicher Schwere – mit weitem Abstand gefolgt von überwiegend im Demonstrationsgeschehen verübten Gesetzesbrüchen. Der bereits sehr hohe Anteil der – meist spontan, nicht selten unter Alkoholeinfluss verübten (Backes u.a. 2019) – fremdenfeindlichen Übergriffe stieg weiter (auf ca. 75 Prozent), während der Prozentsatz der Konfrontationsdelikte »gegen Linke« etwas höher als im Vorjahr (gut 12 Prozent) ausfiel. Besondere Aufmerksamkeit verdient die erhebliche Zahl der Tötungsdelikte, die meist infolge entfesselten Gewalteinsatzes in unmittelbarem Kontakt mit dem Opfer verübt werden. Ihre genaue Zahl ist umstritten. Nach umfangreichen Recherchen korrigierte das Bundesinnenministerium die offizielle Ziffer der von Rechtsextremisten im Zeitraum 1990 bis 2018 Getöteten nach oben auf 83. Der Berliner Journalist und Rechtsextremismusexperte Frank Jansen ging dagegen von etwa 150 Todesopfern im gleichen Zeitraum aus (Jansen 2018). Die Zahl der vom Bundeskriminalamt erfassten »Attacken auf Asylunterkünfte«, die im Jahr der »Flüchtlingskrise« (2015) nach



Abb. 3 »Zahlreiche Menschen liefen während eines Trauermarsches am 21.2.2010 vom Tatort Heumarkt zum Tatort Kurt-Schumacher-Platz in Hanau und hielten dabei Fotos der 11 Opfer in den Händen. Bei einem rassistischen Anschlag hatte ein 43-jähriger Deutscher im hessischen Hanau wahllos 11 Menschen mit Migrationshintergrund und sich selbst erschossen.«
© picture alliance/Nicolas Armer/dpa

oben geschwunden war, ging zurück – von 313.2017 auf 150.2018. Die Verfassungsschutzbehörden beobachteten Ende 2018 etwa 12.700 Personen als »gewaltorientierte Rechtsextremisten«. Zu ihnen zählte auch ein (kleinerer) Teil der »Reichsbürger« und »Selbstverwalter«, bei denen die Polizei zahlreiche Waffen sicherstellte. Noch mehr Anlass zur Sorge gaben militante »Neonationalsozialisten« wie die Gruppe »Nordadler«, gegen die die Bundesanwaltschaft wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelte. Sie habe Anschläge auf politische Gegner geplant. Ebenfalls neonationalsozialistisch orientiert war die im Dezember 2016 gegründete umfassende »Kameradschaft Aryans«. Deren etwa 15 Mitglieder (in Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt) hatten sich zum Ziel gesetzt, der »Ausrottung des Deutschen Volkes«, wie sie die Bundesregierung betreibe, mit Waffengewalt entgegenzutreten. Durchsuchungen förderten eine Anzahl von Hieb-, Stich- und Schreckschusswaffen sowie Armbrüste und Pyrotechnik zutage. Aufmerksam beobachteten die Sicherheitsbehörden verstärkte Aktivitäten im Bereich des Kampfsports sowie die Bildung von »Bürgerwehren«, die sich in einigen Städten und Landkreisen als selbsternannte Schutztruppe formierten. Zehn Tage nach den rechtsextremistischen Ausschreitungen in Chemnitz (Ende August 2018 nach dem Tod eines jungen Deutschen infolge einer Messerattacke; ein syrischer Flüchtling wurde für die Tat im August 2019 wegen Totschlags und gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe verurteilt) ging die Polizei gegen Personen vor, die in einer städtischen Parkanlage »Kontrollen« durchgeführt, u.a. eine Gruppe aus Deutschen und Ausländern eingekreist und dabei einen Iraner mit einer Glasflasche verletzt hatten. Nach der Festnahme der 15 Verdächtigen stellte sich heraus, dass einige von ihnen eine rechtsterroristische Vereinigung namens »Revolution Chemnitz« gebildet hatten, um zielgerichtet gegen Fremde und Andersdenkende (auch führende Vertreter politischer Parteien) vorzugehen und auf diese Weise einen Umsturz vorzubereiten. Die Verdächtigen rekrutierten sich laut Bundesanwaltschaft aus der Hooligan-, Skinhead- und Neonazi-Szene im Raum Chemnitz. Als »Bürgerwehr« verstanden sich auch die nach finnischem Vorbild gegründeten, u.a. in Bayern aktiven »Soldiers of Odin«, gegen deren harten Kern im Februar 2020 Haftbefehle ergingen. Laut Bundesanwaltschaft plante die im September 2019 entstandene Gruppe Anschläge gegen Politiker, Asylsuchende und Muslime, um die Bundesrepublik von innen zu destabilisieren. Die Feindbilder militanter Rechtsextremisten haben sich gewandelt. Neben den Antisemitismus ist die Muslimfeindlichkeit

Delikte	2016	2017	2018
Tötungsdelikte	19	4	6
Sprengstoffanschläge	10	5	0
Brandanschläge	113	42	11
Körperverletzungen	1.313	904	938
Raubüberfälle	16	3	14
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	97	60	88
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	13	13	12
Freiheitsberaubung	2	2	2
Erpressung	16	21	17
Sexualdelikte	1	0	0
Gewalttaten insgesamt	1.600	1.054	1.088

Abb. 2 »Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, 2016–2018«
© Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2019): Verfassungsschutzberichte, Berlin 2016–2018

als zentrales Motiv getreten. Als Vorbild fungiert der norwegische Rechtsterrorist Anders Behring Breivik, der sich in einem 1.500-Seiten-Manifest in die Tradition der christlichen Kreuzritter (Symbol: das Georgskreuz des Templerordens) im Kampf gegen die »islamische Gefahr« (bei den »Identitären«: »Reconquista«) stellte und damit gleichsam den Fehdehandschuh aufgriff, den Osama Bin-Laden der »westlichen Welt« um die Ohren schlug. Er machte den »kulturellen Marxismus« mit der Verbreitung des »Multikulturalismus« als Hauptverursacher der »Kolonisierung« (Berwick 2011: 4f.) Europas durch den Islam aus. Die von ihm propagierte neue integrative Ideologie besteht aus: »Monokulturalismus«, »Moral«, »Kernfamilie«, »freier Markt«, »Unterstützung für Israel und die christlichen Verwandten im Osten«, »Recht und Ordnung« sowie »Christentum«. Der Islam sei als politische Ideologie zu entlarven. Der antisemitische Attentäter von Halle konnte sich bei der Wahl seines Anschlagzieles (eine Synagoge) folglich nicht auf Breivik berufen. Die geistige Brücke zwischen dem alten antisemitischen Rechtsterrorismus und dem neuen muslimfeindlichen stand dagegen im Zentrum des Manifests des Christchurch-Attentäters Tarrant Brenton: der »große Austausch«, die von den französischen Schriftstellern Jean Raspail und Renaud Camus entfaltete und von der »Identitären Bewegung« verbreitete Dystopie einer Invasion Frankreichs und Europas durch Nichteuropäer, systematisch begünstigt und herbeigeführt durch »volksverräterische« Eliten. Einerseits fordert Brenton die Deportation der »bereits auf unserem Boden lebenden Eindringlinge« (Brenton 2019: 4) und legitimiert Attentate gegen »Invasoren«, um »eine Atmosphäre der Furcht und des Wandels zu schaffen, die zu drastischer, machtvoller und revolutionärer Aktion drängt«. Andererseits nimmt er den inneren Feind ins Visier, die Propheten des »Multikulturalismus«, die das Gegenteil der von ihm propagierten »öko-faschistischen« »Monokultur« anstreben. Brenton und Breivik stimmen in folgendem Punkt überein: Feind Nr. 2 seien all jene, welche die »Invasion« ermöglichten. Der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (Juni 2019) passt in dieses Muster. Gleiches gilt für die kursierenden Todeslisten mit Repräsentanten des öffentlichen Lebens in Deutschland.

Links motivierte Gewalt

Linksterrorismus begleitete die Geschichte der alten Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre. Er verlor nach der Selbstauflösung (1998) der »Roten Armee Fraktion« (RAF), die seit ihrer Entstehung Ende der 1960er Jahre mehr als 30 Morde begangen hatte, aber stark an Bedeutung. Von den 1.010 (2017: 1.648) linksextremistischen Gewalttaten, welche die Sicherheitsbehörden im Jahr 2018 erfassten, entfielen nur wenige auf Deliktgruppen (Sprengstoffanschläge, Raubüberfälle, Erpressung), die auf umfangreiche Planungen und Vorbereitungen hindeuten. Tötungsdelikte (meist unvollendet) sind weitaus seltener als im Bereich der rechts motivierten Gewalt und stehen oft im Zusammenhang mit potentiell lebensbedrohlichen Einwirkungen aus größerer Distanz (Schüsse mit Zwillen, »Entpflastern«, »Molotowcocktails«). Die starken Schwankungen der Fallzahlen von Jahr zu Jahr erklären sich aus dem hohen Anteil der im Demonstrationsgeschehen verübten Gewalttaten. Ihre Zahl ist somit stark »eventabhängig«. Hatten die G20-Ausschreitungen in Hamburg (Juli 2017) die Statistik linksextremer Gewalt in die Höhe schnellen lassen, ging die Zahl der polizeilich erfassten Gewaltdelikte im Phänomenbereich

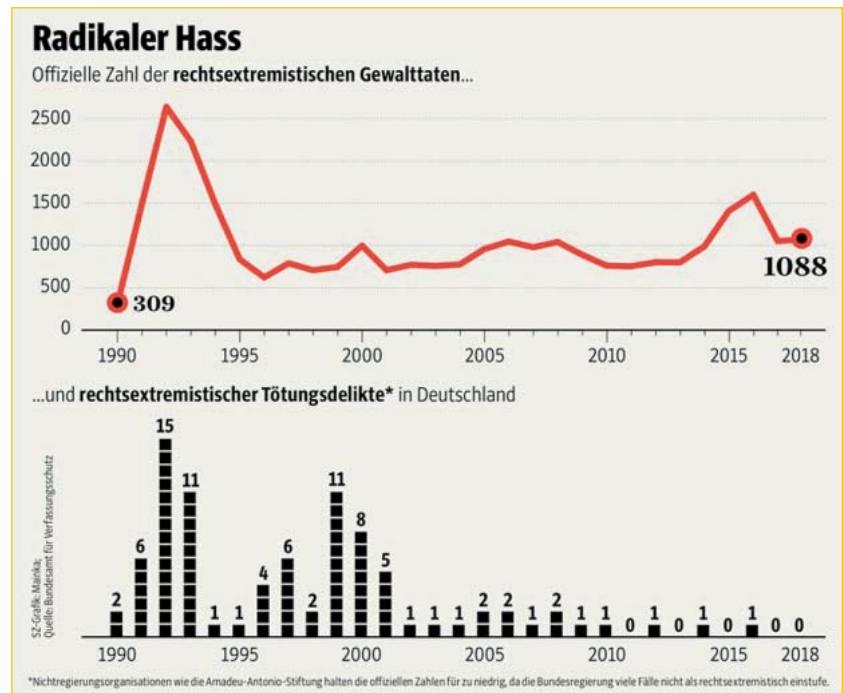


Abb. 4 »Rechtsextremistische Gewalttaten in Deutschland 1990–2018«, SZ 22.2.2020, S. 1

© SZ-Grafik, Süddeutsche Zeitung

»links« mit »extremistischen« Bezügen im Jahr darauf um mehr als ein Drittel zurück. Nicht nur die Zahl der (meist im Demonstrationsgeschehen verübten) Landfriedensbrüche und Widerstandshandlungen, sondern auch die der Körperverletzungen und Brandanschläge sank.

Die Verfassungsschutzbehörden bezifferten die Zahl der »gewaltorientierten Linksextremisten« Ende 2018 wie im Vorjahr auf 9.000. Unter ihnen stellten die »Autonomen« wie in den Vorjahren das bei weitem größte Potenzial. Der meist dezentral, vorwiegend in Groß- und Universitätsstädten (»Hotspots«: Berlin und Leipzig), oft um »Autonome Zentren« gruppierten Szene wurden rund 7.400 Aktive zugerechnet, deren einigendes Band in der Befürwortung des »Widerstands« gegen das politisch-ökonomische System besteht, eng verknüpft mit Feindbildern und Motiven aus linksrevolutionären Deutungstraditionen teils kommunistischen (Antikapitalismus, Antifaschismus, Antiimperialismus), teils anarchistischen Ursprungs (Organisationsskepsis, Theoriescheu).

Delikte	2016	2017	2018
Tötungsdelikte	6	3	0
Sprengstoffanschläge	7	5	1
Brandanschläge	134	145	108
Körperverletzungen	638	499	363
Raubüberfälle	23	12	19
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	341	919	466
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	50	63	48
Freiheitsberaubung	1	0	1
Erpressung	1	2	4
Sexualdelikte	0	0	0
Gewalttaten insgesamt	1.201	1.648	1.010

Abb. 5 Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund, 2016–2018

© Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzberichte, Berlin 2017–2018.

Neben dem Thema Antirepression rückte der Klimawandel in den letzten Jahren ins Zentrum des Protestgeschehens und der Versuche »autonomer« Einflussnahme. Der vom Braunkohletagebau bedrohte Hambacher Forst zwischen Köln und Aachen wurde zum Symbol einer »verfehlten Energie- und Klimaschutzpolitik«. Angesichts der bevorstehenden Abholzung von Teilen des Waldes spitzte sich die Lage im September/Oktober 2018 zu, als Waldbesetzer gegen Räumungsversuche der Polizei Stahlkugeln, Steine und Wurfbrandsätze zum Einsatz brachten. Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden bestand die Waldbesetzer-Szene zu einem erheblichen Teil aus autonomen und gewaltbereiten Linksextremisten, die mehrheitlich aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland angereist waren.

Aus dem harten Kern dieser mobilen Militanten kommen mitunter – meist folgenlos – Aufrufe zur Tötung politischer Gegner (Goertz/Goertz-Neumann 2017: 206f.). An Vorbildern im Ausland (wie den griechischen Feuerzellen, die im März 2017 eine Paketbombe an den damaligen deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble versandten) fehlt es nicht. Auch der »Unabomber« Ted Kaczynski (USA) mit seinem radikal-ökologischen Manifest gegen das »industrielle System« (Kaczynski 1995) hat vor dem Hintergrund wütender Anklagen angesichts der Klimakrise vermehrt Beachtung gefunden. Ein Stück in diese Richtung ging die »Vulkangruppe OK / Fridays for Future im Generalstreik«, die im September 2019 zeitweilig das Kabelnetz der Berliner S- und Regionalbahn lahmlegte. Seit langer Zeit bildet der Antifaschismus eine zentrale Legitimationsressource militanter Linksextremisten. Der Faschismus als Feind Nr. 1 wird in seinem Definitionsbereich so weit gefasst, dass er das »kapitalistische System« mit seinen ökonomischen und politischen Repräsentanten umgreift, die – wenn nicht selbst faschistisch – den Faschismus doch hervorbringen und nähren, zumindest aber »auf



Abb. 7 »Ende Gelände Aktionswochenende in der Lausitz, Brandenburg. Proteste von Kohlegegnern im Braunkohlrevier. Teilnehmer des Antikohlebündnisses »Ende Gelände« blockierten Kohlebahngleise nahe dem Dorf Koppatz am 30.11.2019«
© picture alliance / Andreas Franke

dem rechten Auge blind« seien (Fischer 2018). Auf diese Weise ist das antifaschistische Engagement mit anderen zentrale Aktionsfeldern (Antikapitalismus, Antirepression, Antigentrifizierung, Antiimperialismus) eng verknüpft.

Die Erfahrung mit dem RAF-Terrorismus hat in Deutschland (und anderen Ländern mit verwandten Gruppierungen) dazu geführt, dass militante Linksextremisten auf den »Kommenden Aufstand« (wie ein weit verbreitetes, aus Frankreich stammendes Manifest betitelt ist; Unsichtbares Komitee 2010) hinarbeiten, ohne auf die Tötung von »Faschisten« und Systemrepräsentanten zu setzen, auch weil dies die Sympathien aufgeschlossener Bevölkerungsgruppen kosten würde. Härte im Umgang mit der Polizei wird nicht selten als legitime Gegenwehr angesichts eines zu Überreaktionen neigenden Staatsapparates deklariert. Körperliche Übergriffe auf Personen (wie Anfang November 2019 in Leipzig, wo allem Anschein nach Autonome aus Connewitz in die Wohnung der Mitarbeiterin einer Immobilienfirma eindringen und sie mit Faustschlägen ins Gesicht verletzten) werden meist von Gewaltbegrenzungsdiskursen begleitet. Im Szenejargon: »Falls ihr mal Aldi oder Lidl attackieren wollt, besucht ihr dann eine Kassiererin daheim? Die unterstützt ja auch das Schweinesystem und hat genauso viel Einfluss auf die Geschäftsentscheidungen wie euer letztes Opfer« (Indymedia). Solche Mahnungen nahm die »Antifa Connewitz« im bekannten Leipziger Szeneviertel kaum ernst, wenn sie im Vorfeld der sächsischen Landtagswahl 2019 zur Jagd auf AfD-Funktionäre blies, deren Adressen veröffentlichte und stolz bekannt gab, der eigene Stadtteil sei ein »brandgefährliches Pflaster für Faschisten und Faschistinnen aller Art« und werde es bleiben. Gemeldet wurde u. a., man habe das Auto eines für die AfD kandidierenden Ehepaars »vor der Haustür abgeackelt«. Dem »Gründungsmitglied« einer AfD-Unterorganisation wurden die Reifen des parkenden Fahrzeugs zerstoßen. Andere »Antifas« zerschlugen einem als selbstständiger Handwerker tätigen AfD-Stadtrat

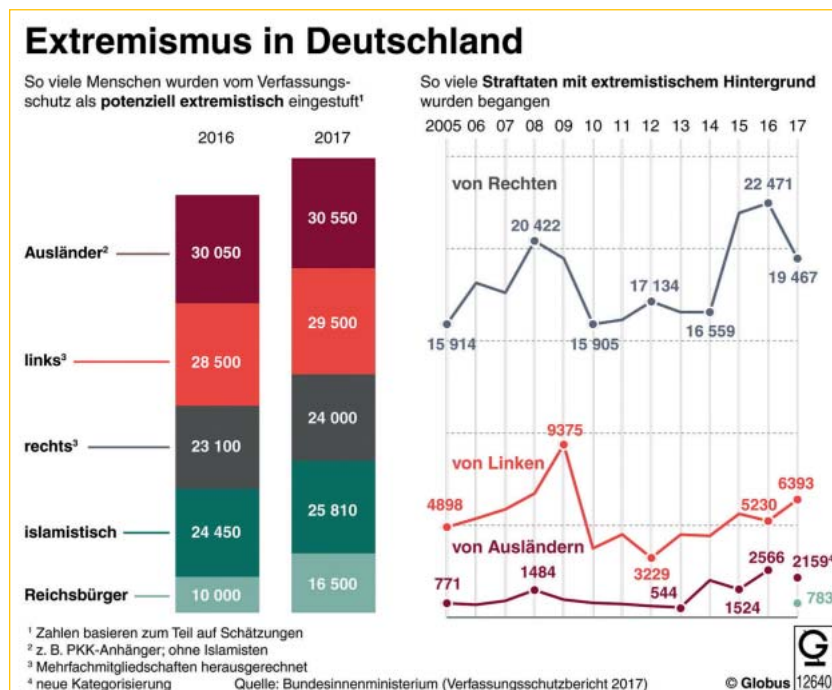


Abb. 6 »Extremismus in Deutschland im zeitlichen Vergleich, Stand 10.8.2018«

© picture-alliance / dpa-infografik

die Scheiben seiner Werkstatt. Die Erfolgsmeldung endete mit den Parolen »wir kriegen euch alle« und »Leipzig bleibt rot!« – veröffentlicht im Internetforum »Indymedia«, dessen Unterstützer erfolglos den Klageweg gegen das 2017 verhängte Vereinigungsverbot beschritten.

Militanter Islamismus / Dschihadismus

Das von dschihadistischen Netzwerken ausgehende Terrorismusrisiko wurde in den Jahren 2018 und 2019 unverändert hoch eingeschätzt, obwohl Anschläge von der Art des Breitscheidplatz-Attentats ausblieben. Das Bundeskriminalamt nannte Ende 2019 neun Anschlagversuche, die seither vereitelt worden seien. Besondere Aufmerksamkeit galt Personen, die im Verdacht standen, in Verbindung zu ausländischen Terrororganisationen wie dem »Islamischen Staat« (IS) zu stehen. Den Sicherheitsbehörden lagen Erkenntnisse zu 1.050 Islamisten vor, die nach Syrien und in den Irak gereist waren. Anfang November 2019 zählten die Sicherheitsbehörden 679 »Gefährder«, Personen, die zum Teil mit Kampferfahrung nach Deutschland zurückgekehrt waren und als potentielle Terroristen galten. Statistisch blieb die von Islamisten in Deutschland verübte Gewalt allerdings weit hinter der von Rechts- und Linksextremisten zurück.

Die Verfassungsschutzbehörden beobachteten vor allem den anhaltenden Anstieg der Anhänger salafistischer Gruppen (Ende 2018: 11.300) mit Sorge, da viele Ausreiser und in Deutschland wegen geplanter Anschläge Festgenommene in derartigen Gruppen aktiv gewesen waren. Allerdings bildeten die radikal-sunnitischen Salafisten keine monolithische Einheit. Dies zeigten etwa die IS-Morddrohungen gegen *Pierre Vogel*, nachdem sich der bekannte salafistische Prediger im November 2015 von dschihadistischen Attentaten in Europa distanziert hatte.

Die vergleichsweise kleine Zahl islamistischer Gewalttaten erklärt sich zum erheblichen Teil aus der geringeren Resonanz militanter Islamisten in sozialen Bewegungen. Daher kommt dem Demonstrationsgeschehen mit gewaltsamen Konfrontationen weit geringere Bedeutung zu. Für Dschihadisten und militante Salafisten sind militante Linke und Rechte in der Regel Teil einer größeren Feindgemeinschaft, die durch ihren Unglauben, ihre



Abb. 9 »Opfergedenken am Breitscheidplatz in Berlin. Am 19. Dezember 2016 hatte der islamistisch motivierte Tunesier Anis Amri auf dem Weihnachtsmarkt mit einem Lastwagen 11 Menschen ermordet und zahlreiche andere Weihnachtsmarktbesucher teils schwer verletzt.« © picture alliance / Winfried Rothermel

gotteslästerlichen Ansichten und Lebensweisen gekennzeichnet ist, »nicht-rechtgläubige« Muslime eingeschlossen. Dagegen scheint »der Faschismus« bislang für viele Dschihadisten kein spezifisch zu bekämpfendes Phänomen zu sein. Bezeichnenderweise kann der Radikalisierungsforscher *Fathali M. Moghaddam* die Wirkung dschihadistischer Anschläge auf muslimfeindliche Gruppen überzeugend anhand von Selbstzeugnissen der Szenen dokumentieren, nicht aber umgekehrt die Wirkung rechtsextremistischer Attentate auf die Identität von Dschihadisten (*Modhaddam* 2018). Der spektakulärste Fall eines gewaltsamen Angriffs militanter Islamisten auf Muslimfeinde in Deutschland war bislang das vereitelte Attentat auf den Vorsitzenden der Partei Pro NRW, die im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2012 auf »maximale Provokation« (Backes 2013) gesetzt, einen Mohammed-Karikaturenwettbewerb ausgelobt und Exponate vor Moscheen präsentiert hatte. Das Düsseldorf Oberlandesgericht verurteilte den zum Islam konvertierten Oldenburger Salafisten Marco G. und drei Mitangeklagte zu hohen Freiheitsstrafen. Die Gruppe unterhielt allem Anschein nach keine Verbindungen zu ausländischen dschihadistischen Vereinigungen.

Feindbilder als Treiber politischer Gewalttradikalisierung

Die Dynamik extremistischer Gewalt-Radikalisierung (Backes 2020) wird von vielen Faktoren bestimmt:

- Individuelle Dispositionen,
- Identitätsangebote im unmittelbaren sozialen Umfeld (Familie, Schule, Freundeskreise, Jugend-Subkulturen),
- gesamtgesellschaftliche Problemkonstellationen (Globalisierung, Migration, wirtschaftliche Krisen, kulturelle Prägungen) und deren
- Wahrnehmung (Medien) wirken auf komplizierte Weise zusammen.

Ohne die damit verknüpften Freund-Feind-Perzeptionen der politischen Kontrahenten (Rechts-/Linksextremisten, Islamophobe / Islamisten) sind diese Prozesse nicht angemessen zu verstehen. Sie bilden den Kern des politischen Selbstverständnisses und sind entscheidend für die Gewaltlegitimierung – gleichgültig, ob es

Delikte	2016	2017	2018
Tötungsdelikte	9	3	2
Sprengstoffanschläge	0	0	0
Brandanschläge	0	2	1
Körperverletzungen	24	80	49
Raubüberfälle	1	1	0
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	0	3	2
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	0	1	1
Freiheitsberaubung	0	1	1
Erpressung	0	1	1
Sexualdelikte	0	0	0
Gewalttaten insgesamt	1.201	1.648	1.010

Abb. 8 »Islamistisch motivierte Gewalttaten, 2016–2018« © Bundeskriminalamt

sich um Gruppen oder um weitgehend eigenständig agierende Täter (*„lone wolves“*) handelt. Ideologisch geprägte Freund-Feind-Stereotype sind auch dort anzutreffen, wo es an Selbstreflexion und elaborierten Tatbegründungen mangelt. Zudem gibt es bei politisch motivierten Gruppentaten stärker ideologisierte Akteure, die maßgeblich zur Herausbildung einer im weitesten Sinne politischen Identität beitragen. Wie zahlreiche Studien zeigen, sind politisch motivierte Gruppen durch eine teils formalisierte, teils informelle Arbeitsteilung gekennzeichnet, innerhalb derer Praktiker und Ideologen kooperieren, aber meist getrennte Funktionen übernehmen. Die mitunter verblüffende Konversions- und Rekonversionsgeschwindigkeit deutet auf das nicht selten geringe Maß an Internalisierung ideologischer Bekenntnisse hin. Nicht wenige Täter befinden sich in der Phase der Adoleszenz/Postadoleszenz, die in besonders hohem Maße bestimmt ist von der Suche nach Orientierung und Lebenssinn und von der Bereitschaft, sich für Neues zu öffnen und mit den Normen der Eltern und Erwachsenen zu brechen.

Oft erfolgt die Radikalisierung mit dem Anschluss an eine Gruppe, deren im weitesten Sinne politische Identitätsangebote sinnstiftend wirken. In vielen Fällen bleibt es bei mehr oder weniger opportunistischem Mitläufertum. Gewinnen charismatische Autoritäten Einfluss, sind fanatischer Eifer und blinde Gefolgschaft keineswegs selten. Selbst wenn 90 Prozent der als politisch motiviert geltenden Gewalttäter nicht als in erster Linie ideologiegeleitet gelten könnten, wäre es verfehlt, die ideologischen Bezüge ihres Handelns zu ignorieren. Denn auch dort, wo andere Motive (wie persönliche Loyalitäten, Gruppenerlebnisse, das Bedürfnis, einer Elite anzugehören, Außeralltägliches zu erleben) vorrangig sind, werden Gewalthandlungen doch in aller Regel politisch legitimiert.

Die Ideologie dient dazu, dem eigenen Handeln einen höheren Sinn zu geben, es aus der Masse herauszuheben, ihm besondere Dignität zu verleihen und den Status des Täters auf diese Weise moralisch zu erhöhen. Die Wahl der Opfer wird meist ideologisch begründet und ergibt sich aus den Freund-Feind-Definitionen, die bei kommunikationsarmen und intellektuell wenig versierten Gruppen den Kern der Kollektividentität bilden.

Feindbilder sind nicht statisch, sondern in stetem Wandel. Feind Nr. 1 der extremen Rechten war jahrzehntelang der Kommunismus. Infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und ihrer Satelliten sowie der ökonomischen Transformation der Volksrepublik China verlor dieses Feindbild an Bedeutung, während der Islam nach 9/11 und der sich anschließenden kriegerischen Auseinandersetzungen in Afghanistan, im Irak und Syrien in der Hierarchie der Feinde nach oben rückte. Feind Nr. 1 ist er allerdings nicht für alle Strömungen geworden. Im Handbuch der im Januar 2020 verbotenen, international vernetzten Gruppe »Combat 18« (Combat 18 2009) kommt der Islam als Feind nicht vor.

Im Mittelpunkt steht der Kampf gegen ZOG, die »allmächtige Zionistische Okkupationsregierung«. Der biologische Rassismus der Neonationalsozialisten ist inklusiver geworden, denn die »weiße Rasse« schließt die von Hitler zutiefst verachteten Slawen ein. Aber Feind Nr. 1 bleibt »der Jude«, dessen unheilvolles Wirken hinter nahezu jedem Übel gewittert wird.

»Linke« zählen zu den inneren Feinden militanter Rechtsextremisten, aber der »Kampf gegen links« spielt für sie eine geringere Rolle als der »Kampf gegen rechts« beim Antipoden. Selten wird der Kampf gegen »Rechtspopulismus« mit dem gegen »Salafismus« direkt verknüpft. Ein Beispiel bietet das Flugblatt »Kein Gott. Kein Staat. Kein Kalifat«, das die »Basisgruppe Antifa«, seit



Abb. 10 »Aufmarsch von Rechtsextremen der Partei »Die Rechte« in Essen zum 1. Mai 2015«

© picture alliance/imageBROKER

2011 Mitglied des kommunistisch-gewaltaffinen »... ums Ganze!«-Bündnisses, anlässlich einer Demonstration gegen einen öffentlichen Auftritt des Salafisten Pierre Vogel in Bremen Anfang September 2016 verbreitete (Kein Gott 2016).

Die militanten Extremismen weisen eine Asymmetrie in ihren konflikthafter Wechselbeziehungen auf: Der »Kampf gegen rechts« ist für die militante Linke wichtiger als der »Kampf gegen links« für die militante Rechte. Und für militante Islamisten/Dschihadisten steht der Kampf gegen Ungläubige im Mittelpunkt, weniger der gegen ein bestimmtes politisches Lager. Konfrontative Episoden in lokalen Brennpunkten, wo die betreffenden Gruppierungen präsent sind und interagieren, können die Asymmetrie der Feindwahrnehmungen auflösen und die Wahrscheinlichkeit gewaltsamer Auseinandersetzungen auch außerhalb dieser Brennpunkte erhöhen.

Die Analyse der Feindbilder spielt für die Einschätzung des von einer Gruppe ausgehenden Terrorismusrisikos eine große Rolle. Von den elf Warnindikatoren, die der Bielefelder Sozialpsychologe Andreas Zick in einem Forschungsbericht zum Salafismus herausgearbeitet hat (Zick 2017), stehen vier in enger Beziehung zu den Feindwahrnehmungen:

- die Intensität der Delegitimierung der Feinde (vor allem Dehumanisierung),
- die Modi der Auseinandersetzung mit Feinden im gesellschaftlichen Umfeld (Gewaltaffinität),
- die Wahrnehmung der Bedrohung durch die Feinde und
- die Einschätzung des Risikos des gewaltsamen Kampfes gegen sie.

Konfrontative Episoden steigern das Gefühl der Bedrohung und führen zu einer reziproken Legitimation: Die unterschiedlichen Gruppen rechtfertigen ihr Handeln wesentlich durch das Verhalten der Feinde. Für Dschihadisten sind Muslimfeinde symptomatisch für die Feindseligkeit der »Kreuzfahrer-Gesellschaften«, so wie umgekehrt die Anschläge der Dschihadisten den Muslimfeinden den ultimativen Beweis dafür erbringen, dass sich die islamische Welt insgesamt im Kampf gegen den Westen befindet. Und ebenso gilt: Aus rechter Sicht sind militante Linke die Speerspitze einer »links-degenerierten« Gesellschaft, während die Existenz der militanten Rechten den militanten Linken den Beweis erbringt, dass Staat und Gesellschaft verrotten sind und eine Revo-

lution unausweichlich ist. Tritt die reziproke Legitimation durch heftige Konfrontationen ins Zentrum der Gruppenwahrnehmungen, kann das Terrorismusrisiko ansteigen.

Die von dem britischen Extremismusforscher Roger Eatwell (2013) formulierte These eines »kumulativen Extremismus«, bei dem sich zwei Extremismen (in diesem Fall: Islamophobie und Salafisten) wechselseitig hochschaukeln, lässt sich empirisch nur in Teilen erhärten. So führt erfolgreiche muslimfeindliche Straßenmobilisierung nicht notwendigerweise zu Rekrutierungsgewinnen bei Salafisten, und hohe Wahlergebnisse muslimfeindlicher Parteien erhöhen nicht zwingend die Wahrscheinlichkeit dschihadistischer Anschläge (Bartlett/Birdwell 2013). Die Wechselwirkungen sind komplex und erfordern die genaue Bestimmung der Akteursqualitäten und die Einbeziehung von Umweltfaktoren wie vor allem der Medienresonanz. So kam eine im Auftrag des BKA erstellte Studie zu dem Ergebnis, erfolgreiche NPD-Wahlmobilisierung habe in Sachsen ein Anwachsen linker Konfrontationsgewalt bewirkt (Backes u. a. 2010). Der Wandel der Feindbilder und Feindgruppen ist Symptom fluktuierender Täter-Milieus, die weit stärker als früher in internationale kommunikative Netzwerke eingebunden sind und dafür eigene Social Media-Foren nutzen (Guhl/Ebner/Rau 2020). Selbst der Synagogen-Attentäter von Halle entsprach in seiner Opferwahl zwar dem Klischee des NS-affinen Antisemiten, war aber in seiner Kommunikationsweise und –technik auf dem neuesten Stand und wandte sich an eine internationale Sympathisantengemeinschaft. Die militanten rechtsextremen Szenen haben sich diversifiziert und teils erheblich vom lange Zeit dominierenden Bild NS-affiner »Kameradschaften« entfernt.

Im linksextremen Bereich gewinnen kommunistisch-dogmatische Formationen seit einigen Jahren wieder an Bedeutung. Und im militanten Islamismus ist mit einer wachsenden Zahl von »homegrown«-Tätern zu rechnen, die keine direkten Verbindungen zu Zentralen im Ausland unterhalten. Strategisch verbindet die Gruppen die Tendenz zum »führerlosen Widerstand« in kleinen abgeschotteten Zellen, ein Konzept, das der Vietnam-Veteran und Ku-Klux-Klan-Aktivist Louis Beam Anfang der 1980er Jahre entwickelt hat (Kaplan 1997), Jahre vorher aber bereits eine wichtige Rolle im Linksterrorismus (»Revolutionäre Zellen«) spielte. Der Wandel der Feindbilder ist auch bei der Frage nach potentiellen Opfergruppen von hoher Relevanz. Die Minderheit der Muslime dürfte aufgrund ihrer größeren Zahl und ihrer Bedeutung als Feindgruppe für ein wachsendes Segment muslimfeindlicher Militanter mindestens ebenso bedroht sein wie die jüdische Minderheit. Repräsentanten des Staates, der Parteien, einflussreicher Verbände und Organisationen der Bürgergesellschaft geraten zunehmend ins Visier von Rechts- wie Linksterroristen. Eine Strategie der Gewalteskalation mit Todesopfern ist aktuell von Linksextremisten kaum, von dschihadistischen wie rechtsterroristischen Gruppierungen hingegen weit eher zu erwarten. Bei Dschihadisten sind es die »Ungläubigen«, die in großer Zahl getötet werden können, bei Rechtsterroristen eher die inneren Feinde: die Türöffner der »Invasion«. Besonnenes Reagieren der demokratischen Mehrheitsgesellschaft und ihrer Repräsentanten ist vonnöten, damit das Kalkül strategisch operierender Gewalttäter durchkreuzt und der (im internationalen Vergleich) hohe Konsolidierungsstand der deutschen Demokratie nicht gefährdet wird.



Abb. 11 »Montagsdemonstration der PEGIDA-Bewegung (»Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«) am 1.12.2014 in Dresden«
© picture alliance/AP Images

Literaturhinweise

- Backes, Uwe u. a. (2010): NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt, Polizei und Forschung, Bd. 39, hrsg. vom BKA/Kriminalistisches Institut, Köln: Luchterhand.
- Backes, Uwe (2013): Muslimfeindlicher Rechtsextremismus?, in: Backes, Uwe u. a. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 25, Baden-Baden: Nomos, S. 150–161.
- Backes, Uwe u. a. (2019): Rechte Hassgewalt in Sachsen. Entwicklungstrends und Radikalisierung, Göttingen: V&R unipress.
- Backes, Uwe (2020): Zur Dynamik der Radikalisierung. Feindbildwandel und reziproke Legitimierung in interagierenden extremistischen Gewaltszenen, in: Kriminalistik 74/1, S. 9–14.
- Bartlett, Jamie/Birdwell, Jonathan (2013): Cumulative Radicalisation between the Far-Right and Islamist Groups in the UK: A Review of Evidence, London: Demos.
- Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2019): Polizeiliche Kriminalstatistik. PKS Kompakt 2018: Gewaltkriminalität, 1. Ausgabe, Wiesbaden: BKA.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2019): Verfassungsschutzbericht 2018, Berlin: BMI.
- Combat 18, The National Socialist Political Soldiers Handbook, o.O. 2009.
- Eatwell, Roger (2006): Community Cohesion and Cumulative Extremism in Contemporary Britain, in: The Political Quarterly 77/2, S. 204–216.
- Europol (Hrsg.) (2019): Terrorism Situation and Trend Report, Den Haag: Europol.
- Fischer, Fabian (2018): Die konstruierte Gefahr. Feindbilder im politischen Extremismus, Baden-Baden: Nomos.
- Goertz, Stefan/Goertz-Neumann, Martina (2017): Politisch motivierte Kriminalität und Radikalisierung, Heidelberg: Kriminalistik Verlag.
- Guhl, Jakob/Ebner, Julia/Rau, Jan (2020): The Online Ecosystem of the German Far Right, London: ISD.
- Jansen, Frank (2018): Mehr Tote durch rechte Gewalt seit 1990 als bekannt, in: Der Tagesspiegel vom 18. 6. 2018.
- Kaczynski, Theodore (1995): Industrial Society and its Future, [www.washingtonpost.com/wp-srv/national/longterm/unabomber/manifesto.text.htm?](http://www.washingtonpost.com/wp-srv/national/longterm/unabomber/manifesto.text.htm?hpid=hp_hp-top-table-main-unabomber-2018%3Ahomepage%2Fstory&hpid=hp_hp-top-table-main-unabomber-2018%3Ahomepage%2Fstory)

Kaplan, Jeffrey (1997): *Leaderless Resistance*, in: *Terrorism and Political Violence* 9, S. 80–95.

Moghaddam, Fathali M. (2018): *Mutual Radicalization. How Groups and Nations Drive Each Other to Extremes*, Washington D.C.: American Psychological Association.

Zick, Andreas (2017): *Salafismus als Phänomen der Radikalisierung: Ein Blick auf den viralen Salafismus und die Frage der Forschungsnotwendigkeiten*, Forschungsberichte, Bielefeld: CoRENRW.

MATERIALIEN

M 1 ZEIT ONLINE / dpa (2020): »Zahl rechtsextremer Straftaten 2019 gestiegen«, ZEIT online vom 7.4.2020

Dem Innenministerium zufolge sind 2019 mehr als 22.000 rechtsextrem motivierte Straftaten in Deutschland registriert worden. Im Jahr davor waren es rund 2.000 weniger. (...) Bei den 2019 registrierten Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund handelt es sich dem Zeitungsbericht zufolge vor allem um Propagandadelikte und Fälle von Volksverhetzung. Bei den rechtsextrem motivierten Gewaltdelikten zeichnet sich allerdings ein Rückgang ab: 986 Taten dieser Art im vergangenen Jahr wurden dem Bericht zufolge registriert, 2018 waren es noch 1.156. Gestiegen ist nach den Angaben aber auch die Zahl der antisemitischen Straftaten in Deutschland. Demnach registrierte die Polizei vorläufig 2.032 Delikte, die sich gegen Menschen jüdischen Glaubens oder ihre Einrichtungen richtete. 2018 waren es nach endgültigen Polizeistatistiken noch 1.799 Fälle.

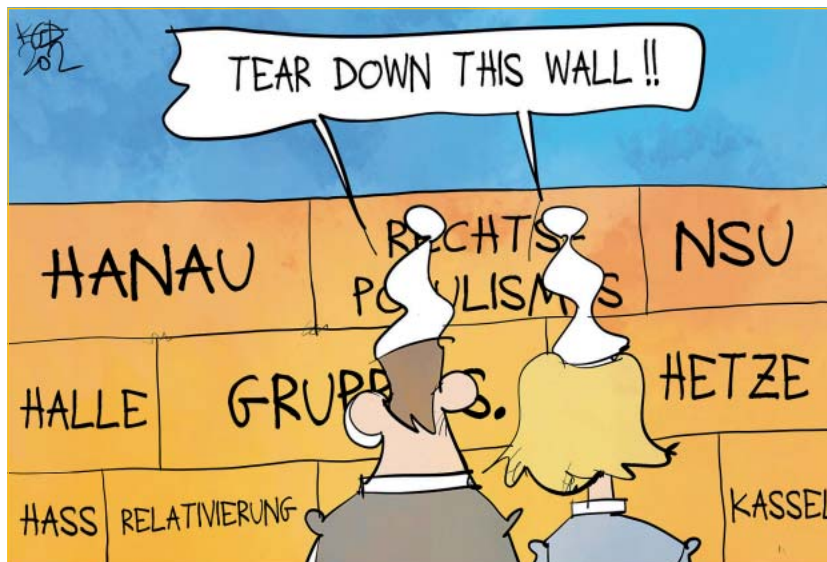
© www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-04/rechtsextremismus-anstieg-faelle-straftaten-bundesinnenministerium

M 2 Lea Krug (2020): »Seehofer besorgt über Gefahr von rechts«, Esslinger Zeitung vom 22.2.2020, S. 3

Der zweite Tag nach dem rassistischen Anschlag von Hanau steht vor allem auch im Zeichen der politischen Folgen. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) traten in Berlin mit den Ermittlern vor die Bundespressekonferenz und gaben ihre Erkenntnisse weiter.

(...) EZ: Was sind die neuesten Erkenntnisse?

»Wir gehen von einem zutiefst rassistischen Weltbild des mutmaßlichen Täters aus«, erklärte Generalbundesanwalt Peter Frank, der die Ermittlungen leitet. Besonders das Schreiben des mutmaßlichen Täters mache seine Gesinnung deutlich. Darin erklärte er, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgelöscht werden sollten. Sichtlich abgestoßen von den Formulierungen zitierte Frank aus dem Schreiben. Die Generalbundesanwaltschaft sei tätig geworden, weil Verfassungsgrundsätze berührt seien, erklärte Frank. Inzwischen habe sein Team 40 Zeugen vernommen und die Obduktion der Toten in die Wege geleitet. Fest steht, dass der mutmaßliche Täter, Tobias R., zwei legale Waffen besaß. Ob eine der beiden auch die Tatwaffe war, ist noch nicht sicher. Die Wohnungsdurchsuchung und Spurensicherung sind noch nicht abgeschlossen. Ob es Mitwisser der Tat gab, müssen die Ermittlungen noch zeigen.



M 3 »Mauern einreißen!«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Kostas Koufogiorgos

EZ: Waren der Täter und seine Familie den Behörden schon vor der Tat bekannt?

Ja. Der mutmaßliche Täter hat im November eine Strafanzeige gegen eine angebliche, bislang unbekannte geheimdienstliche Organisation gestellt, von der er sich überwacht und beeinflusst gefühlt habe. Rassistische Ausführungen seien in der Anzeige aber nicht enthalten gewesen, sagte der Generalbundesanwalt. In der Wohnung, in der Tobias R. und seine Mutter tot aufgefunden wurden, trafen Ermittler auch den Vater der Familie an. Auch er habe sich wiederholt an Behörden gewandt und Beschwerden erhoben. Der Vater gilt im Verfahren als Zeuge. Die Vermutung liegt nahe, dass die Behörden die beiden als Querulanten abtaten.

EZ: Wie bewertet die Politik den Anschlag?

Innenminister Seehofer sprach von einem »eindeutig rassistisch motivierten Terroranschlag« und sagte: »Die Gefährdungslage durch Rechtsextremismus und Rassismus ist in Deutschland sehr hoch.« Deshalb müsse mit Nachahmungstätern gerechnet werden. Holger Münch, der Polizeipräsident des Bundeskriminalamts, erklärte, die Anzahl der rechtsextremen Delikte und deren Qualität habe in der Vergangenheit zugenommen. Die Schwierigkeit bestehe allerdings darin, Gefährder auch als solche zu erkennen. »Das große Problem sind die Täter, die quasi ohne Strukturen zur Tat schreiten.« Münch wies den Vorwurf zurück, dass die Behörden das Ausmaß der rechten Gewalt unterschätzt hätten. »Wir sind auf dem rechten Auge nicht blind. Die Frage ist, was wir damit sehen.« In der Statistik führt das Bundeskriminalamt 69 rechtsextreme Gefährder und 1.200 gewaltbereite Rechtsextreme. Münch erklärte, dass ein großer Teil von ihnen psychische Probleme habe. Auch beim Attentäter von Hanau wird vermutet, dass er psychische Schwierigkeiten hatte. (...)

© Lea Krug (22.2.2020): Seehofer besorgt über Gefahr von rechts, Esslinger Zeitung, S. 3

M 4 Justus Bender (2020):
»Der Plan hinter den Morden«,
 Frankfurter Allgemeine Sonntags-Zeitung,
 FAS, 22.2.2020

Rechtsterroristen morden nicht ohne Hintergedanken. Sie wollen einen Bürgerkrieg auslösen. Der Täter von Hanau folgte ihrer Strategie. Manche nennen sie die »Werwolf«-Methode.

Ein Mann geht mit einer Pistole in eine Shisha-Bar und drückt ab. Seine Opfer kennt er nicht. Er will sie nur deshalb töten, weil sie Migranten sind oder die Kinder oder Enkel von Migranten. Der Mann ist ein Rassist und psychisch krank. Er glaubt an Außerirdische, an Gedankenübertragung und an die Überlegenheit der weißen Rasse. Selbst in der Logik seines Wahnsinns ergibt die Tat keinen Sinn. Er träumt davon, die halbe Welt zu vernichten. Er will weite Teile Nordafrikas, Zentralasiens, Südasiens sowie des Nahen und Mittleren Ostens entvölkern. Was hilft es ihm, zehn Unschuldige in Hanau zu ermorden? Der Widerspruch kehrt immer wieder. Rechtsterroristen nehmen keine Verbandspräsidenten als Geisel oder fordern die Freilassung politischer Gefangener. Sie stellen auch keine Ultimaten oder entführen Flugzeuge. Sie nehmen einfach wahllos einfache Bürger, die sie für minderwertig halten, an alltäglichen Orten ins Visier. Beim NSU war es der Blumenverkäufer am Straßenrand oder der Besitzer eines Internetcafés. Bei Stephan B. in Halle waren es Juden in der örtlichen Synagoge und Passanten. Bei Tobias R. in Hanau waren es Besucher von Shisha-Bars. Danach erschießen sich die Täter oder werden verhaftet. Wozu das alles? Es wirkt, als wären ihre Verbrechen nicht nur moralisch, sondern auch in der Logik ihrer Verblendung ohne Sinn und Verstand begangen worden. Als wäre es nur Mordlust gewesen, die sie trieb. Tatsächlich gibt es aber ein Kalkül. Anschläge wie in Hanau folgen einer Strategie, die schon vor Jahrzehnten in Anleitungen und Handbüchern unter Rechtsextremisten verbreitet wurde. Manche nennen sie die »Werwolf«-Methode, andere sprechen vom »führerlosen Widerstand«, von bewussten Anschlägen auf Ziele von »lokalem oder regionalem Rang«. In den Konzepten wurde gehofft, dass die Öffentlichkeit sich nach den Terrorangriffen so verhält, wie sie es heute tut, mit Abscheu und Empörung. Besonders die Gruppen der Opfer sollen das Vertrauen in den Staat verlieren. Sie sollen sich alleingelassen fühlen und darüber Wut empfinden.

Die linksextreme Rote Armee Fraktion war anders. Sie nahm Geiseln und ermordete Funktionsträger. Sie hoffte, der Staat würde darauf mit Repressionen reagieren und seine faschistische Natur offenbaren. Der gereizte Staat sollte die Rechte der Bevölkerung verletzen und so die Stimmung für eine Revolution schaffen. Das war der Plan. Rechtsterroristen haben einen anderen.

Im Jahre 1945 erschien das Buch »Werwolf – Winke für Jagdeinheiten«. Darin beschrieb der SS-Hauptsturmführer Arthur Ehrhardt, wie sich Überbleibsel der SS nach einem verlorenen Krieg gegen die Besatzer wehren könnten. Gemeint waren die Alliierten oder die Sowjetunion. Ehrhardt hatte eine Anleitung für den Partisanenkampf geschrieben, für den »Kleinkrieg«, wie er es nannte: »In verzweifelter Lage ist es das letzte Mittel, Freiheit und Leben des Volkes bis zum äußersten zu verteidigen.« Seitdem geistert der Begriff des »Werwolfs« durch die Köpfe von Rechtsterroristen. (...)

Auch in Europa hoffen Neonazis auf einen Bürgerkrieg. Im Jahr 2000 veröffentlichte die neonazistische »Blood and Honour«-Bewegung das Strategiepapier »The Way Forward«, der Weg voran, von Max Hammer. Der Name ist ein Pseudonym. Hammer spricht von einem »kommenden Rassenkrieg«. Lobend wird »Combat 18«



M 5 »Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Angehörige der Opfer nahmen an der Gedenkfeier für die Opfer des Anschlags von Hanau am 4.3.2020 im Congress Park Hanau teil. Bei dem rassistischen Anschlag hatte ein 43-jähriger Deutscher am Abend des 19. Februar neun Menschen mit ausländischen Wurzeln erschossen. Der Sportschütze soll auch seine Mutter getötet haben, bevor er sich selbst das Leben nahm.«

© picture alliance / Kai Pfaffenbach / Reuters-Pool / dpa

erwähnt, jene Gruppe, zu welcher der Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke in Kontakt stand. Kritisiert werden hingegen die Skeptiker. All jene, die nicht bereit seien, »das ultimative Opfer zu bringen, um die Zukunft unserer arischen Nachfahren zu sichern, sollten hier und jetzt aufhören«, schreibt Hammer. Ein Krieg komme so oder so: Entweder von seiten der »Weißen« oder von seiten der »Untermenschen«. Zu zögern bedeute, eine Niederlage zu riskieren. Dann werde »die weiße Rasse niedergemetzelt von den Untermenschen, die unser Land kolonisiert haben, unsere Frauen und Kinder werden brutal vergewaltigt und ermordet auf den Straßen«. Diesen Glauben an einen kommenden Weltuntergang teilen Neonazis ausgerechnet mit Dschihadisten, etwa des »Islamischen Staates«. (...)

Die Sicherheitsbehörden unterscheiden zwei Sorten von Rechtsterroristen. Die einen sind klassische Extremisten. Sie haben ein gefestigtes Weltbild, das zum Beispiel auf der Bewunderung für Adolf Hitler und einen nationalsozialistischen Führerstaat beruht. Sie hören Nazimusik, lesen Nazibücher und haben Nazifreunde. Die Vertreter der »Gruppe S« gehören zu dieser Sorte. Sie wurden vorige Woche verhaftet, nachdem sie in einer Chatgruppe Anschläge auf Moscheen geplant hatten, um Racheakte und einen Bürgerkrieg zu provozieren. Andere Vertreter dieser Art sind die »Atomwaffen Division Deutschland«, die »Oldschool Society« oder der NSU.

Der zweite Typus ist flatterhaft. Es sind Menschen, die eindeutig Rechtsextremisten sind. Sie hassen Muslime oder Juden oder Homosexuelle oder Linke oder alle Genannten. Ihnen fehlt aber das Bedürfnis, diesen Hass in einer Weltanschauung zu begründen. »Die betroffenen Akteure zeichnen sich oft durch das Fehlen eines geschlossenen, stabilen rechtsextremistischen Weltbildes aus«, schrieb das Bundesinnenministerium 2019 in einem Lagebericht. Ihr Denken ist Flickschusterei. Das zeigt auch der Umfang ihrer Manifeste. Es sind keine Wälzer wie die 1.516 Seiten von Anders Breivik, sondern dünne Blättersammlungen. Der Täter von Halle schrieb elf Seiten, die sich lasen wie die Anleitung für ein Videospiel. Der Mörder von Hanau, Tobias R., verfasste einen 24 Seiten langen Besinnungsaufsatz, den er »Botschaft an das gesamte deutsche Volk« nannte. Dort berichtete er im Plauderton wahnwitzige Dinge. (...) Über die Frage, ob R. ein Rechtsextremist, ein Wahnsinniger oder beides

ist, wird seit der Tat gestritten. Kann man einem Menschen, der mit Unsichtbaren redet, ein politisches Motiv unterstellen? Von den Sicherheitsbehörden wird R. als politischer Terrorist behandelt. Sonst hätte der Generalbundesanwalt nicht die Ermittlungen übernommen. Der Extremismusforscher Matthias Quent, Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, sieht R. als einen »Tätertypus zwischen Amok und Terror«. Ein forensischer Psychologe habe ihm einmal gesagt: »Früher sind die Schizophrenen immer mit der CIA angekommen. Jetzt kommen sie mit Flüchtlingen.« Auf seinen Rassismus könnte R. also auf die gleiche Weise gekommen sein, wie auf die Idee mit einem Geheimdienst, der Gedanken hört und steuert. Sind ihm der Rassismus und das Verbrechen zuzurechnen, oder ist beides Folge einer Krankheit? Quent warnt davor, R. auf seinen Wahn zu reduzieren. Nicht alle Abstrusitäten müssten Teil einer Krankheit sein. »Schauen Sie, wie viele Leute es gibt, die glauben, dass die Bundeskanzlerin ein Echsenmensch ist oder dass die Erde eine Scheibe ist. Diese Verschwörungstheorien werden von vielen Menschen geteilt.« Quent erinnert sich an den Prozess gegen den Massenmörder Anders Breivik. (...) Es gebe in der Soziologie den Begriff einer »normalen Pathologie«. Quent nennt das Beispiel von Millionen tiefgläubigen evangelikalen Christen, die sehr konkret an eine baldige Wiederkehr des Messias glauben. (...) Zum Ende seines Manifests klang R., als habe er sich nicht zwischen unpolitischem Wahnsinn und Terrorismus entscheiden können: »Dieser Krieg ist als Doppelschlag zu verstehen, gegen die Geheimorganisation und gegen die Degeneration unseres Volkes!«, schrieb er. Das eine beschreibt eine Wahnwelt, das andere eine politische Überzeugung. Selbst als Wahnsinniger hätte R. nach dem Dafürhalten von Quent noch einen Bezug zur Strategie klassischer Rechtsterroristen gehabt. Er entschied sich für ein Verbrechen, wie es ihm von klassischen Rechtsterroristen vorgemacht worden war. So verwirklichte er, was etwa die »Gruppe S« geplant hatte: Er tötete Migranten. Die Öffentlichkeit diskutiert über seinen Wahnsinn. Viele Muslime fühlen sich vom Staat alleingelassen. Rechtsterroristen würden sagen: Es läuft alles nach Plan.

© www.faz.net/aktuell/politik/was-rechtsterroristen-mit-ihren-morden-bezwecken-16647036.html?premium

M 6 Ann-Katrin Müller/Jurek Skrobala: »Der Täter von Hanau wird jetzt schon glorifiziert«, *Der Spiegel*, 2.3.2020

Von Rechtsrock zu rechtem Rap, von Schulhof-CDs zu sozialen Netzwerken: Die Journalistin Karolin Schwarz erklärt im Interview, wie sich rechter Hass weltweit in der digitalen Jugendkultur breitmacht.

SPIEGEL: Frau Schwarz, früher gab es die sogenannten Schulhof-CDs, mit denen Rechtsradikale versucht haben, rechte Rockmusik an junge Leute zu bringen. Wie läuft das heute?

Schwarz: Die Schulhof-CDs sind ein gutes Beispiel dafür, dass Rechtsradikale schon immer versucht haben, mit popkulturellen Bezügen junge Anhänger zu finden. Die NPD hat bereits Mitte der Neunziger gesagt, dass man das Internet verstärkt nutzen sollte, um Leute zu erreichen. Viele der Strategien, die Rechtsradikale heute anwenden, wurden schon viel früher formuliert. Aber heute funktionieren sie besser.

SPIEGEL: Und das liegt am Internet?

Schwarz: Das liegt vor allem an den sozialen Medien. Rechtsradikale haben vor Jahren schon versucht, MySpace und StudiVZ für sich zu nutzen, aber nicht besonders erfolgreich. Das lag daran, dass StudiVZ-Nutzer eben nicht die ganze Zeit irgendwelchen Kram geteilt haben, sondern sich auf Gruppen im Profil beschränkt haben, die aussagekräftig sein sollten. Mit der heutigen Empörungslogik von Plattformen wie Facebook und Twitter klappt das besser.

SPIEGEL: Mit welchen popkulturellen Bezügen probieren Rechtsradikale, Anhänger zu finden?

Schwarz: Sie versuchen, in den gesellschaftlichen Mainstream vorzustoßen, und richten sich meist an junge Männer in der



M 7 »Der Rechts-Rapper Chris Ares sang auf einer von der AfD organisierten Tournee am 18.5.2016 in Erfurt gegen den dort geplanten Bau einer Moschee.«
© picture alliance / AP Photo

Selbstfindungsphase: Früher waren vor allem Musik und Fußball wichtig. Jetzt sind aber auch Games, Memes und YouTuber hinzugekommen. Und musikalisch hat es sich verändert, es gibt nicht mehr nur Rechtsrock.

SPIEGEL: Heute gibt es auch rechtsradikale Rapper wie Chris Ares, der mit der Identitären Bewegung verbandelt ist und bei Spotify Streams im sechsstelligen Bereich hat.

Schwarz: Ein Anknüpfungspunkt von rechten Rappern zum Mainstream-Deutschrapp ist, dass dort zum Beispiel auch Antisemitismus auftaucht. Rapper wie Chris Ares funktionieren vor allem, weil sie unter Jugendlichen normale Hör- und Sehgewohnheiten ansprechen. Was den Flow betrifft, kann das jetzt nicht mit der deutschen Hip-Hop-Elite mithalten, aber es ist auch kein totaler Amateur-Rap.

SPIEGEL: Wenn Jugendliche sich die Videos von Chris Ares ansehen, hilft das der Identitären Bewegung dann wirklich?

Schwarz: Es ist ein Testballon von vielen. Manches funktioniert, manches nicht. Ich glaube nicht, dass Rappen die erfolgreichste Idee der Identitären Bewegung ist.

SPIEGEL: Sondern?

Schwarz: Ich würde sagen, das sind die Guerilla-Aktionen, die so eine actionaffine, junge Zielgruppe bedienen: Das Besteigen des Brandenburger Tors ist kein alltäglicher Vorgang, die Schiffsaktion im Mittelmeer ebenso. (...)

SPIEGEL: Der Täter von Hanau hat YouTube-Videos hochgeladen. Ist bekannt, welche Rolle Internetkultur bei seiner Radikalisierung gespielt hat?

Schwarz: Er hat sich auf Verschwörungsmythen aus dem Netz bezogen. Das Angebot dort ist auch reichlich, daher ist davon auszugehen, dass ein Teil seiner Radikalisierung über das Netz stattgefunden hat. (...)

SPIEGEL: In Ihrem Buch schreiben Sie, bezogen auf ältere Beispiele: »In der Glorifizierung der Tat und der Erklärung der Täter zu Helden geht die Strategie der Terroristen schließlich vollends auf.« Findet diese Online-Glorifizierung beim Hanau-Täter gerade schon statt?

Schwarz: Ja. Besonders in den Kanälen englischsprachiger Terrorfans wird die Tat und auch der Täter glorifiziert. Er wird in einer Reihe mit den Terroristen von Christchurch, El Paso und Halle genannt. Das geht auch so schnell, weil eines der Videos aus Hanau in englischer Sprache aufgenommen wurde.

© www.spiegel.de/kultur/rechtsextremismus-expertin-der-taet...d-jetzt-schon-glorifiziert-a-18f80302-cgf4-4c06-8c0e-g20fd1318c4

M 8 Kurt Möller / Florian Neuscheler (2019): »Islamismus und Rechts-extremismus. Was wissen wir über Radikalisierungsprozesse, was kann dagegen unternommen werden?«, ZJJ (Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe), 1/2019, S. 12ff

Rechtsextremismus und sogenannter »Islamismus« sind ohne Zweifel seit längerem und gegenwärtig sowohl öffentlich als auch (sozial-)wissenschaftlich breit und heftig diskutierte, grassierende Demokratiegefährdungen. Dabei interessieren vor allem zum einen Antworten auf die Frage, was die allgemeinen Ursachen und insbesondere die biographisch wirksamen sozialisatorischen Beeinflussungsfaktoren dieser politisch und sozial relevanten Problematiken sind, zum anderen Erkenntnisse dazu, welche Ansätze der Entgegnung auf sie erfolgreich oder zumindest perspektivisch vielversprechend erscheinen. (...)



M 9 »Salafistenprediger Pierre Vogel spricht am 7.6.2014 auf dem Kartoffelmarkt in Freiburg zu Anhängern. Im April 2015 rief der IS allerdings seine Anhänger zur Tötung von Vogel auf. Als Begründung gilt, dass Vogel ein Abtrünniger sei, der »den Komfort der westlichen Welt angenommen und ein friedliches Leben in den Ländereien der ältesten Feinde des Islams angenommen habe.«

© picture alliance / Winfried Rothermel

Religiös kontextualisierter Extremismus im Namen des Islam

Forschungsstand Individuelle Dispositionen

Einschlägige Analysen zeigen auf, dass vor allem Jugendliche eine besondere Vulnerabilität (= Verletzbarkeit) für die Hinwendung zu entsprechenden Gruppierungszusammenhängen aufweisen. Offenbar spielen also Ausgangsmotive für Hinwendungsprozesse eine zentrale Bedeutung, die entwicklungsbedingt gerade in dieser Lebensspanne von Relevanz sind; so werden neben der Suche nach Aufmerksamkeit und Anerkennung, korrespondierend mit dem Bedürfnis nach Spaß und Abenteuer, Faktoren wie der jugendphasenspezifische Idealismus und der Hang zum Engagement gegen vermeintliches Unrecht in der Welt benannt. Des Weiteren wird in der Forschung der Zusammenhang zwischen Radikalisierungsprozessen und dem Versuch, eine hinreichend stabile eigene Identität und damit korrespondierende Sinnstiftungen zu entwickeln, breit diskutiert. Forscher/-innen identifizieren in diesem Kontext spezifische Anfälligkeitsfaktoren, wie unter anderem familiäre Problemkonstellationen oder bei Probanden/-innen mit einem sogenannten (muslimischen) »Migrationshintergrund«, die nach wie vor als besonders gefährdet angesehen werden, selbst erlebte bzw. fraternal wahrgenommene Diskriminierungserfahrungen. Die Hinwendung zu fundamentalistisch orientierten Gesellungsformen wird vor diesem Hintergrund als Versuch interpretiert, die daraus resultierende Identitätskrise einer zumindest subjektiv gelingenden Bearbeitung zuzuführen. Äußerst kontrovers wird hingegen auch vor dem Hintergrund empirischer Befunde der Einfluss islamischer Glaubensüberzeugungen und Religiosität auf Radikalisierungsprozesse diskutiert, da in ihren Auffassungen und Gemeinschaftseinbindungen als fundamentalistisch eingeschätzten Personen eine eher geringe theologische Bildung attestiert wird.

Interaktive Prozesse

Einigkeit besteht in Forschung und Präventionspraxis weitestgehend darüber, dass individuelle Radikalisierungsprozesse vor allem in Interaktion mit sogenannten »radikalen Milieus« vertieft und verfestigt werden. Vor diesem Hintergrund werden (...) zwei Stränge verfolgt: Auf der einen Seite wird die Rolle des Internets diskutiert. Hatte die Vorstellung einer reinen »Online-Radikalisierung« vor allem in medialen Diskursen lange Zeit Hochkonjunktur, gilt es inzwischen als gut belegt, dass Radikalisierungsprozesse »selten, wenn überhaupt, ausschließlich online statt[finden]«. Zwar wird konstatiert, dass das Internet für Organisationen wie »al Qaida« oder den sogenannten »Islamischen Staat« als zentra-

les Medium unter anderem für die Verbreitung von Propaganda, Logistik und Planungen von Anschlägen oder auch der Rekrutierung fungiert, nichtsdestotrotz sind für eine Fundierung von Radikalisierungsprozessen realweltliche Face-to-Face-Kontakte notwendig. Auch nach sicherheitsbehördlichen Erkenntnissen erscheint in den »meisten Fällen [...] ein direkter persönlicher Austausch mit Gleichgesinnten für die weitere Radikalisierung bedeutsamer als der Konsum von extremistischer Internetpropaganda oder digitaler Kommunikation: Radikalisierung findet überwiegend in einem realen sozialen Umfeld statt.« (...) Erste Kontakte zu fundamentalistischen Gruppierungszusammenhängen scheinen dabei häufig über Freundschafts- oder Familiennetzwerke angebahnt zu werden. Gleichwohl die deterministische Vorstellung von salafistischen Zusammenhängen als einer Art Vorfeld zu gewalttätigen Haltungen in wissenschaftlichen Diskursen nicht zuletzt aufgrund der dadurch verursachten Diskriminierungs- und Ausgrenzungsprozesse vielfach kritisch gesehen wird, scheinen dabei gerade diese salafistischen Gruppierungszusammenhänge durchaus das Potenzial zu haben, als eine Art »Katalysator« bei der Hinwendung zu fungieren.

Situative Faktoren

Erstens scheinen bei Indexpersonen überproportional häufig krisenhafte Ereignisse, wie unter anderem Verlusterfahrungen durch Tod von Angehörigen oder Scheidungen vorhanden zu sein, die als eine Art »Auslöser« für Hinwendungsprozesse fungieren können. Zweitens scheint vornehmlich in qualitativen Studien auf, dass sich entsprechend orientierende Jugendlichen oft in problematischen familiären Kontexten sozialisiert werden, in denen wenig emotionale Wärme und Geborgenheit offeriert wird und / oder autoritäre Erziehungsstile mit wenig Raum zur Aushandlung normativer Konventionen und Lebensstile vorherrschend sind, sodass oft auch akzidentielle Krisenerlebnisse nicht aus hinreichender sozio-emotionaler Sicherheit und Autonomie heraus gelingend bearbeitet werden können.(...)

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Gesellschaftlich gerahmt und offensichtlich auch beeinflusst werden die Radikalisierungsprozesse neben rechtlichen Restriktionen, denen nicht-deutsche Muslime/-innen unterliegen, von sozio-ökonomisch relevanten Benachteiligungen von Muslimen/-innen, beispielsweise bei Stellenbewerbungen vor allem durch öffentliche Diskurse.(...) Sie können zu einer Verallgemeinerung der Wahrnehmung von Diskriminierung und Stigmatisierung muslimischer Bevölkerungsanteile und zu der Imagination eines »Kampfes des Westens« gegen »die muslimische Welt« führen.(...)

Rechtsextremismus

Forschungsstand

Obwohl seit rund 10 Jahren kaum noch empirische Forschungsprojekte zum Verhältnis von Jugend und Rechtsextremismus durchgeführt wurden, (...) ist aufgrund diverser, seit Ende der 1980er Jahre durchgeführter Forschungen zu Radikalisierungsprozessen im Kontext von Rechtsextremismus vergleichsweise viel über Grundlegendes (...) bekannt.

Individuelle Dispositionen

Unbeschadet des Wissens darum, dass Aspekte individueller Dispositionen politischer Haltungen erst in Verbindung mit interaktiven, situativen und gesamtgesellschaftlichen Faktoren zustande kommen und in ihrer Prägekraft verständlich werden, ist diesbezüglich festzuhalten: (Nicht nur) jugendliche Subjekte, bei denen rechtsextreme Orientierungen Attraktivität entfalten und die sich rechtsextrem radikalalisieren, geben ein Niveau von Selbst- und Sozialkompetenzen zu erkennen, das sich im Vergleich mit ihren Peers unterentwickelt darstellt. (...) Ihre Affektkontrolle ist, insbesondere bezüglich von Gefühlen wie Ärger und Wut, gering entwickelt; Neuem gegenüber zeigen sie sich wenig aufgeschlossen; ihre Bereitschaft und Fähigkeit über sich, die Beziehungen zu anderen und relevante Sachverhalte kritisch und analytisch nachzudenken, ist mangelhaft; Empathie beschränkt sich oft auf die der eigenen Person Nahestehenden; für die differenzierte Wahrnehmung eigener Bedürfnisse und der Bedürfnisse anderer sind sie kaum sensibilisiert; Konflikte verbal auszutragen, gelingt ihnen eher selten u. ä. m. In der Folge wachsen sich die mit den weiter oben aufgewiesenen Spannungen, die häufig lebensphasenbedingt besonders im Jugendalter auftreten, in zahlreichen Fällen zu Identitätskrisen aus, in denen subjektiv als fatal erlebte Orientierungs- und Handlungsunsicherheiten mit Orientierungs- und Verhaltensgewissheiten beseitigt werden sollen, die im privaten und öffentlichen Diskurs leicht zugänglich sind und Kompensation versprechen. (...)

Interaktive Prozesse

Für rechtsextreme Radikalisierung als bedeutsam erachtete Face-to-Face-Interaktionen und Gruppenprozesse werden vor allem in den Bereichen von Familie und Peergroup vorgefunden. Familiärer Einfluss wird wohl weniger über manifeste Tradierungen einschlägiger Einstellungen ausgeübt als vielmehr mittels unzureichender emotionaler Bindungsqualitäten. Daneben und häufig auch verbunden damit finden sich autoritäre Erziehungspraktiken, Vermittlungen traditionalistischer Geschlechtsrollenbilder, inkonsequente und/oder überzogene Sanktionierungen, innerfamiliäre Gewaltanwendungen, ein auf Grenzsetzungen verzichtender Erziehungsstil des *laissez faire* sowie das Gestatten bzw. Hinnehmen gewalthaltigen Medienkonsums. Familiäre Sozialisationserfahrungen wie diese wirken sich offensichtlich auch auf die Gestaltung von Peerzusammenhängen aus. So scheinen bei unbefriedigenden und konfliktbelasteten Beziehungen zu den Eltern unverbindliche und uniplexe, stark auf unbedingten Zusammenhalt statt auf eine interne und nach außen wirksame diskursive Kommunikationskultur ausgerichtete Peercliquenkontakte oftmals subjektiv sowohl als Familienersatz verstanden zu werden als auch aggressive Haltungen gegenüber jeweils teilweise unterschiedlich definierten »Anderen«, aber auch im Gruppenzusammenhang selbst, zu befördern. Die Rolle, die rechtsextremistische Internetpropaganda spielt, wird zwar in jüngerer Zeit häufig (fach)öffentlich thematisiert und auch in ihren Auftrittsweisen nachgezeichnet, ist in ihren Wirkungen insgesamt und speziell auch in diesem Sozialisationskontext, bislang jedoch höchst unzureichend geklärt.



M 10 »Linke Gruppen protestieren vor dem Oberlandesgericht München und werden von Polizisten beobachtet. Hier wurden zuvor die Urteile im »NSU«-Prozess gesprochen. Die als »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) bezeichnete Terrorgruppe hatte zwischen den Jahren 2000 und 2007 zehn Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland ermordet.«

© picture alliance / Sven Hoppe / dpa

Situative Faktoren

Insofern Impulskontrolle und Affektmanagement bei rechtsextrem Orientierten oftmals schlecht entwickelt sind, demonstratives Überlegenheitsgebarren, Wehrhaftigkeitsinszenierung und physisches Gewaltverhalten persönlich naheliegen und auch zum Kernbestand ideologischer Vorstellungen gehören sowie in diesem Zusammenhang milieu- und szenintern bei männlichen jungen Leuten (hyper-)maskulinistische Genderperformanzen positiv gewertet werden und über sie Selbstwert und Anerkennung aufgebaut werden kann, erklärt sich die radikalisierungsförderliche Funktion bestimmter Gelegenheitsstrukturen. Auf der einen Seite werden von manchen Protagonisten/-innen Gelegenheiten zum Nachweis und zum Ausagieren undemokratischer politischer Radikalität proaktiv in Form von Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern oder mit behördlichen Ordnungsorganen gesucht. Auf der anderen Seite werden »hochkochende« Konfliktopportunitäten genutzt, die sich spontan ergeben und Räume dafür eröffnen, violenter Durchsetzungsmacht und antidemokratischen Haltungen Ausdruck zu verleihen. (...)

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

An Hinweisen auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Rechtsextremismus begünstigen, herrscht in der Forschung kein Mangel. Es wird bereits seit längerem und wiederholt etwa auf um sich greifende Desintegrationsprozesse und Ausweitungen von Anomie, Erfahrungen (relativer) Deprivation, strukturellen Rassismus sowie gesellschaftliche Stimmungslagen von Bedrohung und Benachteiligung, das Kursieren sozialer Dominanzorientierungen und die kapitalistisch befeuerte Ausbildung von hierarchischen Selbstinteressen verwiesen. Nur höchst unbefriedigend gelöst ist allerdings die Frage, in welcher Weise und unter welchen Bedingungen solche makrosystemischen Faktoren in der Biographie von Subjekten Wirkung entfalten. Offen ist insbesondere auch, ob und gegebenenfalls wie sie im Rahmen eines rechtsextrem konturierten Radikalisierungsprozesses mit jenen Faktoren zusammenspielen, die individuelle Dispositionen darstellen, personale Interaktionen betreffen und Situatives als Auslöse- und/oder Performanzzusammenhang in Anrechnung bringen. (...)

© Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 1/2019; vgl.: www.dvjj.de/zjj/ausgaben-der-zjj/, S. 12–19, www.dvjj.de/wp-content/uploads/2019/06/ZJJ_01_2019.pdf (dort finden sich auch die zahlreichen wissenschaftlichen Belege zu den hier zusammengestellten Thesen)

9. Verlorene Mitte? (Anti-)demokratische und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

BEATE KÜPPER / ANDREAS ZICK

In den jüngsten Attentaten wie denen von Halle und Hanau, die sich in eine ganze Reihe furchtbarer Anschläge von Utøya, El Paso bis Christchurch einreihen, zeigt sich die Verachtung von Würde und Gleichwertigkeit von Menschen in extremster Form. Die Attentäter nahmen Bezug auf einen eklektizistischen Mix an Ideologien, der fundamentale Werte von Demokratie in Frage stellt und zum Teil gezielt existierende Demokratien zerschlagen will. Danach dient der Angriff auf Minderheiten dem Ziel, einen »Kampf der Kulturen« herbeizuschleßen und größtmögliches Chaos anzurichten, aus dem dann eine neue, alte Ordnung der »White Supremacy« mit klaren Wertigkeiten und Hierarchien entlang der alten Kategorien insbesondere von Ethnie bzw. »Völkern«, aber auch von Geschlecht entstehen soll. Auffällig viele Täter fallen nicht nur durch extremen Rassismus, Muslimfeindlichkeit und Antisemitismus, sondern auch durch Frauenhass auf. In wieweit diese Ideologien auch in der breiten Bevölkerung geteilt werden, ist Thema dieses Beitrags.



Abb 2 »Rund 800 rechte Demonstranten stehen am 27.08.2018 in Chemnitz, Sachsen, vor dem Karl-Marx-Monument. Nach einem Streit wurde in der Nacht zu Sonntag ein 35-jähriger Mann mit deutscher Staatsbürgerschaft und kubanischer Migrationsgeschichte von zwei Asylbewerbern erstochen. Die Tat war Anlass für nicht angemeldete Demonstrationen, bei denen es auch zu Jagdszenen und Gewaltausbrüchen gegen Ausländer kam.«
© picture alliance/Sebastian Willnow / dpa-Zentralbild / dpa

■ Attentate als Spitze eines Eisberges

Diese Taten lassen sich grob gesagt als die extreme Spitze eines Eisbergs verstehen, unter dessen Oberfläche sich weniger offenkundig extremistische Phänomene, aber solche mit verwandter ideologischer Tendenz befinden. Dazu gehören diverse Akteure und Parteien von Rechtsaußen in Europa und der Welt, denen es in den letzten Jahren gelungen ist, beachtenswerten Einfluss bis in die Zivilgesellschaft hinein zu gewinnen. Auch wenn sie sich



Abb 1 »Rechtsaußenphänomene im Eisbergmodell«

© Beate Küpper

historisch aus verschiedenen Linien entwickelt haben und sich bei differenzierter politikwissenschaftlicher Betrachtung im Detail, in Ausmaß der Kritik, Ablehnung und Verachtung von Demokratie unterscheiden, teilen sie zugleich wesentliche Facetten in der ideologischen Ausrichtung. Im Kern geht es um Ablehnung von Gleichwertigkeit und die Befürwortung sozialer Hierarchien entlang der klassischen Linien von »Race«, (bedingt auch »Class«) und »Gender«. Diese lässt sich in ihren Grundzügen vielerorts rechtsaußen wieder erkennen – im »Rechtspopulismus« in etwas moderaterer, im »Rechtsextremismus« drastischer, im »Rechtsterrorismus« gekoppelt an extreme Gewalt und in der sogenannten »Neuen Rechten« in verdeckter und modernisierter Form. Im Rechtspopulismus ist das zum einen eine pauschale Elitenschelte, die ganz generell etablierte Parteien, Medien und Wissenschaft für korrupt, falsch oder sogar illegitim erklärt, in Antagonismus gebracht zu einem vermeintlich wahren, moralisch reinen Volk. Diese ist häufig gepaart mit Misstrauen bis hin zu Verachtung für demokratische Repräsentanten, Institutionen und Prozesse sowie der Forderung nach Volkssouveränität (vgl. Jörke/Selk 2017). Im Rechtsextremismus formuliert sich dies dann in einer Befürwortung einer »autoritären Diktatur«, einer »Verharmlosung oder gar Verherrlichung des Nationalsozialismus« und der Propagierung einer neuen, alternativen (zu-

meist offensiv allein weiß und männlich konzipierten) Elite. Zum anderen ist dies ein Antipluralismus, der sich gegen die Vielfältigkeit von Interessen und sozialen Gruppen wendet. Der Mythos eines homogenen Volks, verkörpert durch eine einzige Führung, die den wahren Volkswillen erfühlt und umsetzt, während alle anderen Stimmen nicht legitim sind, nicht zum Volk gehören, macht nach Müller (2016) den Rechtspopulismus im Kern antidemokratisch. Ganz unten im Bauch des Eisbergs lassen sich dann die Einstellungen in der breiten Bevölkerung ausmachen, die diese Weltsichten mal mehr, mal weniger geschlossen oder in Facetten teilen, im Netz mit diesen in rasanter Verbreitung bespielt werden, sich bespielen lassen und weiterverbreiten, die bereit sind, Akteuren und Parteien von Rechtsaußen zu folgen und ihre Stimme geben, begleitet von vielen vielleicht konservativen, aber keineswegs völkisch sein wollenden und seriösen Protagonistinnen und Protagonisten, die ernsthaft an demokratische Diskurse und zivilisierte intellektuelle Auseinandersetzungen glauben, bisweilen aber – so scheint es – nicht immer realisiert haben, mit welchen Akteuren und Strategien sie es hier zu tun haben. Zu diesen gehört ganz explizit und in Strategiepapieren kundgetan die Mimikry, Selbstverharmlosung und Unterwanderung der demokratischen Institutionen. Der Brückenschlag der extremen, gewaltbereiten Rechten bis hinein in die Normalbevölkerung wurde in Deutschland spätestens bei den Demonstrationen in Chemnitz für alle Augen sichtbar. Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die sogenannte Neue Rechte scheinen zunehmend zusammenzufließen (IAbb. 31). Akteure bespielen jeweils mehrere dieser Felder gleichzeitig, geben sich hier gemäßigt »bürgerlich«, dort blinken sie feixend in die ganz rechte Ecke, spielen geschickt auf der Klaviatur hart am Rande des noch Erlaubten, dabei austestend, wie weit sie gehen können. Peu à peu verschieben sich so soziale Normen des Denkbaren, Sagbaren und letztlich auch Machbaren. Dies spiegelt sich auch in den Einstellungen der Bevölkerung wider. Das, was theoretisch fundiert aus unterschiedlichen Forschungstraditionen als zunächst sehr unterschiedliche Phänomene behandelt wird, lässt sich, wie im Folgenden dargestellt wird, empirisch in den Einstellungen der Bevölkerung so sauber gar nicht trennen – so distinkt denken die meisten Menschen nicht, sie übernehmen schlicht



Abb 4 »Kundgebung der rechtspopulistischen Bürgerbewegung »Pro Chemnitz«. Die Teilnehmer marschieren gemeinsam mit der »AfD« und dem ausländerfeindlichen Bündnis »Pegida« am 1.9.2018 aus Protest gegen die Tötung eines deutschen Staatsbürgers durch Chemnitz.« © picture alliance / Boris Roessler / dpa

hier einen Ideologiebrocken und dort einen, egal ob der sich nun ursprünglich in der klassischen Rechtsextremen, der Neuen Rechten oder im Rechtspopulismus verorten lässt. Dies wird von Akteuren auch strategisch bedient, wenn sie beispielsweise auf zunächst »harmloseren« rechtspopulistischen Internetseiten, Blogs oder Social Media, gezielt ideologische völkisch-rassistische Bausteine der äußersten Rechten einspielen, User im Netz auf härtere Seiten bis hinein ins »Dark Social« locken usw. Über Themen wie »Islam«, »Juden« und »Gender« können Kreise bis weit ins konservative Klein- wie Großbürgertum zur überschäumenden Wut gebracht werden.

Sozioökonomische wie kulturelle Krisen diverser Naturkatastrophen (z.B. Missernten), Wirtschaftskrisen, zuletzt auch die Fluchtkrise – gelten als der wichtigste Anlass für Krisen der Demokratie, die ihren Ausdruck finden im Rechtspopulismus bis hin zum Faschismus. Ob und wenn ja, welchen Einfluss die aktuell akute, durch den Corona-Virus hervorgerufene Krisensituation auf die Einstellungen zur Demokratie haben wird, lässt sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehen. Je nachdem, wie schwerwiegend die Krise am Ende sein wird und wie gut Deutschland sie bewältigt, ist beides denkbar: Die aufgeregte Empörung über »die Politik« könnte sich angesichts existentieller Herausforderungen mäßigen, die Menschen weniger bereit sein, Hetzern zu folgen, weil die Situation ohnehin schon beängstigend genug ist. Führt die Krise aber zu einschneidenden sozioökonomischen und sozialen Unwuchten, könnte auch der Ruf nach nationaler Rückbesinnung und autoritärer Führung lauter werden, den Akteure von Rechtsaußen bedienen. Zu Beginn der Corona-Epidemie wurden bereits auch von etablierten Medien wie dem »Spiegel« fast vergessene Stereotype von der »Gelben Gefahr« reaktiviert, asiatisch aussehende Menschen sahen sich mit offener Feindseligkeit konfrontiert.

■ Demokratie in der Krise?

Zur Antwort auf die Frage, ob die Demokratie in der Krise ist, lohnt neben dem Blick auf Parteien, demokratische Institutionen und Prozesse daher auch der auf die demokratischen und weniger demokratischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Dies unternimmt in regelmäßigen Abständen die »Mitte-Studie« der »Friedrich-Ebert-Stiftung« (FES) zur Untersuchung der Verbrei-

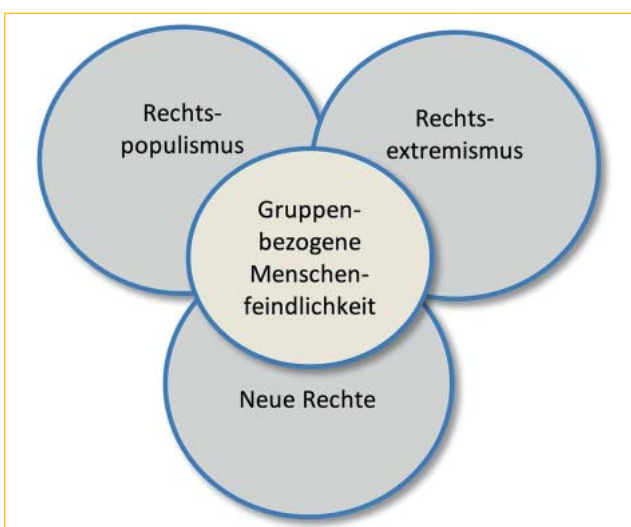


Abb 3 »Zusammenfließen von Rechtsaußenphänomenen« © Beate Küpper

tung antidemokratischer und rechtsextremer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung, seit 2014 durchgeführt vom »Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung« der Universität Bielefeld unter Leitung von Andreas Zick. Die Studie reiht sich in ihren Grundaussagen in verwandte Bevölkerungsumfragen ein (u.a. die Leipziger Autoritarismusstudie von Decker/Brähler et al. 2018; das Demokratiebarometer von Verkamp/Merkel 2019 und Befragungen des Instituts Allensbach zu politischen Einstellungen, dazu Köcher 2019).

Was ist die Mitte der Gesellschaft?

Die »Mitte« der Gesellschaft ist ein ebenso beliebter wie vager und daher auch wissenschaftlich umstrittener Begriff. Die Mitte gilt gemeinhin als ein Garant für Demokratie, Ausgeglichenheit, Unaufgeregtheit und vielleicht auch normative Sicherheit, sie ist eben nicht »extrem« in ihren politischen Positionen. Wer sich in ihr versammelt, gehört dazu und steht nicht irgendwo am Rand. Mit ihr verbunden sind positive Zuschreibungen, Assoziationen und Versprechungen, die sowohl von Politikern, Politikerinnen und Parteien wie auch zur positiven Selbstzuschreibung von Bürgerinnen und Bürgern gern verwendet wird. Dies ist allerdings lediglich eine Zuschreibung, vielleicht auch eine nach dem von Deutschland ausgehenden Zusammenbruch der Zivilisation gehegten Hoffnung, deren Zutreffen es empirisch zu überprüfen gilt. Dieser Beitrag berichtet über empirische Befunde der aktuellen »FES-Mitte-Studie 2018/19« (Zick/Küpper/Berghan 2019). Am Ende wird die These aufgestellt, dass sich in der teilweise durchaus beachtlichen Verbreitung dieser Einstellungen vor allem das Bestreben spiegelt, die eigene Vormachtstellung abzusichern, zu verteidigen bzw. zurückzugewinnen. Letztlich geht es um ein Zurückdrehen des Rads, zurück zu einer hierarchisch strukturierten Gesellschaft, in der Status über traditionelle Merkmale des Seins (Alter, Geschlecht, Heterosexualität, Ethnie, Klasse, gegebenenfalls auch der Familienstand, ...) verliehen ist, und eben nicht über die individuellen Persönlichkeitseigenschaften oder Leistungen, wie sie etwa Honneth (1994) als moderne Anerkennungsdimension skizziert.

Rechte Tendenzen von Rechtspopulismus bis Rechtsextremismus

Unter dem Eindruck des Nationalsozialismus und des Holocaust versteht sich Deutschland als »wehrhafte Demokratie«, die nicht nur einen Rahmen für den politischen Meinungskampf setzt, sondern der »Würde des Menschen« (GG, Art 1) als oberstem Wert verpflichtet ist (Thurich 2011). Rechtsextremismus ist in jeder Hinsicht nicht mit dem Selbstverständnis der Demokratie in Deutschland vereinbar, ganz gleich, ob man dies aus der politikwissenschaftlichen Extremismustheorie oder der sozialwissenschaftlichen Rechtsextremismusforschung begründen will. Die deutsche Vergangenheit und die Spuren, die sie bis heute in Institutionen und Weltanschauungen hinterlässt (dazu u.a. Frei et al., 2019), fordert zu einem besonderen Augenmerk auf den Rechtsextremismus auf, der sich nicht nur auf extremistische Straftaten, Gruppierungen, Bewegungen und Parteien beschränkt, sondern auch auf Einstellungen und Ideologiefragmente, wie sie gegebenenfalls in der Bevölkerung vorhanden sind. Denn schließlich besteht eine dynamische Interaktion zwi-



Abb 5 »Zahlreiche Menschen laufen während eines Trauermarsches am 20.2.2020 vom Tatort Heu- markt zum Tatort Kurt-Schumacher-Platz in Haunau. Sie halten dabei Fotos der Opfer in den Händen. Bei einem rassistischen Anschlag hatte ein 43-jähriger Deutscher im hessischen Hanau am 19.2. 2020 ihm unbekannte neun Menschen mit Migrationshintergrund und sich selbst und seine Mutter erschossen.«

© picture alliance / Nicolas Armer / dpa

schen mal latent, mal offen in der Bevölkerung geteilten Einstellungen und Weltansichten, Wahlentscheidungen der Bürgerinnen und Bürger und dem, was sich in politischen Strömungen kristallisiert und von politischen Parteien aufgegriffen, kondensiert und ggf. angereichert und zurückgespielt wird. Dazwischen stehen meinungsverstärkende und meinungsmachende Instanzen, neben einzelnen Akteuren sind dies insbesondere analoge wie digitale Medien. Das Wahlverhalten ist nicht unabhängig von den jeweiligen Einstellungen der Wählerinnen und Wähler. Aus einer sozialpsychologischen Perspektive heraus kann dies vor dem Hintergrund klassischer und sehr gut beforschter Einstellungs-Verhaltens-Modelle sowie von Prozessen der Meinungsbildung gelesen werden. Individuelle politische Meinungen und Wahlverhalten sind demnach ganz wesentlich von den wahrgenommenen sozialen Normen und den (vermuteten) Einstellungen anderer Personen, die für Individuen wichtig sind (ihres sozialen Nahraums, aber z. B. auch aus den Medien bekannte Persönlichkeiten) beeinflusst. Gesellschaftliche Stimmungslagen und wie sie von Individuen gelesen werden, sind also ganz wesentliche Faktoren. Politische Einstellungen sind dabei eine vergleichsweise zähe Masse, die sich erst mit einer gewissen Zeitverzögerung zu Kriminalstatistiken, politischen Aktivitäten und öffentlichen Debatten verändern.

Rechtsextreme Einstellungen indizieren eine spezifische inhaltliche Richtung der politischen Weltansicht, die über die bloße positive oder negative Einstellungen zur Demokratie bzw. (anti-)demokratische Haltungen hinausgehen. Sie setzen sich nach weitgehend übereinstimmender Ansicht (u.a. Stöss 2010; Brähler/Decker 2006) im Wesentlichen aus zwei Komponenten zusammen: Zum einen aus »politischen« Einstellungen, in denen sich die Haltungen zur demokratischen Verfasstheit spiegeln, zum anderen aus »sozialen« Einstellungen in Bezug auf diverse soziale Gruppen, insbesondere jene, die über zugewiesene Merkmale von ethnischer, nationaler, kultureller bzw. religiöser Zugehörigkeit als »anders« oder »fremd« identifiziert werden, denen Gleichwertigkeit abgesprochen wird. Hier offenbart sich eine Ideologie der Ungleichwertigkeit sozialer Gruppen, wie sie Heitmeyer (2002) als Kern eines Syndroms »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« postuliert hat. Diese widerspricht, wird sie in Handlung umgesetzt, der im Grundgesetz festgeschriebenen Gleichbehandlung. Hinzu kann noch eine Komponente der Affinität zu Gewalt gezählt werden. Rechtsextreme wie auch rechtspopulistische Einstellungen sind zunächst einmal unabhängig davon, ob sich Personen, die diese teilen, darüber bewusst sind, dass ihre Einstellungen als rechtsextrem gelten müssen, wo sie sich selbst

im politischen Spektrum verorten bzw. welche politische Partei sie präferieren. Die Übereinstimmung antidemokratischer und rechtsextremer Einstellungen sowie die Übereinstimmung von politischen Einstellungen und Wahlverhalten ist dann eine empirische Frage.

Die völkisch-rassistische Ideologie des klassischen Rechtsextremismus zeigt sich ganz ähnlich auch bei der »Neuen Rechten«, die enge Beziehungen in den rechtsextremen »Flügel« der AfD unterhält. Am bekanntesten ist hier die selbsternannte »Identitäre Bewegung«. Ohne sich hier tiefer auf die Diskussion um unterschiedliche Strömungen und Ideologien einzulassen, lässt sich beobachten, wie Akteure aus dem Dunstkreis der Neuen Rechten versuchen, diese Ideologie strategisch unter Volke zu bringen und dies auch verfängt. Völkisches Denken wird mit dem Ruf nach »Identität«, »Ethnopluralismus« und »Widerstand« in modernisierter und verharmlosender Variante propagiert.

Das Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit 2018/19



Abb 7 »Das Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.«

© Fes (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. S. 58

Die FES-Mitte-Studie

Die FES-Mitte-Studie erhebt seit 2006 bislang regelmäßig alle zwei Jahre rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft. Seit 2014 werden zudem Elemente einer »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« gegen diverse soziale Gruppen miterhoben, in denen sich Ungleichwertigkeit spiegelt. In der jüngsten Erhebung im Winter 2018/19 haben wir zudem Einstellungen zur Demokratie bzw. (anti-)demokratische Einstellungen erfasst. Die FES-Mitte-Studie lässt den Begriff der »Mitte« zunächst so vage stehen, wie er ist und überprüft dann empirisch die Zusammenhänge der gemessenen politischen Einstellungen mit politischer Selbstpositionierung und sozioökonomischen Schichtmerkmalen. Es geht dabei um die weiter gefasste Frage, welche Grundhaltungen sich in

Bezug auf Demokratie in den Einstellungen der Bevölkerung spiegeln. Es geht dabei um rechtliche Fragen von »Meinungsfreiheit«, aber nicht darum, Menschen als »rechts« abzustempeln, wie in einigen Kommentaren zur Studie behauptet wurde. Die Berichterstattung und Analyse soll vielmehr neben weiteren Studien Grundlage für die Frage liefern, wie es um die Qualität der Demokratie in Deutschland bestellt ist, die maßgeblich auch von den Haltungen der Bürgerinnen und Bürger getragen wird. Genügt das Gefundene dem eigenen Anspruch an die demokratischen Verfasstheit im Geiste des Grundgesetzes und der Selbstverpflichtung auf Würde und Gleichheit?

In der Tradition der FES-Mitte-Studie werden rechtsextreme Einstellungen über sechs Subdimensionen erfasst, von denen die ersten drei rechtsextreme Politikvorstellungen spiegeln, die zweiten drei eine soziale Ungleichwertigkeitsideologie, wie sie im völkischen Denken zu finden sind: Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Verharmlosung des Nationalsozialismus und Nationaler Chauvinismus sowie Fremdenfeindlichkeit (früher unter dem Terminus der Ausländerfeindlichkeit), Antisemitismus und Sozialdarwinismus. Um Auskunft darüber zu erhalten, inwieweit rechtsextreme Propaganda und Ideologie sich zumindest in Teilen in den Stimmungslagen und Tendenzen in der Bevölkerung wiederfinden, lohnt es sich, nicht nur auf die klar rechtsextrem Eingestellten zu schauen, sondern die Linse etwas größer zu stellen.

Um den Entwicklungen im aktuellen Rechtsextremismus gerecht zu werden, haben wir zudem versucht, auch neuere Einstellungen zu operationalisieren. Leitend waren hierbei theoretische Überlegungen, abgeleitet aus ideologischen Positionen und Äußerungen der »Neuen Rechten« (Häusler/Küpper 2019). Darüber hinaus erfasst die Studie auch rechtspopulistische Einstellungen, angelehnt an vertikale und horizontale Grunddimensionen des Rechtspopulismus, ebenfalls über sechs Subdimensionen und diese je-



Abb 6 »Kundgebung der Identitären Bewegung am 20.7.2019 in Halle, Saale. Als »Identitäre« bezeichnen sich mehrere völkisch orientierte Gruppierungen, die nach ihrem Selbstverständnis die Ideologie des »Ethnopluralismus« vertreten, dessen »Identität« von einer »Islamisierung« bedroht werde. Der Verfassungsschutz ordnet die Gruppe als rechtsextremistisch ein.«

© picture alliance / ZUMA Press

weils ebenfalls über mehrere Aussagen: Demokratiemisstrauen, Law-and-Order Autoritarismus und die Abwertung der vier derzeit besonders im Fokus stehenden sozialen Gruppen der Migrantinnen und Migranten, Asylsuchenden, Muslime sowie von Sinti und Roma. Zudem zeigen sich deutliche Korrelationen auch zum Antisemitismus, schwächere auch zu Homophobie und Sexismus. Die nicht immer trennscharfe Erfassung der verschiedenen Konstrukte ist der unterschiedlichen Forschungstradition geschuldet, aus der sie sich heraus entwickelt haben, aber auch ihrer inhaltlichen Überlappung.

Abb. 8 »Methodik der FES-Mitte-Studie«

Die FES-Mitte-Studie ist eine repräsentative Bevölkerungsumfrage und arbeitet nach gängigen Methoden der Sozialforschung (Details zur Methodik, Stichprobe und Indexbildung finden sich bei Zick/Küpper/Berghan 2019). Alle zwei Jahre werden rund 2.000 Befragte, die in ihrer demographischen Zusammensetzung die Gesamtbevölkerung abbilden, mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens zu ihren Ansichten befragt. Seit 2014 geschieht dies telefonisch. (CATI-Methode; Dual Frame: 70 % Festnetz/30 % Mobiltelefon) Den Befragten werden eine Reihe von Aussagen vorgelesen, zu denen sie gebeten werden, ihre Ablehnung oder Zustimmung zu geben. Hierzu steht eine 4- bzw. 5-stufigen Antwortskala zur Verfügung. Alle verwendeten Aussagen sind bereits in anderen Studien verwendet bzw. gut vorgeprüft worden. Jedes Einstellungskonstrukt (z. B. »Demokratiemisstrauen«) wird dabei mit mehreren Aussagen erfasst, die anschließend statisch geprüft zu reliablen Skalen zusammengefasst werden, so dass zufällige Abweichungen oder Missverständnisse bei einzelnen Aussagen weniger ins Gewicht fallen.

Das Maß für die Einstufung einer Person als »rechtsextrem« ist sehr hart gewählt. Als Zustimmung zu einer Dimension von rechtsextremen Einstellungen wird gewertet, wenn eine Person jeweils allen drei verwendeten Aussagen »eher« oder »voll und ganz« zugestimmt hat. Als »rechtsextrem« wird eine Person kategorisiert, wenn sie zu allen Subdimensionen ihre Zustimmung äußert. Entsprechend wenige Personen werden als tatsächlich »rechtsextrem« eingestuft. Deutlich mehr Personen stimmen aber der einen oder anderen Subdimension zu, noch mehr Personen schwanken bei etlichen Aussagen zwischen Zustimmung und Ablehnung. Das Maß für »rechtspopulistische« Einstellungen ist deutlich weicher gefasst. Hier wurde jede Subdimension zu Mittelwertskalen zusammengefasst und alle sechs Subdimensionen zu einem statistisch überprüften Index »rechtspopulistische Einstellungen«. Zur Interpretation der Ergebnisse reicht es in jedem Fall nicht aus, lediglich einzelne Aussagen anzuschauen, sondern es zählt immer das Gesamtmuster der Antworten einer Person bzw. für die gesellschaftliche Stimmungslage der Blick auf die gesamte Stichprobe.

Die verwendete Methodik der Studie lässt annehmen, dass die Befunde eher eine zurückhaltende Abbildung der Einstellungen in der Bevölkerung sind. Einstellungen sind immer auch von der sozialen Situation abhängig. Befragt werden mit größerer Wahrscheinlichkeit eher die Gemäßigteren (die anderen machen gar nicht erst mit, gerade vermutlich jene nicht, die »gegen die Eliten«, also auch gegen etablierte Wissenschaft sind). Im persönlichen Telefongespräch mit einer Interviewerin bzw. einem Interviewten sind Befragte gemeinhin zurückhaltender als etwa in anonymen Fragebogenumfragen, erst recht im Vergleich zu Meinungsäußerungen (nachts) im Internet. In Zeiten des selbstbewussten Rechtspopulismus könnte sich aber auch hier irgendwann die Verschiebung von Normen bzw. die Bereitschaft, sich normkonform zu verhalten, abzeichnen und einige Befragte das Interview nutzen, endlich mal deutlich ihre Meinung kundzutun.

© Beate Küpper

Andreas Zick · Beate Küpper · Wilhelm Berghan

VERLORENE MITTE FEINDSELIGE ZUSTÄNDE

RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN
IN DEUTSCHLAND 2018/19

Herausgegeben für die
Friedrich-Ebert-Stiftung
von Franziska Schröter



Abb 9 »Umschlagsbild der FES-Mitte-Studie 2018/19«

© FES/Dietz-Verlag

Ergebnisse zur Verbreitung (anti-) demokratischer und rechtsextremer Einstellungen

Die Einstellungen der Bevölkerung in Zusammenhang mit Demokratie lassen sich auf Basis der FES-Mitte-Studie 2018/19, ähnlich auch vergleichbarer Bevölkerungsumfragen, verkürzt in der Beobachtung zusammenfassen: »Demokratie ja, aber ...«. Die große Mehrheit befürwortet Demokratie als Staatsform und positioniert sich selbst auch offensiv demokratisch. Zugleich vertritt aber ein nicht unerheblicher Anteil derselben Befragten ebenso antiplurale Einstellungen, die zumindest von einem illiberalen Verständnis von Demokratie und von Vorstellungen der Ungleichwertigkeit diverser Bevölkerungsgruppen zeugen. Eine nicht ganz kleine Minderheit vertritt sogar deutlich antidemokratische bis hin zu rechtsextremen Positionen. Bisweilen reichen einzelne rechtsextreme und neurechte Ideologiefragmente so bis weit in die Bevölkerung hinein. Dabei haben rechtsgerichtete Einstellungen in den vergangenen Jahren nicht generell zugenommen. Es zeichnet sich bei den harten rechtsextremen Einstellungen vielmehr eine deutliche Polarisierung ab – die meisten Befragten bezeugen klar ihre Ablehnung, doch ein nicht ganz kleiner Teil deutliche Zustimmung. Während diese Polarisierung von 2014 auf 2016 noch zugenommen hat, ein noch größerer Anteil jeweils deutliche Ablehnung oder deutliche Zustimmung signalisierte, weicht sich dies von 2016 auf 2018 etwas auf: Immer noch vergleichsweise wenige, aber mehr Befragte als zuvor wählen nun eine Teils-Teils-Antwort, d. h. zeigen sich selbst bei krassen Aussagen unschlüssig. Ein Teil der Mitte scheint seinen demokratischen Kompass zu verlieren. Daher der Titel der aktuellen Studie.

Die im Folgenden berichteten Befunde sind lediglich ein beispielhafter Ausschnitt, um das Gesamtmuster der Ergebnisse anschaulicher zu machen; mehr Details finden sich in der Publikation zur FES-Mitte-Studie. Abweichend zu einigen anderen Publikationen zur FES-Mitte-Studie berichten wir hier zumeist Zustimmungswerte auf Basis der 5-stufigen Antwortskala (Anteil der Befragten, die jeweils »voll« oder »eher« zustimmen).

Würde man jeweils zu den unten berichteten Aussagen die vielen Teils-Teils-Antworten hinzuaddieren, würde das Bild noch etwas düsterer. In Abb 11 findet sich ein Überblick über verschiedene Dimensionen demokratischer Einstellungen und damit verwandter Konstrukte.

Befürwortung einer liberalen Demokratie und offenen Gesellschaft

Die große Mehrheit der Befragten der FES-Mitte-Studie findet es »unerlässlich, dass Deutschland demokratisch regiert wird« (86% Zustimmung) und stellt sich ganz klar hinter die Leitidee des Grundgesetzes, indem sie z. B. den Aussagen zustimmt: »In einer Demokratie sollte die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen.« (93% Zustimmung). Zugleich teilt die große Mehrheit auf den ersten Blick Vorstellungen einer liberalen und pluralen Demokratie, wenn sie beispielsweise der Aussage zustimmt: »In einer Demokratie geht es darum, die Interessen unterschiedlicher Gruppen zu berücksichtigen« (83% Zustimmung).

Pluralität wird auch im Hinblick auf soziale und kulturelle Vielfalt begrüßt und gefordert. So sind zwei Drittel (67%) der Befragten

Einstellungen zur Demokratie und verwandte politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland 2018/19 (Angaben in Prozent)

	Gesamt (n = 1.885)	Ost (n = 286)	West (n = 1.599)
Politische Machtlosigkeit***	29,3	37,9	27,7
Demokratiemisstrauen	58,7	62,0	58,1
Illiberales Demokratieverständnis	31,5	36,6	30,7
Pluralistische Demokratiebefürwortung	96,2	97,4	96,0
Demokratievertrauen *	61,6	55,2	62,8
Zivilcourage und Bedrohungssensibilität	84,1	81,8	84,4
Elitenkritik	34,0	37,5	33,3
Aufruf zum Widerstand *	34,1	39,9	32,9
Kollektive Wut**	44,2	51,9	42,9
Einforderung von Meinungsfreiheit	41,2	44,7	40,7
Globalisierungsangst *	38,1	44,4	36,9
Ablehnende Haltung zur Europäischen Union	7,7	4,9	8,1

Legende * = $p < ,05$; ** = $p < ,01$; *** = $p < ,001$.

Abb 11 »Einstellungen zur Demokratie – differenziert nach Ost- und Westdeutschland«

© FES, Verlorene Mitte, S. 261

der Ansicht, »Verschiedene kulturelle Gruppen bereichern unsere Gesellschaft«, noch mehr fordern, »Wir müssen uns stärker für eine vielfältige und offene Gesellschaft engagieren« (77% Zustimmung). 83 Prozent der Befragte unterstützen es, »wenn sich Menschen gegen die Hetze gegen Minderheiten einsetzen«. Im Übrigen sieht die große Mehrheit auch die Zugehörigkeit zur Europäischen Union positiv und fordert sogar: »Der Zusammenhalt in der EU muss gestärkt werden« (86% Zustimmung), während nur 17% meinen: »Deutschland wäre ohne die EU besser dran« (einigen Befragte antworten hier of-fenkundig also auch widersprüchlich).

Verlauf der Einstellungen zur Demokratie 2002–2019³ (Angaben in Prozent)

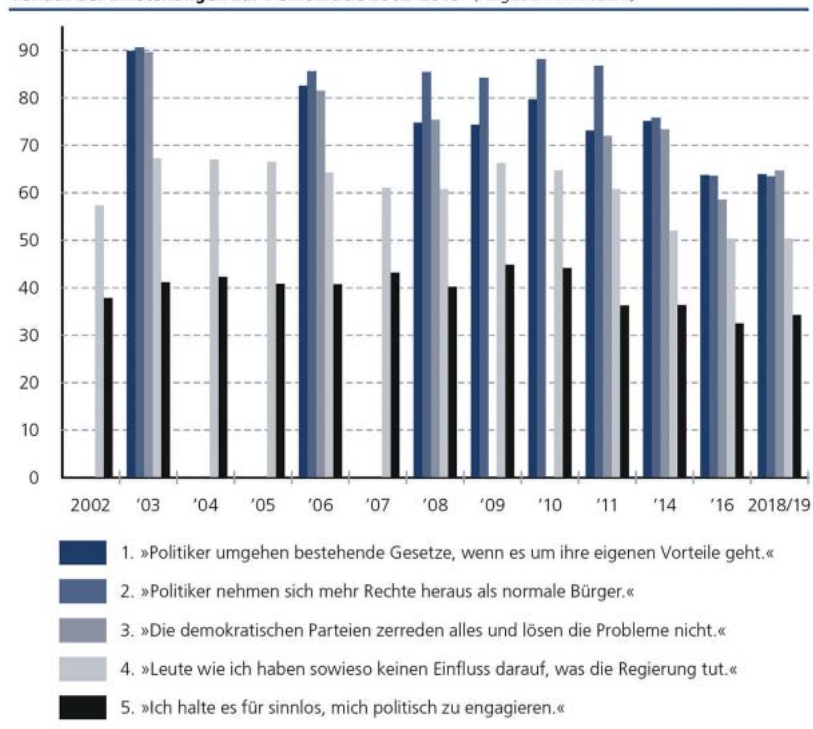


Abb 10 »Einstellungen zur Demokratie – 2002–2019.« Hier ist der Entwicklungsverlauf anders als im Text auf Basis einer 4-stufigen Antwortskala dargestellt. Ab 2014 wurde zudem von anonymen Fragebögen auf telefonische Befragung umgestellt.

© FES, Verlorene Mitte, S. 233

Vertrauen und Misstrauen gegenüber der Demokratie und ihren Institutionen

Zugleich tritt eine Ambivalenz von Vertrauen und Misstrauen in die Demokratie, ihre Prozesse, Vertreter und Vertreterinnen sowie ihrer Institutionen zu Tage (IAbb. 101). Auf der einen Seite bewerten rund zwei Drittel (65%) der Befragten auch die Umsetzung der Demokratie in Deutschland weitgehend positiv, wenn sie sagen: »die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut«. Auf der anderen Seite meint fast die Hälfte (43%) z. T. derselben Befragten: »Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht«, knapp 30% ist sogar der Ansicht: »Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen«. Ebenso viele (46%) der Befragten glauben: »Politiker umgehen die bestehenden Gesetze, wenn es um ihre eigenen Vorteile geht« und unterstellen (fast 50%): »Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger«. Lediglich 27% der Befragten fühlen sich »von den Politikern im Bundestag alles in allem gut vertreten« (darin könnte sich auch die Bandbreite politischer Positionen spiegeln). Verbreitet ist zudem das Gefühl politischer Machtlosigkeit, wenn beispiels-

weise rund ein Drittel (36%) der Befragten sagt, »Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut« und jeder Fünfte »es für sinnlos« hält, sich »politisch zu engagieren«. Nur gut die Hälfte der Befragten der FES-Mitte-Studie gibt an, staatlichen Institutionen wie Behörden, Gerichten und Universitäten zu vertrauen (57% Zustimmung).

Verschwürungsmythen gegen das Establishment und den Islam

Verschwörerische Verdächtigungen gegen das Establishment, wie sie typisch für den Rechtspopulismus sind, bis hin zu ausgewachsenen Verschwörungsmythen von »Umwolkung«, die auch von neurechten Akteuren kolportiert werden, sind bis weit in die Bevölkerung eingesickert. Wie bei Vorurteilen lassen sich auch für Verschwörungsmythen immer Einzelbeispiele finden, die sie scheinbar bestätigen. Problematisch ist hier die Pauschalisierung, die auch gegenüber widersprechenden Fakten resistent ist bzw. diese als weitere Bestätigung in die Verschwörung miteinbaut. Ein Drittel der Befragten (36% Zustimmung plus weiteren 28% Teils-Teils-Antworten) ist beispielsweise davon überzeugt: »Die Regierung verschweigt der Bevölkerung die Wahrheit«. Ebenso viele der Befragten (33% Zustimmung plus weiteren 26% Teils-Teils-Antworten) vermutet: »Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.« Ein Viertel (24% plus weiteren 25% Teils-Teils-Antworten) denkt: »Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke.« Ebenso viele (25% Zustimmung plus weitere 25% Teils-Teils-Antworten) behaupten: »Die deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert«. Auch antisemitische Verschwörungsmythen finden Zustimmung, wie etwa jene: »Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss« (4% Zustimmung plus weitere 11% Teils-Teils-Antworten).

Illiberale und antiplurale Einstellungen

Darüber hinaus offenbart sich bei rund einem Drittel der Befragten ein Verständnis von Demokratie, das sich nicht mit dem liberalen und pluralen Geist des Grundgesetzes verträgt. So ist fast ein Viertel der Befragten (23%) der Ansicht: »Es wird zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen«, sogar ein Drittel (36%) vertritt die Position: »Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren.« Sogar drei Viertel (75%) fordern: »Die Politik sollte auf den Volkswillen hören«, dies reduziert Parteien auf die Rolle des Erfüllers und unterstellt, es gäbe so etwas wie einen einheitlichen »Volkswillen«. Nun wäre es sicher zu weitgehend, bei all diesen Befragten gleich ein völkisches Denken zu vermuten. Doch zumindest bei einem Teil der Befragten scheint dieses Erbe hindurch zu schimmern, wenn immerhin jeder Fünfte (21%) meint: »Zu viele kulturelle Unterschiede schaden dem Zusammenhalt der Deutschen«, was fragen lässt, wer denn als »deutsch« klassifiziert wird und wer nicht.

Auch die z. T. recht weit verbreitete Zustimmung zu diversen Elementen einer »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« lassen ein Fragezeichen aufkommen, wie weit Pluralität akzeptiert wird. Ein nicht unerheblicher Anteil der Bevölkerung teilt rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische, antiziganistische, muslimfeindliche, sexistische und homophobe Einstellungen bzw. befürwortet Diskriminierung diverser sozialer Gruppen. So fordert etwa fast jeder fünfte Befragte (18%): »Muslimen sollte die Zu-

Zustimmung zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland und differenziert nach Ost und West (Angaben in Prozent)

	Gesamt (n = 1.890)	West (n = 1.468)	Ost (n = 359)
Rassismus	9,8	8,9	9,4
Fremdenfeindlichkeit *	18,7	17,1	22,3
Antisemitismus – klassisch	5,1	4,9	5,6
Antisemitismus – israelbezogen	23,7	24,1	22,0
Muslimfeindlichkeit **	20,0	18,5	25,2
Abwertung von Sinti und Roma	24,7	23,6	25,5
Abwertung asylsuchender Menschen ***	52,9	49,8	63,1
Sexismus	7,9	7,8	7,7
Abwertung homosexueller Menschen	9,6	9,0	8,0
Abwertung von Trans*Menschen	13,0	12,0	12,8
Abwertung wohnungsloser Menschen	12,4	11,5	12,3
Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen	51,4	50,9	51,4
Abwertung von Menschen mit Behinderung	1,2	1,2	0,8
Etabliertenvorrechte *	36,8	35,2	42,5

Legende * = $p < ,05$; ** = $p < ,01$; *** = $p < ,001$ | Die Angaben zur Signifikanz beziehen sich auf Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen.

Abb 12 »Zustimmung zu Elementen »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.«

© FES, Verlorene Mitte, S. 86

wanderung nach Deutschland untersagt werden.« 37% behaupten: »Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.« Jeder vierte Befragte (24%) ist der Ansicht: »Bettende Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.« Noch mehr (38%) fordern Vorrechte für Etablierte, indem sie der Aussage zustimmen: »Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.«. Auch blanker biologischer Rassismus findet sich bei jedem Zehnten (11%): »Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.« Gleiches gilt für die bereits zitierten antisemitischen Verschwörungsmythen. Noch deutlich mehr Zustimmung erfährt Antisemitismus, der über den Umweg von Israel kommuniziert wird, wie sich dies etwa in der Zustimmung zu der Aussage äußert: »Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben« (39%). Hier spiegelt sich eine Umkehr von Tätern und Opfern, wie sie gerade für den Antisemitismus typisch ist, sich aber auch in anderen Formen »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« offenbart, frei nach dem Motto: »Die sind selbst schuld, dass man sie nicht mag, und sie sind auch nicht besser als wir«, was dann den eigenen Antisemitismus und Rassismus legitimiert und nivelliert. Sexismus und Homophobie sind in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen (Küpper/Klocke/Hoffmann 2017), dennoch halten sie sich in Teilen mal subtiler, mal recht offen, wenn etwa 12% der Befragten meinen: »Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen« – eine Forderung, die nachweislich zu Lasten der Gleichstellung von Frauen geht. 15% finden: »Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.« Küssen sich ein Mann und eine Frau in der Öffentlichkeit, findet dies hingegen die Mehrheit durchaus positiv.

Rechtsextreme Einstellungen

Ein gewisser Anteil vertritt außerdem Ansichten, die eindeutig als rechtsextrem gelten müssen. Gemessen an dem in der Tradition der FES-Mitte-Studie sehr hart gewählten Kriteriums einer Zustimmung zu sämtlichen für die Erfassung verwendeten 18 Einzelaussagen, teilen nur gut zwei Prozent der Bevölkerung ein »geschlossen« rechtsextremes Weltbild. Mehr Befragte neigen aber

zur Zustimmung zu der einen oder anderen Subdimension und noch mehr Befragte sind bereit, der einen oder anderen durchaus harten Aussage zuzustimmen. Zählt man noch diejenigen hinzu, die sich mit der Wahl einer »Teils-Teils-Antwort« zumindest schwankend zeigen, ist es ein bemerkenswerter Anteil der Befragten, die rechtsextremen Positionen zumindest nicht ganz abgeneigt sind. Ein Teil der Befragten verortet sich dabei dennoch politisch »genau in der Mitte« (IAbb. 13).

So sind beispielsweise 4 Prozent der Befragten (plus jedoch weiteren 10 %, die mit »teils-teils« antworten) der Ansicht: »Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform«. Ein Fünftel der Befragten fordert (21 % Zustimmung und weiteren 13 % Teils-Teils-Antworten): »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert«. Jeder zehnte Befragte (11 % Zustimmung plus weiteren 6 % Teils-Teils-Antworten) sind der Ansicht: »Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert«. 7 Prozent der Befragten (plus weitere 11 % Teils-Teils-Antworten) verharmlosen den Nationalsozialismus, indem sie beispielsweise der Aussage zustimmen: »Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.« Auch offen rassistisches und völkisches Denken findet sich, je nach Aussage sogar bei nicht wenigen Befragten. 8 % der Befragten (plus weiteren 11 % Teils-Teils-Antworten) stimmen beispielsweise der Aussage zu: »Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.«, 10 % (plus weitere 7 % Teils-Teils-Antworten) meinen: »Es gibt wertvolles und unwertes Leben.«

■ Gewaltaffinität

Durchaus verbreitet ist auch die Billigung und Bereitschaft von Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen und Sicherung der eigenen Vormachtstellung; hier stimmen keineswegs nur gewaltbereite junge Männer zu, sondern z. B. auch etliche ältere Frauen. 7 % (plus weitere 8 % Teils-Teils-Antworten) unterstreichen beispielsweise: »Wenn sich andere bei uns breitmachen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist«. 7 % der Befragten (plus weiteren knapp 8 % Teils-Teils-Antworten) sind der Ansicht: »Gewalt kann zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein«.

Auch wenn natürlich die absoluten Häufigkeiten deutlich geringer sind, sind die Zusammenhänge hoch: Wer rechtspopulistische Einstellungen teilt, neigt auch eher dazu, harten rechtsextremen

Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen nach politischer Orientierung 2018/19 (Angaben in Prozent)

	links (links, eher links) (n = 572)	genau in der Mitte (n = 1.115)	rechts (rechts, eher rechts) (n = 171)
Befürwortung Diktatur***	0,6	3,7	10,7
Chauvinismus***	2,7	12,9	36,3
Verharmlosung des Nationalsozialismus***	0,2	1,5	15,3
Fremdenfeindlichkeit***	1,8	9,7	24,1
Antisemitismus***	0,9	3,4	13,9
Sozialdarwinismus***	0,3	1,9	9,2

Legende * = p < ,05; ** = p < ,01; *** = p < ,001.

Abb 13 »Zustimmung zu Dimensionen rechtsextremer Einstellungen«

© FES, Verlorene Mitte, S. 136

und neurechten Einstellungen zuzustimmen und umgekehrt. Die Affinität zu Gewalt ist nicht nur bei rechtsextrem Eingestellten deutlich höher ausgeprägt, sondern auch bei jenen mit neurechtem und rechtspopulistischem Einstellungsmuster.

■ Wer neigt besonders zu rechtsextremen und antidemokratischen Einstellungen?

Anders als vielleicht vermutet, ist der Osten gemessen an den Einstellungen nicht generell »rechter«. Befragte in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich in vielen Einstellungen zur Demokratie so gut wie nicht (IAbb. 111). Auffällig ist allerdings die ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit im Osten (IAbb. 121) – Eingewanderte und Muslime werden dort von deutlich mehr Befragten abgewertet als im Westen, wohl auch, wie »Theorien zum Kontakt« (basierend auf Allport 1954) – vermuten lassen, weil dort nur wenige eingewanderte und muslimische Personen leben. Die eigenen Vorurteile, angestachelt durch rechte Propaganda, können also kaum durch unterschiedliche und unaufgeregte Alltagserfahrungen geerdet werden. Hindurch schimmert ein Verständnis von Demokratie, das im Osten insgesamt weniger liberal und plural ist als im Westen. Auch ist das Vertrauen in demokratische Vertretung und Institutionen dort niedriger, das Gefühl politischer Machtlosigkeit ausgeprägter. Auffallend ist zudem die Entwicklung der Befunde in Abhängigkeit des Lebensalters. Galt lange Zeit über die Bevölkerung hinweg betrachtet: »je älter, desto rechter die Einstellungen«, kippt dies inzwischen. Während die älteren Generationen zunehmend liberaler werden, ziehen die Jungen nach. Deutlich wird dies an der vergleichsweise verbreiteteren Neigung, den Nationalsozialismus zu verharmlosen und sozialdarwinistische

Einstellungen von natürlicher Überlegenheit zu vertreten. Und wie alle Studien in diesem Bereich immer wieder bestätigen, spielen auch Einkommen und Bildung eine Rolle – je niedriger, desto eher neigen die Befragten im Durchschnitt zu rechten Positionen, wenn durchaus auch Bessersituierte dabei sind.

Potentielle Wählerinnen und Wähler der AfD neigen mit Abstand häufiger zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen als die Wählerinnen und Wähler anderer größerer Parteien. So verharmlost beispielsweise jeder zehnte Wähler der AfD den Nationalsozialismus, 14 % befürworten eine rechtsgerichtete Diktatur, sogar 42 % sind fremdenfeindlich; bei den Wähler:innen der übrigen Parteien sind dies jeweils weniger als 2 %, respektive 10 % bei der Fremdenfeindlichkeit.

Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen in verschiedenen Altersgruppen 2018/19 (Angaben in Prozent)

	16–30 (n = 315)	31–60 (n = 926)	> 60 (n = 624)
Befürwortung Diktatur**	2,2	4,8	1,9
Chauvinismus	12,9	12,6	12,4
Verharmlosung des Nationalsozialismus***	7,0	1,5	1,7
Fremdenfeindlichkeit	6,2	9,5	9,8
Antisemitismus	4,7	2,6	4,3
Sozialdarwinismus**	4,9	2,0	1,1

Legende * = p < ,05; ** = p < ,01; *** = p < ,001.

Abb 14 »Zustimmung zu Dimensionen rechtsextremer Einstellungen nach Altersgruppen 2018/19«

© FES, Verlorene Mitte, S. 129

Worum geht es?

Angesichts des laut und aggressiv gewordenen Rechtspopulismus mit aufgeweichten Grenzen zum Rechtsextremismus, der bis weit in die Normalbevölkerung einsickert, ist die Frage nach dem »Warum« virulent. In Wissenschaft und Feuilletons wird die Frage nach dem »Warum« kontrovers diskutiert (zur Übersicht über Erklärungsansätze für (Rechts-)Populismus u.a. Jörke/Selk 2017; für Rechtsextremismus u.a. Zick/Küpper/Berhan 2018). Jede/r scheint dabei mit Vorliebe die These zu vertreten, die ohnehin zur eigenen Weltsicht bzw. Forschungsthema passt: Soziale Ungleichheit und Abstiegsängste, der Neoliberalismus, Globalisierung, Transformationsprozesse, die kulturelle Liberalisierung, der Hedonismus, Facebook und moderne Medien, neue Familienformen und Scheidungsraten, die Jugend, Verlust kultureller Identitäten, Liberalisierung, Veränderungen, Orientierungslosigkeit und die Modernisierung schlechthin, oder auch Bürokratie und politische Verkrustung. Wissenschaftlich gesehen knüpfen sie an Demokratie-, Medien-, Ressourcen- und Deprivationstheorien wie an solche über kulturelle Identitäten an. Klar ist: So ein komplexes Phänomen ist immer durch mehrere Faktoren begründet und alle die genannten haben eine gewisse empirisch bestätigte Erklärungskraft. Tiefergreifende Ursachen können dabei durch weitere Bedingungsfaktoren wirksam, durch historische Verwurzelungen oder Anlässe wie etwa die Finanz- und Wirtschaftskrise vor rund einem Jahrzehnt, die Fluchtkrise vor rund vier Jahren, vielleicht jetzt auch die Corona-Krise virulent werden.

Die bisherigen empirischen Befunde der FES-Mitte-Studie wie vieler weiterer Studien verweisen darauf, dass weniger die faktischen aktuellen Umstände als vielmehr subjektive Gefühle von insbesondere kollektiver (weniger individueller) Benachteiligung (u.a. Meta-Analyse von Smith/Pettigrew/Pippin/Bialosiewicz 2012) und Bedrohung (u.a. Metaanalyse von Riek/Mania/Gaertner 2006) wirkmächtig sind – sei es sozioökonomisch, sei es kulturell, sei es in Bezug auf das Durchsetzen eigener Interessen: »Wir sind benachteiligt und wir sind bedroht.« So hängt beispielsweise auch die Angst vor der Globalisierung mit der Präferenz von Parteien der äußersten Rechten bei Wahlen zusammen (de Vries/Hoffmann 2016). Diese ist sowohl mit wirtschaftlichen als auch kulturellen Aspekten sowie dem Gefühl allgemeiner Orientierungslosigkeit und Unübersichtlichkeit verbunden. Eigene Auswertungen im Rahmen der FES-Mitte-Studie verweisen auf einen Zusammenhang von Globalisierungsangst nicht nur mit fremden- und muslimfeindlichen, sondern auch mit sexistischen, homophoben und, wenn gleich schwach, auch antisemitischen Einstellungen. Das im Osten verbreitete Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein, ist ein wesentlicher Prädiktor für die Neigung zu rechtspopulistischen Einstellungen und zwar sowohl auf direktem als auch über den indirekten Weg. Dies beeinflusst zudem die Kritik an Parteien und Politikern sowie dem demokratischen System (Klein/Küpper/Zick 2009). Dies spielt dann auch bei den derzeit viel diskutierten Transformationserfahrungen im Osten eine Rolle, die für den hohen Wahlerfolg der AfD verantwortlich gemacht werden. Dieser hängt offenbar weniger von der aktuellen sozioökonomischen Lage ab als vielmehr von Erfahrungen der Vergangenheit (Manow 2018). Diese werden von rund einem Viertel der Nachwendegeneration, die eigentlich in Ost wie West recht zufrieden ist, als Erzählungen vom elterlichen Küchentisch weitergetragen und in eine Affinität für rechte Einstellungen übersetzt (Faus/Storks 2019). Genau diese Gefühle werden von rechtspopulistischen Strategen angeheizt und auf die kollektive Ebene gehoben, gekoppelt mit dem Verweis



Abb 15 »Wir haben dem Spuk ein für alle mal ein Ende gemacht!«

© Gerhard Mester, 2018

auf »die korrupten Eliten« und »die Fremden«, die als Quelle der Benachteiligung und Bedrohung ausgemacht werden: Das »moralisch reine Volk« werde um das, was ihm vermeintlich zustehe, betrogen, es gelte, sich dagegen zu wehren und zu verteidigen. Diese wie viele weitere Indizien sprechen für Gruppenstatustheorien, in denen sozioökonomische wie kulturelle Erklärungen wie jene über politischen Einfluss zusammenfließen. Herbert Blumer hat bereits 1958 eindrücklich skizziert, wie Statusunterschiede zwischen weißen und schwarzen US-Amerikaner/-innen, die sich in systematisch unterschiedlich verteilter Macht, Einfluss und Definitionshoheiten wie in der Verfügbarkeit über materielle und immaterielle Ressourcen kristallisieren, über ethnischen Rassismus manifestieren. Die in der Sozialpsychologie seit zwanzig Jahren vielfach erforschte Theorie der »Sozialen Dominanz« (Sidanius/Pratto 1999) weist Vorurteilen, aber auch anderen ideologischen Bausteinen wie etwa der protestantischen Leistungsethik die Funktion legitimierender Mythen zu, die dafür sorgen, Hierarchien zwischen sozialen Gruppen entlang der klassischen Statuskategorien zu rechtfertigen, sie herzustellen und abzusichern. Weil diese kollektiv geteilt sind, werden auch statusniedrige Gruppen zu aktiven Agenten ihrer eigenen Unterdrückung. Dazu passt die These von den »angry white men« (Kimmel 2013/2016), die ihren angestammten Status durch ökonomische, soziale wie kulturelle Modernisierung bedroht sehen, besonders bei den treuesten Anhänger von Präsident Donald Trump, der die rechtspopulistische Logik und Rhetorik aufs vortrefflichste bedient. Sie bedarf allerdings der Erweiterung um – salopp gesagt – ihre (Ehe-)Frauen und alle weiteren sozialen Gruppen, die sich von rechtspopulistischer Logik oder gar rechtsextremer Ideologie und Handlung etwas für den eigenen Status versprechen. Der Ansatz erklärt, warum so unterschiedliche Milieus für die Ideologie von Rechtsaußen anfällig sind: An der Spitze des Eisbergs die rechtsterroristischen Täter, die auffällig häufig im jüngeren Erwachsenenalter sind, in dem man es nach landläufiger Erwartung allmählich »zu etwas gebracht« haben sollte. Gleichzeitig entsprechen sie aber diesen Erwartungen nicht, weder ökonomisch noch sozial, z. B. weil sie »keine Frau haben«. Darunter finden sich insbesondere die Anhänger von Rechtsaußen-Parteien wie der AfD, überproportional häufig gewählt von Männern aus der unteren und mittleren Mittelschicht (u.a. Lengfeld/Dilger 2018), aber durchaus auch von vielen Rentnern/-innen, die nach Ende ihres Berufslebens nun nicht mehr viel zu sagen haben. Gerade im Osten gibt es durch die Transformationen der Nachwendezeit

viele von ihnen, die nach 1990 nur noch unter ihrem Berufsstand arbeiten konnten, unterstützt aber auch von überraschend vielen Frauen, die sich im Durchschnitt über die Bevölkerung betrachtet in ihren antidemokratischen und fremdenfeindlichen Einstellungen kaum von Männern unterscheiden. Akteurinnen und Akteure von Rechtsaußen holen die Menschen genau bei diesem Gefühl des mangelnden sozialen Status ab – sei es begründet durch eine faktisch prekäre soziale Lage oder lediglich gefühlt. Sie heizen dieses Gefühl an, verbinden es mit Angst (Wodak 2016) und bringen es auf die kollektive Ebene von »Wir« gegen »Die«, verweisen auf einfache Sündenböcke und das System, die verhindern, dass man bekommt, was einem vermeintlich zusteht. Sie knüpfen dies an Versprechungen neuer alter Vormachtstellung, an »Status qua Sein« (älter, weiß, männlich, heterosexuell) und all jene, die sich stets unterordneten und mitmachen. Dazu gehört dann gleichzeitig die Bereitschaft der eigenen Unterordnung unter einen »großen starken Mann«, wie dies schon durch das Konzept des Autoritarismus beschrieben wurde (Adorno et al. 1950). Die jeweils abgewerteten »vielfältigen« Gruppen sollen dabei nicht einfach verschwinden, sondern werden auf die unteren Ränge verwiesen, braucht es doch für den eigenen gruppenabhängigen Status immer auch solche, die darunter stehen. Es geht also nicht um ein Aufstiegsversprechen, sondern vor allem um das der relativen Privilegierung, so die These. Die Forderung von mehr sozialer Gleichheit und Solidarität als Mittel gegen Rechtsaußen geht damit an der Sache vorbei, geht es doch im Kern um Herstellung und Rückgewinnung gruppenbasierter Hierarchien, um das Angebot, König und Königin im Kleinen zu sein. Offenbar ist dieses Angebot für einen nicht ganz kleinen Teil der Bevölkerung verlockend, nicht trotz, sondern weil es den essentiellen Wert der Demokratie – Würde und Pluralität in Gleichwertigkeit – negiert. Der Rechtspopulismus ist dabei auch ein Selbstläufer. Mit den öffentlichen Debatten finden Normverschiebungen in der Gesellschaft schleichend statt. Irgendwann hat man sich dann an Drastischeres gewöhnt, bis jemand kommt und »noch einen drauf setzt«. Die deutsche Geschichte lehrt, bis wohin das führen kann.

Literaturhinweise

- Adorno, Theodor W. / Frenkel-Brunswik, Else / Lewinson, Daniel / Sanford, Nevitt (1950): *The Authoritarian Personality*. Studies in Prejudice. Hrsg. von Max Horkheimer und Samuel H. Flowerman, New York.
- Allport, Gordon W. (1954): *The Nature of Prejudice*. Cambridge, MA.
- Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2006): *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hrsg.) (2018): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen.
- Faus, Rainer / Storks, Simon (2019): *Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration (OBS-Arbeitsheft 96)*. Frankfurt a. M.: Otto Brenner Stiftung.
- Frei, Norbert / Maubach, Franka / Morina, Christina / Tändler, Maik (2019): *Zur rechten Zeit: Wider die Rückkehr des Nationalismus*. Berlin.
- Häusler, Alecander / Küpper, Beate (2019): *Neue rechte Mentalitäten in der Mitte der Gesellschaft*. In: Zick, Andreas / Küpper, Beate / Berghan, Wilhelm: *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 147–172.
- Honneth, Axel (1994): *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main.
- Jörke, Dirk / Selk, Veith (2017): *Theorien des Populismus zur Einführung*. Hamburg.

Kimmel, Michael (2013/2016): *Angry White Men. Die USA und ihre zornigen Männer*. BpB, Schriftenreihe Bd. 1730. Bonn.

Klein, Anna / Küpper, Beate / Zick, Andreas (2009): *Erniedrigte und Feindselige. Rechtspopulismus im vereinigten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik*. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 7*, Frankfurt a. M., S. 93–112.

Köcher, Renate (2019): *Fremd im eigenen Haus. Eine Dokumentation des Beitrags in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 23. Januar 2019*.

Lengfeld, Holger / Dilger, Clara (2018): *Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der »Alternative für Deutschland« mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016*. Zeitschrift für Soziologie 47 (3), S. 181–199.

Manow, Philip (2018). *Die politische Ökonomie des Populismus*. Berlin.

Müller, Jan-Werner (2016). *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin.

Riek, Blake M. / Mania, Eric W. / Gaertner, Samuel L. (2006): *Intergroup threat and outgroup attitudes. A meta-analytic review*. In: *Personality and Social Psychology Review* 10 (4), S. 336–353.

Sidanius, Jim / Pratto, Felicia (1999): *Social dominance: An intergroup theory of social hierarchy and oppression*. Cambridge, MA.

Smith, Heather / Pettigrew, Thomas F. / Pippin, Gina / Bialosiewicz, Silvana (2012): *Relative deprivation: A theoretical and meta-analytic review*. *Personality and Social Psychology Review*, 16 (3), S. 203–232.

Stöss, Richard (2010): *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Thurich, Eckart (2011): *pocket politik. Demokratie in Deutschland*. überarb. Neuaufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Verkamp, Robert / Merkel, Wolfgang (2019): *Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Wodak, Ruth (2016): *Die Politik der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*. Wien / Hamburg.

Zick, Andreas / Küpper, Beate / Berghan, Wilhelm (2019): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände*. Hrsg. von Franziska Schröter. Bonn. Friedrich-Ebert-Stiftung.

Internethinweise

- www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/ (Grundlagentexte)
- www.amadeu-antonio-stiftung.de (neue Entwicklungen, Intervention)
- www.belltower.news (Hass im Netz)
- bot de ces Français en colère. In: *Le Point*.

D&E-Autorinnen und Autoren – Heft 79

»Demokratie in der Krise?«



Abb. 1 Prof. Dr. Wolfgang Merkel, em. Professor für Vergleichende Politikwissenschaft, Humboldt Universität Berlin, Direktor der Abteilung »Demokratie und Demokratisierung« am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB)



Abb. 2 Prof. Dr. Herfried Münkler, Professor für Theorie der Politik an der Humboldt Universität Berlin



Abb. 3 Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, em. Professor für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg

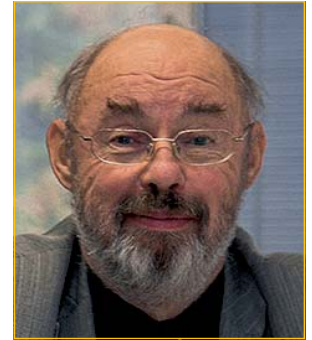


Abb. 4 Prof. Dr. Eckhard Jesse, em. Professor für Politische Systeme, Politische Institutionen, Technische Universität Chemnitz



Abb. 5 Prof. Dr. Dirk Jörke, ordentlicher Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte, Technische Universität Darmstadt



Abb. 6 Dr. Veith Selk, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Politische Theorie und Ideengeschichte, Technische Universität Darmstadt



Abb. 7 Professorin Dr. Karin Priester, em. Prof.in für Soziologie, Universität Münster



Abb. 8 Prof. Dr. Uwe Backes, apl. Prof. Institut für Politikwissenschaft TU Dresden, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung



Abb. 9 Prof.in Dr. Beate Küpper, Prof.in für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen, Hochschule Niederrhein



Abb. 10 Prof. Dr. Andreas Zick, Prof. am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld



Abb. 11 Jürgen Kalb, Studiendirektor i.R., freier Mitarbeiter LpB Baden-Württemberg, Chefredakteur der Zeitschrift »Deutschland & Europa«, ehe. Fachberater am RP Stuttgart für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft und Geschichte

Liebe Leserinnen und Leser, mit dieser Ausgabe 79 von D&E endet meine Tätigkeit bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Aus dem Schuldienst und der Schulaufsicht bin ich bereits zum 1. August 2019 ausgeschieden.

Seit 2005 durfte ich D&E verantwortlich gestalten und dabei sehr viel Neues kennenlernen. Ich schaue sehr gerne auf diese Zeit zurück.

Nunmehr übernimmt Herr Studiendirektor Ralf Engel diese Aufgabe und ich weiß D&E dabei in sehr guten Händen.

Herzlichen Dank für Ihr Interesse, Ihr
Jürgen Kalb, April 2020

j.kalb@t-online.de

Ihre Ansprechpartner/-innen bei der LpB

Leitung

Direktor/Direktorin

Lothar Frick 07 11/16 40 99-60
Sibylle Thelen 07 11/16 40 99-30

Büro des Direktors

Sabina Wilhelm 07 11/16 40 99-62

Stellvertretender Direktor

Karl-Ulrich Templ 07 11/16 40 99-40

Stabsstellen

Kommunikation und Marketing

Leiter: Heiko Buczinski 07 11/16 40 99-63
Daniel Henrich 07 11/16 40 99-64
Klaudia Saupe 07 11/16 40 99-49

»Demokratie stärken!«

Leiter: Felix Steinbrenner 07 11/16 40 99-81

Extremismusprävention

Felix Steinbrenner 07 11/16 40 99-81

»Läuft bei Dir!«

Stefanie Beck 07 11/16 40 99-740
Stefanie Hofer 07 11/16 40 99-741
Matthias Kathan 07 11/16 40 99-742

Team meX

Daniel Can 07 11/16 40 99-82
Yagmur Koreli 07 11/16 40 99-86

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter

Kai-Uwe Hecht 07 11/16 40 99-10

Querschnittsaufgaben, Projekte und Digitalisierung

Philipp Eger 07 11/16 40 99-725
Hagen Göltz 07 11/16 40 99-717

Organisation/Innerer Dienst

Tamara Mürter 07 11/16 40 99-55

Haushalt/Controlling

Gudrun Gebauer 07 11/16 40 99-12

Personal

Sabrina Gogel 07 11/16 40 99-13

Information und Kommunikation

Wolfgang Herterich 07 11/16 40 99-14
Siegfried Kloske 07 125/152-137

Tagungszentrum Haus auf der Alb

Nina Deiß 07 125/152-113
Julia Telegin 07 125/152-109

Abteilung Haus auf der Alb

Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach

Telefon: 07 125/152-0, Fax -100

Abteilungsleiter/ Gesellschaft und Politik/ Schriften zur politischen Landeskunde

Baden-Württembergs

Prof. Dr. Reinhold Weber 07 125/152-146

Schule und Bildung/

Integration und Migration

Robert Feil 07 125/152-139
Monica Selmecı 07 125/152-140

Europa und Internationales

Thomas Schinkel 07 125/152-147
Tengiz Dalalishvili 07 225/152-126

Servicestelle Friedensbildung

Claudia Möller 07 125/152-135

Abteilung

Demokratisches Engagement

Abteilungsleiterin/Gedenkstättenarbeit

Sibylle Thelen 07 11/16 40 99-30

Andreas Schulz 07 11/16 40 99-726

Politische Landeskunde

Dr. Iris Häuser 07 11/16 40 99-20

Schülerwettbewerb des Landtags

Monika Greiner 07 11/16 40 99-25
Stefanie Thiele 07 11/16 40 99-26

Frauen und Politik

Beate Dörr 07 11/16 40 99-29
Sabine Keitel 07 11/16 40 99-32

Jugend und Politik

Angelika Barth 07 11/16 40 99-22
Christiane Franz 07 11 /16 40 99-23
Johannes Ulbrich 07 11 /16 40 99-702

Freiwilliges Ökologisches Jahr

Steffen Vogel 07 11/16 40 99-35
Carolin Merkle 07 11/16 40 99-34
Max Kemmner 07 11/16 40 99-36
Stefan Paller 07 11/16 40 99-37

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Digitale Medien

Karl-Ulrich Templ 07 11/16 40 99-40

Politik & Unterricht

Robby Geyer 07 11/16 40 99-42

Deutschland & Europa

Ralf Engel 07 11/16 40 99-43

Bürger & Staat/Didaktische Reihe

Prof. Siegfried Frech 07 11/16 40 99-44

Unterrichtsmedien

Michael Lebisch 07 11/16 40 99-47

E-Learning

Sabine Keitel 07 11/16 40 99-32

Social Media

Bianca Braun 07 11/16 40 99-53
Kata Kottra 07 11/16 40 99-52
Larissa Berner 07 11/16 40 99-51
Svenja Woitt 07 11/16 40 99-716

Digitale Medien

Rebecca Beiter 07 11/16 40 99-48
Daniel Henrich 07 11/16 40 99-64
Wolfgang Herterich 07 11/16 40 99-14
Jeanette Reusch-Mlynárik 07 125/152-136
Klaudia Saupe 07 11/16 40 99-49
Svenja Woitt 07 11/16 40 99-716

Außenstellen

Regionale Arbeit / Politische Tage für Schüler/-innen

Außenstelle Freiburg

Leiter:

Prof. Dr. Michael Wehner 07 61/207 73-77
Thomas Waldvogel 07 61/207 73-33

Außenstelle Heidelberg

Leiterin: Regina Bossert 06 221/60 78-14
Stefan Artmann 06 221/60 78-13
Mareike Wangemann 06 221/60 78-16

Fachbereich Politische Tage im Regierungsbezirk Stuttgart

Thomas Franke (Stuttgart) 07 11/16 40 99-83

Fachbereich Politische Tage im Regierungsbezirk Tübingen

Anja Meitner 07 125/152-134

LpB-Shops/ Publikationsausgaben

Stuttgart

Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart

Telefon: 07 11/16 40 99-0

Öffnungszeiten:

Mo–Do 9.00–12.00 Uhr
13.00–15.30 Uhr

Fr 9.00–12.00 Uhr

Tagungszentrum

Haus auf der Alb

Hanner Steige 1
72574 Bad Urach
Telefon: 07 125/152-0

Öffnungszeiten:

Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr
13.00–16.30 Uhr

Außenstelle Freiburg

Bertoldstraße 55
79098 Freiburg
Telefon: 07 61/207 73-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 9.00–17.00 Uhr

Außenstelle Heidelberg

Plöck 22
69117 Heidelberg
Telefon: 06 221/60 78-0

Öffnungszeiten:

Di 10.00–17.00 Uhr
Mi 13.00–17.00 Uhr
Do 10.00–17.00 Uhr

Newsletter »Einblick«

anfordern unter
www.lpb-bw.de/newsletter

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-0
Fax: 07 11/16 40 99-77
lpb@lpb-bw.de
www.lpb-bw.de

Druckausgaben neuerer Hefte können Sie (auch im Klassensatz) im Webshop der Landeszentrale **www.lpb-bw.de/shop** bestellen. Die Hefte sind kostenlos. Ab einem Sendungsgewicht von 500 g wird eine Versandkostenpauschale berechnet. Keine Bestellung per Telefon, Post, Fax oder E-Mail.

Privat-Abonnements (zwei Ausgaben pro Jahr im April und November) können für 6,00 Euro bestellt werden bei Redaktion »Deutschland & Europa«, sylvia.roesch@lpb.bwl.de.



Die Ausgaben der Zeitschrift finden Sie im Internet zum kostenlosen Download auf der Seite **www.deutschlandundeuropa.de**